



Plenarprotokoll

22. Sitzung

Mittwoch, 20. März 2013

Schuldenbremse ohne Steuererhöhung und Gehaltsverzicht der Beamtinnen und Beamten einhalten.... 1616

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/648

Tobias Koch [CDU]..... 1616
Birgit Herdejürgen [SPD]..... 1617

Beschluss: Dringlichkeit verneint..... 1617

Aktuelle Stunde
Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamten..... 1618

Antrag der Fraktion der CDU

Zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses auf Beamtinnen und Beamte..... 1618

Antrag der Fraktion der FDP

Johannes Callsen [CDU]..... 1618
Wolfgang Kubicki [FDP]..... 1619
Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 1621
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 1623
Wolfgang Dudda [PIRATEN]..... 1625
Lars Harms [SSW]..... 1626
Tobias Koch [CDU]..... 1628
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 1630
Dr. Heiner Garg [FDP]..... 1631
Torsten Albig, Ministerpräsident... 1633

Gemeinsame Beratung

a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein (MBG-Schl.-H.).....	1638	Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/658	
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/191		Verringerung der Entgeltlücke: Gleiche Chancen und Entlohnung für alle!.....	1638
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/610		Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/661	
b) Erste Lesung des Entwurfs eines Mindestlohngesetzes für das Land Schleswig-Holstein (Landesmindestlohngesetz).....	1638	Barbara Ostmeier [CDU], Bericht- erstatteerin.....	1638
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/620		Johannes Callsen [CDU].....	1638
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/662		Dr. Ralf Stegner [SPD].....	1640
c) Tarifoffene, allgemein verbindliche Lohnuntergrenze - Tarifautonomie wahren.....	1638	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1643
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/619		Dr. Heiner Garg [FDP].....	1645
Lohnuntergrenzen.....	1638	Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	1648
Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/657		Lars Harms [SSW].....	1650
d) Equal Pay: Entgeltgleichheit - ein wichtiges Thema für Schleswig-Holstein.....	1638	Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	1652
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/627		Wolfgang Baasch [SPD].....	1653
Berufliche Perspektiven erweitern - Frauen fördern - Chancen nutzen.....	1638	Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1654
		Anita Klahn [FDP].....	1655
		Monika Heinold, Finanzministerin	1657
		Beschluss: 1. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/ 191 in der Fassung der Drucksache 18/610	
		2. Annahme des Antrags Drucksache 18/627	
		3. Überweisung des Ge- setzentwurfs Drucksache 18/620, des Änderungsantrags Drucksache 18/662 sowie des Antrags Druck- sache 18/619 und des Änderungs- antrags Drucksache 18/657 an den Wirtschaftsausschuss und den So- zialausschuss	
		4. Ablehnung der Ände- rungsanträge Drucksachen 18/658 und 18/661.....	1660
		Lebens- und Futtermittelkontrol- len wirksam gestalten!.....	1661
		Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/622	
		Neugestaltung der Lebens- und Futtermittelkontrollen prüfen.....	1661

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 18/663

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1661
Heiner Rickers [CDU].....	1662
Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	1663
Oliver Kumbartzky [FDP].....	1664
Uli König [PIRATEN].....	1666
Flemming Meyer [SSW].....	1667
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1668
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	1670
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	1670

Beschluss: Überweisung der Drucksachen 18/622 und 18/663 an den Umwelt- und Agrarausschuss.....	1672
---	------

Für einen starken und ausgewogenen EU-Haushalt 1672

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/623

Solide Haushalte in Europa..... 1672

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

Drucksache 18/668

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1672
Rainer Wiegard [CDU].....	1674
Regina Poersch [SPD].....	1675, 1676
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	1677
Torge Schmidt [PIRATEN].....	1678
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	1679
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1680
Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa.....	1681

Beschluss: Überweisung der Drucksachen 18/623 und 18/668 an den Europaausschuss und den Finanzausschuss.....	1683
--	------

Erste Lesung des Gesetzes zur Sicherung des Vertrauens in die Unabhängigkeit der Mitglieder des Landtags..... 1683

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 18/608

Uli König [PIRATEN].....	1683
Petra Nicolaisen [CDU].....	1684
Peter Eichstädt [SPD].....	1685
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1686
Wolfgang Kubicki [FDP].....	1687, 1696
Lars Harms [SSW].....	1689
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	1691
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	1694
Astrid Damerow [CDU].....	1696

Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	1698
---	------

Parteilpolitische Neutralität von Schulen wahren..... 1698

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/583

Anita Klahn [FDP].....	1698
Heike Franzen [CDU].....	1699
Martin Habersaat [SPD].....	1700
Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1702
Sven Krumbeck [PIRATEN].....	1702
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	1704
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	1705
Dr. Heiner Garg [FDP].....	1706
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1708
Tobias von Pein [SPD].....	1709
Simone Lange [SPD].....	1709
Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft..	1710

Beschluss: Ablehnung.....	1712
---------------------------	------

* * * *

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft

Andreas Breitner, Innenminister

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die 9. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Auf der Besuchertribüne begrüße ich seine Exzellenz Herrn Dr. Werner Thissen, den Erzbischof von Hamburg. - Seien Sie uns ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Fraktion der CDU hat im Wege der Dringlichkeit die Drucksache 18/648 vorgelegt:

Schuldenbremse ohne Steuererhöhung und Gehaltsverzicht der Beamtinnen und Beamten einhalten

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/648](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich erteile Herrn Abgeordneten Tobias Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die formale Begründung für unseren Dringlichkeitsantrag ergibt sich aus zweierlei Tatsachen: Nach Ablauf der Antragsfrist für den Landtag ist zum einen der **Tarifabschluss** für den **öffentlichen Dienst** bekannt gegeben worden. Zum anderen hat die Landesregierung in der vergangenen Woche ihre **Haushaltseckwerte** für das **Jahr 2014** vorgelegt. Auf beide Ereignisse nach Ablauf der Antragsfrist geht unser Dringlichkeitsantrag ein und nimmt darauf Bezug. Ich denke, damit ist die formale Dringlichkeit hinreichend begründet.

Inhaltlich ergibt sich die Dringlichkeit aus der Tatsache, dass die Landesregierung auf Basis dieses **Haushaltseckwertebeschlusses** jetzt beginnen wird, den Haushaltsentwurf für das Jahr 2014 aufzustellen. Sie wird dabei den Konsolidierungsschritt des nächsten Jahres einzig und allein durch Steuererhöhungen und Investitionskürzungen realisieren wollen. Wenn wir als Parlament unser Königsrecht, nämlich das Haushaltsrecht, ernst nehmen, dann müssen wir dieser Regierung zum jetzigen Zeitpunkt Vorgaben dahin gehend erteilen, wie sie den kommenden Haushalt aufstellen soll. Im Rahmen der Parlamentsberatungen, der Ausschussberatungen und der Fraktionsanträge wird es

(Tobias Koch)

nicht gelingen, eine derartige Fehlentwicklung im Rahmen der Haushaltsberatungen wieder zu korrigieren, wenn der Entwurf erst einmal so aufgestellt worden ist.

Wenn wir eine wachstumsfeindliche Politik verhindern wollen, dann muss der Landtag jetzt einschreiten. Der Landtag muss der Regierung jetzt entsprechende Vorgaben machen, nicht nur Steuererhöhungen und Investitionskürzungen vorzusehen sowie nicht darauf zu verzichten, entsprechende Besoldungsanpassungen bei den Beamten einzuplanen. Deshalb: Wer für eine **Wachstumspolitik** in Schleswig-Holstein ist, wer unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine faire und angemessene Bezahlung zubilligen will, den bitte ich nicht nur um Zustimmung zu der Dringlichkeit zum jetzigen Zeitpunkt, sondern insbesondere auch um die inhaltliche Zustimmung zu unserem Antrag im Rahmen der späteren Beratungen. Das gilt gerade für den Herrn Ministerpräsident, der sich immer für Wachstumspolitik und faire Löhne eingesetzt hat. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und Wolfgang Kubicki [FDP] - Zuruf)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, ich will gern auf den Zwischenruf eingehen. Wir haben - was die Begründung der Dringlichkeit angeht - eine neue Regelung. Sie haben beschlossen, dass es auch inhaltliche Aussagen geben darf. Da dieser Punkt schon mehrfach angesprochen wurde, wollte ich das gern klarstellen. - Zur Dringlichkeit hat jetzt Frau Abgeordnete Herdejürgen das Wort.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aufgrund der Begründung des Kollegen Koch hat sich uns nicht erschlossen, woraus sich die Dringlichkeit ergibt. Wir haben den ersten Punkt des Antrags schon auf der Tagesordnung. Diesen werden wir gleich im Rahmen der **Aktuellen Stunde** behandeln.

Der zweite Teil des Dringlichkeitsantrags befasst sich mit dem **Haushaltsentwurf**. Dieser wird im **Sommer** vorgelegt. Wenn Sie nach draußen schauen, dann sehen Sie, dass noch nicht Sommer ist. Wir haben insofern noch reichlich Zeit, dieses Thema zu behandeln und entsprechende Anträge und Vorgaben vorzulegen, bis der Haushaltsentwurf tatsächlich im August/September 2013 vorgelegt wird. Dann haben Sie reichlich Zeit, über Ande-

rungsanträge und Haushaltsberatungen Einfluss zu nehmen. Aus diesem Grund werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen. - Danke.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Ich lasse über die Dringlichkeit des Antrags, Drucksache 18/648, abstimmen. Es gilt das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Dringlichkeit hat die erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln nicht erreicht und wird somit abgelehnt. Der Antrag wird daher in dieser Tagung nicht beraten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 2, 3, 5 bis 8, 13, 24 bis 27, 29, 32, 35, 41 sowie 43 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 12, 16, 18 mit 46, 19, 33 und 42.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 4, 10, 28, 34, Änderung des Mitbestimmungsgesetzes, Entwurf eines Mindestlohngesetzes, Anträge zu allgemein verbindlichen Lohnuntergrenzen und zum Equal Pay, sowie die Tagesordnungspunkte 14 und 37, Anträge zur Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften. Anträge zu einer Fragestunde liegen nicht vor.

Wenn die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 9. Tagung. Wir werden jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause heute längstens bis 18 Uhr tagen. Morgen wird die Sitzung um 9 Uhr beginnen und längstens bis 18 Uhr dauern. Am Freitag wird der Herr Bundespräsident um 10 Uhr im Schleswig-Holsteinischen Landtag sprechen. Eine Landtagssitzung wird an diesem Tag nicht stattfinden. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir Mitglieder der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung aus Eutin und unsere ehemalige Kollegin und ehemalige Landtagsvize-

(Präsident Klaus Schlie)

präsidentin, Herlich Marie Todsens-Reese, sowie die Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Schleswig-Holstein, Frau Schwitzer. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich gebe weiterhin bekannt, dass seitens der Landesregierung der Innenminister, Herr Andreas Breitner, und Herr Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, ganz-tätig beurlaubt sind.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamten

Antrag der Fraktion der CDU

Zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses auf Beamtinnen und Beamte

Antrag der Fraktion der FDP

Ich mache Ihnen folgenden Vorschlag zur Worterteilung: Erst die CDU-Fraktion zu dem zuerst eingereichten Antrag, dann die FDP-Fraktion zum zweiten Antrag, dann die Fraktionen nach ihrer Stärke, dann die Landesregierung. - Ich sehe keinen Widerspruch.

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Oppositionsführer, der Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete Johannes Callsen.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir alle wissen vielleicht noch, Herr Albig hat im Wahlkampf gesagt: „Wir arbeiten für ein Land, in dem niemand zurückgelassen wird.“ Was das bedeutet, das haben in den letzten Tagen unsere Landesbeamten schmerzlich erfahren.

Herr Ministerpräsident, ich will Ihnen sagen, das, was wir heute Morgen erleben, ändert hieran überhaupt nichts.

(Beifall CDU und FDP)

Zehn Minuten vor Sitzungsbeginn diesem Parlament mitzuteilen, in welcher Form Sie Tarifierhöhungen bei den Beamten vollziehen werden, ist unglaublich und entbehrt jeder **parlamentarischen Beratungsmöglichkeit**.

(Beifall CDU und FDP)

Das ist schon ein merkwürdiger Stil im Umgang mit diesem Schleswig-Holsteinischen Landtag.

Aber ich finde, es ist ein bemerkenswerter Stil auch im Umgang mit den Menschen, mit denen Sie ja so gern den Dialog führen. Sie sitzen gestern Abend mit den **Gewerkschaften**, mit den Vertretern, die sich dort engagieren, zusammen und verhandeln. Offenbar sind die Verhandlungen nicht so weit gekommen, und die Gewerkschaften und Sie erklären die Gespräche für beendet. Sie treffen dann heute Morgen in Ihrem stillen Kämmerlein eine Entscheidung über die Köpfe dieser Beteiligten hinweg. - So, Herr Ministerpräsident, geht es nicht. Dieser Dialog ist gescheitert.

(Beifall CDU und FDP)

Deswegen bleibt es richtig: Wenn der Ministerpräsident von **vorsorgender Finanzpolitik** spricht, dann klingt das in der Tat mittlerweile wie ein Witz, denn Vorsorge wird im Haushalt dafür nicht getroffen. Sie machen mehr Schulden als nötig, Sie schieben die Einhaltung der Schuldenbremse nach hinten. Die einzige Vorsorge dabei ist, dass die Beamten - auch das ist Ergebnis Ihrer heutigen Entscheidung - mit ihrem Gehaltszettel Vorsorge für rot-grün-blaue Wahlversprechen treffen sollen.

(Beifall CDU und FDP)

Wo wir schon dabei sind: Vorsorge für Ihre Wahlversprechen sollen auch junge Familien treffen, denen Sie nämlich mit der Erhöhung der **Grunderwerbsteuer** den Traum vom eigenen Haus noch einmal erschweren.

(Beifall CDU und FDP)

Die Finanzministerin, die gesagt hat, das liege an den niedrigen Zinsen am Markt, muss irgendwann die Frage beantworten: Was machen Sie denn, wenn die Marktzinsen wieder steigen, senken Sie dann die Grunderwerbsteuer, oder wie geht es dann weiter?

(Christopher Vogt [FDP]: Dann werden die Grünen zur Steuersenkungspartei!)

Meine Damen und Herren, sicher, die Finanzlage des Landes ist angespannt, da hat die Finanzministerin recht, und Schleswig-Holstein braucht einen **Konsolidierungskurs**, auch das ist richtig. Aber leider ist es eben auch so: Sie gehen diesen Konsolidierungskurs nicht, Sie schaffen mehr Ausgaben, und Sie setzen falsche Schwerpunkte. Genau das ist Ihr Problem. Sie senken die Investitionsausgaben auf den niedrigsten Wert, Sie tun alles, um das

(Johannes Callsen)

Wirtschaftswachstum zu behindern, Sie hoffen auf Steuererhöhungen im Bund - Ihre einzige Hoffnung -, und Sie erhöhen bei einer Fülle von Positionen die Ausgaben für Ihre Wahlgeschenke und machen mehr Schulden als erforderlich.

Deswegen sagen wir ganz deutlich: Auch unsere Beamten sind 100 % wert,

(Beifall CDU und FDP)

sie haben die volle **Übernahme** des **Tarifabschlusses** verdient, denn sie leisten bereits jetzt einen Beitrag und ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung des Landes Schleswig-Holstein. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Beamten von der Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst abgekoppelt werden. Ich darf zitieren:

„Die Beamten machen wie alle anderen Beschäftigten einen guten Job und dürfen bei der Besoldung nicht abgehängt werden von der allgemeinen Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst.“

Das sagt der DGB-Nord-Chef Polkaehn, mit dem ich selten einer Meinung bin, aber in dieser Sache hat er ausnahmsweise recht. Ich zitiere außerdem Herrn Malchow, der nach den beendeten Gesprächen gestern Abend gesagt hat: Wir wehren uns gegen eine Spaltung, nämlich eine Spaltung zwischen Beamten und Angestellten. - Genau das erfolgt mit Ihrem heutigen Vorschlag.

(Beifall CDU und FDP)

Wir brauchen **motivierete Beamte**, wir brauchen guten Nachwuchs und einen **attraktiven öffentlichen Dienst**. Deswegen hat die CDU diese Tarifierhöhungen in der Vergangenheit immer eins zu eins auf die Beamten übertragen. Um mit dem Landesrechnungshof zu sprechen: Wir müssen Personal einsparen, aber nicht am Personal sparen. Deswegen, Herr Ministerpräsident, sollten Sie an dieser Stelle auch deutlich machen, wie denn Ihr **Personalabbaupfad** genau aussieht. Sie haben dieses Projekt in die Staatskanzlei gezogen. Seit Monaten ist dort offensichtlich aber nichts geschafft worden.

In der Sache ist unser Antrag richtig. Der Tarifabschluss ist eins zu eins auf die Beamten zu übertragen. Die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen dafür sind so, wie wir es im Dringlichkeitsantrag beantragt haben - wir werden ihn wieder stellen -, zu schaffen. Die Beamten und die jungen Familien haben es verdient, klare Signale zu bekommen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat deren Vorsitzender, der Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist in der Tat, Herr Kollege Callsen, nahezu unglaublich, dass wir 14 Minuten - also um 9:46 Uhr; wir haben es uns einmal ausdrücken lassen - vor Beginn dieser Debatte per Mail von dem Ministerpräsidenten dieses Landes die **Mitteilung** erhalten, was das Kabinett zu tun gedenkt, und das, nachdem einige Tage vorher ja die neue Form des Dialogs, den sich diese Koalition auf die Fahnen schreibt, offensichtlich zu keinem Ergebnis führte. Dialog heißt eben nicht, dass man das akzeptiert, was Sie wollen, Frau von Kalben.

(Beifall FDP und CDU)

Das ist kein Dialog. Ich glaube, das werden Sie in den nächsten Wochen und Monaten noch lernen, denn ich bin sicher, dass es einen „heißen Frühling“ geben wird. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Gewerkschaften, der Beamtenbund so mit sich umgehen lassen, wenn sie noch ein gewisses Maß an Gesichtswahrung haben wollen.

Wenn man sich anguckt, was uns übermittelt worden ist, vielleicht bekommen Sie es von der Regierung auch noch einmal mitgeteilt

(Rainer Wiegard [CDU]: Die Abgeordneten vielleicht auch einmal!)

- die Abgeordneten vielleicht auch einmal -, dann bedeutet das im Endeffekt, dass bis **2018**, Herr Ministerpräsident, die **Besoldungsanpassung** jedes Mal unterhalb der **Inflationsrate** liegen soll. Das ist nicht nur unerhört, das ist unanständig.

(Beifall FDP und CDU)

Das ist deshalb unanständig, weil Ihre Finanzministerin in öffentlichen Erklärungen dauernd den Eindruck vermittelt, als würden die Beamtinnen und Beamten ohnehin schon zu viel verdienen, als sei die Anpassung an das, was im normalen Wirtschaftsleben geschehe, etwas, was sie noch besserstellen würde, als sie ohnehin schon dastehen würden. Eine Aussage wie die, Frau Ministerin Heihold, Sie würden einen Professor und eine Lehrerin kennen, die verheiratet sind und auf die 5,6 % Tarifsteigerung insgesamt nicht angewiesen seien, ist wirklich unglaublich.

(Beifall FDP und CDU)

(Wolfgang Kubicki)

Ich kenne alleinerziehende Beamtinnen und Beamte, die mit jedem Euro rechnen müssen.

Was für eine Chuzpe diese Koalition, die angeblich so sozialverträgliche Politik gestalten will, betreibt, kann man daran sehen, dass bei der Frage des **Mindestlohns** eine Anhebung von 8,88 € auf 9,09 € stattgefunden hat, weil man nämlich die **Tariferhöhungen** eingepreist hat. Das heißt, man will die Unternehmen verpflichten, im wirtschaftlichen Bereich entsprechend zu verfahren, und im eigenen Haus verhält man sich völlig anders.

(Beifall FDP und CDU)

Liebe Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins, schaut in die Gesichter dieser Abgeordneten, dieser Heuchler, die CDU und FDP dauernd vorgeworfen haben und dauernd vorwerfen - -

(Martin Habersaat [SPD]: „Heuchler“? Herr Kubicki, das kann wohl nicht wahr sein!)

- Den Begriff Heuchler darf ich nicht gebrauchen?

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Kubicki, entschuldigen Sie. - Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte wirklich, sich etwas zusammenzureißen. Das war ein unparlamentarischer Ausdruck. Ich würde einmal sagen, angesichts der Situation, in der wir uns heute befinden, möchte ich es dabei belassen und bitte jetzt um etwas Zurückhaltung.

(Zuruf SPD: Was war das denn?)

- Ich kann den Begriff des Heuchlers auch gern anders charakterisieren. Ich würde einmal sagen, ich lasse es jetzt dabei.

(Martin Habersaat [SPD]: Das hat der Redner gesagt! „Heuchler“ kam von Herrn Kubicki!)

- Ich habe deutlich gemacht, wie ich die Situation sehe.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ich finde es sehr interessant, wie wir jetzt die sprachliche Korrektheit, die Sozialdemokraten und Grüne für ihr Eigen halten, darauf übertragen wollen, wie Parlamentarier oder Menschen, die von ihrer Meinungsfreiheit Gebrauch machen, diesen Begriff verwenden.

(Beifall FDP und CDU)

Aber sei's drum.

Schauen Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, in die Augen derjenigen, die vor dem Wahltag **Verspre-**

chungen machen und jetzt mit einem Anspruch von, ich weiß gar nicht was, diese Versprechungen brechen. Sie haben doch vor dem Wahltag den Eindruck erweckt, als werde alles besser, wenn Sie regieren. Sie haben doch bei den Debatten den Eindruck erweckt - ich kann das doch im Rahmen der Aktuellen Stunde zitieren -: Wir werden das noch einmal im parlamentarischen Verfahren machen! Sie haben doch dauernd den Christdemokraten und uns vorgeworfen, wir gingen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes nicht sorgfältig um. Und jetzt erleben diejenigen, die Ihnen vertraut haben, dass die Versprechen, die Sie abgegeben haben, mit fadenscheinigen Begründungen gebrochen werden.

(Beifall FDP und CDU)

Gestern bekommen wir die Mitteilung, dass man mal eben **3 Milliarden €** neue **Garantien** für die **HSH Nordbank** ausloben will, bei der ja der Kollege Dr. Stegner im Aufsichtsrat gesessen hat und jetzt andere aus der Regierung im Aufsichtsrat sind. Das geht so locker, dass man vielleicht einen Hedgefonds beteiligen will, um für ein „völlig risikoloses Investment“ riesige Kredite zu bekommen, und für unsere Landesbediensteten gibt es keinen Cent, der eine Reallohnsteigerung beinhalten würde. Das ist wirklich unglaublich. Ich sage Ihnen voraus: Das wird ein wirklich heißer Frühling für Sie werden.

Ich kann die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes verstehen. Wer will, dass wir **qualifiziertes Personal** bekommen, der muss dafür auch etwas tun. Wir wissen das. Wir werden bis zum Jahr 2020 ungefähr 11.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter altersbedingt entlassen. Selbst wenn man die Abbauphase berücksichtigt, brauchen wir mindestens 6.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerade in bestimmten Bereichen der Verwaltung, bei denen es eine erhebliche **Konkurrenz** zum privaten Bereich gibt, beispielsweise in der Steuerverwaltung oder bei der Polizei.

Wir haben um uns herum Länder wie Hamburg, die auch dringend Personal suchen, die die Anpassung eins zu eins sofort vornehmen. Wir haben Bundesbedienstete, die gemeinsam mit Landesbediensteten die gleiche Arbeit verrichten. Wie machen wir das denn überhaupt, Frau Ministerin, in den gemeinsamen Einrichtungen, die Schleswig-Holstein und Hamburg haben? Die Hamburger bekommen für die gleiche Arbeit dann mehr. Ist das das neue Equal Payment, das Sozialdemokraten sich vorstellen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit? Ich kann mir das wirklich nicht vorstellen.

(Wolfgang Kubicki)

Wir werden jedenfalls alles dafür tun und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes dabei zu unterstützen, dass sie einen angemessenen Ausgleich für ihre Tätigkeit bekommen, dass sie an der Wohlstandssteigerung in Deutschland entsprechend teilhaben, dass man sie nicht zum Sparschwein Schleswig-Holsteins erklärt. Denn sie können nichts dafür, dass die Haushaltslage so ist, wie sie ist.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Vorsitzende, der Herr Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wie war das mit den reichen Erben?)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beschäftigten des Landes leisten wichtige, wertvolle Arbeit. Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten haben Hunderttausende von Überstunden. Sie setzen ihr Leben, sie setzen ihre Gesundheit für uns ein. Die Lehrerinnen und Lehrer leisten eine schwierige Arbeit in den Schulen. Die Pflegekräfte des UKSH tun das, viele andere tun das auch. Sie haben nicht nur unseren Respekt, sondern sie haben auch eine andere Form der Debatte verdient als die, die Sie gerade von der Opposition gehört haben.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch CDU und FDP)

Wir haben hier im Hohen Hause die **Schuldenbremse** miteinander beschlossen, die bis zum Ende dieses Jahrzehnts von uns einen **Abbaupfad** verlangt, der uns von der Verfassung vorgeschrieben ist. Die Herren und Damen von Schwarz-Gelb haben keine Gelegenheit ausgelassen, eine Verschärfung dieses Kurses hier einzufordern und im Übrigen dies zu tun mit Maßnahmen, auf die ich gleich noch einmal zu sprechen komme. Uns also jetzt, wenn man kaum in der Opposition angekommen ist, dies vorzuhalten, ist mit dem Etikett Scheinheiligkeit, finde ich, sehr freundlich und diplomatisch umschrieben.

Was **Tarifverhandlungen** im öffentlichen Dienst angeht - ich habe sie selbst schon geführt -, sind wir anders als das schwarz-gelbe Hessen nicht aus der **Tarifgemeinschaft** ausgestiegen, sondern sind Teil der Tarifgemeinschaft, und die Tarifiergebnisse werden für die Angestellten und Arbeiter natürlich

auch übernommen, wie sich das als Mitglied der Tarifgemeinschaft gehört.

Was die **Beamten** angeht, handelt es sich um eine Gesetzgebung des Landes. Diese **Gesetzgebung** hat verschiedenen Kriterien zu folgen, die sowohl die Vorgaben der Verfassung beachten als auch sozial ausgewogen sein müssen. Dass nun ausgerechnet diejenigen, die sagten, das seien Wahlgeschenke - das waren eben wieder Ihre Worte, Herr Callsen -, die den Blinden ans Leder gegangen sind, die die Zuschüsse für die Frauenhäuser gekürzt haben, jetzt herkommen und sagen, wir würden die Leute nicht ordentlich behandeln, das ist eine Form von Scheinheiligkeit, die wirklich ihresgleichen sucht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist eine Frechheit.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muss auch sagen: Dass ausgerechnet die Partei den Mann zum Ehrenvorsitzenden gemacht hat, gegen den sich Pinocchio-Plakate mit der langen Nase richteten, das ist eine Form von Scheinheiligkeit, die auf Sie zurückfällt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Großen Koalition haben wir schwierige Entscheidungen zulasten der Beschäftigten des Landes mittragen müssen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Der linke Stegner!)

Aber wir haben uns durchgesetzt gegen die Union, die nicht mittragen wollte, dass in den unteren Gruppen jedenfalls auch bei den Sonderzuwendungen keine Kürzungen vorgenommen worden sind oder teilweise sogar Erhöhungen stattgefunden haben. Das haben wir durchgesetzt gegen die Union, die das nicht wollte.

Die FDP, die sich hier aufführt, als hätte der Fraktionsvorsitzende - - Ich will das nicht weiter ausführen, aber das können Sie ja Woche für Woche erleben, was der hat.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was hat der denn?)

- Ich überlasse das einmal Ihrer Fantasie.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Der verdient wenigstens - -!)

- Der verdient gar nichts, der bekommt relativ viel. Der Fraktionsvorsitzende der FDP hat mitgetragen, dass in der **letzten Legislaturperiode** Schwarz-

(Dr. Ralf Stegner)

Gelb die Beihilfen verschlechtert hat, die Versorgungsbezüge gekürzt hat, die Pensionsaltersgrenzen verschoben hat, die Jubiläumsszuwendungen abgeschafft hat, die Mitbestimmung eingeschränkt hat und das UKSH permanent mit Privatisierung bedroht hat. Das war Ihre Politik für die Beschäftigten dieses Landes!

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Übrigens: Bei Ihren Ministern haben Sie nichts gekürzt. Das hat das Kabinett Albig gemacht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch in dieser Hinsicht Scheinheiligkeit bis zum Gehnichts mehr.

Dann will ich sagen: Wir haben in Bayern, wo die CSU noch regiert und Wahlkampf ist, eine Eins-zu-eins-Übernahme dieser Tarifbeschlüsse in den Beamtenbereich.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die haben wir in Hamburg auch!)

Sonst haben wir das eben gar nicht oder mit einer Konsequenz, auf die ich aufmerksam machen möchte. Da, wo das geschieht und der **Stellenabbau** verschärft wird, ist das, was die **Belastungssituation** der Beamtinnen und Beamten angeht, im Polizeibereich und im Lehrerbereich, nicht mehr vertretbar. Das können wir nicht tun. Wir können nicht weiteren Stellenabbau betreiben. Wenn wir das tun, verschlechtert sich mehr an den Arbeitsbedingungen, als wenn wir die Abschlüsse nicht voll übernehmen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen haben natürlich die Regierungsspitzen - der Ministerpräsident wird das nachher erläutern - und die Finanzministerin Gespräche geführt mit dem Ziel, zu einer Einigung zu kommen. Ich verstehe, dass sich Gewerkschaften in einer solchen Situation schwertun, auch wenn das keine Tarifverhandlungen sind, im Beamtenbereich zu sagen: Wir akzeptieren eine **Perspektive** für die **gesamte Legislaturperiode**. Das kann ich verstehen. Wir müssen es trotzdem tun, weil wir die finanziellen Vorgaben kennen und weil wir ehrlich umgehen wollen mit den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Seit wann das denn?)

und weil wir auf die soziale Ausgewogenheit achten werden.

Diese Perspektive für die ganze Legislaturperiode bedeutet, dass zum Beispiel die Besoldungsgruppen bis **A 11** signifikant höhere Steigerungen haben werden als in den letzten 13 Jahren

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das stimmt doch gar nicht!)

und unter dem Strich am Ende mehr haben werden - teilweise sogar am Anfang mehr - als das Tarifiergebnis mit allem, was dazugehört.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anders ist es nur für die Besoldungsgruppen von **A 14** an aufwärts. Das ist ein Teil von Solidarität, zu dem ich sagen muss: Er fällt uns schwer, sie einzufordern. Aber das halte ich für sozial verträglich. Das folgt der Linie, die wir bisher hier auch vertreten haben.

Im Übrigen füge ich hinzu: Das ist das, was wir garantieren bis zum Ende der Legislaturperiode, indem wir Ihren Maßnahmen nicht zustimmen werden. Wenn ein Politikwechsel in Berlin kommen sollte, was die Bürgerinnen und Bürger schwer hoffen - überall wird Schwarz-Gelb ja abgewählt -, und sich die finanziellen Rahmenbedingungen verbessern, dann kann man auch noch einmal über eine Erhöhung reden.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist der Punkt.

(Zurufe)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner. Meine Damen und Herren, es wäre der Debatte angemessen, wenn wir den Grad der Aufregtheit etwas minimieren würden.

(Christopher Vogt [FDP]: Dann soll er uns auch nicht so anschreien!)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Das ist der Punkt. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen sehr guten Eindruck davon gewinnen können, was Sie hier vorführen. Sie glauben, Sie haben jetzt Ihr Thema gefunden. Kaum sind Sie in der Opposition angekommen, erinnern Sie sich gar nicht mehr daran, dass Sie die Universität Lübeck

(Dr. Ralf Stegner)

schließen wollten. Sie erinnern sich gar nicht mehr an all die Dinge, die Sie machen wollten.

Außerdem haben Sie sich immer ganz toll gegenüber den Beschäftigten verhalten. Es hat sozusagen Fackelzüge gegeben, um sich bei Schwarz-Gelb dafür zu bedanken, wie Schwarz-Gelb mit den Menschen umgegangen ist. - Das glauben Sie doch selbst nicht, was Sie hier erzählen. Damit können Sie uns nicht treffen.

Natürlich ist Regieren nicht nur Sonnenschein. Das weiß ich auch. Wir befinden uns in einer schwierigen Situation. Ich kann auch nachvollziehen, dass es den Abgeordneten meiner Fraktion und auch denen von Grünen und SSW schwerfallen wird, dies zu tun. Trotzdem sage ich: Wir werden am Ende ein **Paket** vorlegen. Darin enthalten sein werden auch Maßnahmen, mit denen wir einen Teil der Schikanen zurücknehmen, die Sie eingeführt haben. Wir werden dafür sorgen, dass diejenigen unterstützt werden, die am dringendsten der Unterstützung bedürfen. Natürlich gibt es Beamte in den unteren Besoldungsgruppen, die dringend Unterstützung benötigen, weil sie ihren Wohnraum kaum bezahlen können. Natürlich würden wir gern noch mehr machen.

Ihre Partei jedoch verspricht im Bundestagswahlkampf den Menschen sogar noch Steuersenkungen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist unglaublich, was Sie tun.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wissen ganz genau, dass das nicht geht. Das zeigt, dass Sie in der Regierung schlecht waren und in der Opposition verantwortungslos sind. Das unterscheidet Sie von uns, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zuruf: Genau umgekehrt!)

Trotz Ihrer Prognosen von einem heißen Frühling werden Sie erleben, dass das so ist.

Ich war gestern beim Frühjahrsempfang der CDU. Man muss nur aus dem Fenster schauen, um feststellen zu können, wie es um den Frühling bei der CDU bestellt ist, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wenn Sie allen Ernstes behaupten, dass Sie uns Angst machen werden, dann muss ich dazu sagen, dass schon andere Leute kommen müssen als die Herren Callsen und Kubicki. Erschrecken können Sie uns nicht, sondern allenfalls die Öffentlichkeit.

(Christopher Vogt [FDP]: Da muss schon Steinbrück kommen, um Sie zu erschrecken!)

- Herr Kollege Vogt, ich habe Ihnen heute Morgen schon gesagt, dass Sie intelligenter sind, als es Ihr jetziger Zwischenruf vermuten lässt. Sie können das besser als Ihr Fraktionsvorsitzender.

Sie werden feststellen, dass wir einen **Besoldungsgesetzentwurf** einbringen und in aller Ernsthaftigkeit beraten werden. Wir werden die Menschen im Klaren darüber sein lassen, was wir tun. Wir werden sehr auf die **soziale Ausgewogenheit** achten.

Sie, die Sie zu Wasser, zu Lande und in der Luft **faire Löhne** bekämpfen - das werden wir beim nächsten Tagesordnungspunkt erleben; von einem Bürokratiemonster und dergleichen werden Sie nachher reden -, treten hier auf und tun so, als stünden Sie auf der Seite der Beschäftigten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist der größte Witz, den man in diesem Parlament überhaupt vortragen kann. Das muss ich ehrlich sagen. Das wissen Sie auch ganz genau.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hingegen sind diejenigen, die vieles wiederherstellen werden. Dies gilt auch für die **Mitbestimmung**. Das werden wir nachher diskutieren. Wir sind gegen Dumpinglöhne und für faire Löhne. Wir sind auch für faire Gehälter.

Die Landesregierung, die für die Beamten dieses Landes zuständig ist und die die Vorgaben der Verfassung zu beachten hat, was Sie uns permanent vorhalten, wird sich anders als Sie nicht in Populismus und Verantwortungslosigkeit ergehen, sondern verantwortlich das tun, was möglich ist. Und das tun wir geschlossen. Sie werden noch lange Freude mit uns haben. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat deren Fraktionsvorsitzende, die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr verehrte Gäste! Herr Callsen, eingangs möchte ich auf Ihre Vorwürfe bezüglich der **Aktualität** des Themas eingehen. Sie sagen, Sie seien überrumpelt worden. Wenn wir bis gestern Abend verhandelt

(Eka von Kalben)

haben - „wir“ heißt in diesem Fall unsere Parteikollegen, die Regierung -, wann hätten wir Sie informieren sollen? Wären Sie gern um Mitternacht zu einer Sondersitzung eingeladen worden? Oder aber hätten wir Ihnen irgendein **Ergebnis** vor **Abschluss der Verhandlungen** mit den Gewerkschaften vorlegen sollen? Dann hätten Sie zu Recht gesagt: Was ist das denn für ein Dialog, bei dem vorher schon feststeht, was herauskommt?

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir haben mit den Gewerkschaften über diese Punkte gesprochen. Dabei ist aber keine Einigung erzielt worden. Ich glaube, aktueller als das, was wir jetzt vorlegen, kann man nicht sein. Im Übrigen finde ich es gut und richtig, dass die Regierung das gemacht hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, gute Arbeit verdient gute Bezahlung. Darüber sind wir uns in diesem Haus sicher einig. Wenn aber Qualität der einzige Maßstab wäre, dann würden die Beamtinnen und Beamten ganz andere Gehälter verdienen. Schleswig-Holstein hat in vielen Bereichen hoch engagierte und kompetente Landesbedienstete. Natürlich gehört dazu auch eine gute Bezahlung. **Anerkennung** und **anständige Bezahlung** sind aber nur das eine.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Aha!)

Anerkennung drückt sich auch aus in guten Arbeitsbedingungen. Anerkennung besteht auch darin, dass die Arbeitsmenge zu bewältigen ist, dass der Stellenabbau im Kollegenkreis nicht immer weiter zunimmt und dass es noch Möglichkeiten zur Beförderung gibt. Diesen Spielraum brauchen wir.

Eine sofortige und vollständige **Übernahme des Tarifabschlusses** würde **Mehrkosten** in Höhe von 72 Millionen € bedeuten. Das wären 1.500 weitere Stellen, die eingespart werden müssten. An welcher Stelle, wenn nicht im Personalhaushalt, soll diese Einsparung erbracht werden?

Strukturelle Mehrausgaben können nur durch strukturelle Minderausgaben finanziert werden, aber nicht durch PROFI, bei dem es sich gerade nicht um ein strukturelles Programm handelt. Das geht auch nicht durch ungedeckte Schecks und eventuelle weitere Mehreinnahmen beim Glücksspiel. Stellen Sie sich einmal vor, wir würden unsere Mittelfristige Finanzplanung auf eventuelle Steuermehreinnahmen im September 2013 aufbauen. Das Geschrei in diesem Haus möchte ich dann einmal hören.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Liebe Herren von CDU und FDP, Ihre **Einsparvorschläge** zum Abbau des strukturellen Defizits hätten zu Einsparungen zwischen 12 und 16 Millionen € geführt. Damit wäre eine vollständige Übernahme des Tarifabschlusses auch nicht möglich gewesen.

Unsere Haushaltspolitik ist solide. Die zusätzliche Belastung von 80 Millionen € für die Kitas hätten Sie auch tragen müssen. Allerdings haben wir uns dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe angenommen, während Sie auf eine Klage gewartet hätten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir tragen eine gemeinsame Verantwortung für die **Einhaltung der Schuldenbremse**.

Herr Kubicki, Ihre Rücktrittsforderung gegenüber Frau Heinold ist empörend. Ich kann mich nicht erinnern, dass Sie bei der vergangenen Tarifrunde ähnliche Forderungen an die Länder mit FDP-Regierungsbeteiligung ausgesprochen haben, die die Tarifiergebnisse nicht vollständig übernommen haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Welche Länder waren das denn?)

Eine entsprechende Rücktrittsforderung ist zumindest bei mir nicht angekommen.

Diese Koalition ist auch dafür gewählt worden, um sich für die **Schwachen in der Gesellschaft** einzusetzen, und zwar für Blinde, für Flüchtlinge und für Frauen mit Gewalterfahrungen. Dafür müssen wir uns nicht schämen. Darauf sind wir stolz.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Wir sind die Koalition, die sich auch um Arbeitslose, befristet Beschäftigte und um Menschen ohne Mindestlohn sorgt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Wir sind die Koalition, die auch zukünftige Generationen im Blick hat.

(Christopher Vogt [FDP]: Was?)

Deshalb müssen wir einen Spagat hinbekommen zwischen den Herausforderungen einer angespannten Haushaltslage und den Anforderungen an eine gute Personalförderung.

(Eka von Kalben)

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Und die Beamten blechen, weil sie sich nicht wehren können!)

Der vorgelegte **Vorschlag der Regierung** ist klug und trägt der Politik Rechnung, für die wir stehen. Bezieher unterer und mittlerer Einkommen bis A 13 werden bessergestellt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Besser als was?)

Es werden Anreize gesetzt und einmalige Zulagen gewährt, um Schecks auf die Zukunft mit strukturellen Folgen zu vermeiden. Zudem werden inhaltliche Schwerpunkte, wie zum Beispiel durch das Beförderungsprogramm für die Polizei, gesetzt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Oh!)

- Schade, dass Sie das so kommentieren. Ich halte das für einen ganz wichtigen Aspekt. Das entspricht auch der Rückmeldung, die uns die Polizei dazu gibt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Ich bedaure, dass nicht in allen Einzelheiten mit den Gewerkschaften Einigkeit erzielt werden konnte. Ich hoffe aber, dass das zumindest in Teilen auf ihre Zustimmung stoßen wird.

Ein starker Staat braucht starkes Personal und starke Einnahmen. Wenn wir auch zukünftig Nachwuchs gewinnen und gute Arbeit gut bezahlen wollen, braucht unser Haushalt trotz aller Sparbemühungen auch eine strukturelle Entlastung. Dafür werden wir uns im September 2013 auf Bundesebene einsetzen. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Abgeordnete Wolfgang Dudda.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da kann ich unmittelbar anschließen, Kollegin Kalben, an Ihre Bemerkung zum starken Staat, zum starken Land und zu den starken Bürgern. Ich habe mich mit der Website unseres Ministerpräsidenten beschäftigt und unter der Rubrik „Perspektiven“ viermal das Wort „stark“ gefunden, das auf verschiedene Weise benutzt worden ist. Vor dem Hintergrund, dass wir seit Dezember über die Tarifierung für die Beamten reden und dieses Wort „stark“ Sie sehr beeindruckt - wir haben das eben wieder gehört -

habe ich mir vorgestellt, mit welchen Worten das Gespräch der Finanzministerin mit den Gewerkschaften wohl begonnen hat, ich habe mir gedacht, es waren diese: „Sie müssen jetzt stark sein!“

(Beifall PIRATEN - Heiterkeit CDU und FDP)

Natürlich liegt noch eine weitere Metapher auf der Hand: Die Nichtübernahme oder die nicht vollständige Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamtinnen und Beamte ist auch ein „starkes“ Stück, wie ich finde.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Nach dem, was ich heute Morgen, zehn Minuten vor der Sitzung, erfahren habe, hätte ich mein Manuskript eigentlich beiseitelegen können. Ich greife das aber gern wieder auf. Wir reden seit Dezember 2012 über dieses Thema. Herr Kollege Kubicki hat völlig Recht, wenn er sagt, dass sich **Equal Pay** bei der Landesregierung offensichtlich nur auf die Bezahlung von Frauen und Männern reduziert, aber nicht auf die gleiche Behandlung von Angestellten, Tarifbeschäftigten und Beamten.

Dass der einer Beamtin oder einem Beamten im gleichen Büro mit gleicher Tätigkeit gegenüberstehende Tarifbeschäftigte weniger lang arbeitet und dafür mehr Geld bekommt, während sich gleichzeitig die Arbeitsquantität durch Verdichtung erhöht, nehmen Sie bewusst in Kauf. Dass der im Hamburger Speckgürtel für unser Land seinen Dienst verrichtende Finanz- oder Polizeibeamte den Wechsel ins benachbarte Hamburg wegen der dort besseren beruflichen Perspektiven erwägen und leider auch häufig genug durchführen wird, nehmen Sie ebenfalls in Kauf. Das gilt auch für Führungskräfte, wenn Sie die jetzt von der Gehaltserhöhung ausnehmen. Gerade Polizeioberräte und höhere Dienstgrade neigen dazu, nach Hamburg zu wechseln. Wir wissen das. Dass den Beamtinnen und Beamten nach 2007 ein weiteres Sonderopfer abverlangt wird, das auf die ohnehin schon von diesem Personenkreis erbrachten Opfer draufgesattelt wird, halten Sie abseits jedweder lebensnahen Betrachtung für zumutbar.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Sie gehen sogar noch weiter und erklären durch die Finanzministerin, dass die Schuldenbremse gleichzeitig auch eine Einkommensbremse bedeute. Das allerdings muten Sie nur denen zu, die sich gegen diese Willkür nicht wehren können, weil ihnen die Druckmittel wie das Streikrecht fehlen. So machen Sie aus dem bewährten **Alimentationsprinzip** ein

(Wolfgang Dudda)

Mithaftungsprinzip der Beschäftigten, und das ist nicht vorgesehen.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Was das auf den Fluren und in den Büros der Landesverwaltung für das Arbeitsklima bedeutet, können wir uns alle lebhaft vorstellen. Die **Motivation** der Beamtinnen und Beamten dieses Landes ist anders als Ihre Bereitschaft zum Dialog keine „starke“ und unerschöpflich sprudelnde Quelle. Das war auf der Pressekonferenz der Vertreter des dbb am letzten Freitag klar zu erkennen. Die Beamtinnen und Beamten des Landes haben bereits erhebliche Einbußen hingenommen. Die denkwürdigen Pinocchio-Plakete wurden eben schon erwähnt; sie hängen noch in den Pausenräumen von Polizei und Finanzämtern.

Sie nehmen Ihre **Fürsorgepflicht** wahr, indem Sie darauf achten, dass sich die Beamten durch den Bau eines Hauses nicht übermäßig verschulden können, und erhöhen vorsorglich die Grunderwerbssteuer um 1,5%.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau!)

Das hat für Sie den angenehmen Nebeneffekt, dass die Beamtinnen und Beamten wesentlich flexibler für Versetzungen von A nach B sind, wenn Sie Behörden vor Ort im Zuge der Aufgabenreduzierung auflösen und beim Personalabbaupfad zuschlagen.

Ihre Entscheidung ist verheerend für das Funktionieren des öffentlichen Gemeinwesens. Sie **demotivieren**, wo mehr Motivation nötig ist. Sie etablieren eine **Neidkultur**, wo Kollegialität nötiger denn je sein wird. Demotivierte Finanzbeamte und Polizeibeamte entstehen durch Überbelastung und schlechte Bezahlung. Demotivation und Überbelastung sind der Nährboden für Erkrankungen wie das Burnout-Syndrom. Das ist der Virus für Langzeiterkrankungen.

Darunter leiden werden jedoch nicht nur die betroffenen Beamten. Auch die Bevölkerung und die Wirtschaft werden die Folgen davon direkt zu spüren bekommen. Die Einnahmesituation wird sich genauso verschlechtern wie die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Betriebe wird durch eine nicht mehr ausreichend effektiv arbeitende Verwaltung nachlassen. Der ohnehin schon hohe Krankenstand bei den Lehrern, die bei diesem Tarifabschluss doppelt gebeutelt sind, wird sich eher erhöhen statt abnehmen.

Vermeiden Sie das und tragen Sie durch eine wirklich verantwortungsvolle und nunmehr auch voll-

ständige Übernahme des Tarifabschlusses auf die Beamtinnen und Beamten des Landes dazu bei, dass wir den starken öffentlichen Dienst haben, den wir brauchen.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Das Geld dafür ist da. Die nicht verbrauchten 20 Millionen € aus 2012 und der erhöhte Ansatz von 2013 in Höhe von 60 Millionen € machen das möglich. Sie regieren noch ein starkes Land, sorgen Sie dafür, dass das so bleibt!

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat deren Vorsitzender, der Herr Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn die Opposition eine Aktuelle Stunde beantragt, dann hat sie auch einen Anspruch darauf - wenn die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen dazu in der Lage sind, Vorschläge zu entwickeln -, diese Vorschläge auch vorgestellt zu bekommen.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Lieber Kollege Vogt, das ist ganz wichtig im **parlamentarischen Verfahren**. Wir haben bis gestern verhandelt und zeitgerecht Vorschläge vorgelegt,

(Johannes Callsen [CDU]: Welche denn?)

die für uns jetzt handlungsleitend sind. Auch Ihre **Beteiligung** wird nicht ausgeschlossen, weil wir mit diesem Verfahren erst dann beginnen werden, wenn wir in die Beratung über das betreffende Gesetz einsteigen. Das werden wir höchstwahrscheinlich in den nächsten Monaten machen. Dann wird es auch Anhörungen und Gespräche geben, und dann werden natürlich auch Sie dabei sein.

Aber ich finde, wenn eine Regierung gemeinsam mit der sie tragenden Koalition mit Vorschlägen kommt aufgrund einer Aktuellen Stunde, die Sie beantragt haben, dann ist das nicht unbedingt ein Grund dafür, dass eine Opposition darüber böse sein kann. Vielmehr sollten Sie darüber erfreut sein, dass wir mit dem, was wir vorschlagen wollen, auch entsprechend frühzeitig herauskommen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Johannes Callsen [CDU]: Die Koalition hat doch noch gar nichts formuliert!)

(Lars Harms)

- Wenn Sie eine Zwischenfrage stellen wollen, lieber Kollege, müssen Sie sich melden.

Meine Damen und Herren! Wir haben **Gespräche** mit den **Gewerkschaften** geführt. Wir haben auch Gespräche mit dem **Beamtenbund** geführt. Natürlich - das ist Ihnen allen klar - haben wir keine Einigung erzielen können. Trotzdem ist das, was man dort miteinander besprochen hat und was als Anregung gegeben worden ist, natürlich auch in unsere Vorschläge eingeflossen. Wir wollen jetzt in das Verfahren hineingeben, dass wir den Abschluss für die Angestellten grundsätzlich auch für die **unteren** und **mittleren Gruppen der Beamten** übernehmen. Wir wollen gern auch eine Verlässlichkeit für die Beamtinnen und Beamten in diesem Land über den gesamten Zeitraum der Legislaturperiode ermöglichen.

Wir haben uns das genau angesehen und haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht. Wir haben sehr darauf geachtet, dass diejenigen, die es wirklich nötig haben, dass der Abschluss für die Angestellten auch für sie übernommen wird, nicht schlechterstehen als Angestellte. Das sind zum Beispiel Polizisten, und das sind auch die „normalen“ Lehrer.

(Christopher Vogt [FDP]: Was sind denn unnormale Lehrer?)

Wir haben extra darauf geachtet, dass auch für diese der Abschluss der Angestellten übernommen wird. Das sind 2,65 % und in der Folgezeit 2,95 %. Daran rütteln wir auch nicht, sondern wir haben uns daran orientiert, dass die oberen Gruppen eher die Möglichkeit haben, einen Solidarbeitrag zu leisten, und haben dies auch entsprechend eingepreist.

(Tobias Koch [CDU]: Was kriegen die unteren Gruppen denn im nächsten Jahr?)

- Das können Sie auch anhand der Unterlagen, die Ihnen der Herr Ministerpräsident zugesandt hat, sehen, lieber Kollege Koch.

Zweitens haben wir gesagt, wir wollen eine vernünftige **Finanzplanung** über die gesamte **Legislaturperiode** hinweg machen. Wir wollen dabei aber auch die berechtigten Interessen der Beamtinnen und Beamten berücksichtigen. Deswegen wollen wir 1,5 % einplanen, sodass die Beamten schon jetzt wissen, dass sie auf jeden Fall mit 1,5 % rechnen können. Ich glaube, auch das ist etwas, was man in der Beamtenschaft durchaus wertschätzt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hinzu kommen noch **Einmalzahlungen** und Ähnliches. Aber auch das ist Ihnen aus den Unterlagen ersichtlich.

Es ist aber auch wichtig, dass wir in diesem Gesamtpaket auch noch über **Zulagen** reden. Wir gewähren Zulagen für die Feuerwehr, für Außendienstmitarbeit, wir gewähren wieder eine Jubiläumzulage, und wir schauen darauf, dass die Beihilfe in Bezug auf den Wegfall der Praxisgebühr entsprechend angepasst wird. All dies wird ebenfalls in den Topf hineingenommen. Auch das ist Ausfluss der Beratungen mit den Gewerkschaften und mit dem Beamtenbund, die genau diese Bereiche eben auch moniert haben. Insofern ist dieses **Gesamtpaket** auch nicht so schlecht.

Das zeigen auch die Zahlen der Vergangenheit. In den letzten 13 Jahren gab es eine durchschnittliche Erhöhung der Einkommen der Beamten von 1,44 %. Vergleichen Sie dies mit den Zahlen, die Ihnen heute vorliegen, und Sie werden sehen, so schlecht ist das, was wir gewähren, nicht.

Mit dem, was wir heute vorlegen, werden wir unsere ursprünglichen Planungen um rund **50 Millionen €** übersteigen, die natürlich in den nächsten fünf Jahren auch zu finanzieren sein werden. Ich nenne diese Zahl deshalb ganz bewusst, weil ich glaube, es ist auch ein Riesenkraftakt für das Land Schleswig-Holstein, diese 50 Millionen € zusätzlich aufzubringen. Meine Damen und Herren, ich glaube, auch das muss man berücksichtigen, wenn man den Abschluss entsprechend bewerten will.

Ein letztes Wort, weil der Kollege Kubicki gerade gesagt hat: Ihr fordert den **Mindestlohn** von den Unternehmen, aber selbst wollt ihr nichts geben. - Man ahnt ja, dass solche Dinge kommen. Ich habe also schnell in die Unterlagen geschaut. Ein Beamter in der Besoldungsgruppe A 3 - das ist der niedrigstbezahlte Beamte in unserem Land - bekommt 1.760 €.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist also ein normaler?)

- Lieber Kollege Vogt, das sind bei 41 Stunden in der Woche 10,22 €.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Darum geht es doch gar nicht!)

- Lieber Kollege Kubicki, Sie haben das gesagt, Sie müssen jetzt auch mit der Antwort leben, die Ihnen möglicherweise nicht passt.

(Lars Harms)

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe Dr. Ralf Stegner [SPD] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Aber inzwischen sind Ihre Einwände dermaßen durchschaubar, dass man sich sogar schon mit Zahlenmaterial darauf vorbereiten kann. Sie müssen damit leben, dass ein Beamter 10,22 € bekommt und damit weit über dem liegt, was wir in Sachen Mindestlohn anderen abverlangen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das sind doch Nebelkerzen! Wieso haben Sie aus 8,80 € denn 9,09 € gemacht?)

Meine Damen und Herren, wenn wir uns das gesamte Paket ansehen, geben wir mehr als in der Vergangenheit. Es bekommen die, die es besonders nötig haben, auch tatsächlich das, was im Angestelltenbereich ausgehandelt worden ist. Wir räumen mit Unzulänglichkeiten in der Vergangenheit auf, was Zulagen und Beihilfe angeht. Ich glaube, dass das ein sehr **soziales Konzept** ist. Es ist nicht zu 100 % die Übernahme - das sage ich hier ganz deutlich -, aber es ist wirklich ein großer Teil Übernahme. Wir haben uns wirklich hart gebogen und hart darüber nachgedacht, wie man so etwas auf die Beine stellen kann, wie man sozial gerecht handeln kann, gleichzeitig aber auch den Haushalt nicht überstrapaziert und auf gar keinen Fall die Schuldenbremse einzureißen droht. Ich glaube, das ist uns heute gelungen. Deswegen können wir als SSW auch sagen, dass wir das, was hier vorgeschlagen wird, wirklich begrüßen.

Es ist ganz wichtig: Wir werden noch in die **Beratung** einsteigen, weil das Gesetz entsprechend angepasst werden muss. Dann wird es auch noch eine Beteiligung formaler Art geben. Dann werden uns möglicherweise auch die Gewerkschaften und der Beamtenbund deutlich machen, wie sie dazu stehen. Das ist auch in Ordnung. Möglicherweise werden auch Gesetze, die eingebracht werden, mit Modifizierungen aus dem Verfahren herauskommen. Diese Offenheit besteht, weil diese Offenheit immer in der Politik besteht.

In dem Sinne freue ich mich dann auch auf die Beratungen zu dem entsprechenden Gesetz nach dieser Aktuellen Stunde ab dem nächsten Monat. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Rasmus Andresen.

(Zurufe)

- Das lag uns vor. Sie haben also nicht den Wunsch zu sprechen. Dann hat für die CDU-Fraktion Herr Abgeordneter Tobias Koch das Wort.

(Martin Habersaat [SPD]: Dann doch lieber Rasmus! - Heiterkeit SPD)

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich warte noch auf die Zeitvorgabe durch das Präsidium auf der Uhr. - Vielen Dank.

(Zuruf SPD: Die ist schon abgelaufen!)

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ein Dialog nicht zu dem gewünschten Ergebnis führt, dann diktiert die Regierung von oben, und der SPD-Fraktionsvorsitzende schreit das Parlament an. Das ist die Erkenntnis des heutigen Tages.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN - Zuruf Birte Pauls [SPD] - Weitere Zurufe - Christopher Vogt [FDP]: Der muss auch mal seinen Frust loswerden!)

Ich will deshalb versuchen, mich dem Thema von anderer Seite ruhiger und sachlicher zu nähern. Es gibt nämlich einen elementaren Zusammenhang zwischen den **gekürzten Besoldungsanpassungen** für die **Beamten** einerseits und den **Haushaltseckwerten** dieser Landesregierung andererseits. Das verbindende Element ist die gescheiterte Haushaltspolitik dieser rot-grün-blauen Landesregierung.

(Beifall CDU und FDP)

Auch nach zwei angeblichen Konsolidierungshaushalten werden Sie Ende 2014 bei der **Haushaltskonsolidierung** keinen einzigen Schritt weitergekommen sein.

(Beifall CDU und FDP)

Sie werden Ende 2014 nach Ihren eigenen Zahlen ein strukturelles Haushaltsdefizit von 619 Millionen € aufweisen, Frau Ministerin. Da waren wir Ende 2012 schon einmal. Da lagen wir auch bei 630 Millionen € strukturellem Haushaltsdefizit. Deswegen haben wir Ihnen keine Verschärfung des Sparkurses angeraten, Herr Dr. Stegner, wir haben Ihnen lediglich empfohlen, mit den Schritten - mit

(Tobias Koch)

120 Millionen € pro Jahr - fortzufahren, die seit 2010 jedem bekannt waren. Wenn Sie das auf der Basis von 2012 getan und keine Rolle rückwärts vorgenommen hätten, hätten Sie beim strukturellen Defizit 2017 die schwarze Null erreichen können.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Gegen die dänischen Schulen, gegen die Frauenhäuser, gegen alle!)

Stattdessen neue Vorschläge für strukturelle Ausgabenkürzungen von dieser Landesregierung? - Fehlanzeige, nichts!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Null!)

Nur die Beamten, ansonsten nichts, nada, nichts, aber Ausgabesteigerungen von über 7 % in den ganzen zwei Jahren. Das ist die Ursache. Dafür müssen jetzt die Beamtinnen und Beamten die Zechen zahlen, indem Sie ihnen eine zeit- und wirkungsgleiche Anpassung der Besoldungserhöhung vorenthalten.

Dann rühmen Sie sich, dass Sie die **unteren Besoldungsgruppen** doch berücksichtigen würden. Wie denn? - Zeitversetzt, ein halbes Jahr später in diesem Jahr - das ist nur die Hälfte!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Unter der Inflationsrate!)

Und im nächsten Jahr? - Im nächsten Jahr kriegen die gar nichts!

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, Frau von Kalben, die 14 Minuten haben mir gereicht, um das durchzulesen: für die unteren Besoldungsgruppen 2013 zum 1. Juli 2,65 % und dann erst wieder 2015 - 2014 nichts, überhaupt nichts.

(Zurufe Dr. Ralf Stegner [SPD] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Der Tarifabschluss liegt aber bei 2,95 % im nächsten Jahr.

Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, bei Mindestlohn, prekären Arbeitsverhältnissen und Leiharbeitern wissen Sie immer ganz genau, was private Arbeitgeber ihren Mitarbeitern zu zahlen haben. Nur bei unseren eigenen Mitarbeitern, da werden Sie Ihrer eigenen Verantwortung nicht gerecht.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe Dr. Ralf Stegner [SPD] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da haben Sie uns wochenlang erzählt, Sie wollten nicht den laufenden Tarifverhandlungen vorgreifen, Sie warten erst ab, bis der **Tarifabschluss** vorliegt. Was machen Sie heute? - Heute greifen Sie den Tarifverhandlungen von **2015, 2016** und **2017** vor und sagen schon heute, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen Jahren bekommen werden. Sie warten noch nicht einmal ab, dass die Gewerkschaften für diese Jahre verhandeln. Sie wollen das heute schon beschließen und festzurren.

Besonders schändlich ist dabei, dass Sie in Ihrem eigenen Haushalt, in dem Haushalt, den Sie selbst als Regierungsfractionen beschlossen haben, den Spielraum haben, um in diesem Jahr den Tarifabschluss zeit- und wirkungsgleich zu übernehmen. Sie haben auf die Personalausgaben noch einmal 60 Millionen € obendraufgeschlagen, Frau Ministerin. Wir können feststellen, dass der überrollte Ansatz aus dem Vorjahr in Höhe von 24 Millionen € nicht ausgeschöpft war, in der Summe also 84 Millionen € Spielraum in diesem Jahr für eine Besoldungs- und Tarifierhöhung besteht. Sie enthalten das den Beamtinnen und Beamten vor. Sie sagen: Es gibt nur die 1,5 %. Was machen Sie denn mit dem Rest? Welche Wahlgeschenke wollen Sie denn noch verteilen, wenn Sie für die Beamten trotz der **haushalterischen Möglichkeiten**, die Sie selbst geschaffen haben - mit den eigenen Stimmen wurde dieser Haushalt so beschlossen -, diese nicht ausnutzen? Die Beamten müssen dafür mit geringeren Besoldungsanpassungen leben, weil Sie eigene Ziele verfolgen, weil Sie Ihre politischen Schwerpunkte anders setzen wollen - zulasten der Beamtinnen und Beamten.

(Beifall CDU, FDP und Wolfgang Dudda [PIRATEN] - Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Frau Ministerin, Ihrem Kabinettskollegen, dem Herrn Wirtschaftsminister Meyer, habe ich in der letzten Landtagstagung bescheinigt, dass seine Vorgehensweise brillant war, nämlich wie er mit den 5 Millionen € für den Straßenbau versucht hat, die Opposition zu überrumpeln. Das war brillant.

(Christopher Vogt [FDP]: Die Koalition!)

- Die Koalition genauso, die Grünen waren sicherlich genauso überrascht wie wir.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Was Sie hier heute machen, ist in der Tat erbärmlich.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

(Tobias Koch)

Mit einer falschen Haushaltspolitik die Notlage erst selbst herbeizuführen, um dann den Beamten zu sagen: „Geht nicht, Haushaltsnotlage, wir können es nicht!“, mit dieser moralischen Auffassung aufzutreten und zu sagen: „Liebe Beamte, ihr müsst dafür jetzt bluten!“, das ist erbärmlich, das ist unanständig, das haben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht verdient.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Herr Abgeordneter Rasmus Andresen.

(Tobias Koch [CDU]: Jetzt doch!)

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt ein paar Dinge, die man so nicht stehen lassen kann und die im letzten Beitrag ein bisschen ein falsches Bild gezeichnet haben. Herr Koch, ich wundere mich, dass Sie damit kommen. Ich finde, dass Ihnen das Image als Radikalsparer besser zu Gesicht steht als das als Gewerkschafter.

Wenn man sich einmal die Lage anguckt, in der wir uns mit dem Haushalt befinden, kann man doch nicht so tun, als ob wir Ausgaben, die bei einer Komplettübernahme bei über 70 Millionen € pro Jahr lägen, locker schultern könnten.

(Zurufe)

Ich wundere mich sehr, dass von Ihnen dieser Eindruck hier erweckt wird.

Ich will dazu ein paar Sätze sagen. Wir sind **Haushaltsnotstandsland**; wir müssen die Schuldenbremse einhalten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir sind nicht Haushaltsnotstandsland! - Zuruf Johannes Callsen [CDU])

- Sie können sich gern noch einmal melden. - Wir müssen allein 150 Millionen € - ohne das, was der Ministerpräsident und die Finanzministerin hier gut verhandelt haben - mittelfristig einsparen, noch in dieser Legislaturperiode. Da kommen jetzt noch einmal 40 bis 50 Millionen € dazu.

Es ist nicht so, dass wir gar nichts für die **Beamten** tun, sondern es ist so, dass wir im Rahmen dessen, was möglich ist, probiert haben nachzulegen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Doch, natürlich glaube ich, was ich sage. Das unterscheidet vielleicht einige voneinander.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nicht so, dass wir als Bundesland singulär ein Problem haben oder singulär die Tarife nicht übernehmen, weil uns das Spaß bringt, sondern neben der Schuldenbremse spielt bei uns auch die **Situation** in den **anderen Bundesländern** eine Rolle. Dann sagen Sie, das seien alles sozialdemokratisch geführte Länder. Das liegt zum Großteil daran, dass es fast nur noch sozialdemokratisch geführte Länder gibt -, die meisten davon grün mitregiert.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wenn man sich die paar CDU-Länder, die es noch gibt, anschaut, Thüringen, Saarland, dann sehen wir, dass die sich bisher vor Aussagen drücken und noch gar nichts vorgelegt haben.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Daran kann man sehen, dass wir hier eine Situation haben, die für alle Länder ziemlich gleich ist und die sich für alle Länder - je weiter wir in der Schuldenbremse kommen - immer weiter zuspitzen wird.

Wir gucken uns einmal die **Gegenfinanzierungsvorschläge** an, die Sie gemacht haben. Auch Frau von Kalben hat das schon gesagt. Sie nehmen zum einen PROFI, das sind erst einmal 50 Millionen €. Das klingt gut, aber das ist nichts Strukturelles und fällt deswegen flach. Sie von der FDP haben vorgeschlagen, an die Kirchensteuer heranzugehen. Persönlich finde ich den Vorschlag gar nicht so unsympathisch.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Waren Sie bei den Haushaltsberatungen? Fragen Sie einmal Ihren finanzpolitischen Sprecher! Ich persönlich halte das gar nicht für so einen schlechten Vorschlag, das geht aber nur über eine Änderung des Staatsvertrags und fällt damit auch erst einmal flach.

Dann haben wir die Trickereien bei den **Zinsausgaben**, wo Sie einfach damit rechnen, dass die Zinssätze weiter sehr niedrig bleiben. Das ist das Modell Tobias Koch. Auch das ist leichtsinnig, weil

(Rasmus Andresen)

wir nicht davon ausgehen können, dass die Zinssätze weiter auf dem jetzigen Level bleiben.

(Zurufe)

Sie fordern hier - das ist als Opposition Ihr gutes Recht - ganz andere Sachen als wir, finanzieren sie aber nicht gegen.

Noch ein Satz an die PIRATEN. Das vermisste ich auch bei Ihnen. Auch Sie gehörten zu den Fraktionen, die gesagt haben, wir müssten die Schuldenbremse schneller einhalten. Sie haben gleichzeitig aber auch wenige Vorschläge gemacht. Man müsste einmal Herrn Dudda fragen, ob er möchte, dass 1.500 Stellen mehr im öffentlichen Dienst gestrichen werden sollen. Denn das ist die Situation.

Ich muss zum Schluss kommen. Ich will das Ganze beenden - Sie haben Ihre Forderung heute ja nicht wiederholt, vielleicht haben Sie selbst gemerkt, dass das eine komische Rücktrittsforderung war, Herr Kubicki -

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

mit einem Kommentar aus Ihrer Lieblingszeitung, in der der Journalist Gerald Goetsch Ihre Rücktrittsforderung an Frau Heinold mit der Überschrift „Ein Witz“ kommentiert hat. Er sagt:

„Geht es auch eine Nummer kleiner, Herr Kubicki? Heinold kämpft um das Geld der Steuerzahler. Das ist ihr Job und sicherlich kein Grund für absurde Rücktrittsforderungen.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW- Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

(Christopher Vogt [FDP]: Lesen wir uns jetzt gegenseitig Zeitungskommentare vor? - Weitere Zurufe)

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Andresen, witzig oder komisch war bestenfalls Ihr letzter Beitrag, den Sie hier geleistet haben. Ich will ganz deutlich sagen: Es ist schlicht falsch - ich bitte, das einfach einmal zu registrieren -, dass die Opposition keine Finanzierungsvorschläge gemacht hat. Was Sie immer schön ver-

schweigen bei Ihrer ach so wundersamen, neuen politischen Schwerpunktsetzung, ist, dass die FDP-Fraktion zu den strukturellen Sparbeschlüssen aus ihrer Regierungszeit eins zu eins steht.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Daraus haben wir nie einen Hehl gemacht. Wenn Sie nicht in den Wahlkampf gezogen wären ausschließlich mit der Aussage, bestimmte Maßnahmen rückgängig machen zu wollen,

(Zurufe Dr. Ralf Stegner [SPD] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

dann wüssten Sie ganz genau, dass sie jetzt eine angemessene **Übernahme** des **Tarifabschlusses** finanzieren könnten.

(Beifall Hauke Göttisch [CDU])

Kollege Stegner, Kollege Andresen, Frau Kollegin von Kalben, dann stellen Sie sich doch hier hin und sagen, dass den Preis für Ihre Wahlversprechen die Beamtinnen und Beamten des Landes Schleswig-Holstein bezahlen müssen. Das ist doch in Wahrheit das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Garg, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Andresen?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Aber immer gern, selbstverständlich.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schönen Dank, Herr Kollege. Würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass die Änderungen, die wir durch politische Schwerpunkte im Haushalt 2013 vorgenommen haben, ungefähr ein Volumen - wenn man es großzügig rechnet - von 15 Millionen € haben und dass man mit diesen 15 Millionen € nicht im Ansatz die Tarifvereinbarung komplett übernehmen kann?

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

- Herr Kollege Andresen, ich nehme zur Kenntnis, dass Sie das Problem offensichtlich immer noch nicht verstanden haben, oder nicht verstehen wollen, worum es eigentlich geht.

(Beifall FDP und CDU)

(Dr. Heiner Garg)

Sie versuchen, Ihre neue politische Schwerpunktsetzung ausschließlich auf dem Rücken der Beamtinnen und Beamten dieses Landes auszutragen, weil Sie genau wissen, dass die sich nicht wehren können.

(Zurufe)

Kollege Andresen, das ist schlicht unanständig. Das passt auch nicht mit den vielen schönen Anträgen und Gesetzentwürfen zusammen, die bereits beim nächsten Tagesordnungspunkt zur Diskussion stehen. Sie versuchen, hier den Eindruck zu erwecken, Retter der Armen und Enterbten zu sein. In Wahrheit gehen Sie an diejenigen heran, die sich am allerwenigsten wehren können, und das ist schäbig, Kollege Andresen.

(Beifall FDP und CDU - Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Garg, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Rasmus Andresen?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ja, selbstverständlich.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wenn er dazulernen kann!)

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege, schönen Dank. - Ich probiere es ein zweites Mal. Würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass es durch unsere politischen Schwerpunkte im Haushalt zu Veränderungen ungefähr im Wert von 15 Millionen € kam,

(Johannes Callsen [CDU]: 130 Millionen €! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Quatsch!)

dass man für die Übernahme des Tarifabschlusses pro Jahr mindestens 70 Millionen € bräuchte

(Zurufe CDU und FDP)

und wir allein deshalb schon für 2013, selbst wenn wir diese Schwerpunkte nicht vorgenommen hätten, die Tarifsteigerung gar nicht hätten gegenfinanzieren können?

(Zurufe)

- Herr Kollege Andresen, es gibt sowohl von der Firma mit dem Apfel als auch von den Konkurrenzunternehmen ein kleines nützliches Werkzeug, das

nennt sich Taschenrechner. Vielleicht rechnen Sie einfach Ihre Haushaltspolitik noch einmal durch, bevor Sie hier solche Zwischenbemerkungen machen.

(Beifall FDP und CDU - Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn man es nicht weiß, muss man sich nur nach vorn stellen! Es ist schön, wenn man nicht konkret antworten muss! - Weitere Zurufe)

- Frau Fritzen, es ist immer schön, wenn Sie dahinten sitzen und bunte Luftbilder malen. Sie begehen einen dramatischen Fehler, wenn Sie mit Ihrem **Vorschlag**, der uns **heute Morgen** kurz vor Sitzungsbeginn erreicht hat, nicht nur versuchen, Beamte gegen Angestellte auszuspielen, sondern wenn Sie auch noch innerhalb der Beamtenschaft durch eine angeblich soziale Staffelung der Tarifübernahme versuchen,

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Tatsächlich soziale Staffelung!)

die Beamtinnen und Beamten in zwei Lager zu spalten. Wir brauchen in den nächsten Jahren hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für die Medizintechniküberwachung zuständig sind, die für die Arzneimittelüberwachung zuständig sind. Glauben Sie im Ernst, dass Sie qualifizierte Ärztinnen und Ärzte für den öffentlichen Dienst gewinnen, indem Sie ihnen solche Angebote machen? Überall bekommen diese Menschen inzwischen den roten Teppich ausgerollt, nur bei Ihnen kriegen sie die Tür vor der Nase zugeknallt. Das fällt auf dieses Land zurück.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Garg, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Herrn Dr. Stegner?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ja, immer gern, weil ich ja weiß, dass der Kollege Stegner schwer getroffen war, als ich seine Führungsrolle als Fürsprecher für die Armen und Enterbten infrage gestellt habe. Immer gern.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Reiche Erben müssen zur Kasse gebeten werden!)

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr verehrter Herr Kollege Garg, ich finde es ausgesprochen großzügig, dass ich eine Zwischenbemerkung machen darf. - Habe ich Ihre Ausführ-

(Dr. Heiner Garg)

rungen - ganz ohne Taschenrechner - so verstanden, dass Sie sagen wollten, es ist für einen Ministerialrat schwieriger hinzunehmen, dass die Besoldungsanpassung nicht so hoch ausfällt wie bei einer Eins-zu-eins-Übernahme, als für von Gewalt bedrohte Frauen im Frauenhaus hinzunehmen, dass Sie es immer noch richtig finden, diese Kürzungen fortzuschreiben und uns das vorhalten? Habe ich Sie da richtig verstanden?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Herr Kollege Stegner, Sie haben mich vollkommen richtig verstanden, dass die vergangene Landesregierung - zugegeben schmerzhaft - Einschnitte, und zwar strukturelle Einschnitte, in den Landeshaushalt vorgenommen hat, die aber niemals die Versorgung in Schleswig-Holstein, weder mit Frauenplätzen noch mit anderen sozialen Dienstleistungen, auch nur im Ansatz infrage gestellt oder gefährdet hätte. Dass wir zu diesen Maßnahmen nach wie vor stehen, haben wir auch mit unseren Haushaltsanträgen dokumentiert.

(Beifall Volker Dornquast [CDU] - Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da gibt es auch überhaupt nichts herumzureden.

Ich rate Ihnen einfach noch einmal ernsthaft zu überdenken, was Sie da heute Morgen recht flott - was, wie wir übrigens hören, möglicherweise noch nicht einmal mit denjenigen, mit denen Sie angeblich einen Dialog geführt haben, gestern Verhandlungsgrundlage war - vorgelegt haben. Ich rate Ihnen: Nehmen Sie Abstand davon, die Zeche für Ihre verfehlte Politik auf dem Rücken von 38.000 Landesbeamtinnen und -beamten und ihren Familien auszutragen.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Landesregierung hat Herr Ministerpräsident Thorsten Albig das Wort.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Erwartung, warum ich Ihnen das, was ich dem Kabinett als **Gesetzentwurf** vorschlagen werde und wir diese Woche im Kabinett beschließen wollen, gegeben habe, hat sich nicht ganz erfüllt. Sie sollten da hineinschauen und - zugege-

benermaßen in kurzer Zeit, aber es war nicht länger Zeit, weil wir, die Finanzministerin und ich, die Entscheidung nach den Beratungen getroffen haben - die Gelegenheit haben, das in seiner Gesamtschau und in seiner Gesamtwirkung zu bewerten. Auch meine Erwartung, dass wir dadurch zu einer etwas ruhigeren Debatte über die Besoldungssituation in Schleswig-Holstein in den nächsten Jahren kommen, hat sich nicht erfüllt.

Das was hier gerade diskutiert wird, hat mit dem, was ich Ihnen mitgeteilt habe, gar nichts zu tun - aber auch rein gar nichts. Das mag daran liegen - das sehen Sie mir nach -, dass ich die **Berechnungsgrundlage** für diesen Vorschlag nicht mitgeliefert habe. Ich werde das beim nächsten Mal tun, aber ich habe Ihre Hinweise auch so aufgenommen, dass Sie gar nicht vorher informiert werden möchten, wenn wir in der Diskussion stehen, sondern lieber erst hinterher.

(Zuruf CDU: Was?)

Um es einmal zu versachlichen, erlauben Sie mir, Ihnen ein Gefühl zu geben - -

(Wortmeldung Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, bitte erlauben Sie mir einmal, dass ich Ihnen dieses Gefühl gebe. Es dauert zwei bis drei Minuten.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Eine Justizobersekretärin, Besoldungsgruppe A 7, achte Erfahrungsstufe, wird mit den Vorschlägen, die ich Ihnen vorlege, im Jahr 2013 3,3 % mehr haben, im Jahr 2014 2,9 %, im Jahr 2015 2,75 %.

Ein Polizeioberkommissar, A 10, achte Erfahrungsstufe, wird mit dem, was das Kabinett beschließen wird, im Jahr 2013 2,9 % mehr haben, im Jahr 2014 2,3 % und im Jahr 2015 2,75 %.

Es ist ganz entscheidend, wie sich im **mittleren Bereich** unserer Verwaltung eine Einmalzulage auswirkt, wie sich eine Stellenzulage, die es nicht mehr gab und die wir um 20 € erhöhen, in diesen Segmenten auswirkt. Sie wirken sich fundamental aus, und sie kommen zu diesen **Besoldungserhöhungen**.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich vernehme, dass sich auf der Seite des Hohen Hauses die Vorkämpferschaft für die Beschäftigten jetzt konzentriert: 2004 Besoldungserhöhung 2 %, 2005 0 %, 2006 0 %, 2007 0 %, 2008 2,9 %, 2009 3 %, 2010 1,2 %, 2011 1,5 % und 2012 1,7 %. Für

(Ministerpräsident Torsten Albig)

die beiden eben exemplarisch vorgestellten Besoldungsgruppen gibt es signifikant mehr Geld in die Tasche über das gesamte Jahr als in den letzten Jahren hier in Schleswig-Holstein. Das kriegen wir hin, obwohl wir drohendes Haushaltsnotlageland sind.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Ich habe der Handbewegung des Ministerpräsidenten entnommen, dass Sie jetzt eine Frage stellen dürfen, Herr Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Ministerpräsident, würden Sie dem Hohen Haus freundlicherweise erklären, wann die Berufsorganisationen der öffentlich Bediensteten über Ihren Vorschlag unterrichtet worden sind.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Herr Kubicki, das tue ich sehr gern: Sie sind heute Morgen gemeinsam mit Ihnen unterrichtet worden.

Wir haben letzte Woche und auch gestern intensive Gespräche geführt, sowohl mit dem dbb als auch mit dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften. Wir haben festgestellt, dass wir bei der Grundsatzposition der Gewerkschaften - die ich gut nachvollziehen kann -, zu einer Eins-zu-eins-Übernahme über alle Besoldungsbereiche zu kommen, nicht zueinander kommen. Wir haben uns überlegt, ob es auch angesichts der Signale gegenüber unseren Beschäftigten sinnvoller ist, jetzt einen **Gesetzesentwurf** vorzulegen, mit dem wir ein **klares Signal** senden. Wir bilden bis A 11 die Tarifiergebnisse nicht nur ab, sondern überschreiten sie im Wesentlichen, im Bereich A 12 und A 13 bleiben wir in der Nähe der Tarifiergebnisse und - zugegebenermaßen - ab A 14 - lieber Herr Garg, das ist ein Punkt, über den wir diskutieren können, das verstehe ich - bleiben wir etwas darunter. Mein Eindruck ist: Dort, wo unsere Kolleginnen und Kollegen in den Metropolregionen, in den Städten, mit Gehältern von A 7, A 8 und A 9 Schwierigkeiten haben, eine Wohnung zu mieten, Schwierigkeiten haben, sich dort überhaupt mit ihrem Lebensmittelpunkt aufzustellen, macht es Sinn, die Mittel so zu konzentrieren, dass wir eine entsprechende Entlastungswirkung geben.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wiegard?

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Ja, sehr gern.

Rainer Wiegard [CDU]: Herr Ministerpräsident, darf ich Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie sich bei der Aufzählung, die Sie eben für die vergangenen Jahre vorgenommen haben und bei dem, was Sie hier heute vorschlagen, mit Jahren vergleichen, in denen wir in Deutschland und in der Welt die schwerste Wirtschaftskrise zu bewältigen hatten, die es überhaupt je in der freien Welt gegeben hat. Dies ziehen Sie zum Vergleichsmaßstab für Ihre heutige Entscheidung heran.

- Herr Wiegard, das nehme ich zur Kenntnis. Ihr Hinweis ist auch zutreffend. Das ändert aber nichts daran, dass wir beim Vergleich, was die Kolleginnen und Kollegen in den letzten Jahren bekommen haben, feststellen, dass wir in den von mir genannten Bereichen bis A 11 sehr deutlich über diesen Werten liegen. Herr Harms hat gesagt, dass der Besoldungserhöhungsstand der letzten 13 Jahre bei 1,44 % liegt. Mit den Werten, die wir hier vorlegen, liegen wir darüber. Das ist für die haushalterische Situation, die wir haben, eine sehr diskutierbare, eine sehr vernünftige, eine solidarische, eine haushaltspolitisch kluge Aufstellung für dieses Land.

Wir geben zum ersten Mal schon jetzt **Garantien** - auch das bitte ich als Signal zu verstehen. Für das Jahr 2015 sind es 2,75 %, für 2016 und 2017 1,5 %. Sollten sich die Rahmenbedingungen bis zu den Tarifverhandlungen 2015 verbessern, werden wir dort noch einmal verhandeln können. Wir werden auf jeden Fall zum 1. Januar 2015 2,75 % mehr plus 0,25 % Versorgungsrücklage an unsere Beamtinnen und Beamten in den von mir eben genannten Bereichen bis A 13 zahlen. Ich bitte schon, dass wir hier eine angemessene Beurteilung vornehmen und nicht nur die vorgeschriebenen Zettel von gestern ablesen. Sie sollten sich schon das angucken, was ich Ihnen vorgeschlagen habe. Denn in der Wirkung ist es deutlich mehr, als Sie glauben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Ja, gern.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Ministerpräsident, Sie haben die desolante Entwicklung der Besoldung in den letzten Jahren geschildert. Teilen Sie meine Einschätzung, dass gerade die Tatsache, dass die Beamtinnen und Beamten in den letzten Jahren von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt wurden, dafür spricht, sie nicht noch weiter abzukoppeln, sondern eins zu eins den Abschluss zu übertragen?

- Herr Breyer, im Kern teile ich Ihren Eindruck. Er ist aber nicht ganz richtig, was die Abkopplungsfakten angeht. Rechnen wir von 2007 bis 2012, befinden wir uns im Bereich des Tarifes bei 142,9 %, im Bereich der Besoldung bei 136,6 %. Da gibt es eine Differenz. Eine Abkopplung ist das noch nicht.

Genau deswegen haben wir versucht, eine Antwort auf die Frage zu geben: Wie können wir in dem Bereich, in dem es wirklich wehtut, über kluge Einmalzahlungen - 360 € in 2013, 600 € im Jahr 2014, 360 € im Jahr 2016 -, der Erhebung der Stellenzulagen dort, wo es Stellenzulagen gibt, helfen, um zu klugen, spürbaren und vernünftigen Nichtabkopplungen zu kommen? Wir liegen in Teilen über den Tarifergebnissen - in den Bereichen, in denen es Sinn macht. Wenn Sie A 7 in der Justizvollzugsanstalt verdienen, wenn Sie A 9 als Polizistin oder Polizist verdienen, merken Sie, dass wir ein Signal an die Kolleginnen und Kollegen senden: Cash in die Täsche. Das ist vielleicht sogar ein bisschen mehr, als die Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen für die Angestellten der Länder verhandelt haben.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Wir sind in den Bereichen A 14 und höher etwas zurückhaltender. Das sage ich hier deutlich. Das ist der Preis, den wir gemeinsam tragen müssen. Ich bin gern bereit, politisch darüber zu streiten. Es war mir aber wichtig, Richtung A 11 ein Signal zu senden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Kollegen Tobias Koch?

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Sehr gern.

Tobias Koch [CDU]: Herr Ministerpräsident, Sie haben vor einigen Sätzen ausgeführt, dass Sie im Bereich der Besoldungsgruppen A 12 und A 13 in der Nähe des Tarifabschlusses lägen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Völliger Unsinn!)

Nun sieht der Tarifabschluss für die Jahre 2014 eine Steigerung von 2,95 % vor. Mögen Sie einmal erläutern, auf welche Steigerungsraten Ihr heute verbreiteter Vorschlag für die Besoldungsgruppen A 12 und A 13 im Jahr 2014 kommt?

- Lieber Herr Koch, ich hatte eben versucht auszuführen, dass wir bis A 11 nicht nur in der Nähe, sondern oberhalb des Tarifergebnisses liegen und warum mir das wichtig ist. Ich habe Ihnen - das können Sie der Tabelle messerscharf entnehmen - gezeigt,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das glaube ich nicht!)

dass wir im Bereich bis A 13 die Ihnen vorliegenden Erhöhungen nehmen. Meine Interpretation ist, dass das in der Nähe - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein!)

- Mir ist bewusst, dass das nicht die Übernahme des Tarifergebnisses ist. Noch einmal: Wenn ich das Besoldungsergebnis voll übernommen hätte - was wir erwogen und diskutiert haben -, hätten wir gemeinsam hier im Hohen Haus - Sie wie ich - die Antwort geben müssen, wie wir 1.400 Stellen zusätzlich zu dem Einsparkurs, zu dem sich die Landesregierung bereits verpflichtet hat und den sie zu erfüllen sucht, einsparen wollen. Ich als Ministerpräsident habe für mein Kabinett - das wird meine Vorlage sein - entschieden: Das ist eine so spürbare Belastung der Kolleginnen und Kollegen, ein so dramatischer Eingriff in ihren Alltag, die ich nicht für richtig halte - für die Lehrerinnen und Lehrer nicht, für die Polizisten nicht. Das ist der falsche Weg.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

(Beifall BÜNDNIS 90/GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist gar nicht die Alternative!)

Bis A 11 sind wir besser als der Tarifvertrag, bei A 12 und A 13 sind wir in der Nähe, ab A 14 sind wir schlechter.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Koch?

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Sehr gern, auch wenn ich vermute, dass wir keine intellektuellen, sondern höchstens Bewertungsprobleme haben.

(Zurufe CDU)

Tobias Koch [CDU]: Ich versuche lediglich, Ihre mündlichen Ausführungen mit Ihren schriftlichen Ausführungen in Übereinstimmung zu bringen. Das gelingt bisher nur schwer. Ich will es erläutern. Wenn es für A 12, A 13 im Jahr 2014 keine Besoldungsanpassung gibt und auch keine Einmalzahlung, inwieweit liegt das in der Nähe eines Tarifabschlusses von 2,95 %?

(Zuruf CDU: Das ist eine gute Frage! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Und für das erste Jahr nur die Hälfte!)

- Herr Kubicki, das entnehmen Sie der Tabelle. Ich habe gerade versucht, Ihnen zu erklären, warum ich glaube, dass die Kolleginnen und Kollegen in diesem Land bis A 11 - -

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Ich darf so antworten, wie ich das möchte?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich glaube, dass die Kolleginnen und Kollegen bis A 11 besondere Fürsorge, besondere Unterstützung brauchen. Ich habe Ihnen erklärt, dass wir einen Vorschlag machen, von dem wir glauben, dass er im Bereich A 12, A 13 aushaltbar ist, weil wir in diesem Jahr mit 2,45 % und zum 1. Januar 2015 ein Signal setzen.

(Tobias Koch [CDU]: 2015!)

- Ja. Das steht ja da.

(Tobias Koch [CDU]: 2014 null!)

- Das ist mir bewusst. Das liegt in der Nähe dessen, was wir vorfinden.

(Lachen CDU - Hartmut Hamerich [CDU]: Das ist eine Lachnummer!)

- Meine Damen und Herren von der Opposition, ich kann verstehen, dass es für Sie unangenehm ist, dass Sie bei Ihrer Berechnung übersehen haben,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Überhaupt nicht!)

dass all das, was Sie in den letzten Jahren im Bereich bis A 11 verantwortet haben, gegenüber dem, was wir vorlegen - obwohl wir mit der Ministerin einen sehr energischen und konsequenten Konsolidierungskurs betreiben - schlechter.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Bis 2009 haben Sie regiert! - Weiterer Zuruf: Bis 2009 haben die Sozialdemokraten regiert!)

- Ich meinte den Teil.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Da haben Sie regiert, 2006, 2007, 2008, 2009!)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie - -

(Zurufe)

- Darf ich vielleicht das Wort behalten? - Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Sehr gern.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Sie legen sehr viel Wert darauf, dem Hohen Haus deutlich zu machen, an welcher Stelle der Tarifabschluss vermeintlich deutlich unter dem Vorschlag liegt, den Sie heute Morgen unterbreitet haben. Mich interessiert, ob Sie uns sagen können, mit welchem **Gesamtvolumen** der von Ihnen unterbreitete Vorschlag für das **Haushaltsjahr 2013** zu Buche schlägt.

- Er ist in der Größenordnung dessen, was wir in der Reserve für das Jahr geplant haben. Wir kommen bis 2017 ungefähr auf den Betrag, den wir in der Planung haben. Das sind um und bei 240 Millionen €. Sie tauchen auch in dem Vorschlag auf, den Sie jetzt kennen.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Darf ich ? - Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Jederzeit.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Würden Sie mir insofern recht geben - wenn Sie sagen, es beaufe sich ungefähr auf das Haushaltsvolumen, das die Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen mit der Verabschiedung des Landeshaushalts bereitgestellt haben -, dass Sie den Beamtinnen und Beamten des Landes Schleswig-Holstein für das Jahr 2013 rund 30 Millionen €, die ihnen an sich zustehen würden, an Tarifsteigerungen vorenthalten?

- Nein, ich gebe Ihnen nicht recht. Ich habe versucht, es darzustellen. Es kommt aber hier nur teilweise an. Wir bemühen uns mit dem Vorschlag, den wir machen werden, sehr, an die Kolleginnen und Kollegen in den Bereichen bis A 11 so viel auszukehren, wie es nur irgend geht. Dort haben wir Besoldungserhöhungen, von denen die Kolleginnen und Kollegen besser in ihrem Alltag leben können. Wir glauben, dass das relevant ist.

Wir strengen uns dort an. Das mögen Sie für nicht ausreichend halten. Ich weise sehr deutlich zurück, dass irgendjemand auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen in unseren Justizvollzugsanstalten, unseren Finanzämtern oder in unseren Polizeistationen sparen würde. Wir tun das ganze Gegenteil. Diese Regierung wird einen Vorschlag machen, der solidarisch ist, der haushalterisch gerecht ist und der auch der Kultur des Gesprächs mit den **Gewerkschaften** entspricht.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Ministerpräsident - - Das war jetzt keine weitere Frage?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich wollte wissen, ob das zur Antwort gehört!)

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Das war die Antwort, Herr Garg.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir werden hier demnächst vor dem Landeshaus Jubelzüge sehen!)

- Ich bin sicher: Sie werden zumindest differenzierte Beurteilungen der Gewerkschaften erleben, weil sie das schon nachrechnen können. Sie werden sehen, dass das für viele Kollegen ein gutes Angebot ist.

Wir als Land stehen in einem Spannungsbogen, der uns besonders fordert. Ihnen diesen Spannungsbogen zwischen dem, was wir bei der Besoldung leisten müssen, und dem, was wir an Konsolidierung erbringen müssen, erklären zu müssen, wundert sehr. Eine **Schuldenbremse** einzuhalten, die nichts mit Mithaftung zu tun hat, wo es aber zur Ehrlichkeit gehört, dass zur Erfüllung der Schuldenbremse alle, die in diesem Land tätig sind, alle, die für dieses Land arbeiten, auch ihren Teil beitragen müssen, gehört zur Ehrlichkeit dazu, Herr Kollege. Diese Regierung stellt sich der Ehrlichkeit.

(Zuruf Rainer Wiegard [CDU])

In den bisherigen Debatten von denen zu hören „Übernimmt doch einmal voll, das haben wir bisher auch immer so gemacht!“, die in den letzten Jahren nie mehr als 1,2 %, 1,5 %, 1,7 % erhöht haben, das ist, ehrlich gesagt - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das waren die Tarifabschlüsse! - Rainer Wiegard [CDU]: Das war die Übernahme der Tarifabschlüsse!)

- Aber die Leute sind Ihnen doch so viel wert. Sie reden doch immer über absolute und nicht über relative Beträge. Was nützt den Kolleginnen und Kollegen der relative Betrag? Es geht doch darum, dass sie mehr Geld haben, um ihre Miete zu bezahlen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Diese Landesregierung gibt ihnen mehr Geld, meine Damen und Herren. Glauben Sie, man kann in Pinneberg besser leben, wenn Sie denen sagen können, sie hätten, wie andere auch, 1,2 % mehr bekommen? Wir geben einer Justizobersekretärin über 3 % mehr. Das ist eine Politik, die wir für vernünftig halten, für die wir stehen und für die wir in Gesetzgebungsverfahren werben werden.

Wir glauben, so sieht eine vernünftige Reaktion auf die Tarifabschlüsse aus. Sie entspricht unserer haushalterischen Verantwortung, sie ist solidarisch, und sie ist gerecht. - Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 4, 10, 28 und 34 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein (MBG-Schl.-H.)**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/191](#)

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

[Drucksache 18/610](#)

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Mindestlohngesetzes für das Land Schleswig-Holstein (Landesmindestlohngesetz)

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/620](#)

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/662](#)

c) Tarifoffene, allgemein verbindliche Lohnuntergrenze - Tarifautonomie wahren

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/619](#)

Lohnuntergrenzen

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/657](#)

d) Equal Pay: Entgeltgleichheit - ein wichtiges Thema für Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/627](#)

Berufliche Perspektiven erweitern - Frauen fördern - Chancen nutzen

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/658](#)

Verringerung der Entgeltlücke: Gleiche Chancen und Entlohnung für alle!

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/661](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Zunächst erteile ich der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, Frau Abgeordnete Barbara Ostmeier, das Wort.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Ich verweise auf die Vorlage.

Präsident Klaus Schlie:

Herzlichen Dank für die Berichterstattung. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Lassen Sie uns zwischendurch gemeinsam auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Viöl und Mitglieder des Amtsgerichts Flensburg mit Rechtspflegeanwältinnen und -anwältern begrüßen. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Mein Vorschlag zur Worterteilung: Erstens CDU als stärkste Fraktion zu a), weil die Erste Lesung des Gesetzentwurfs mit Aussprache erfolgte, sowie als Antragstellerin zu c) mit der früher eingereichten Vorlage, dann die Fraktionen nach Stärke, dann die Landesregierung. - Ich sehe, das findet Ihre Zustimmung. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Oppositionsführer, der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Abgeordneter Johannes Callsen.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! **Schleswig-Holsteins Arbeitsmarkt** hat in den letzten Jahren einen gewaltigen Schritt nach vorn gemacht. Dies geschah auch durch eine konsequente und von der CDU geführte Wirtschaftspolitik in diesem Land mit einer erheblichen Steigerung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

(Beifall CDU)

(Johannes Callsen)

Diese Entwicklung darf nicht durch eine falsche **rot-grün-blaue Wirtschaftspolitik** kaputtgemacht werden. Ich sage Ihnen: Sie sind mit Ihrer Küstenebelkoalition auf dem besten Weg dazu. SPD, Grüne und SSW erwecken in der Debatte immer wieder den Eindruck, Niedriglöhne seien ein generelles Problem. Dabei zahlt die weit überwiegende Mehrheit der Unternehmen gute Löhne. Oft wird übertariflich bezahlt. Das halte ich für Schleswig-Holstein für äußerst wichtig. Neulich habe ich bei „SPIEGEL ONLINE“ bestimmte Meldungen gelesen. Die SPD darf sich gern an die eigene Nase fassen. Es ist unmoralisch, auf Bundesebene einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 € zu fordern und dem Kellner auf einer SPD-Parteiveranstaltung 7,55 € zu geben.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Unerhört! - Widerspruch Beate Raudies [SPD])

Wenn wir uns die Sache genau ansehen, dann haben wir im **Niedriglohnbereich** im Wesentlichen zwei Problemgruppen. Da sind erstens die jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren mit einem Anteil von gut 51 %. Wir haben dann diejenigen ohne berufliche Qualifikation mit einem Anteil von fast 53 %. Daraus ergibt sich bei aller Problematik: Niedriglöhne sind kein allgemeines Problem des Arbeitsmarktes, sondern sie sind ein **gesamtgesehliches Problem**, das mit der Bildung zusammenhängt. Es hängt auch mit der Frage zusammen: Wie durchlässig ist unsere Gesellschaft? - Welche Aufstiegschancen geben wir sozial Benachteiligten oder Migranten? - Gerade deshalb ist ein staatlich verordneter Mindestlohn der falsche Weg, weil dadurch für diese Gruppen Arbeitsplätze gefährdet werden.

Wer nach Spanien guckt, der wird dort ein gutes Beispiel dafür finden. Dort hat der Mindestlohn die Jugendarbeitslosigkeit und die Arbeitslosigkeit gering Qualifizierter dramatisch erhöht. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, Sie scheinen auch nicht aus der Debatte über das Tariftrügesetz gelernt zu haben. Die Verbände des Mittelstands und des Handwerks und die Juristen des Vergaberechts haben Ihnen in den Ausschussberatungen deutlich die Leviten gelesen. Dies war einer der Gründe dafür, warum wir mit dem **Mittelstandsförderungsgesetz** eine **Mindestlohnregelung** vorgelegt haben, die vernünftig und EU-rechtlich vertretbar ist. Wir sind gespannt, was für ein Tariftrüesetz und Vergabegesetz Sie uns jetzt zum Abschluss der Beratungen - wahrscheinlich in der nächsten Landtagstagung - vorlegen werden.

Diese Diskussion und diese blutige Nase haben Ihnen offenbar noch nicht gereicht. Jetzt kommen Sie mit einem Mindestlohngesetz aus dem schleswig-holsteinischen Knick, mit dem der Landtag den schleswig-holsteinischen Wirtschaftsminister ermächtigen soll, für Schleswig-Holstein einen Mindestlohn festzusetzen und sozusagen von oben herab zu diktieren. Dieses Thema hatten wir eben schon. Es kommt jetzt wieder per Gesetz,

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Unerhört!)

und zwar soll es per **Rechtsverordnung** und Ministerdekret ohne Parlamentsbeteiligung und vor allem **ohne Beteiligung der Tarifpartner** alle zwei Jahre kommen. Ich sage: Herzlich willkommen im sozialistischen Stegner-Paradies, in dem einzig der Staat die Löhne diktieren kann.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: So weit sind wir schon!)

Wenn man sich die praktischen Auswirkungen ansieht, dann wird deutlich: Es sind nicht nur die Unternehmen, sondern es sind auch viele Institutionen und Vereine, auch Vereine, die vom Ehrenamt getragen werden und die für bestimmte Projekte und Veranstaltungen möglicherweise Landeszuschüsse bekommen, die jetzt in der Frage des Nachweises der Lohnverpflichtung gnadenlos mit Bürokratie überzogen werden.

Ich sage für die CDU sehr deutlich: Wir sind für ordentliche Löhne. Das gebieten unsere sozialpolitische und unsere gesamtgesellschaftliche Verantwortung, aber wir sind anderer Auffassung als Sie. Wir sind für durch Tarifpartner bestimmte und marktwirtschaftlich organisierte Lohnuntergrenzen. Wir sind gegen einen politischen Mindestlohn und für **verbindliche Lohnuntergrenzen**.

(Beifall Heike Franzen [CDU])

Wir wollen diese Lohnuntergrenzen unter **Beteiligung der Tarifpartner** mit der **Möglichkeit der Differenzierung** nach Regionen und Branchen. Wir wollen, dass eine Kommission diese allgemeinverbindliche Lohnuntergrenze festlegt, wobei klar ist: Tarifverträge gehen vor, denn wir stehen zur Tarifautonomie in Deutschland.

(Beifall Heike Franzen [CDU] und Barbara Ostmeier [CDU])

Dazu gehört auch, dass Gefälligkeitstarifverträge durch eine Überprüfung der Tariffähigkeit einer Arbeitnehmervereinigung unterbunden werden müssen. Ich würde mich freuen, wenn wir über diese Fragen und über unseren Antrag im Ausschuss mit

(Johannes Callsen)

der nötigen Verantwortungsbereitschaft weiter diskutieren können.

Auch bei Ihrem **Entgeltgleichheitsgesetz** schießen Sie am Thema vorbei. Es ist natürlich eine Tatsache, dass Frauen noch immer in vielen Branchen mehr als 23 % weniger verdienen als Männer. Ursache ist aber oft, dass viele Frauen zum Beispiel familienbedingt in ihrem Job pausiert haben oder nur in Teilzeit arbeiten wollen. Wenn sie wieder in ihren Beruf einsteigen wollen, bekommen sie oft keine gleichwertigen Aufgaben und müssen mit Gehaltseinbußen zurechtkommen. An diesem Faktum ändert Ihr Gesetz zunächst einmal nichts. Es muss unsere Aufgabe sein, es Frauen noch besser zu ermöglichen, höhere Stufen auf der Karriereleiter zu erreichen, und zwar durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, durch eine Flexiquote für Frauen in Toppositionen und auch durch vernünftige Verfahren für eine geschlechtergerechte Lohnfindung. Ein Gesetz reicht hier nicht aus und wird keiner einzigen Frau zu einem höheren Lohn verhelfen.

(Beifall CDU)

Ihr **Mitbestimmungsgesetz**, über das wir in diesem Haus bereits ausführlich diskutiert haben, hängt auch mit Ihrem unbändigen Ziel zusammen, möglichst alle Entscheidungen von Schwarz-Gelb zurückzunehmen, Herr Dr. Stegner. Um es klar zu sagen: Mitbestimmung ist auch uns wichtig, und sie ist richtig. Wir haben allerdings bei der Haushaltskonsolidierung und bei den dortigen Entscheidungen nach sehr intensiver Diskussion Veränderungen vorgenommen, die zu finanziellen Entlastungen bei Land und Kommunen führen, ohne eine funktionierende Mitbestimmung infrage zu stellen. Wenn Verwaltung aber insgesamt schlanker werden muss, dann sage ich: Das muss dann für alle Bereiche gelten. Im Rahmen der Ausschussberatungen ist deutlich geworden: Das Mitbestimmungsgesetz sorgt gerade bei den Kommunen für erhebliche Mehrkosten. Meine Damen und Herren, deshalb werden wir das Gesetz auch heute hier im Plenum ablehnen.

Ich sage deutlich: Mit diesen Beispielen, die jetzt deutlich geworden sind, und vielen anderen im wirtschaftspolitischen Bereich wird klar: Sie sind auf einem falschen Kurs. Der Ministerpräsident hat im Wahlkampf gesagt - ich zitiere -: „Wir wollen die Mittelständler für uns gewinnen.“ Die Wahrheit ist, die **Mittelständler** in Schleswig-Holstein sind die Verlierer Ihrer Politik. Die Küstenebelkoalition verordnet von oben staatliche Löhne, einen Wust an Bürokratie, unerfüllbare Auflagen und Gängelungen, Sie streichen Fördermöglichkeiten

für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Ich habe große Sorge, dass die angekündigte Novellierung des Landesentwicklungsplans, die Sie jetzt Hals über Kopf durchziehen wollen, dazu führen wird, die Entwicklungsbremsen, die wir für Handel und Handwerk und Gewerbe im ländlichen Raum beseitigt haben, wieder einzuziehen.

(Beifall CDU und FDP)

Dabei zeigt das jüngste **Mittelstandsbarometer** sehr dramatisch eine bedenkliche Entwicklung. In allen wesentlichen Bereichen dieser Umfrage, bei der Infrastruktur, der Förderpolitik, der Bildungspolitik, ist Schleswig-Holstein innerhalb eines Jahres auf hintere Plätze abgerutscht. Nach neun Monaten einen solchen Totalabsturz, das hat es noch nicht gegeben. Das Schlimmste ist nicht nur diese Entwicklung, sondern am Ende kommt bei den Menschen an: Sie gefährden mit dieser Politik Arbeitsplätze. Das ist das eigentliche Alarmsignal dieses Mittelstandsbarometers. Deswegen sage ich: Schleswig-Holstein hatte unter Rot-Grün lange genug die rote Laterne. Sie sind auf dem besten Wege, diese wieder zu erreichen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat deren Vorsitzender, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gute Arbeit ist eines der zentralen Ziele der Sozialdemokratie. Sie erlauben, dass ich angesichts des 150-jährigen Bestehens meiner Partei in diesem Jahr darauf hinweise, dass dies schon bei der Gründung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ 1863 ein viel diskutiertes Thema gewesen ist. Ferdinand Lassalle, der erste Präsident des ADAV, vertrat nach dem „ehernen Lohngesetz“, wie er es nannte, die Auffassung, dass in einem **schrankenlosen Wettbewerb** die **Löhne** in Höhe des **Existenzminimums** gezahlt würden. Heute ist nicht einmal mehr das der Fall. Heute gibt es Löhne unterhalb des Existenzminimums.

(Beifall SPD)

Das ist eine Pervertierung des Sozialstaatsgebots, die sich nicht einmal Lassalle hätte träumen lassen. Nun hat die Sozialdemokratie in den vergangenen 150 Jahren vieles erreicht, ein Mindestlohn existiert in Deutschland allerdings immer noch nicht, anders als in 20 von 27 EU-Mitgliedstaaten, die einen

(Dr. Ralf Stegner)

Mindestlohn haben. Bei einigen Staaten der verbleibenden sieben Staaten ist die Tarifbindung sehr hoch. In Dänemark, Schweden und Finnland etwa liegt sie bei 90 %.

Angesichts zunehmender prekärer Beschäftigungsverhältnisse, der Leiharbeit und sogenannten Aufstockern, also der staatlichen Subventionierung von Dumpinglöhnen, müssen wir dringend handeln.

Herr Kollege Callsen, es hat mich schon verblüfft, dass Sie gerade einmal einen Satz gebraucht haben, um die Unglaubwürdigkeit Ihrer Darlegungen in der Aktuellen Stunde unter Beweis zu stellen. Schon der Einleitungssatz Ihrer Rede war hinreichend, um zu erkennen, dass Sie überhaupt nicht ernst meinen, was Sie hier vortragen, von Verantwortung ganz zu schweigen.

Diese Regierungskoalition hingegen will und wird handeln. Wir wollen nämlich nicht hinnehmen, dass ein Mensch, der **Vollzeit** arbeitet, am Ende nicht von seinem **Lohn** leben kann. Was daran christlich sein soll, was daran marktwirtschaftlich sein soll, das müssen Sie diesen Menschen einmal erklären, wenn Sie solche Reden im Landtag schwingen, wie Sie es tun.

(Beifall SPD)

Wir müssen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern genau das garantieren: ein menschenwürdiges Leben und gleichzeitig für eine ausreichende Altersversorgung sorgen. Denn **Altersarmut** entsteht nicht plötzlich, sondern ist auch die **Folge prekärer Beschäftigungsverhältnisse** in unserer Gesellschaft. Das aber geht nur mit einem echten Mindestlohn, nicht mit Lohnuntergrenzen, wo die Opposition und die Regierung Merkel „guter Lohn“ draufschreiben, aber tatsächlich Dumpinglöhne drin sind. Das Etikett stimmt, aber in der Flasche ist nichts drin. Das ist das, was CDU und FDP zu diesem Thema zu bieten haben.

Man könnte - Herr Präsident, ich will ausdrücklich darauf hinweisen, dass das, was ich jetzt vortrage, ein Zitat ist - Frau Merkel gut die konservative Kollegin Margaret Thatcher entgegenhalten, die einmal gesagt hat:

„Wenn ich etwas in der Politik verabscheue, dann den Typ des Aals, der sich vor lauter Geschmeidigkeit am Besten selbst in sein Hinterteil beißen würde.“

Das ist genau das, was beim Thema Mindestlohn die Bundeskanzlerin und diejenigen vorführen, die **Lohnuntergrenzen** unterstützen und behaupten, das seien faire Mindestlöhne. 4,17 € für eine Fri-

seurin ist kein Mindestlohn, das ist ein Skandal, der geändert werden muss.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin sehr froh, dass wir in **Schleswig-Holstein** heute ein **Landesmindestlohngesetz** einbringen. Im April folgt dann das Tariftrueugesetz, auch wenn Sie noch so sehr dagegen anstürmen und anpolemisieren.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD - Johannes Callsen [CDU]: Das Handwerk auch!)

Leider sind die Löhne in unserem Land besonders niedrig. Eine Studie des DGB Ende des vergangenen Jahres hat uns einmal mehr vor Augen geführt: Die Ergebnisse belegen, dass die Menschen nirgendwo im Westen Deutschlands so wenig verdienen - oder besser gesagt: so wenig bekommen; das ist der richtige Ausdruck - wie in Schleswig-Holstein. So toll kann das mit Ihrer Wirtschaftspolitik nicht gewesen sein, Herr Kollege Callsen, wenn das Ergebnis ist, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer so wenig von dem haben, was Sie hier so gelobt haben.

(Johannes Callsen [CDU]: Das ist doch falsch!)

Vollbeschäftigung wird bei uns im Land durchschnittlich mit 2.517 € entlohnt. Fast 200 € mehr sind es im Bundesdurchschnitt. Regionale Unterschiede in Schleswig-Holstein kommen hinzu. In Kiel sind es noch rund 2.800 €, in Ostholstein nur 2.200 €. Das können, das wollen wir nicht hinnehmen. Das muss geändert werden.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich freue mich darüber, dass unser DGB-Nord-Vorsitzender Uwe Polkaehn heute hier gewesen ist, mit dem wir an dieser Stelle „Seit' an Seit'“, wenn ich das einmal so nennen darf, dafür kämpfen. Die Gewerkschaften sind glücklicherweise auf unserer Seite. Mit dem Mindestlohn war das am Anfang nicht immer so, aber inzwischen wissen sie, wir haben in einigen Bereichen, in denen das nicht anders geht, zu wenig Tarifbindung, und da brauchen wir staatliche Mindestlöhne.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, von unfairen Löhnen und Altersarmut besonders betroffen sind in unserem Land aber die **Frauen**. Morgen ist Equal Pay Day, und ich will noch einmal betonen, wie wichtig unsere Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer in

(Dr. Ralf Stegner)

Deutschland ist. Die Studie des DGB hat auch belegt, dass Frauen in Schleswig-Holstein rund 600 € weniger verdienen als Männer. Deutschlandweit sind es rund 22 % weniger Lohn für Frauen als für Männer. In Führungspositionen, die Frauen ohnehin seltener bekleiden, ist der Lohnunterschied noch größer. Ich finde, das ist ein Skandal, mit dem in Deutschland und auch in Schleswig-Holstein endlich Schluss gemacht werden muss.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Das ist eine Frage von guter Arbeit, aber auch von Gleichstellung und vor allem Gerechtigkeit. An die Adresse der sogenannten bürgerlichen Parteien sage ich hier, dass wir es gewesen sind, die die meisten bürgerlichen Freiheiten erstritten haben. Auch diese Freiheit, **gleicher Lohn für gleiche Arbeit**, wird von uns erstritten werden müssen, von Rot-Grün-Blau in diesem Hause und von Rot-Grün bundesweit, weil Sie dagegen sind, meine sehr verehrten Damen und Herren von Schwarz und Gelb.

Zum Thema gute Arbeit gehört aber auch eine ordentliche **Mitbestimmung**. Sie haben heute Morgen gekniffen, Herr Kollege Callsen, als der DGB-Nord-Vorsitzende Briefe übergeben hat. Darin wollte er sich bei denen bedanken, die das eingehalten haben, was sie im Wahlkampf versprochen haben, und er hat seine Verwunderung gegenüber denjenigen geäußert, die nicht gehalten haben, was sie in Wahlkampfreden Tolles erzählt haben.

Ich hatte das Vergnügen, an einer Betriebsrätekonferenz teilzunehmen. Da waren Herr Callsen und Herr Kubicki mit mir auf dem Podium. Da hat Herr Kubicki Herrn Callsen gefragt: „Wie, haben wir etwas bei der Mitbestimmung verändert?“ Er war sich nicht so ganz sicher, er konnte nicht jedes Detail kennen, Herr Kollege Garg. Dann antwortete Herr Callsen: „Nein, wir haben eigentlich nicht viel verändert.“ Die Beschäftigten dort haben das ganz anders gesehen. Sie haben die Mitbestimmung ausgehöhlt. Wir hatten ein gutes Mitbestimmungsgesetz, und das stellen wir wieder her.

(Beifall SPD)

Unter dem fadenscheinigen Vorwand der Haushaltskonsolidierung haben CDU und FDP damit begonnen, die Entwicklung zurückzudrängen. Sie haben die Reduzierung der Größe der Personalräte und weitere Behinderungen der Arbeit beschlossen: marginale Einsparungen, maximaler Schaden für die Interessenvertretung der Beamtinnen und Beamten.

Heute wollen und werden wir ein Gesetz beschließen, das das wieder umkehrt. Die betriebliche Mitbestimmung ist ein wesentlicher Teil der Demokratisierung unserer Gesellschaft, und angesichts der anstehenden Entscheidungen in den Personalhaushalten sind starke Personalräte unverzichtbar. Auch das ist übrigens eine Frage der Wertschätzung des Miteinanders. Sie hätten heute Morgen nicht so große Reden schwingen sollen, wenn Sie bei der Frage der Mitbestimmung nur mit den Landräten reden, wie wir wissen, aber nicht mit den Beschäftigten. Das ist das, was Sie von uns unterscheidet.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist eben so, Sie halten laute Reden, weil Sie sagen: Es kommt nicht so darauf an, ich bin in der Opposition. Aber wenn man einmal darauf guckt, was Sie wirklich tun, dann ist **Arbeitnehmerpolitik** für Sie ein Fremdwort. Das gilt für die CDU, und das gilt auch für die FDP, wenngleich man der FDP zugute halten muss, dass der Landesverband Schleswig-Holstein ein bisschen weniger unsozial ist als die Bundespartei. Da haben Sie recht. Trotzdem sind auch Sie nicht für echte Mindestlöhne, sondern nur für diese Schein- und Pseudomindestlöhne.

Ich muss sagen: Arbeitnehmerpolitik ist für uns sehr wichtig. Ich will hier aber auch sagen, damit wir uns nicht missverstehen: Auch wir sind nicht frei von Fehlern gewesen. Die Entwertung von Arbeit zuzulassen, gehört zu den Fehlentscheidungen der rot-grünen Sozialreformen vor zehn Jahren, der sogenannten Agenda 2010, die unser Land insgesamt durchaus vorgebracht haben, aber, ich glaube, es musste beim Thema prekäre Beschäftigung, bei Leih- und Zeitarbeit nachgesteuert werden, übrigens auch, weil die Wirtschaft missbraucht hat, was sie an Möglichkeiten hatte. Auch das haben wir getan.

(Beifall SPD)

Ich will Ihnen ehrlich sagen: Dass mit der guten Arbeit setzt sich überall durch. Das erleben Sie hier bei den Wahlen. Auch dafür sind Sie abgewählt worden, und bei der Bundestagswahl wird es ähnlich sein. Sie von der **Opposition** hatten in dieser Debatte - jedenfalls der Kollege Callsen - nur schlechte Argumente zu bieten, die man am Besten dadurch bekämpft, dass man ihre Darlegung nicht stört und bekannt macht. Wilhelm Busch hat einmal gesagt: „Dumme Gedanken hat jeder, nur der Weise verschweigt sie.“ Wenn Sie hier vom „sozialistischen Stegner-Paradies“ reden, dann beschreibt das

(Dr. Ralf Stegner)

weniger das, was Sie damit anprangern wollten, sondern den wirklich kläglichen Zustand der Opposition in diesem Hause. Holen Sie sich wenigstens einen besseren Redenschreiber, wenn es schon sonst mit der Opposition nicht klappt. Herr Kubicki kann ja inzwischen schon öffentlich sagen, er sei der Oppositionsführer, ohne dass jemand widerspricht. Nicht einmal aus der Union widerspricht da noch jemand. Das beschreibt doch den Zustand Ihrer Fraktion hinreichend. Das, muss ich sagen, ist beklagenswert, weil eine starke Christlich Demokratische Union beim Thema „gute Arbeit“ durchaus hilfreich wäre, wenn Sie das nicht der FDP allein überließen. Ich finde es auch für dieses Haus ganz schön, wenn Sie das täten. Das tun Sie aber nicht.

Mitbestimmung, der Kampf gegen prekäre Beschäftigung, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn - das ist etwas, das das Prädikat „gute Arbeit“ verdient hat. Das ist gute Arbeit, die wir übrigens auch hier im Parlament leisten wollen.

Deswegen appelliere ich an Sie alle: Geben Sie sich einen Ruck. Stimmen Sie diesen guten Gesetzen zu, sowohl dem Mindestlohngesetz als auch dem Mitbestimmungsgesetz. Treten Sie endlich für gleichen Lohn für gleiche Arbeit ein.

Herr Kollege Garg, da Sie ja bald reden werden: Es wäre wunderbar, wenn Sie das nicht nur am Mikrofon sagen würden, sondern auch dabei wären, wenn am Ende die Hand gehoben wird. Dann könnten Sie einmal zeigen, dass Sie beim Thema „gute Arbeit“ besser sind als Ihre Kollegen rechts von Ihnen. Aber ich fürchte, auch bei Ihnen wird nur der Mund gespitzt und am Ende nicht gepfiffen. Aber die Mehrheit im Hause ist da für Mindestlohn, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für Tariftreue, für Mitbestimmung. All das machen Rot-Grün-Blau hier zusammen. Liebe Kollegen von den PIRATEN, wir laden Sie ein, seien Sie auch noch mit dabei. Das wäre prima. Die da drüben wollen, glaube ich, nicht. Dann haben wir einen guten Tag für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor fast genau einem Jahr habe ich hier an dieser Stelle gestanden und im Auftrag meiner Fraktion ein grünes Gesetz zum **Landesmindestlohn** eingebracht. Was ist denn in diesem einem Jahr passiert? Auf der Bundesebene nichts.

Herr Callsen, Sie stellen sich hin und wiederholen altbekannte Positionen. Ich kann ja verstehen, dass Sie in diesem Jahr viel mit sich selbst zu tun gehabt haben. Ihre Vorsitzenden gingen und kamen ja. Ihre programmatische Erneuerung in Schleswig-Holstein hat nicht stattgefunden. Im Gegenteil, wie die Debatte auf Bundesebene zeigt, die Ihre Arbeitsministerin Frau von Leyen führt, ist mittlerweile auch in der CDU die Frage eines **bundesweiten Mindestlohns** von 8,50 € ein Thema. Die Wahrheit ist: Die Einzigen, die das blockieren, sind die FDP. Herr Rösler hat sich dieser Frage auf der Bundesebene verweigert. Die Ausgangslage nach einem Jahr ist, dass Ihre Koalition in Berlin sich einem bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn verweigert.

Deshalb sage ich noch einmal: Bei keinem anderen Thema ist der Unterschied auch in diesem Landtag so deutlich wie beim Thema Mindestlohn. Sie lehnen weiterhin die gesetzlichen Mindestlöhne ab.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ja, und?)

Das heißt auch, dass Sie sich um die Frage herumdrücken: Was ist in Deutschland ein armutsfester Lohn?

(Johannes Callsen [CDU]: Das ist doch falsch!)

Sie wollen diese Frage nicht beantworten. Sie geben den Menschen keine politische Antwort. Deshalb ist das eine Politik der sozialen Kälte, die in unterschiedlichen Bundesländern abgewählt worden ist, zuletzt in Niedersachsen.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich garantiere Ihnen: Wenn Sie als FDP bei dieser Haltung bleiben, Herr Kollege Garg - da kann Herr Kubicki noch und nöcher in Ihrem Präsidium herumfuhrwerken und herumwurschteln, wie er möchte -, werden Sie im September dieses Jahres von den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland abgewählt.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Dr. Andreas Tietze)

Diese Politik der sozialen Kälte kann kein Mensch mehr gebrauchen und will auch kein Menschen mehr. Wissen Sie, was das Peinlichste ist? Herr Kollege Garg, ich habe die Debatte um den **Armut- und Reichtumsbericht** verfolgt. Da hat Ihr Parteikollege Herr Rösler darauf bestanden, dass folgender Satz aus dem Armuts- und Reichtumsbericht gestrichen wird. In diesem Bericht sollte der Satz, von Wissenschaftlern erarbeitet, stehen - ich zitiere, Herr Präsident -: Insgesamt arbeiten in Deutschland über 3,5 Millionen Menschen für einen Bruttoarbeitslohn von weniger als 7 €. - Diesen Satz, der mit Statistik und mit Grundrechenarten zu tun, streicht Herr Rösler aus dem Armuts- und Reichtumsbericht. Was für eine erbärmliche Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Mit 7 € können Menschen nicht von ihrer Hände Arbeit leben, und Sie verweigern sich dieser Erkenntnis durch kollektive Ignoranz.

Deshalb sagen wir: Der **Niedriglohnsektor** muss gestoppt werden, die Lohnspirale nach unten muss gebremst werden. Sie sind doch in der FDP vehement gegen Subventionierungen. In allen möglichen Parteiprogrammen liest man das. Warum sind Sie dann nicht gegen die Subventionierung des Niedriglohnsektors? Warum wollen Sie weiterhin daran festhalten, dass der Staat die Löhne quer subventioniert? Warum ist das Ihre Politik? Da ist ein Bruch.

(Beifall SSW)

Ich sage Ihnen: Das Sprichwort: „Wo eine Wille ist, ist auch ein Weg“, heißt im Umkehrschluss: Bei Ihnen, wo kein Wille ist, gibt es auch keinen Weg. Deshalb sind Sie auch nicht bereit, eine soziale, gerechte Politik für Deutschland zu machen.

Wir haben gerade von Ihnen gehört, Herr Callsen, dass Sie gesagt haben: Da ermächtigen wir den Wirtschaftsminister; der soll das richten. Nein, wir haben gesagt: untere Grenze öffentlicher Dienst - das war immer unsere politische Position -, Eingangsbezahlung öffentlicher Dienst 8,88 €. Die Tarifsteigerung, die wir jetzt bei den Angestellten haben, haben wir eins zu eins auf diese 8,88 € aufgerechnet. Deshalb kommen wir auf 9,09 €.

(Johannes Callsen [CDU]: Donnerwetter!)

Da ist nicht par ordre du mufti oder ein Wirtschaftsminister, der etwas feststellt. Die Behauptung, Herr Kollege Callsen, die Sie hier tatsächlich aufgestellt haben, wir ignorierten die **Tarifpartner**, ist doch

eine Unwahrheit erster Güte. Wir haben gerade in dieser Entscheidung bewiesen, dass wir genau diese Tarifabschlüsse achten, wertschätzen und auch in unser Gesetz übernehmen. Das ist eben der Unterschied. Wir wollen keine Dumpinglöhne. Dumpinglöhne sind die falsche Antwort.

Deshalb sagen wir noch einmal: Wir müssen in Deutschland und auch in Schleswig-Holstein durch dieses Gesetz mehr Gerechtigkeit schaffen. Für uns ist es ein **Dreiklang der sozialen Gerechtigkeit**: Tariftreue, Mindestlohn und gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Das ist der Dreiklang einer sozialgerechten Arbeitsmarktpolitik, für die wir stehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Deshalb sage ich Ihnen: Ihre Argumente sind von gestern, wenn ich immer wieder höre: Abwanderung der Firmen. Sie malen ja den Untergang der schleswig-holsteinischen Wirtschaft an die Wand. Das Gegenteil ist der Fall. Alle Studien, die ich kenne, sagen: Steigerung der Kaufkraft, Anstieg der Binnennachfrage, der Konsumgüternachfrage, sinkende Staatsleistungen für Sozialaufgaben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Dann fangen Sie doch jetzt damit an!)

Das, was 20 europäische Länder machen, kann doch nicht so falsch sein. Der Arbeitsmarkt und die Binnenkonjunktur profitieren von einem gesetzlichen Mindestlohn, der armutsfest ist.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Super! Dann machen Sie das doch mal!)

In einigen europäischen Ländern liegt das Niveau des gesetzlichen, allgemeinverbindlichen Mindestlohns über 10 €. Ich will hier deutlich machen. Das, was wir hier tun, hat auch eine wirtschaftspolitische Komponente und ist ein Anreizprogramm für Arbeitsmarktpolitik, für die Konjunktur und hat eben nicht zur Folge, wie Sie hier ständig behaupten, dass Arbeitsplätze abgebaut werden. Das Gegenteil ist der Fall.

Im Übrigen sind das **Arbeitsplätze** in Bäckereien, in Wäschereien. Wissen Sie, die Brötchen kann man eben nicht in China kaufen, und die Wäsche kann man sich auch nicht in China waschen lassen. Da geht es um Arbeitsplätze hier in Schleswig-Holstein, um kleine und mittelständische Unternehmen, die hier in Schleswig-Holstein das Rückgrat unserer Wirtschaft sind. Genau diese Arbeitsplätze stärken wir und schwächen wir nicht mit unserem Gesetz.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Dr. Andreas Tietze)

Ich sage Ihnen auch: Sie werfen uns Staatsgläubigkeit vor. Sie sagen ja: Da kommen wieder die **Staatsparteien**; der Staat wird es schon richten. Wo stünden wir denn in der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise, wenn wir nicht eingegriffen hätten? Im Grunde genommen wissen doch alle: Es war mangelnde Kontrolle, die das Chaos in den weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrisen ausgelöst hat. Der Neoliberalismus, lieber Herr Kollege, ist nicht die Problemlösungsstrategie der Zukunft. Mit diesen ollen Kamellen kann man die Herausforderungen der Zukunft nicht lösen. Das müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen.

Deshalb sagen wir Ihnen auch: Mit diesem Gesetz verpflichten wir uns. Wir sind in einer **Vorbildfunktion**. Wir sagen: Wer vom Land künftig Zuschüsse erhalten möchte, der muss sich verpflichten, **faire Löhne** zu zahlen. Das ist eine ziemlich klare Botschaft. Wer Landesgeld haben will, muss faire Löhne zahlen. Das ist eine klare Botschaft. Das gilt auch für die Arbeiterwohlfahrt, für die Diakonie und für andere Wohlfahrtsverbände, die über das Tariftreuegesetz nicht erreicht werden. Insofern schließen wir in Schleswig-Holstein auch die Gerechtigkeitslücken vollständig. Das ist unsere Politik. Wir wollen eine lückenlose gerechte und faire Arbeitsmarktpolitik für Schleswig-Holstein. Deshalb ist dieses Gesetz ein weiterer Baustein unserer Gesamtpolitik, auf die wir uns vereinbart haben.

Die Wahrheit ist - diese wollen Sie nicht hören -: Sie wollen keinen gesetzlichen Mindestlohn. Sie drücken sich darum herum. Deshalb ist Rot-Grün und hier in Schleswig-Holstein Rot-Grün-Blau Garant für eine gerechte Arbeitsmarktpolitik.

Ich möchte mit Suffizienz eine Stelle aus dem Armuts- und Reichtumsbericht zitieren, die auch gestrichen worden ist. Herr Rösler hat diese Passage herausgenommen.

(Christopher Vogt [FDP]: Schreiben Sie Ihre Berichte in der Landespolitik nie um?)

Ich finde, diese Streichung zeigt, wes Geistes Kind Ihre Politik auf Bundesebene ist.

Herr Rösler hat die Passage gestrichen, in der es heißt: Die Einkommensspreizung hat zugenommen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie hat eben nicht zugenommen!)

Außerdem hat er den Passus gestrichen: Eine solche Einkommensentwicklung verletzt das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung und kann den gesellschaftlichen Zusammenhang gefährden.

Auch diese Passage hat er herausgestrichen. Damit ignoriert er sogar noch die Folgen seiner ungerechten kalten sozialen Politik für die Bevölkerung. Das will er sich nicht schwarz auf weiß von unabhängigen Wissenschaftlern belegen lassen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wie bescheuert ist eine solche Politik? Wie bescheuert muss man sein, dass man der Bevölkerung einen solchen Satz vorenthalten will? Das ist kollektive Wahrnehmungsverweigerung nach dem Motto: Augen zu und durch!

Das Schönste war, dass Ihr Generalsekretär Döring das in einer Talkshow mit den Lohnerhöhungen der vergangenen Jahre begründet hat. Bezieher mittlerer und unterer Einkommen haben in den vergangenen zehn Jahren aber keine Lohnerhöhung erfahren. Also auch an dieser Stelle hat Herr Döring völlig versagt.

Lassen Sie mich noch etwas zum morgigen **Equal Pay Day** sagen. Wir wollen mit unserem Gesetzesentwurf gerechtere Löhne und gleichen Lohn für gleiche Arbeit erreichen. Frauen müssen in Deutschland bis zum 26. März dieses Jahres arbeiten, um das zu verdienen, was ein Mann im Vorjahr verdient hat. Es wäre gerecht, wenn alle bis zum 31. Dezember eines Jahres den gleichen Lohn bekämen.

Schleswig-Holstein soll zum Bundesland der sozialen Gerechtigkeit werden. Das gilt insbesondere am Equal Pay Day. Diese Regierung wird dafür sorgen, dass das auch in Zukunft so bleibt. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der letzte Beitrag hat eher an die bereits abgeschlossene Karnevalssaison erinnert als an einen ernsthaften Beitrag zu den Themen, die auf der Tagesordnung stehen.

(Beifall FDP)

Lieber Kollege Tietze, richtig originell fand ich den Schluss Ihrer Rede: Der Kollege Rösler lies noch

(Dr. Heiner Garg)

folgenden Satz streichen. - Wenn das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung feststellt, dass die Einkommensspreizung im vergangenen Jahr zurückgegangen ist, dann kann man vielleicht die Kabinettskollegin darauf hinweisen, dass das, was in den Bericht hineinformuliert wurde, aktuell nicht mehr zutrifft. Dann ist das kein Skandal, sondern das hat - wie Sie zu Recht feststellen - etwas mit Fakten zu tun, die man auch einmal zur Kenntnis nehmen kann, auch wenn Ihnen diese Fakten nicht passen, Herr Kollege Tietze.

(Beifall FDP)

Richtig schön fand ich Ihr flammendes Plädoyer dafür, **Tarifabschlüsse** zu achten. Deshalb haben Sie in Ihrem Gesetzentwurf den **Mindestlohn** von 8,88 € auf 9,09 € erhöht. Sie haben also, wie Sie selbst gesagt haben, den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst eingepreist. Sie tun das in allen Bereichen, nur nicht in den Bereichen, in denen Sie unmittelbar Arbeitgeber sind und Verantwortung tragen, nämlich bei den Beamtinnen und Beamten. Deshalb ist das scheinheilig, was Sie hier in den vergangenen zehn Minuten vorgeführt haben. Das ist schlicht scheinheilig, Herr Kollege Tietze.

(Beifall FDP und CDU)

Weil das so scheinheilig ist, lasse ich an dieser Stelle ausnahmsweise keine Zwischenfrage zu.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Feigling!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Tietze, ich erteile Ihnen eine Rüge für das Wort „Feigling“.

(Christopher Vogt [FDP]: Rügen sollte man seine Rede!)

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Kollege Tietze, Sie müssten mich eigentlich besser kennen. Wenn Sie aber in Zukunft mit solchen Bemerkungen die politische Auseinandersetzung führen wollen, dann ist das auch in Ordnung.

Lieber Kollege Stegner, Sie haben an meine Verunft und an meine soziale Verantwortung appelliert. Sie wissen sicherlich, dass in der vergangenen Legislaturperiode die **Tarifkommission Hamburg und Schleswig-Holstein** für zwei Branchen **Mindestlöhne** vereinbart hat, nämlich für das Bäckereihandwerk und für das Friseurhandwerk. Sie wissen auch - das mag Sie am Anfang vielleicht überrascht haben -, dass diese Mindestlöhne, die von der Tarif-

kommission vereinbart wurden, für Hamburg und Schleswig-Holstein für allgemeinverbindlich erklärt wurden. Das habe ich übrigens damals aus voller Überzeugung getan. Das heißt, wir haben in Hamburg und Schleswig-Holstein in diesen beiden Branchen Mindestlöhne, und zwar in allen Bereichen dieser beiden Branchen.

Einen **flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn** kann man politisch so verkaufen, wie Sie das tun. Ich glaube jedoch, dass es sich lohnt, noch einmal darüber nachzudenken, wie man das zu Recht beschriebene Problem lösen kann. An dieser Stelle sind wir gar nicht weit auseinander, auch wenn man sich das vielleicht zur Profilierung wünschen würde. Es gibt einen Punkt, bei dem wir überhaupt nicht auseinander sind. Unternehmen dürfen es sich nämlich nicht zum Geschäftsmodell machen, niedrigste Löhne zu zahlen im Vertrauen darauf, dass durch die Aufstockung der Steuerzahler auf ewig so blöd sein wird, diese Niedrigstlöhne weiterhin zu subventionieren. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das hat in der Tat nicht das Geringste mit Marktwirtschaft zu tun, im Übrigen auch nicht mit Wettbewerbsfähigkeit.

(Beifall FDP)

Damit macht man nämlich genau die **mittelständischen Betriebe**, genau die Handwerksbetriebe kaputt, die anständige Löhne zahlen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine soziale Verantwortung entgegenbringen.

Die Frage ist nur, wie man das abstellt. Den Streit darüber, ob ein allgemeiner flächendeckender Mindestlohn wirklich das richtige Rezept ist, trage ich gern mit Ihnen aus. Ich bezweifle nach wie vor, dass das das richtige Instrument ist, um diesem Problem beizukommen. Ich glaube nicht, dass dem Spargelstecher in der Uckermark oder dem Wachmann in München mit einem einheitlichen flächendeckenden Mindestlohn geholfen ist. Möglicherweise erreichen Sie damit einen. Möglicherweise gefährden Sie aber beide.

Sie wissen ganz genau, dass es **Kaufkraftunterschiede** zwischen Nord und Süd gibt. Sie wissen ganz genau, dass es Branchen gibt, die - -

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Garg, Sie sind zwar gerade dabei, einen Gedanken zu fassen, aber vielleicht können Sie Herrn Dr. Stegner erlauben, eine Bemerkung zu machen. Das baut Brücken. Vielleicht hilft das. Lassen Sie eine Frage zu?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident, erstens stelle ich fest, dass auch Sie relativ lange gebraucht haben, um die Frage zu formulieren. Zweitens: Wenn der Kollege Stegner bereit ist, jenseits der bisherigen Art und Weise die Debatte mit einer Frage zu beleben, dann lasse ich eine Frage jederzeit gerne zu.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Dr. Stegner. Sie haben das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Dr. Garg, ich stimme Ihnen zu, wenn Sie sagen, Firmen dürften keine Wettbewerbsvorteile haben und kein Geschäftsmodell daraus machen, dass sie mit Dumpinglöhnen und der Erwartung arbeiten, dass der Staat über Steuermittel diese Dumpinglöhne aufstockt.

Können Sie mir darin folgen, dass ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn zwar nicht die Preisunterschiede in Deutschland beseitigt, dass aber ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 € als absolute Untergrenze dafür sorgen würde, dass solche Geschäftsmodelle nicht mehr funktionieren, weil dann nämlich in der gesamten Branche mindestens dieser Lohn gezahlt werden müsste, und dass dadurch das verhindert werden könnte, was wir vorhin gemeinsam beklagt haben? Wenn Sie dem zustimmen könnten, dann sind wir schon fast auf dem Weg dahin, dass Sie unseren Vorschlägen folgen können.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Netter Versuch. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn die Tarifautonomie aushöhlt. Das ist übrigens auch der Grund dafür, warum Gewerkschaften relativ lange gebraucht haben, auf dieses Instrument aufzuspringen.

Ich glaube, dass verbindliche **Lohnuntergrenzen**, die von einer Lohnfindungskommission gefunden und für allgemeinverbindlich erklärt werden, das Problem, das Sie beschrieben haben, wesentlich besser bekämpfen, weil wir dadurch langfristig die Tarifautonomie stärken. Es sollte unser aller Interesse sein, die **Tarifautonomie** zu stärken, indem wir überall dort, wo sich Arbeitgeberverbände nicht mehr in der Tarifgemeinschaft befinden, wo Arbeitnehmerinteressen nicht mehr ordentlich wahrge-

nommen werden können, sagen, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber paritätisch in einer Lohnfindungskommission vertreten sein sollen, um gemeinsam eine verbindliche Lohnuntergrenze zu finden, die dann von der Politik für allgemeinverbindlich erklärt wird. Damit wird dem Umstand, den wir alle beklagen, besser Abhilfe geschaffen als durch eine Lohnfindung durch Landesparlamente oder durch den Deutschen Bundestag.

(Beifall FDP und CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, William Shakespeare prägte das folgende Zitat:

„Der ist ein guter Prediger, der seine eigenen Ermahnungen befolgt; - ich kann leichter zwanzig lehren, was gut zu tun ist, als einer von den zwanzigen zu sein ...“

In § 2 Abs. 1 Ihres Mindestlohngesetzes heißt es dann: Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Landes Schleswig-Holstein wird der in § 5 bestimmte **Mindestlohn** durch das **tarifliche Arbeitsentgelt im öffentlichen Dienst** gesichert.

Dazu fallen mir zwei Punkte ein: Erstens. Was eigentlich sonst? Sie sind schließlich Mitglied der Tarifgemeinschaft der Länder. Oder - das müssten die Koalitionsfraktionen dann erklären - planen Sie etwa, aus der Tarifgemeinschaft auszusteigen? Nur dann nämlich würde diese Formulierung Sinn machen.

Zweitens. Warum gilt das tarifliche Entgelt nur beim Mindestlohn? Frau Heinold, Ihr Zitat, das Sie manchen Professoren- und Lehrerhaushalt kennen, der die Tarifierhöhung von 5,6 % nicht zwingend nötig habe, ist unerhört. Das haben wir heute Morgen bereits festgestellt. Nicht nur, dass Sie damit den Grundsatz außer Kraft setzen, dass gute Arbeit auch gut bezahlt werden muss, nein, Sie unterstellen damit, dass die alleinerziehende Lehrerin mit zwei Kindern und alle anderen Beamten im Land in Saus und Braus lebten. So weit wie Sie kann man aus meiner Sicht von der Realität gar nicht entfernt sein. Sie sollten sich für diesen Satz nicht nur öffentlich entschuldigen, sondern Sie sollten auch einmal erklären, wie das mit dem vorliegenden Gesetzentwurf in Einklang zu bringen ist, für den jedenfalls der Kollege Stegner so heftig geworben hat.

Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, gehen mit wahrlich schlechtem Beispiel und sehr unglaubwürdig in dieser Frage voran, jedenfalls nach dem, was Sie vorhin in der Aktuellen Stunde als Argument gegen die

(Dr. Heiner Garg)

Übernahme des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst auch für die Landesbeamtinnen und Landesbeamten zum Besten gegeben haben. Insofern steht es Ihnen schlecht an, mit dem Finger auf die Opposition zu zeigen. Und es steht Ihnen noch schlechter an, Herr Kollege Tietze, wie Sie das getan haben, hier eine vermeintliche Politik der sozialen Kälte an die Wand zu malen.

Im Kern geht es um die Frage: Wie bekommen wir es hin, dass **Arbeit** ordentlich bezahlt wird, ohne erstens Arbeitsplätze dauerhaft zu gefährden, und zweitens dafür zu sorgen, dass Menschen, die acht Stunden am Tag fünf Tage in der Woche arbeiten, von dem, was sie verdienen, auch **leben** können? Dazu gibt es unterschiedliche Modelle, die eigentlich auch zwei unterschiedliche Grundansätze erkennen lassen. Das ist zum einen Ihr flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn, und das ist zum anderen das auf Tarifautonomie aufbauende Konzept einer Lohnfindungskommission.

Ich glaube, wir haben hier in den vergangenen drei oder vier Jahren die Frage des gesetzlichen Mindestlohns hin oder her ausgiebig relativ polemisch diskutiert. Ich meine, es ist an der Zeit, gemeinsam mit den Gewerkschaften darüber ins Gespräch zu kommen und ernsthaft darüber nachzudenken, was langfristig die Tarifautonomie in Deutschland wieder stärkt, um die **Lohnfindung** dort zu belassen, wo sie in den letzten 50 Jahren war, nämlich bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitgebern, die das - jedenfalls aus meiner Sicht und auch aus Sicht meiner Fraktion - exzellent hinbekommen haben.

Ich verweise darauf, dass in den **Ländern**, in denen es einen **gesetzlichen Mindestlohn** gibt, zum Beispiel relevante Gruppen ausgenommen worden sind, etwa wie in den Niederlanden, nämlich alte Beschäftigte und ganz junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die dürfen nämlich einen Mindestlohn von etwas über 2 € erwarten.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Das ist etwas, was hier niemand möchte. Oder denken Sie an die Länder - das hören Sie dann nicht besonders gerne -, in denen es in der Tat Mindestlöhne gibt, etwa wie in Frankreich. Dort ist die Arbeitslosenrate mindestens doppelt so hoch als bei den Beschäftigten, von der Jugendarbeitslosigkeit ganz zu schweigen.

Ich sage Ihnen abschließend: Ich diskutiere mit Ihnen lieber über das richtige **Instrument**, Lohnsubventionen dauerhaft einzuschränken, als darüber, wie wir Massenarbeitslosigkeit in Deutschland bekämpfen.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion der PIRATEN hat der Herr Abgeordnete Wolfgang Dudda das Wort.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Den Gesetzentwurf der Koalition zur **Mitbestimmung im öffentlichen Dienst** begrüßen wir ausdrücklich. Er stellt eine sogar verbesserte Rückkehr zu dem dar, was üblich sein sollte, was hier auch einmal üblich war und hoffentlich bald wieder üblich ist.

Dass die Koalition diesen Entwurf auch zu diesem Zeitpunkt vorlegt, finden wir sehr mutig und gut; denn wir alle wissen, was in den nächsten Jahren auf den öffentlichen Dienst zukommen wird. Mit dem Personalabbau verbunden sind Dienststellen-schließungen. Das braucht einen wirksamen Personalrat, um das sozial abzufedern.

(Beifall PIRATEN, SPD und SSW)

Ich habe mit den **Gewerkschaften** gesprochen, die mir gesagt haben, dass sie mit diesem Entwurf einverstanden seien: In dem Wissen um die radikalen Personalveränderungen, die auf den öffentlichen Dienst in unserem Land zukommen, sind sie bereit, sich konstruktiv durch ihre Personalräte einzubringen. Um dies fachkundig tun zu können, organisieren die Gewerkschaften die Aus- und Fortbildung der Personalräte. Dafür braucht es die entsprechenden Freistellungen. Das wird Geld kosten. Dieses Geld muss das Land jedoch in die Hand nehmen, wenn es als Arbeitgeber auch bei der Mitbestimmung so vorbildlich sein will, wie es sich beim Mindestlohn zeigen will.

Nach unserer Auffassung werden sich die Kosten, die das Mitbestimmungsgesetz auslösen wird, im kommenden Jahr in sehr überschaubaren Größenordnungen halten. Der Wissenschaftliche Dienst hat ja auch bereits festgestellt, dass gar keine Mehrkosten entstehen. Der Mehrwert, der sich durch besser partizipierende und damit wohl auch besser motivierte Mitarbeiter ergibt, rechtfertigt diese Mehrausgaben allemal.

Wir fordern die Landesregierung aber auch auf, die sich aus dem Gesetzentwurf ergebende Mitbestimmung auch in dem Geist zu leben, der für ein echtes Miteinander von Arbeitgebern und Personal erforderlich ist. Nehmen Sie die Ideen ernst, und nehmen Sie auch die Sorgen der Personalräte auf, wenn

(Wolfgang Dudda)

Sie sich daran machen, den Personalabbaupfad zu beschreiten.

(Beifall PIRATEN)

Gestalten Sie den **Personalabbau** gemeinsam mit den Beschäftigten. Ohne die Expertise und das Engagement der Beschäftigten wird der riesige Personalabbau kaum zu gestalten sein.

Vor diesem Hintergrund wiederhole ich mich gerne und sage, dass wir PIRATEN den Entwurf zum jetzigen Zeitpunkt ausdrücklich für gut halten und dass das Mitbestimmungsgesetz unsere Akzeptanz findet.

(Beifall PIRATEN)

Wenn die Koalition den Geist des Mitbestimmungsgesetzesentwurfes auf ihren Gesetzesentwurf zum **Mindestlohn** übertragen hätte, könnten wir diesen Entwurf genauso gut mittragen und befürworten. Weil das nach unserer Auffassung jedoch nicht vollumfänglich geschehen ist, haben wir dazu einen Änderungsantrag vorgelegt. Er beinhaltet den Mindestlohn mit einer deutlich verbesserten Beteiligung der Beschäftigten.

Lassen Sie mich zunächst auf den Mindestlohn eingehen. Er ist ein gesamtgesellschaftliches Muss - da sind wir völlig beieinander -, an dem kein Weg vorbei führt. Es ist sehr wohl - anders als es der Entwurf der CDU-Fraktion erkennen lässt - die Aufgabe des Staates, sicherzustellen, dass die **Menschenwürde** auch für die **Arbeit** und deren **Entlohnung** uneingeschränkt gilt. Wer voll berufstätig ist, darf nicht unter der Armutsgrenze leben und auf staatliche Zuschüsse angewiesen sein. Dieser Anspruch ist im öffentlichen Dienst genau so zu erfüllen wie auf dem freien Markt.

Nur so sind eine Existenz und eine gesellschaftliche Teilhabe in menschenwürdiger Weise möglich. Weil aber der Mindestlohn allein nicht die gesellschaftlichen Probleme der Gegenwart und der Zukunft lösen kann, sehen wir PIRATEN ihn als **Brückentechnologie** an. Angesichts der sich umkehrenden Alterspyramide und des stetig weiter zunehmenden Abbaus von Arbeitsplätzen setzen wir uns für ein Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe ein,

(Beifall PIRATEN)

das sich unter dem Oberbegriff „bedingungsloses Grundeinkommen“ im Sprachgebrauch durchgesetzt hat. Wir wollen dies durch eine Enquetekommission des Bundestages prüfen lassen und dabei dann den besten Weg zur Umsetzung finden. Dies

ist ein Projekt, das mittelfristig angelegt werden soll.

(Beifall PIRATEN)

Bis dahin befürworten wir also den Mindestlohn als Zwischenlösung. Aber auch für ihn wünschen wir uns die Beteiligung aller Betroffenen. Damit sind wir bei dem Punkt, den wir PIRATEN im Gesetzesentwurf der Koalition durch unseren Änderungsantrag nachbessern wollen.

Was die **Beschäftigungsverhältnisse** angeht, erwartet uns gerade von der EU, was die **Minijobs** angeht, eine Rüge. Belgien beabsichtigt, gegen die Minijobregelung bei uns zu klagen. Wir sehen also, wie wichtig es ist, den Mindestlohn richtig zu entwickeln.

Wenn die Lohnentwicklung in unserer Gesellschaft so übel ist, dass der Staat durch ein Mindestlohngesetz eingreifen muss, dann ist natürlich auch dieses Gesetz streng betrachtet ein **Eingriff in die Tarifautonomie**. Solange die Ergebnisse der Tarifautonomie prekäre Beschäftigungsverhältnisse und die Notwendigkeit des Aufstockens durch menschenwürdige gerechte Löhne verhindern konnten, war es nicht nötig, sich Gedanken über ein solches Gesetz zu machen. Weil sich aber genau das in den letzten Jahren radikal zum Nachteil der Beschäftigten verändert hat, muss gehandelt werden.

Dieses Handeln muss sich daran messen lassen, ob es den Geist der Tarifautonomie lebt und umsetzt. Tut es das nicht, so beschädigt und schwächt es dieses bewährte Instrument der partnerschaftlichen und verantwortungsvollen Lohngestaltung. Dann ist ein Mindestlohngesetz unserer Auffassung nach sogar kontraproduktiv, wenn sich private Arbeitgeber daran orientieren, so frei, wie es die Landesregierung künftig tun können soll, Mindestlöhne festzulegen.

(Beifall PIRATEN)

Diesen Mangel behebt unser Änderungsantrag zum Gesetzesentwurf der Koalition. Die von uns vorgeschlagene **Mindestlohnkommission** befreit diesen Gesetzesentwurf vom Verdacht, die Tarifautonomie aushebeln zu wollen und willkürlich Löhne gestalten zu können. Die Mindestlohnkommission entspricht dem Geiste nach der Konzertierten Aktion, die in den ausgehenden 60er-Jahren des vergangenen Jahrhundert praktiziert wurde. Der damalige Wirtschaftsminister Karl Schiller bezeichnete dies als „Tisch der gesellschaftlichen Vernunft“. An ihm saßen die Regierung, die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände. In gemeinsamer Verantwor-

(Wolfgang Dudda)

tung sollten so die sozialen und wirtschaftlichen Probleme angegangen werden. Das ist sogar erfolgreich gelungen.

Genau so sollte der Mindestlohn bei uns festgelegt werden. Die Landesregierung sitzt als Arbeitgeber - fachkundig vertreten durch je einen Vertreter aus dem Finanzministerium und dem Wirtschaftsministerium und einem weiteren Vertreter - auf Augenhöhe gegenüber den Gewerkschaften, ergänzt durch von beiden Seiten zu bestimmende Vertreter anderer gesellschaftlicher Gruppen. Geleitet werden soll dieses Gremium durch einen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gemeinsam bestimmten weiteren Vertreter. Die anderen Inhalte unseres Änderungsantrags komplettieren diesen gedanklichen Ansatz, ohne den Grundansatz des Entwurfs der Koalition zu verändern.

Den vorhin von mir in Erinnerung gerufenen „Tisch der gesellschaftlichen Vernunft“ brauchen wir in diesem Land auch an vielen anderen Stellen. An ihm müssen mehr Leute aus mehr gesellschaftlichen Gruppen sitzen als damals in den 60er-Jahren. Etwas mehr als ein Jahrzehnt, nachdem die Arbeitserlaubnis für die Ehefrau durch den Ehemann abgeschafft worden war, war das gesellschaftliche Bewusstsein noch nicht ausgeprägt genug vorhanden, dass Frauen auch an diesen Tisch geholt wurden. Dafür, dass **Frauen** hierzulande nicht selbstverständlich das **gleiche Geld für gleiche Arbeit** bekommen, müssen wir uns schämen. Die Fadenscheinigkeit von Argumenten erreicht ihre Schöpfungshöhe, wenn wir uns anschauen, wie arbeitgeberseitig begründet wird, warum Frauen für die gleiche Leistung weniger Geld als ihre männlichen Kollegen bekommen sollen. Das widerwärtigste Lohnsparalibi der Arbeitgeber unter vielen ist wohl, dass Frauen familienbedingt häufiger ihre Erwerbstätigkeit reduzieren oder unterbrechen.

(Beifall PIRATEN)

Dieser Perversion der Lohngestaltung müssen wir genauso entschlossen begegnen, wie wir es heute bei dem fehlenden Mindestlohn tun. Es ist überhaupt schlimm, dass wir im 21. Jahrhundert noch über so etwas reden müssen. Aber wir müssen das tun. Die Spirale der genderbegründeten Schlechterbezahlung setzt sich in übelster Weise nach unten fort und erfasst ganz besonders diejenigen Frauen, die sich noch schlechter als ihre deutschen Kolleginnen dagegen wehren können: die **Migrantinnen**. Dazu haben wir auf der Veranstaltung des Flüchtlingsbeauftragten vor wenigen Tagen hier im Hause entsetzliche Zahlen gehört. Wenn es richtig ist, dass sich die gesellschaftliche

Stärke eines demokratischen Gemeinwesens daran zeigt, wie es mit seinen Schwächsten umgeht, bekleckern wir uns an der Stelle wahrlich nicht mit Ruhm.

Lassen Sie uns also alle gemeinsam dafür sorgen, dass Frauen nicht rechnerisch erst ab morgen oder ab dem 26. März eines jeden Jahres die Lohnhöhe ihrer männlichen Kollegen erreichen, sondern bereits am 1. Januar.

(Beifall PIRATEN, Lars Winter [SPD] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Je öfter wir diese Lohnungerechtigkeit öffentlich geißeln, umso weiter rücken wir Arbeitgeber, die sie praktizieren wollen, ins moralische Aus. Je höher der gesellschaftliche und moralische Druck wird, umso schwächer werden die Lohndiebe. Daran müssen wir uns alle beteiligen, wenn wir unserer Vorbildfunktion gerecht werden wollen - in Worten und in Taten.

Ich danke Ihnen - denen, die mir zugehört haben, und denen, denen ich das Gespräch durch mein Geräusch überbrücken konnte. - Tschüss.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden heute ein neues **Mitbestimmungsgesetz** beschließen, das den Beschäftigten wieder die Mitbestimmung gewährt, die nötig ist, um gute und sachgerechte Entscheidungen in den Verwaltungen ermöglichen zu können. Wir orientieren uns dabei an den Regelungen, die vor den Änderungen durch Schwarz-Gelb gegolten haben. Damit machen wir auch hier deutlich, dass wir das, was wir versprechen, auch einhalten. Gerade auch für die Wiederherstellung einer vernünftigen Mitbestimmung sind wir von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt worden, und noch vor Ablauf eines Jahres setzen wir dies nun um.

Ich glaube nicht, dass es notwendig ist, auf die Inhalte des neuen Mitbestimmungsgesetzes weiter einzugehen, denn wir haben diese **Inhalte** schon in der ersten Lesung hier im Landtag beraten. Dabei sind die Unterschiede schon deutlich geworden.

(Lars Harms)

Allerdings stellt sich immer noch die Frage der **Konnexität**. Zwar löst die Änderung in der Theorie neue Kosten aus, allerdings weiß man nicht, ob sich auch in der Realität höhere Kosten für die kommunale Ebene einstellen. Trotz der seinerzeitigen Einschränkung der Mitbestimmung durch Schwarz-Gelb kam es nicht zu Einsparungen, weil die Betriebsräte neu gewählt wurden und gerade die Schulungen der neuen Betriebsratsmitglieder zu Mehraufwendungen geführt haben. Es ist also weder die Einsparungswirkung des damaligen schwarz-gelben Gesetzes nachweisbar gewesen, noch ist jetzt vor diesem Hintergrund eine reale Mehrbelastung nachweisbar.

Hinzu kommt noch, dass es anscheinend unterschiedliche Rechtsauffassungen gibt, ob überhaupt Konnexität ausgelöst wird. Legt man ein Urteil des Landesverfassungsgerichts aus Mecklenburg-Vorpommern zugrunde, dann sind allein Sachaufgaben, nicht jedoch Organisationsaufgaben von der Konnexität betroffen. Es ist also fraglich, ob überhaupt Konnexität ausgelöst wird, und es ist auch fraglich, ob man überhaupt finanzielle Auswirkungen beziffern kann.

Vor diesem Hintergrund fällt für uns der einzige Punkt weg, über den wir hier wirklich noch ernsthaft hätten beraten müssen. Wenn weder Konnexität berührt, noch eine mögliche Konnexität bezifferbar ist, dann bleibt eigentlich nur noch die Diskussion über die Inhalte des Gesetzes. Da ist es ganz einfach: Wir wollen mehr Mitbestimmung, und deswegen ist dieses neue Mitbestimmungsgesetz ein gutes Gesetz.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Gleiche gilt natürlich auch für das Ihnen vorliegende **Mindestlohngesetz**. Für uns als rot-grünblaue Koalition ist es klar, dass in allen Bereichen faire und existenzsichernde Löhne gezahlt werden müssen, von denen man auch leben kann. Da muss natürlich das Land mit gutem Beispiel vorangehen, insbesondere, solange ein flächendeckender Mindestlohn auf Bundesebene blockiert wird.

Mit unserem Entwurf für ein Tariftrüegegesetz sind wir das Problem niedriger Löhne schon angegangen, und heute ziehen wir nun mit einem Mindestlohngesetz nach. Nach unserem Gesetzentwurf soll in landeseigenen Unternehmen und wenn Zuwendungen nach der Landeshaushaltsordnung gezahlt werden, ein Mindestlohn von 8,88 € gelten. Bei einem Unternehmen wie dem UKSH würde dies mit rund 100.000 € jährlich zu Buche schlagen. Für das

UKSH wäre dies eine verkräftbare Summe, für die Betroffenen wäre dies im Regelfall der Schritt raus aus Hartz IV. Das ist dann auch gut so; denn wer Vollzeit arbeitet, muss von seinem Lohn auch leben können. Das sehen im Übrigen auch die Wohlfahrtsverbände so. Der Landesgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Günter Ernst-Basten hat dies schon bestätigt, obwohl auch dort die unterste Lohngruppe unterhalb des neuen Mindestlohns liegen wird. Wir sind also auf dem guten Weg und gehen diesen Weg auch im Dialog mit denjenigen weiter, die es betrifft.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Unser aller Ziel muss es doch sein, dass **Menschen** von ihrem **Lohn** auch **leben** und ihre Familie ernähren können. Da kann es nicht sein, dass Menschen trotz Vollzeitarbeit immer noch aufstocken müssen. Bei einem Stundenlohn von 8,50 € liegt der Lohn für einen alleinstehenden Menschen gerade noch so über der Grenze zum Aufstocken. Bei Ehepaaren oder Familien mit Kindern könnte die Grenze bei so einem Lohnniveau schon gerissen werden. Mit 8,88 € oder einer dem aktuellen Tarifabschluss angepassten Lohnuntergrenze von circa 9,09 € ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, nicht aufstocken zu müssen. Das heißt, dass wir durch unser Mindestlohngesetz einen Beitrag dafür leisten, dass Menschen nicht, obwohl sie arbeiten, zu Hartz-IV-Empfängern werden. Nach meiner Auffassung ist es eigentlich Pflicht und Aufgabe einer verantwortungsvollen Politik, für ein Lohnniveau zu sorgen, das den Bezug von Sozialleistungen verhindert. Genau das tun wir hier in der rot-grünblauen Koalition.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass die Mindestlohndiskussion nichts mit der Übernahme des Tarifabschlusses für Beamte zu tun hat. Das wurde gerade eben wieder suggeriert. Es geht hier darum, das absolute Mindestmaß bei den Löhnen einzuhalten. Der niedrigste Lohn bei Beamten liegt bei 10,22 €, und der niedrigste Lohn bei Angestellten liegt bei 9,09 €. Diese Untergränge darf nicht unterschritten werden. Dazu stehen wir. Diese **Untergränge** ist durch die **Tarifpartner** quasi festgelegt, weil es ihr Tarifabschluss ist, an dem sich das Gesetz orientiert. Deshalb wird auch die Tarifautonomie hiervon nicht beeinträchtigt.

(Beifall SSW und SPD)

(Lars Harms)

Durch unser Gesetz schaffen wir so nicht nur einen Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt, wir entlasten hier auch die Kommunen. Je weniger Menschen auf ergänzende Zahlungen aus Hartz IV angewiesen sind, desto mehr Geld sparen auch die Kommunen. Auch das bitte ich zu berücksichtigen. Dies gilt natürlich für unser Mindestlohngesetz, aber gerade auch für unser in der Beratung befindliches Tarifreuegesetz. Beide Gesetze sorgen dafür, dass weniger Menschen den Gang zum Sozialamt antreten müssen und somit auch weniger Menschen Geld von den Kommunen beantragen müssen. Für die Menschen und für die Kommunen entsteht eine Win-Win-Situation, und das kennzeichnet gute Politik. Diese gute Politik wird von unserer Koalition gemacht.

(Beifall SSW und SPD)

Für unsere Koalition spielt Gerechtigkeit eine große Rolle. Diese Gerechtigkeit muss sich auch in der Arbeitswelt wiederfinden. Deshalb darf es nicht sein, dass Männer und Frauen nicht den gleichen Lohn erhalten. Wir wissen aber alle, dass dies so ist, und deshalb fordern wir die Bundesebene mit unserem Antrag auf, gesetzliche Regelungen zu schaffen, die **ungleiche Löhne** abschaffen. Natürlich weiß ich auch, dass die ungleichen Löhne zwischen **Mann und Frau** nicht immer nur dadurch manifestiert werden, dass tatsächlich gleiche Tätigkeiten ungleich bezahlt werden.

Es ist natürlich insbesondere so, dass schon die Aufstiegschancen für Männer und Frauen nicht gleich sind. Deshalb muss sich hier auch etwas an der allgemeinen **gesellschaftlichen Haltung** ändern.

Änderungen sind aber nur möglich, wenn immer wieder deutlich gemacht wird, dass wir uns mit der derzeitigen Lage nicht zufriedengeben. Genau hierfür gibt es den Equal-Pay-Day, den ich persönlich lieber „Gleiche-Arbeit-gleicher-Lohn“-Tag nennen würde. Wir wollen, dass bei den Löhnen kein Unterschied zwischen den Geschlechtern gemacht wird. Deshalb setzen wir dieses Thema hier auf die Tagesordnung, und deshalb fordern wir die Bundesebene auf, hier etwas zu tun. Es ist unsere gemeinsame gesellschaftliche Verantwortung, hierfür zu arbeiten.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Meine Damen und Herren, wir wollen die gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes wieder ein kleines Stück voranbringen. Wir wollen eine besse-

re Mitbestimmung, und wir wollen einen gerechten Lohn für alle. Wenn Sie das auch wollen, dann stimmen Sie unseren Initiativen zu! Dann sind wir wieder einen Schritt weiter. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. - Zunächst hat für die CDU-Fraktion Frau Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann das Wort.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Aufmerksamkeit auf den Equal-Pay-Day - wie auch immer er heißt, ist mir ziemlich wurscht - lenken. Das ist in diesem Jahr der 21. März, 2011 war es der 25. März, 2012 war es der 23. März, und in diesem Jahr ist es - wie gesagt - der 21. März. Wenn das in diesem Tempo so weitergeht, sind wir 2052 da angekommen, wo wir eigentlich heute schon sein müssten, nämlich bei der Lohngleichheit von Männern und Frauen.

(Beifall)

Oder so ausgedrückt: Ein Mann arbeitet 52 Wochen für sein Jahresentgelt, und eine Frau arbeitet 63 Wochen für ihr Jahresentgelt. Das können und wollen wir so nicht akzeptieren. Im Vergleich mit der EU schaut es da etwas besser aus. Am 28. November hat sie ihren **Equal-Pay-Day**, die EU insgesamt betrachtet. Da haben wir noch ein ganz schönes Stück Weg vor uns, das wir gemeinsam beschreiten sollten. Da sollten wir alle an einem Strang ziehen.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ich möchte dazu auffordern, dass wir die Ursachen bekämpfen, Herr Stegner. Ich glaube, dass wir uns da einig sind. Das ist schön. Wir müssen die anhaltende Ungerechtigkeit und Diskriminierung eliminieren und abbauen. Am Arbeitsplatz darf es keine Diskriminierung geben. Frauen, die die gleichen Chancen haben wie Männer, die die gleichen Qualifikationen haben wie Männer, haben nicht die gleichen Führungspositionen.

(Vereinzelter Beifall)

Daran müssen alle arbeiten: die SPD, die CDU, die FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SSW und selbstverständlich auch die PIRATEN. Das ist eine **gesamtgemeinschaftliche Aufgabe**, der wir uns stel-

(Katja Rathje-Hoffmann)

len müssen. Ich halte das Parteiengzänk darum für ungeeignet. Wir müssen gemeinsam dafür arbeiten, dass Frauen das Gleiche verdienen wie Männer.

(Beifall und Unruhe)

Dazu brauchen wir eine bessere **Verteilung der Familienarbeit**, bessere familienfreundliche Arbeitszeiten, familienfreundliche Unternehmen. Familienfreundlichkeit ist ein knallharter Wirtschaftsfaktor und nicht einfach so dahingeklappert. Das brauchen wir, das müssen wir auch in Schleswig-Holstein auf den Weg bringen. Das fordern wir als Opposition ein, und ich hoffe, das wird auch geliefert.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Beim Betreuungsgeld zum Beispiel!)

Frauen brauchen **Chancengleichheit** im Beruf. Mehr Frauen in technische Berufe, mehr Männer in die Kitas. Natürlich brauchen wir auch Entgelt- und Chancengleichheit bei der Rente. Wir sind dafür, dass Frauen, die vor 1992 Kinder bekommen haben, die gleichen Entgeltpunkte bekommen wie die mit danach geborenen Kindern. Das sind Aufgaben, denen wir uns stellen müssen. Das müssen wir für die Zukunft in Angriff nehmen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Wolfgang Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will versuchen, auf die Frage der **branchenbezogenen Mindestlöhne** einzugehen, weil das ja immer das Allheilmittel sein soll, um einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn zu unterlaufen. Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn soll tatsächlich dafür sorgen, im Bereich der Lohnentwicklung einheitliche Lebensverhältnisse zu schaffen.

Man sagt, es gebe **regionale Unterschiede** - das ist schon sehr unterschiedlich zu betrachten. Schaut man sich die Branchenmindestlöhne an, gehen die im Moment von 7 bis 13,40 €. Diese Spreizung ist aber nicht von den Lebensverhältnissen in München oder Preetz abhängig, sondern diese Spreizung ist schlicht und ergreifend auch von der Möglichkeit abhängig, so etwas auszuhandeln. Wenn **Gewerkschaften** in einem **bestimmten Bereich** stark

sind, können sie auf 13,40 € kommen, wenn sie in bestimmten Bereichen schwach sind, kommen sie auf 7 € Mindestlohn oder landen zum Beispiel im Agrarbereich sogar bei Tarifabschlüssen deutlich unter 7 €, weil die IG Bau bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Baumschulen schlicht und ergreifend kaum Verhandlungsmasse hat.

Wenn die CDU vorschlägt, **branchenbezogene Lohnuntergrenzen** einzuführen, geht man davon aus, dass sich Arbeitgeber und Beschäftigte an einen Tisch setzen und das irgendwie **aushandeln**. Und was passiert, wenn dort keine Einigung kommt? Dann gibt es einen ganz tollen Vorschlag der CDU: Dann soll das **Los entscheiden** - das Los! Dann wird aus dem Mindestlohn eine Tombola oder für jemanden aus Nordfriesland vielleicht eher eine „Mindestlohn-Bingo-Veranstaltung“. Aber es wird keinen auf irgendeine Art von begründeter Struktur entwickelten Mindestlohn geben.

Wer so einen Vorschlag macht, streut Sand in die Augen, weil er nicht genau weiß, wie der Konfliktfall ausgeht. Das ist bei einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn eindeutig, auf den können sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch die Arbeitgeber verlassen. Daher ist das wesentlich schlauer.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Baasch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg?

Wolfgang Baasch [SPD]:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte!

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Kollege Baasch, würden Sie mir recht geben, dass die **Mindestlohnfindungskommission in Großbritannien** weder mit nordfriesischem Bingo noch mit Losentscheidungen etwas zu tun hat und - wenn man das intelligent umsetzen würde - sehr wohl eine diskutabile Alternative zu Ihrem Vorschlag wäre?

Wolfgang Baasch [SPD]:

Ja, das intelligent umzusetzen, ist das Problem Ihres Koalitionspartners. Wenn da schon die Intelligenz mangelt, woher soll das dann nachher in der Mehrheit kommen? Der Vorschlag mit dem Los stammt von der CDU, den habe ich mir nicht ausgedacht. Man muss sich erst einmal auf Ihrer Seite darüber verständigen, was man mit Lohnfindungskommission meint und wie Konflikte dort gelöst werden sollen. In England gibt es durchaus Überlegungen, wie man bei der Lohnfindungskommission ein stärkeres Gewicht für eine Untergrenze einsetzt, die staatlich festgelegt ist und nicht unterschritten werden darf, weil man nicht schlechter werden darf als beim letzten Mal. Das ist zumindest etwas, das sich von frei auszuhandelnden Lohnuntergrenzen deutlich unterscheidet.

Es ist kritisiert worden, dass wir ein **Bürokratiemonster** aufbauten. Vielleicht hat der Kollege Callsen das Gesetz gar nicht gelesen, sondern einfach seine Stereotypen aufgeschrieben. Das Gesetz hat genau sechs Paragraphen. In dem Fall kann man wirklich nicht von einem Bürokratiemonster sprechen.

(Zuruf Johannes Callsen [CDU])

Es gibt verhältnismäßig klare, eindeutige Aussagen. Es gibt auch eindeutige Klarheit darüber, wie der Mindestlohn in Zukunft festgelegt werden soll. Dass dies eine vernünftige und an den realen Verhältnissen orientierte Maßnahme ist, darüber gibt es eigentlich keinen Streit. Das als Bürokratiemonster zu beschreiben, ist an die Wand gemalt und hat mit der Realität nichts zu tun. Wenn man das Gesetz lesen würde, könnte man das deutlich erkennen.

Ich finde, dass die Diskussion um den Mindestlohn ein Stück ad absurdum geführt wird. Wenn 10 % der Menschen in der Bundesrepublik über 60 % des Reichtums verfügen, wenn wir akzeptieren, dass Managergehälter steigen, und wir eine Diskussion darüber führen - -

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss!

Wolfgang Baasch [SPD]:

Ja, letzter Gedanke. - Wenn wir akzeptieren, dass Managergehälter bei 20 Millionen € jährlich gekappt werden, wir aber hier über einen Mindestlohn von 8,50 € streiten, haben viele noch nicht begriffen, was gesellschaftliche Realität bedeutet. Wir sollten eher für Solidarität, gesellschaftliche Ver-

antwortung und gesellschaftlichen Zusammenhalt eintreten. Dies ist auch ein Angebot des gesetzlichen Mindestlohns.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Ines Strehlau das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir verbessern heute die **Rahmenbedingungen für die Mitbestimmung** im öffentlichen Dienst und schaffen so die Basis für starke Personalräte. Wir erhöhen die Zahl der Personalratsmitglieder, verankern eine breitere Staffelfung der Personalratsgröße. Wir ermöglichen bessere Fortbildungsmöglichkeiten und erhöhen die Anzahl der zulässigen Personalratskonferenzen. Außerdem verbessern wir die Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Personalrat und Dienststelle, indem wir die Zahl der gemeinsamen Besprechungen erhöhen. All das halten wir für wichtig, um die Entwicklungsprozesse und die Arbeitsbedingungen in den Dienststellen im Interesse der Beschäftigten, aber auch im Interesse der Dienststellen positiv zu begleiten.

Ein kompetenter, gut aufgestellter Personalrat hilft, Konflikte zu lösen. Wenn es gut läuft, hilft er, sie gar nicht erst entstehen zu lassen. Er begleitet bei Personalentscheidungen und hilft bei der Umgestaltung in den Dienststellen. Umgestaltungen gibt es viele. Der Kostendruck in Land, Kreis und Kommunen führt zu Umstrukturierungen, Arbeitsverdichtungen, und auch zu Personalabbau. Um in diesem Prozess die Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gut vertreten zu können, braucht es kompetente Personalräte mit einer ausreichenden Anzahl von Mitgliedern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

In der Anhörung wurde von den kommunalen Landesverbänden **Konnexität** angemeldet. Dazu hat uns der Wissenschaftliche Dienst in einer aktuellen Stellungnahme mitgeteilt, dass in diesem Fall wahrscheinlich keine Konnexität gilt. Sowohl das Landesverfassungsgericht in Mecklenburg-Vorpommern als auch in Sachsen haben entschieden, dass für **Organisationsveränderungen** das Konnexitätsprinzip nicht gilt, sondern nur bei der Übertra-

(Ines Strehlau)

gung neuer Sachaufgaben. Das heißt, Konnexität scheint hier nicht vorzuliegen.

Es konnten in der Anhörung auch keine Kosteneinsparungen durch die vorgenommene Verkleinerung nachgewiesen werden. Es ist also nicht zu erwarten, dass das neue Mitbestimmungsgesetz zu großen **Mehrausgaben** führen wird. Das neue Mitbestimmungsgesetz schafft aber einen Mehrwert, weil es Personalräte stärkt und ein Miteinander auf Augenhöhe ermöglicht.

Nach der Verkleinerung der Personalräte durch die alte CDU/FDP-Landesregierung hatten Personalräte Schwierigkeiten, genügend Kandidatinnen und Kandidaten für die Personalratswahlen zu finden. Das ist besorgniserregend, aber nicht verwunderlich. Denn immer weniger Personalräte müssen immer komplexer werdende Veränderungen und auch Tarifvereinbarungen begleiten. Sie bekommen dafür aber immer weniger Freistellungen für Fortbildungen, und die eigene Arbeit bleibt zum Teil auch noch liegen. Das ändern wir jetzt. Wir bringen die Mitbestimmung wieder nach vorn, zum Vorteil für das Personal und für die Arbeitgeber. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich für die FDP-Fraktion Frau Abgeordneter Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Mich enttäuscht an der Debatte ein wenig, wenn schon **Equal Pay** als Tagesordnungspunkt aufgelistet ist, dass wir uns sehr wenig mit den Ursachen beschäftigt haben. Es ist bedauerlich, dass Ihnen nichts anderes einfällt, als ein „Entgeltgleichheitsgesetz“ auf den Weg bringen zu wollen, anstatt sich mit den tatsächlichen Ursachen für den geringeren Verdienst von Frauen zu beschäftigen.

Mir ist kein **Tarifabschluss** bekannt, keine Regelung, bei denen für Männer und Frauen unterschiedliche Gehälter verabredet worden wären. Wir müssen uns damit auseinandersetzen - ich richte mich auch insbesondere an uns Frauen -, dass wir uns immer noch mit einer niedrigeren Bezahlung in Verhandlungen zufrieden geben. Gerade in der freien Wirtschaft, in Führungspositionen, geht es nicht strikt nach Tariflöhnen, sondern die **Gehälter** wer-

den **frei ausgehandelt**. Aus meiner eigenen Erfahrung weiß ich das. Ich dachte, ich hätte für mich gut verhandelt und war sehr zufrieden. Nach einem halben Jahr habe ich mit einem Kollegen gesprochen und festgestellt, dass ich doch nicht so gut verhandelt hatte. Es hat aber nichts daran geändert, dass ich mit meinem Lohn zufrieden war.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

(Unruhe)

Anita Klahn [FDP]:

Gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Liebe Frau Kollegin Klahn, könnte es sein, dass die betroffenen Frauen deutlich besser damit bedient wären, wenn wir für Männer und Frauen die gleiche Bezahlung vorschrieben, als wenn wir noch Jahre Ursachenforschung betreiben und zwischendurch das Betreuungsgeld einführen?

(Beifall SPD, Abgeordnete Rasmus Andersen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW] - Christopher Vogt [FDP]: Sie schreiben das ins Sozialgesetzbuch und pöbeln dann herum!)

- Sehr geehrter Herr Kollege Stegner, Sie kennen die Position der FDP zum Thema Betreuungsgeld. Darüber brauchen wir uns nicht weiter auseinanderzusetzen. Ich würde von Ihnen gern einmal hören, wie Sie argumentieren, wenn Sie für alle Branchen ein Gehalt vorschreiben wollen und es nicht mehr um individuelle Dinge gehen soll, wenn ich mich auf eine Stelle bewerbe und besondere Qualifikationen mitbringe.

(Zuruf Olaf Schulze [SPD])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Anita Klahn [FDP]:

Ja, ich warte schon darauf, dass sie kommt.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Liebe Frau Kollegin Klahn, haben Sie zur Kenntnis genommen, dass unser Vorschlag mitnichten eine komplette Vereinheitlichung in der Bundes-

(Anita Klahn)

republik vorschlägt, sondern dass es lediglich darum geht, geschlechtsspezifische Diskriminierung bei der Lohnfindung gesetzlich zu untersagen?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist doch inzwischen da!)

- Nennen Sie mir bitte einen Fall, wo es eine Diskriminierung gegeben hat.

(Peter Eichstädt [SPD]: Haben Sie nicht gerade selbst ein Beispiel dafür geliefert? - Weitere Zurufe)

- Ich stelle fest, dass Herr Dr. Stegner auf meine Gegenfrage keine Antwort hat. Den Kollegen, die sich gerade links empören, möchte ich gern die Antwort geben, da sie mich ja nicht haben zu Ende sprechen lassen: Bei frei verhandelten Zuschlägen - -

(Zurufe SPD)

- Ja, Sie haben mich nicht zu Ende kommen lassen. Entschuldigen Sie bitte, dass ich Sie jetzt störe.

Wenn Sie einen Tariflohn zugrunde legen - und den gibt es -, ist er für Männer und Frauen gleich.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja!)

In der Regel ist es üblich, dass besondere Qualifikationen und besondere Anforderungen zusätzlich vergütet werden. Das wird individuell verhandelt. Das ist unabhängig davon, ob es sich um einen Mann oder um eine Frau handelt. Es geht einfach danach, was die Person kann, die vor Ihnen steht, wie alt sie ist, wie lange sie im Berufsleben ist, welche Auslandserfahrung sie hat, welche zusätzliche Ausbildung sie hat. - Wo haben Sie dort ein Problem, Herr Stegner?

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete Klahn, gestatten Sie, dass Herr Dr. Stegner Ihnen das beantwortet, was Sie von ihm wissen wollen?

Anita Klahn [FDP]:

Ja, vielleicht schafft er es ja jetzt.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Dr. Stegner, Sie haben jetzt die Möglichkeit dazu.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Frau Kollegin, Sie fordern mich sehr, aber ich versuche dem zu entsprechen. - Liebe Frau Kollegin Klahn,

könnte es nicht sein, dass ein Großteil der Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen mitnichten im Bereich der Felder liegt, in denen die Gehälter frei ausgehandelt werden, sondern schlichtweg in der normalen Arbeitsrealität von ganz normalen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland?

(Christopher Vogt [FDP]: Es ist nicht normal, sein Gehalt auszuhandeln!)

Anita Klahn [FDP]:

Nennen Sie mir einen konkreten Fall, bei dem ein Mann und eine Frau in einem Betrieb die gleiche Tätigkeit verrichten und die Frau weniger bekommt, weil es im Tarif steht.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Dr. Stegner, jetzt haben Sie die Möglichkeit, diese Frage zu beantworten, sonst wird Ihnen unterstellt, Sie wollten sie nicht beantworten.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das wäre ja furchtbar. Mich von Ihnen intellektuell fordern zu lassen und dem nicht zu genügen, damit könnte ich nicht leben, Frau Kollegin. - Könnte es nicht vielleicht sein, dass es völlig schnurz ist, ob der Unterschied des Gehalts im Tarif festgelegt ist oder in der betrieblichen Realität? Kommt es nicht hauptsächlich darauf an, diesen Unterschied zu beseitigen? Das ist die Frage, die ich an Sie stellen möchte.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Anita Klahn [FDP]:

Lieber Herr Dr. Stegner, Sie möchten mich nicht verstehen, und Sie möchten es auch nicht akzeptieren, wo an welcher Stelle Unterschiede auftreten und dass sie nicht im Tarifvertrag beinhaltet sind.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Der hat doch keine Ahnung! Das ist doch bereits heute verboten!)

Wenn Sie darauf abzielen wollen, dass es **bestimmte Branchen** gibt, in denen **überwiegend Frauen** tätig sind und dass diese Branchen **niedrigere Gehälter** haben, sind wir uns einig. Das ist tatsächlich der Fall. Dann möchte ich aber auch eine andere Frage stellen: Der DGB hat - soweit ich recherchieren konnte - ausschließlich männliche Vorstände

(Anita Klahn)

gehabt. Wäre es nicht auch einmal an der Zeit, dass sich ein weiblicher Vorstand für die weiblichen Belange einsetzt? Vielleicht würde sich dann ja einmal etwas ändern.

(Zuruf SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Nachfrage von Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner?

Anita Klahn [FDP]:

Gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich will das nicht ad infinitum verlängern, aber ich stelle fest: Die Abgeordnete Klahn wird für ihre Abgeordnetentätigkeit genauso bezahlt wie der Abgeordnete Kubicki.

(Zurufe Christopher Vogt [FDP] und Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein, nein!)

- Das ist leider nicht der Fall, weil er - -

- Für seine Abgeordnetentätigkeit, nicht für den Vorsitz.

- Ach so, dann haben Sie das gut formuliert. Wir differenzieren, genau.

- Sie müssen genau zuhören, ich sagte: für seine Abgeordnetentätigkeit. Zum Vorsitz wollte ich gleich kommen. Ich fände es eine Verbesserung, wenn es bei der FDP-Landtagsfraktion eine weibliche Vorsitzende gäbe.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Da waren Sie schon ein leuchtendes Vorbild!)

- Da Sie für uns die Personalentscheidungen treffen, Herr Dr. Stegner, wende ich mich demnächst vertrauensvoll an Sie.

Ich weise darauf hin, dass es richtig ist, dass Maßnahmen ergriffen werden, damit Frauen in die typisch männlichen Berufe einsteigen können. Ich weise auf eine **Langzeitstudie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung** für die Jahre 1983 bis 2004 hin. Sie könnte eine Antwort auf die Frage sein, warum es immer noch die Diskussion über die unterschiedliche Einkommenssituation gibt. Nach wie vor sind Frauen bei gleicher Schulnotenleistung wie die Männer eher in den Berufen zu finden, in denen es eindeutig niedrige Gehälter gibt. Das sind die Kulturwissenschaften. Das sind die Sozialwissenschaften. Männer gehen, weil sie

eher daran interessiert sind, ein hohes Einkommen zu haben, weil sie Führungsfunktionen haben wollen, in die Naturwissenschaften und in die Ingenieurwissenschaften.

Wir haben einen Änderungsantrag eingereicht, der sich damit auseinandersetzt, berufliche Perspektiven erweitern und Frauen fördern soll. Ich würde mich freuen, wenn Sie dem zustimmen könnten.

Herr Dr. Tietze - es lässt mich einfach nicht in Ruhe -, Ihnen möchte ich gern Folgendes mitgeben: Eine Kirchenvertreterin, eine Pastorin, hat neulich so wunderschön formuliert, sie habe immer gesagt, sie sei keine Feministin, aber nachdem sie gemerkt habe, dass sie auch in der **Kirche** an die gläserne Decke stoße, habe sie diese Meinung geändert. Vielleicht setzen Sie persönlich sich dafür ein, dass Frauen auch in der Kirche die gleichen Chancen haben wie die Männer.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Für die Landesregierung spricht jetzt in Vertretung für den Wirtschaftsminister Reinhard Meyer Frau Finanzministerin Monika Heinold.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Kollege Reinhard Meyer vertritt heute die Interessen des Landes in Berlin. Er redet im Bundestag zum Nord-Ostsee-Kanal. Ich wünsche ihm viel Glück, dass er etwas erreichen möge!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt FDP)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, **Gerechtigkeit** ist ein hehres Wort. Dennoch ist es genau dieser Grundgedanke, der den aktuellen Tagesordnungspunkt beschreibt. Es geht um Gerechtigkeit oder - besser - um mehr Gerechtigkeit in unserem Land. Dabei mag es sicherlich unterschiedliche Vorstellungen darüber geben, was genau gerecht ist. Ich gehe einmal davon aus, dass es nahezu alle gerecht fänden, wenn Menschen, die Vollzeit arbeiten, von ihrer Arbeit leben könnten.

(Unruhe - Glocke Präsident)

- Herr Klug ist da vorne irgendwie beschäftigt.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich bitte um etwas mehr Konzentration auf die Rednerin. Anderes verlängert die Redezeit. Wenn Sie alle bald zum Essen möchten, versuchen Sie bitte, sich zu konzentrieren.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich gehe davon aus, dass Herr Klug und Herr Garg noch über die Rede der Kollegin der FDP diskutieren. Das war bei uns auch Diskussionsstoff.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich gehe davon aus, dass es nahezu alle gerecht fänden, wenn Frauen für die gleiche Arbeit das Gleiche bezahlt bekämen, dass sich insgesamt die Lücken der Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen schließen. Leider können viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch in Schleswig-Holstein nicht von ihrer vollen Arbeitsstelle leben. Der **Niedriglohnsektor** hat sich in den vergangenen Jahren auf einem konstant hohen Niveau verfestigt. Nach Angaben des Statistikamts Nord arbeiteten im Jahr 2010 21,6 % aller Beschäftigten in Schleswig-Holstein für einen Niedriglohn. Das ist verdammt viel. Das ist zu viel.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Niedriglöhne führen dazu, dass in vielen Fällen eine Existenzsicherung trotz einer Vollzeitarbeit nicht erreicht werden kann und aufstockende staatliche Leistungen in Anspruch genommen werden müssen. Gleichzeitig sind diejenigen, die über einen längeren Zeitraum nur wenig verdienen, von Altersarmut betroffen. Das wird in den nächsten Jahren immer mehr werden.

Die Einführung eines **Mindestlohns** ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Menschenwürde. Ein Mindestlohn sorgt aber auch für faire Wettbewerbsbedingungen. Unternehmen, die ihre Beschäftigten angemessen entlohnen, müssen vor der Billigkonkurrenz, die sich mit Dumpinglöhnen Wettbewerbsvorteile verschafft, geschützt werden. Ein gesetzlich festgelegter Mindestlohn erhöht zudem die Einnahmen aus Steuern und Beiträgen und entlastet die öffentlichen Kassen.

Schleswig-Holstein hat gemeinsam mit anderen Ländern einen **Gesetzentwurf** für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in den **Bundesrat** eingebracht. Nach vielen gescheiterten Anläufen ist es endlich gelungen, im Bundesrat am

1. März 2013 einen entsprechenden Gesetzentwurf durchzusetzen. Bis wir es aber schaffen, dass diese Initiative im Bundestag eine Mehrheit bekommt, müssen auch andere Möglichkeiten genutzt werden. Wir wollen dort Regelungen treffen, wo das Land selbst Einfluss nehmen kann. Wir wollen und wir werden mit gutem Beispiel vorangehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der Regierungsfraktionen für ein **Landesmindestlohngesetz** gehen wir einen Schritt in die richtige Richtung. Schleswig-Holstein folgt damit den guten Beispielen aus Bremen und Hamburg und nutzt die eigenen Handlungsspielräume, um eine existenzsichernde Bezahlung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im eigenen Regierungsbereich durchzusetzen. In Unternehmen, die dem Einfluss des Landes unterliegen, soll ein anständiger Lohn gezahlt werden. Niemand, der sich um Fördermittel bemüht, soll seine Beschäftigten unterhalb einer Mindestlohngrenze bezahlen dürfen. Klar ist: Ein Landesmindestlohngesetz kann keine bundeseinheitliche Regelung ersetzen. Solange es diese aber nicht gibt, muss das Land seine begrenzten Möglichkeiten nutzen, um zu verhindern, dass in Bereichen, auf die das Land Einfluss nehmen kann, Lohndumping betrieben wird.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Der vorliegende Gesetzentwurf ist ein richtiger Schritt hin zu gerechten Löhnen. Dies hat auch Signalwirkung auf andere. Die im Antrag der CDU dargestellten **Lohnuntergrenzen** sind nicht zielführend. Das Konzept sieht festgelegte Differenzierungen nach Branchen und Regionen vor. Ihre Forderung nach einer tarifoffenen, allgemeinverbindlichen Lohnuntergrenze würde eine allgemeinverbindliche Regelung bedeuten. Niedrige Löhne aus Tarifverträgen würden weiterhin bestehen bleiben, also zum Beispiel auch die Tariflöhne von unter 4 € für die Friseurin in Ostdeutschland. Das ist nicht der richtige Weg. Darüber sollten wir uns eigentlich einig sein.

Selbstverständlich bekennt sich die Landesregierung zur **Tarifautonomie**. Die Lohnfindung ist und bleibt Aufgabe der Tarifpartner. Aber Grenzen zu setzen, bei Marktversagen einzugreifen, Schwache zu schützen und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, ist Aufgabe der Politik.

(Ministerin Monika Heinold)

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Wolfgang Baasch [SPD] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Die Realität zeigt nämlich, dass das Tarifsysteem nicht mehr überall richtig funktioniert. Es gibt immer mehr weiße Flecken in der Tariflandschaft. Dies liegt auch an der zurückgehenden Tarifbindung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann können wir die Gewerkschaften wieder abschaffen!)

Daher brauchen wir als absolute Untergrenze einen gesetzlichen Mindestlohn für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland unabhängig davon, wo sie gerade arbeiten. Oberhalb dieser Mindestlohngrenze gehört die Lohnfindung dann weiterhin in die Hände der Tarifpartner.

Ein weiteres Feld, auf dem wir eklatantes Versagen auf dem Arbeitsmarkt haben, ist die **ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern**. Bis zum 21. März 2013 -, also bis morgen, müssen Frauen arbeiten, um durchschnittlich denselben Lohn zu erzielen, den ihre männlichen Kollegen bereits Ende letzten Jahres erreicht haben, also fast drei Monate länger. Der **Equal Pay Day** bringt damit die ungleichen Lohnbedingungen, mit denen Frauen auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert sind, in den Fokus der Öffentlichkeit. Diese Aufmerksamkeit ist notwendig.

Frauen verdienen für gleiche und gleichwertige Arbeit immer noch deutlich weniger als Männer, auch wenn Frau Klahn eben versucht hat, das wegzudiskutieren. Es lässt sich nicht wegzudiskutieren. Es ist Fakt.

(Vereinzelt Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Der Gender Pay Gap, also die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern, ist seit Jahren konstant hoch. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes betrug er 2012 unbereinigt im früheren Bundesgebiet 24 %. Im europäischen Durchschnitt sind es circa 16 %. Deutschland belegt damit innerhalb der EU einen der hinteren Plätze.

Der sogenannte bereinigte Gender Gap, also die Verdienstunterschiede, die nicht durch unterschiedliche Berufsbiografien erklärt werden können, lag 2010 bundesweit immerhin noch bei 7 %.

In Schleswig-Holstein ist der Lohnunterschied nach einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung geringer als in allen anderen westdeutschen Ländern. Ich fürchte allerdings, dass dies eher an den unterdurch-

schnittlich niedrigen Löhnen der männlichen Beschäftigten liegt, denn die Lohnungleichheit steigt, je höher eine Arbeit vergütet wird. In Führungspositionen verdienen Frauen zum Beispiel 2010 etwa 30 % weniger als Männer.

Kürzere Arbeitszeiten, ein deutlich höherer Anteil an Minijobs, längere Auszeiten aufgrund von Kindererziehung und damit verbundene geringere Karrierechancen für Frauen, eine Bevorzugung von Männern bei Qualifizierung und Weiterbildung sowie eine geringere Entlohnung frauendominierter Berufe sind die Hauptursachen für die eklatanten Unterschiede beim Einkommen. Hier muss sich endlich etwas ändern. Deshalb ist die Forderung nach Equal Pay richtig und wichtig.

(Beifall SPD und SSW)

In einer modernen Gesellschaft ist Entgeltungleichheit nicht akzeptabel. Jede muss die Chance haben, von ihrer Arbeit leben zu können, und sie muss auch im Alltag ausreichend versorgt sein. Vielen Frauen wird dies aufgrund der unterdurchschnittlichen Bezahlung noch schwerer gemacht als ihren männlichen Pendanten. **Freiwillige Maßnahmen** zur Verringerung der Entgeltungleichheit hatten bisher keinen Erfolg. Daher sind verbindliche **rechtliche Regelungen** und eine noch stärkere Berücksichtigung dieses Problems in Projekten und Förderungen notwendig.

Wir brauchen mehr **Betreuungsmöglichkeiten**. An dieser Stelle erwähne ich gern noch einmal den Aufwuchs der U3-Finanzierung, die diese Koalition möglich macht

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

und die von CDU und FDP immer etwas kalt-schnäuzig als rot-gün-blaue Wohlfühlpolitik abgetan wird. Darunter fassen Sie das, das ist unfassbar.

(Christopher Vogt [FDP]: Andere Sachen!)

- Ja, andere Sachen. Bei jedem Beispiel, das ich nennen werde, werden Sie sagen, Sie meinen andere Sachen. **Altenpflege?** - Die meinen Sie bestimmt nicht. Hier meinen Sie bestimmt auch andere Sachen als die Ausbildung oder die Pflege. Es sind immer andere Sachen.

Also: Wir brauchen mehr Betreuungsmöglichkeiten, und wir kümmern uns darum. Wir brauchen Arbeitsbedingungen, die eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf erlauben und die mehr Möglichkeiten umfassen. Wir brauchen mehr Frauen in **Führungspositionen** und eine stärkere Berücksichti-

(Ministerin Monika Heinold)

gung von Frauen in der **Personalentwicklung** in Unternehmen. Wir brauchen eine stärkere **Beratung** für breite und geschlechterunabhängige Berufsbilder von jungen Frauen und Männern und von Jungen. Wir brauchen eine Neubewertung von frauendominierten Berufen, denn sonst werden Männer dort nie anfangen.

Meine Damen und Herren, mit der Überwindung der Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern können wir nicht nur zu einer gerechteren Gesellschaft beitragen. Es geht auch um die Frage der Wertschätzung der Arbeit und der Fähigkeiten von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Die Landesregierung tritt deshalb für gute Arbeit, für eine gerechte Entlohnung, für Mindestlohn und für Equal Pay ein. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Landesregierung hat ihre Redezeit um weniger als 1 Minute überzogen. Gibt es Bedarf, diese Minute auszuschöpfen? - Ich sehe das nicht. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung.

Zweite Lesung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Mitbestimmungsgesetzes, Drucksache 18/191: Ich lasse über den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bis auf von Frau Ostmeier, die einmal dafür, einmal dagegen war, sind das klare Verhältnisse. Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW sowie der Abgeordneten der PIRATEN ist dieser Gesetzentwurf angenommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Abstimmung zur ersten Lesung des Entwurfs eines Mindestlohngesetzes, Drucksache 18/620: Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf, Drucksache 18/620, sowie den Änderungsantrag, Drucksache 18/662, an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Es wird gewünscht, auch den Sozialausschuss mitberaten zu lassen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das sehe ich nicht. Es geht also um

eine Überweisung federführend an den Wirtschaftsausschuss und mitberatend an den Sozialausschuss.

Wir kommen zur Abstimmung über die Teile c) und d) der gemeinsamen Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/619 und den Antrag Drucksache 18/657, das ist der Änderungsantrag, an den Wirtschaftsausschuss federführend und mitberatend an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Diese sehe ich nicht. Die Überweisung ist so angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache zum Antrag der Koalitionsfraktionen, Drucksache 18/627, zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion und zu dem der CDU-Fraktion. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/661, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen. - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, den Abgeordneten des SSW und einem Abgeordneten der PIRATEN abgelehnt.

(Zurufe FDP: Ja!)

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/658. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der FDP und vier Abgeordnete der Fraktion der PIRATEN. Gegenstimmen? - Eine Stimme der PIRATEN sowie die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW. Bei Enthaltung der CDU-Fraktion ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/627, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW sowie der Abgeordneten der PIRATEN so angenommen.

Ich danke Ihnen. - Ich unterbreche die Sitzung. Wir setzen die Beratung um 15 Uhr fort. Guten Appetit!

(Unterbrechung: 13:08 bis 15:03 Uhr)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Wir wollen die Beratungen fortsetzen.

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 30:

Lebens- und Futtermittelkontrollen wirksam gestalten!

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/622

Neugestaltung der Lebens- und Futtermittelkontrollen prüfen

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/663

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Eka von Kalben von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste! Wir sind hoffentlich satt, und „wir haben es satt“ - mit diesem Slogan sind vor wenigen Wochen Tausende Menschen durch Berlin gezogen. Ihnen gemeinsam war die Wut über das, was wir heute auf den Tellern finden, und die Wut darüber, wie heute unser Essen erzeugt wird. Massentierhaltung, Antibiotika-Einsatz, Gentechnik, Billigfleisch, Agrarindustrie sind einige Stichworte. Unsere **Grundnahrungsmittel** werden heutzutage geschändet, mit Zucker aufgeplustert und in bunten Billigverpackungen an die Kunden verramscht. Auf den Packungen locken leckere Früchte, die in Wirklichkeit bestenfalls noch Aromastoffe sind. Die Menschen, die sich aus allen Teilen der Republik bei -9 °C vor dem Hauptbahnhof in Berlin getroffen haben, wussten, warum sie dort waren. Sie wollten klarmachen: Wir brauchen eine Wende in der Agrarpolitik.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dabei wussten die Demonstrierenden zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht, dass uns schon wieder eine Kette von neuen **Lebensmittelskandalen** bevorstand. Kriegen Sie sie noch zusammen? Zuerst hatten wir die falsch deklarierten Eier, Hühnerhalter hatten Eier als Freiland Eier deklariert, obwohl die Hennen entweder gar keinen oder zu wenig Auslauf hatten. Obwohl in der Presse überall vom „Bio-Eierskandal“ die Rede war, waren vor allem konventionelle Betriebe mit Bodenhaltung betroffen. Dennoch wiegt der Betrug bei Biobetrieben besonders schwer. „Warum soll ich noch mehr Geld für Bioei-

er ausgeben, ist ja eh alles“ - Entschuldigung! - „Beschiss“, mag sich mancher Kunde gedacht haben. Die Bioverbände müssen einen Weg finden, die auch im Biobereich fortschreitende Entwicklung hin zu **agrarindustriellen Strukturen** einzudämmen. Vertrauenswürdige Bio kann nur in bäuerlichen Strukturen entstehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Der zweite Punkt: das Pferdefleisch in der Lasagne. Plötzlich tauchte überall als **Rindfleisch deklariertes Pferdefleisch** auf. Falsch deklariertes Fleisch, vielleicht auch noch mit Medikamentenrückständen, wie teilweise befürchtet, gehört nicht in unser Essen. Dann innerhalb weniger Wochen der dritte Skandal: Schimmelpilze im Tierfutter, dessen **Giftstoff Aflatoxin** bis auf unseren Teller gelangen kann. - Drei Lebensmittelskandale innerhalb weniger Wochen.

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Die allermeisten Landwirte und Landwirtinnen, natürlich auch in konventionellen Betrieben, arbeiten sehr engagiert und ehrlich. Sie verdienen nicht üppig, und sie tun alles, damit wir Lebensmittel in guter Qualität und zu vernünftigen Preisen auf den Teller bekommen. Aber die Zahl der schwarzen Schafe in der Erzeugung und in der Weiterverarbeitung nimmt zu, sodass sie in der Herde der weißen Schafe keine Einzelscheinungen mehr sind. Wir wollen unsere schleswig-holsteinische Landwirtschaft stärken, insbesondere auch die **regionale Vermarktung**. Die beste Kontrolle ist vor Ort gegeben, wenn Erzeugung und Verkauf Hand in Hand gehen; denn gerade bei der Verpackung, bei der Lagerung, bei der Deklaration entstehen die Fehler, entstehen auch die Missstände durch die sogenannten schwarzen Schafe.

Die nachhaltigste und artgerechteste Erzeugung ist gegeben, wenn wir uns regional ernähren. Auch wenn ich weiß, wie schwierig dieser Begriff zu definieren ist: Wo „regional“ draufsteht, darf nicht China drin sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Unsere Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner hilft uns da nicht sehr viel weiter, im Gegenteil, sie agiert wie die Pressesprecherin des bayerischen Bauernverbands. Bei jedem Skandal werden neue Zehn-Punkte-Kataloge herausgeholt, die dann schnell wieder in der Schublade landen oder ohne Effekt bleiben. Die Küstenkoalition fordert nun endlich Konsequenzen. Die Kontrollen sollen ver-

(Eka von Kalben)

stärkt werden, und die Kosten sollen auf die Erzeuger übertragen werden, ähnlich wie beim TÜV, bei dem die zu Kontrollierenden auch die **Kosten der Überprüfung** tragen müssen. Und wir machen konsequente Landwirtschaftspolitik mit Minister Habeck, die auch die Umwelt schützt, und setzen uns in der EU für Agrarpolitik ein, die bäuerliche Strukturen stärkt. Wir wollen keinen Schimmel und keine anderen Pferde in unserem Essen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PI-RATEN, SSW und vereinzelt SPD)

Wir wollen gesunde Nahrung, faire Erzeugerpreise, kurze Produktionsketten, bessere Kennzeichnung und einen verantwortungsvollen Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen. Da ist noch viel zu tun. Da müssen wir heran. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, die politisch korrekte Bezeichnung würden heißen: „mit Exkrementen behaftet“. Dies noch einmal zu den Begrifflichkeiten. - Damit kommen wir zum nächsten Redner. Der Abgeordnete der CDU, Herr Abgeordneter Heiner Rickers, hat das Wort.

Heiner Rickers [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag, den Sie gestellt haben, liebe Regierungsfractionen, las sich zumindest so, dass wir ihm glatt hätten zustimmen können. Nach Ihrer Rede, liebe Frau Kollegin von Kalben, werden wir das nicht mehr tun. Ich werde Ihnen erklären, warum nicht.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen verstärken, verbessern, das System überarbeiten - dagegen kann keiner etwas haben. Aber wenn Sie hier mit der großen Demo in Berlin im Rahmen der Grünen Woche beginnen und dann anfangen, Hetztiraden auf die Landwirtschaft herunterzubeten, dann ist das wahrscheinlich nicht das, was Sie in Ihrem Antrag inhaltlich gemeint haben. Deswegen werden wir, das möchte ich vorweg erwähnen, dem nicht zustimmen können.

(Beifall CDU und FDP)

Wir sind bisher immer davon ausgegangen, dass trotz all dieser Skandale, die wir mitbegleitet und miterlebt haben, die deutschen Lebensmittel bisher

als weltweit mit am sichersten gelten. Das soll natürlich so bleiben. Nichtsdestotrotz - das haben Sie angesprochen - wollen wir kein Pferdefleisch in der Lasagne, kein Aflatoxin im Vieh oder vielleicht auch irgendwann im Viehfutter oder in der Nahrung, und wir wollen natürlich auch keine Bioställe, die überbelegt sind und letztendlich gegen das Siegel verstoßen und damit auch keine Bio-Eier produzieren können.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU])

Man muss sich natürlich fragen, ob all diese **Lebensmittel- und Futtermittelskandale**, abgesehen von EHEC vor zwei Jahren, auch wirklich diese ganz großen Skandale gewesen sind und ob wir uns nicht mit dem System der **Eigenverantwortung** doch auf einem richtigen Weg befunden haben, denn sonst wären all diese Skandale nicht aufgeklärt worden. Das sind sie, und das sind sie relativ schnell, und es ist auch relativ schnell gehandelt worden.

Ich will nicht verhehlen, dass die Ministerin Aigner über den Bundesrechnungshof ein Gutachten angeschoben hat, um dieses ganze Kontrollsystem vielleicht auf die Effektivität hin zu überprüfen; denn im Moment ist es so, dass natürlich jeder Getreidehändler, Milchfutterproduzent, Mischfutterproduzent, Landwirt, Bäcker, Metzger, und Händler von Lebensmitteln eigenverantwortlich für die hergestellten und in den Handel gebrachten Produkte haften muss. Das geht nach Produkthaftung, und das geht in diesem eigenverantwortlichen System auch in der Überwachung der Rückstellproben so weit, dass diese Eigenverantwortung kontrolliert werden muss und kann.

Sie wissen, dass der Pferdefleischskandal zuerst in England - aufgrund von hohen Preisen für Rinder aus Geschäftemacherei und Profitdenken und natürlich illegal - aufkam und dass, obwohl man wusste, dass die Erntebedingungen in Serbien schwierig und auch die Lagerbedingungen unklar waren, trotzdem 45.000 t nach Niedersachsen gelangen konnten und auch noch an über 4.000 Betriebe verteilt wurden. Man wusste natürlich auch, dass, wenn ein Biobetrieb junge Hennen aufstellt, die dann zukünftig legen sollen, er oft 5 % oder 10 % mehr bestellt, weil im Laufe der Legeperiode auch 5 % oder mehr Prozent dieses Viehbestandes diese Legeperiode nicht überleben und sie dann am Ende tatsächlich rechtmäßig irgendwo ihre Besatzdichte fahren, obwohl sie am Anfang getäuscht haben. Das alles ist uns bekannt.

(Heiner Rickers)

Schlecht ist natürlich, dass wir durch diese Skandale einen großen **Imageschaden** erlitten haben und dadurch letztendlich auch unsere Landwirtschaft, die Erzeuger und den Handel in Misskredit bringen. Ich wundere mich. Ich bin bei den Viehhandelsbetrieben gewesen und bei den Einkäufern für die Lebensmittelketten hier in Schleswig-Holstein und habe gefragt: Warum läuft zum Beispiel das ganze **Überwachungssystem** in der Landwirtschaft anders? Sie kennen QM, QS. Im Moment wird kein Rindfleisch ohne QS mehr für den Markt angenommen. Da ist einfach kein Handel mehr drin. Die Großen können also anscheinend all das umgehen, und der Kleine wird wie immer überprüft,

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

und von ihm wird verlangt, dass er alle Vorschriften einhält, und zwar auch in der konventionellen Landwirtschaft.

Wir haben festgestellt, dass es Verbesserungsbedarf gibt. Das ergibt sich aus den Aussagen in dem Bericht. Den gibt es - da kann ich Frau Aigner nur zitieren - auf allen Ebenen: sowohl auf EU, als auch auf Bundes- und auf Landesebene. Sie wissen, die Lebensmittel- und Futtermittelkontrolle und -überwachung ist **Hohheitsrecht der Länder**. Wo sollen diese Überwachungen anfangen? - Am Flaschenhals.

Ich kann also unserem Minister nur mit auf dem Weg geben - ähnlich wie heute in der Pressemitteilung von Hamburg -: Fangen Sie dort an, wo das angelandet wird. Hamburg hat tatsächlich für den Hafen alle **Anlandungen von Futtermitteln** oder -komponenten aus den Ländern, die ich vorhin genannt habe, also aus Serbien und Kroatien oder auch aus den Ländern, wo schlechte Erntebedingungen vorlagen, zumindest vorläufig gesperrt. Die Chargen werden nur freigegeben, wenn eine Probe genommen und diese für gut befunden wurde.

Ich muss Ihnen noch eines mitgeben, lieber Minister. Es gibt seit dem 1. September 2012 im Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch den § 40. Da ist es auch in Nordrhein-Westfalen und Bayern gang und gäbe - schließen Sie sich diesem positiven Beispiel an -, dass dort, wo Verstöße zu verzeichnen sind, diese **öffentlich im Internet** unter der Adresse www.lebensmittelwarnung.de veröffentlicht werden. Das klappt in Bayern hervorragend. Wir wundern uns, warum Sie das in Schleswig-Holstein im letzten halben Jahr nicht angegangen sind. Da hätte nicht nur der Verbraucher, sondern die ganze Handelskette Möglichkeiten, gegen diese öffentlich

vorzugehen und deren Produkte nicht in den Handel zu bringen, weil sie öffentlich an den Pranger gestellt würden. Das wirkt abschreckend. Ich hoffe, dass Sie daran arbeiten und das in Zukunft auf den Weg bringen.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Mitglieder und Teilnehmer der Seniorenunion Oldenburg, des Gro-ne-Bildungsinstituts in Kiel und den CDU-Ortsverband in Weddelbrook. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die SPD-Fraktion hat jetzt die Frau Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber das Wort.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen! Sehr geehrte Herren! Zu den drei bereits genannten Lebensmittelskandalen kann ich noch einen hinzufügen: die 40 t Putenfleisch, die um das 30-Fache des Erlaubten mit Antibiotika belastet waren.

Die Häufung der Skandale der letzten Wochen zeigt, dass das heutige **System der Eigenkontrolle** in der Lebensmittel- und Futtermittelerzeugung nicht ausreichend ist. Das sind keine Einzelfälle; da ist etwas faul. In der Agrar- und Futtermittelpolitik muss das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher zurückgewonnen werden. Hier gilt die alte Volksweisheit: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

(Beifall SPD)

Jeder Verbraucherin, jedem Verbraucher muss ein mündiger und selbstständiger Konsum ohne viel Aufwand möglich sein. Verbraucherpolitik hat sich auf den realen Verbraucher auszurichten und ihn in seinem Alltag abzuholen. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen sich unabhängig von den ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln darauf verlassen können, dass die Lebensmittel, die sie kaufen, gesund sind, dass sie ehrlich und echt sind.

Die gern geführte Argumentation, dass der Verbraucher mit seiner „Geiz ist geil“-Mentalität die Verantwortung dafür trägt, ist irreführend,

(Beifall SPD)

und sie lenkt von den eigentlichen Problemen ab.

(Kirsten Eickhoff-Weber)

Sehr geehrte Damen, sehr geehrter Herren, es reicht nicht mehr, dass die zuständige Bundesministerin reflexartig Maßnahmen und Aktionspläne ankündigt, wenn wieder einmal ein verbraucherpolitischer Skandal hochkommt. Wir brauchen endlich strukturelle Änderungen, um die Lebens- und Futtermittelmittelüberwachung zu verbessern. Die amtliche **Lebensmittelüberwachung** wird traditionell als ein Teil der Daseinsvorsorge betrachtet.

Erforderlich ist die Offenlegung der behördlichen Untersuchungsergebnisse. Diese Transparenz ist nicht nur im Hinblick auf gleiche Wettbewerbsbedingungen für redliche Anbieter unverzichtbar.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie soll den einzelnen Lebensmittel- und Futtermittelunternehmer noch stärker und kontinuierlicher als bisher veranlassen, seinen Betrieb im Einklang mit den lebensmittel- und futtermittelrechtlichen Vorschriften zu betreiben. Nur wenn Täuscher und Betrüger Sorge haben, öffentlich genannt zu werden, wird sich etwas ändern.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mangelhafte Produkte müssen auf allen **Produktionsstufen** schnell identifizierbar sein und vom Markt genommen werden können. Die gesamte **Lieferkette** muss für die Kontrolleure transparent werden, und zwar über alle Handelsstufen hinweg. Wir brauchen eine wirkliche Rückverfolgbarkeit. Lug und Trug darf sich nicht lohnen. Betrüger sind hart zu bestrafen. Dazu sind die Sanktionen im Lebensmittel- und Futtermittelbereich zu verschärfen. Darüber hinaus sind Vorschläge zu prüfen, abgeschöpfte Unrechtsgewinne für die Verbraucherarbeit zu verwenden.

Um die finanzielle Basis für eine **unabhängige staatliche Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung** zu sichern, muss die gesetzliche Grundlage für kostendeckende Gebühren auch für Regelkontrollen bei den Produzenten geschaffen werden. Die Lebensmittel- und Futtermittelindustrie ist an den Kosten der erforderlichen vermehrten Kontrollen zu beteiligen.

(Beifall SPD)

Eine risikoorientierte Kontrolle bei den Produzenten ist notwendig. Die Eigenkontrolle der Unternehmen reicht nicht aus. Dabei brauchen wir **Teams unabhängiger Kontrolleure**, die auch ökonomischen Sachverstand mitbringen. Diese sind in der

Lage, die aus wirtschaftlicher Motivation betriebenen Machenschaften aufzudecken.

Es bedarf bundesweiter effektiver Strukturen. Es kann nicht sein, dass in den Ländern unterschiedlich stark kontrolliert wird. Dazu sind auf Landes-, Bundes und europäischer Ebene die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen. Das heißt, es sind dicke Bretter zu bohren.

Bis es soweit ist, muss in Schleswig-Holstein dafür Sorge getragen werden, dass das Landeslabor seine Aufgaben im Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit verantwortungsvoll wahrnehmen kann.

(Beifall Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Dazu gehört neben der finanziellen und der personellen Ausstattung auch die Ausbildung der zukünftig in Schleswig-Holstein erforderlichen Fachkräfte.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Präsidium! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau von Kalben, ich habe Ihrer Parteitage Rede interessiert zugehört. Es war schon bezeichnend, dass nur Ihre Parteifreunde geklatscht haben, aber nicht die Koalitionskolleginnen und -kollegen von den Grünen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Das stimmt gar nicht!)

- Zwischendurch war das aber sehr wohl der Fall, und das begrüße ich sehr.

(Zuruf SPD)

- Wenn Sie klatschen, bin ich immer ganz besonders glücklich. Ich hoffe, dass meine Kollegen das nicht mitbekommen haben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das erzähle ich deiner Frau! - Heiterkeit)

Zurück zur Sache, meine Damen und Herren. Selbstverständlich müssen alle Fälle von **Lebensmittel- und Futtermittelbetrug** lückenlos aufgeklärt werden. Eine bewusste Verbrauchertäuschung darf es nicht geben, und Betrugsfälle sind selbstverständlich zu ahnden.

(**Oliver Kumbartzky**)

Sie haben einen Antrag eingereicht, in dem Sie schreiben:

„Das Kontrollsystem hat in den letzten Wochen erneut seine Krisenanfälligkeit gezeigt.“

Diese Behauptung ist so doch nicht richtig. Bei den Vorfällen in den vergangenen Wochen handelt es sich nicht um Krisen wie zum Beispiel die EHEC-Krise, sondern bei diesen Fällen ging es um Betrugsfälle.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Es waren Kriminelle am Werk, die den Verbraucher bewusst getäuscht haben. Dass diese Macheschaften aufgedeckt worden sind, zeigt doch, dass die Kontrollen funktionieren.

(Beifall FDP)

Ich halte es daher für falsch, dem Verbraucher das Gegenteil zu suggerieren, wie dies mit diesem Antrag oder durch Reden geschehen ist, wie Frau von Kalben sie gerade vorgebracht hat. Durch das Aufbäumen vermeintlicher Skandale werden die Verbraucherinnen und Verbraucher verunsichert. Das kann nicht im Sinne einer verantwortungsvollen Politik sein.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Eka von Kalben?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Jetzt nicht. Danke.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Danke?)

Ich stimme jedoch mit der Koalition überein - jetzt kommt das Friedensangebot -, wenn es um eine größere **Transparenz in der Lebens- und Futtermittelproduktion** geht. Das Krisenmanagement der betroffenen Unternehmen in den vergangenen Jahren bestand meist darin, zu schweigen und sich abzuschotten. In unserer heutigen Kommunikationsgesellschaft kann dies nicht mehr das Vorgehen bei derartigen Betrugsfällen sein. Die Branche ist gut beraten, mehr Transparenz und eine bessere Überschaubarkeit der Produktionswege zu erreichen.

Der Verbraucher muss endlich genau wissen, woher sein Produkt stammt und wer wirklich hinter der Produktion steckt. Hierzu müssen auf europäischer Ebene klarere Regeln durchgesetzt werden, damit

wir zu einer **einheitlichen Kennzeichnung der Produkte** kommen.

Zurück zum Antrag: Der vorliegende Antrag der Koalition steht wieder einmal ganz im Zeichen Ihrer angeblichen Dialogpolitik. Sie schreiben darin, die Landesregierung solle erst einmal überprüfen, ob die Kontrollen wirksam sind und welcher Handlungsspielraum gegeben ist. Im vorliegenden Antrag sagen Sie aber auch ganz klar, Ziel seien mehr Kontrollen, die bitte von der Wirtschaft zu bezahlen sind.

Deshalb frage ich mich, weshalb Sie vorher noch etwas prüfen lassen wollen, wenn Ihre Meinung dazu schon feststeht und Sie das sogar festschreiben. Sie wollen, dass sich die Wirtschaft an den **Kosten der Kontrollen** beteiligt. Die Folgen dessen blenden Sie wieder einmal komplett aus. Was wird die Wirtschaft dann machen? - Sie wird die Kosten auf die Produkte und damit auf die Verbraucher umlegen.

Außerdem führen mehr Kontrollen nicht automatisch zu mehr Sicherheit. Wenn Unternehmen betrügen wollen, werden diese sich trotz verstärkter Kontrollen Wege suchen, um weiterhin betrügen zu können.

Fest steht aus meiner Sicht auch - und das möchte ich betonen -, dass die Lebensmittelbranche in Deutschland sauber arbeitet und sich an das geltende Recht hält. Natürlich gibt es aber auch schwarze Schafe, deren Handeln ein schlechtes Licht auf die gesamte Branche wirft. Das ist klar. Ich halte es aber für falsch, Teile einer Branche von vornherein und pauschal zu verurteilen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sagt doch keiner!)

Meine Damen und Herren, schon aus eigenem Interesse sollten die entsprechenden Unternehmen beziehungsweise Wirtschaftszweige die Eigenkontrollen verschärfen und Maßnahmen gegen schwarze Schafe ergreifen. Ein Vertrauensverlust ließe die gesamte Branche leiden. Auch Zertifizierer müssen das Vertrauen in ihre Zertifikate wiederherstellen. Es muss selbstverständlich auch Bio drin sein, wenn Bio draufsteht.

Wenn schon in Zukunft die Wirtschaft an den Kosten der Kontrollen beteiligt werden soll, dann sollte man auch über eine europäische Lösung nachdenken. Ich weiß, dass es einige als Ultima Ratio ansehen, im Alleingang die Kosten auf die schleswig-holsteinischen Unternehmen umzulegen. Die Folgen aber, wenn wir das als einziges Bundesland so

(Oliver Kumbartzky)

machen würden, wären noch fataler. Darüber sollten Sie sich auch einmal Gedanken machen.

Wir brauchen mehr **Transparenz in der Lebensmittelbranche**. Ferner müssen wir prüfen, ob es noch Lücken in unserem Kontrollsystem gibt. Die Lösungen müssen auf europäischer Ebene eingeführt werden und nicht nur in Schleswig-Holstein.

Abschließend möchte ich sagen, dass insbesondere die Grünen - Frau von Kalben, insbesondere nach Ihrer Rede möchte ich Ihnen das ganz persönlich sagen - aufhören sollten, die Verbraucher gezielt zu verunsichern, um Stimmung zu machen und sich auf Kosten einer ganzen Branche zu profilieren. Das kann wirklich nicht angehen.

(Beifall FDP und CDU)

Wir können gern im Ausschuss noch einmal über diese Anträge diskutieren. Dafür sind wir offen. Wenn Sie aber in der Sache abstimmen wollen, werden wir den Antrag selbstverständlich ablehnen.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Uli König das Wort.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Fast alles, was uns SSW, Grüne und SPD in ihrem Antrag aufgeschrieben haben, könnte richtig sein. Möglicherweise ist es ebenso falsch.

(Zuruf FDP: Radio Eriwan!)

Schauen wir uns einmal an, was gesagt wird. Wir hören, dass sich die Selbstkontrolle der Wirtschaft als unzureichend herausgestellt habe. Gefordert werden deshalb bessere und intensivere Kontrollen durch die Ämter.

Zunächst hört sich das vernünftig an. Da sind Probleme aufgetaucht, die es zu beseitigen gilt. Wirklich überzeugt bin ich aber noch nicht, denn ähnliche Forderungen habe ich schon früher gehört, etwa 2011 zu Zeiten des **Dioxinskandals**, als Frau Aigner einen Zehn-Punkte-Plan vorgelegt hat. Auch dieser hörte sich damals sehr gut an. Deshalb frage ich mich, warum sich das jetzt ändern soll.

Es gab damals Menschen, die gesagt haben, dass der Skandal ein Beweis dafür sei, dass das bestehende System gut funktioniert. Wäre dem nicht so, dann wäre die ganze Sache womöglich nie bemerkt worden. Eine Tatsache, so die Argumentation, wird

auch das beste Kontrollsystem nicht verhindern können, nämlich dass es Menschen gibt, die in betrügerischer Absicht handeln.

Das Problem, vor dem ich jetzt stehe, ist also die Frage: Sind unsere Kontrollen wirklich schlecht, oder sind sie gut? Wie viel Kontrolle ist eigentlich genug?

Solange diese Fragen nicht erörtert sind, fällt es mir schwer, dem Antrag zu folgen. Wenn man einmal genau hinsieht, dann stellt man fest, dass er vieles noch viel komplizierter macht, und gerecht ist er auch nicht.

Sie wollen handwerkliche Betriebe ganz anders behandeln als Großunternehmen. Insofern stellt sich die Frage, wo Sie denn die Grenze ziehen wollen. Nach Ihrem System würden zudem alle Betriebe in die Pflicht genommen. Ob sie ehrlich arbeiten oder nicht, spielt dabei keine Rolle. Außerdem frage ich mich, wie Sie verhindern wollen, dass die erhobenen Gebühren nicht an den Verbraucher durchgereicht werden. Der Kollege Kumbartzky hat das gerade schon erörtert.

(Unruhe - Glocke Präsident)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich bitte um etwas mehr Konzentration auf den Redner. - Sie müssten die Mikrofone etwas mehr zu sich richten.

Uli König [PIRATEN]:

Ist es jetzt besser?

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ja, es ist etwas besser.

Uli König [PIRATEN]:

Man hört hier nicht so gut, ob man laut ist oder nicht. Danke.

Ich möchte noch auf eine zentrale Forderung Ihres Antrags eingehen. Dass das gegenwärtige Kontrollsystem überprüft werden soll, ist vollkommen richtig. Selbst das beste System schwächelt gelegentlich. Damit sich keine Fehler einschleichen, muss die gängige Praxis also immer wieder überprüft werden.

Vor diesem Hintergrund erscheint es mir aber nicht besonders ratsam, aus aktuellem Anlass überstürzt die **Erhebung weiterer Gebühren** zu beschließen. Wenn man wirklich etwas verbessern möchte, dann

(Uli König)

muss man in Ruhe überlegen und es dann geplant und nicht überhastet machen.

(Beifall PIRATEN)

Ich plädiere außerdem dafür, nicht gleich den Bundesrat oder die EU anzurufen,

insbesondere deshalb nicht, weil wir es mit einem Bereich zu tun haben, den wir weitgehend selbst organisieren können.

Herr Habeck, ein Punkt, an dem man unmittelbar ansetzen kann, ist das **Verbraucherinformationsgesetz**. Dessen Wahrnehmung scheint mir in Schleswig-Holstein doch sehr sperrig zu sein. Zum einen weiß kaum ein Verbraucher davon, zum anderen ist der Informationszugang sehr mager. Den Gebührenkatalog konnte ich auf Anhieb nicht im Netz finden. Das MELUR war spontan nicht in der Lage, mir zu sagen, wo ich ihn finden kann. Auf eine E-Mail mit der Bitte um Zusendung des Gebührenkatalogs ist bis heute keine Antwort gekommen.

Außerdem gehe ich davon aus, dass nach einem Skandal, wenn auch nur 1 % der Bevölkerung auf die Idee kommen würde, wirklich einmal ernsthaft im Rahmen des Verbraucherinformationsgesetzes anzufragen, die Aufsichtsämter hoffnungslos überlastet und lahmgelegt wären.

Verbesserungen sind an dieser Stelle mit relativ wenig Geld zu haben. Das könnte zum Beispiel dadurch geschehen, dass das dänische **Smiley-System**, das auch der Bezirk Berlin-Pankow erfolgreich eingeführt hat, in Schleswig-Holstein eingesetzt wird.

(Beifall PIRATEN)

Denn würden die ohnehin erhobenen Kontrollergebnisse der Lebensmittelkontrolleure der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, dann hätten auch die Unternehmen ein dringendes Interesse daran, ihre Selbstkontrolle zu verbessern.

(Beifall PIRATEN)

Im Übrigen hat eine Emnid-Umfrage ergeben, dass 93 % der Deutschen für die Einführung des Smiley-Systems wären.

(Beifall PIRATEN)

Da die Bundestagswahl nicht mehr fern ist, empfehle ich Ihnen, diese Gelegenheit so schnell wie möglich beim Schopf zu greifen und sich die politischen Mehrheiten zunutze zu machen.

Lassen Sie uns dieses Mal alles richtig machen, und stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu!

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Immer wieder werden wir mit neuen negativen Schlagzeilen aus dem Lebens- und Futtermittelbereich konfrontiert. Die Skandale reißen nicht ab, ob es Pferdefleisch in der Lasagne ist, ob es falsch deklarierte Bio-Eier sind oder Schimmelpilze im Futter, die Kollegin Kirsten Eickhoff-Weber erwähnte auch noch Antibiotika im Putenfleisch, und seit gestern wissen wir, dass wir jetzt auch noch einen Skandal in Frankreich mit illegal importiertem Schafsfleisch haben. Die Anzahl der Skandale in der letzten Zeit war noch nie so hoch.

Wer also davon ausgegangen ist, dass wir nach dem großen Dioxin-Futtermittelskandal eine kontrollierte und gut überwachte Lebens- und Futtermittelproduktion haben, der wurde eines Besseren belehrt. Fakt ist, die Kontroll- und Frühwarnmechanismen im Lebens- und Futtermittelbereich haben nicht gegriffen. Es reicht eben nicht, wenn die Lebensmittel- und Futtermittelbranche in Eigenverantwortung ihre Produkte selbst kontrolliert. Wir brauchen Kontrollinstanzen, die unabhängig vom Unternehmen arbeiten. Das heißt, die **Lebensmittelüberwachung** durch unabhängige Behörden muss gestärkt werden.

Für Schleswig-Holstein bedeutet dies, dass unsere Landeslabore finanziell und personell in die Lage versetzt werden müssen, diese Aufgaben ordnungsgemäß zu erledigen. Natürlich ist dies nicht zum Nulltarif zu haben. Wird die Lebensmittelüberwachung vom Staat ausgeführt, um die Einhaltung bestehender Regelungen bei den wirtschaftenden Betrieben zu kontrollieren, ist dies nicht nur eine normale Verwaltungsleistung, sondern hier gewährleistet der Staat, dass Spielregeln in einer Branche eingehalten werden. Dies kommt allen Betrieben und den Verbrauchern zugute. Aus diesem Grund ist es nur recht und billig, wenn sich eine Branche dann auch in Gänze an den anfallenden Kosten beteiligt.

(Beifall SSW und SPD)

Wir dürfen nicht mehr unterscheiden, ob eine Probe positiv oder negativ getestet wurde, sondern alle

(Flemming Meyer)

Beprobungen sind grundsätzlich als **gebührenpflichtig** anzusehen.

(Beifall SSW und SPD)

Dies gilt aber nicht nur für Schleswig-Holstein. Derzeit wird davon ausgegangen, dass bundesweit rund 1.600 Kontrolleure fehlen. Im Jahr 2011 wurden bei rund 1,1 Millionen Betrieben nur 500.000 Kontrollen durchgeführt. Wenn also die Qualität der Kontrollen erhöht werden soll, dann muss die Kontrolldichte auch erhöht werden, und zwar bundesweit.

Daneben muss sichergestellt werden, dass die **Kontrollsysteme der Länder** besser miteinander verzahnt werden, soll heißen: Wenn ein Produkt in Bayern bereits beprobt wurde, müssen auch die Kollegen in Hamburg darüber in Kenntnis gesetzt werden. Hier müssen die Verwaltungsstrukturen besser aufeinander abgestimmt werden.

Gleiches gilt in Bezug auf die Zusammenarbeit mit dem Bund. Dies ist auch eine Forderung des Vorsitzenden des Bundesverbandes der Lebensmittelkontrolleure, Martin Müller. Da es scheinbar keine klaren Zusammenarbeitsstrukturen gibt, bitten wir die Landesregierung um Überprüfung des Systems. Gleiches gilt auch für die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Auch dort müssen die Strukturen verbessert und vereinheitlicht werden. Verunreinigte und zu beanstandende Produkte dürften das Herkunftsland erst gar nicht verlassen.

Unabhängige **Lebens- und Futtermittelkontrollen** sind keine Maßnahmen, um die Wirtschaft zu gängeln. Im Gegenteil, sie erhöhen das Vertrauen der Bevölkerung in die Produkte und schaffen Sicherheit. Auch wenn diese nicht zu hundert Prozent gewährleistet werden kann, erschweren diese Kontrollen doch den kriminellen Ansatz.

(Beifall SSW, SPD und PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. Zunächst hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Herr Abgeordnete Bernd Voß das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gleich vorweg: Heiner Rickers und Oliver Kumbartzky, ich weiß nicht, welche Rede ihr vorhin gehört habt. Ich fand die von Eka von

Kalben hochmoderat. Sie hat überhaupt keine Branche angegriffen, sondern war sehr konstruktiv.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bitte, dass Sie sich künftig in Landtagssitzungen entsprechend verhalten und Ihre Reden an das anpassen, was hier gesagt worden ist.

Wir hatten hier drei Skandale nacheinander, bei denen es keine unmittelbare oder gravierende Gefährdung der Verbraucherinnen und Verbraucher gegeben hat. Nichtsdestotrotz waren alle drei Skandale ein Stück aus dem Tollhaus und machen deutlich, dass wir noch erhebliche Lücken haben.

Auf einige Punkte möchte ich noch kurz eingehen. Der erste Punkt betrifft die **Kostenbeteiligung** der Wirtschaft an den Untersuchungen zugunsten des **Verbraucherschutzes**. Das ist in gewisser Weise ein Baby des SSW. Der SSW hatte dazu ja bereits in der letzten Legislaturperiode einen Entwurf eingebracht. Wann, wenn nicht jetzt, wäre die Chance größer, dies auch durchzusetzen, wo wir doch eine bundesweite Stimmung dafür haben? Wenn ich mir die Debatten in den anderen Bundesländern ansehe, dann können wir uns nicht mehr dahinter verstecken, dass dies zu mehr Wettbewerbsverzerrung führen würde. Wir können es umsetzen.

Der andere Punkt, den ich deutlich machen möchte, ist dieser: Wir als Regierungskoalition haben sehr gut im Blick, dass es kleine oder mittelständische Unternehmen sehr stark treffen könnte, wenn es probeweise geht. Wir werden wohl in irgendeiner Weise auf eine Tonneneinheit und auf bestimmte Umlagesysteme kommen müssen, um so handwerkliche Lebensmittelverarbeitung nicht an die Wand zu fahren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der nächste Punkt, den ich ansprechen möchte, betrifft den Bundesrechnungshofbericht, der schon mehrfach angesprochen worden ist. Der ist inzwischen auch schon eineinhalb Jahre alt. Eine zentrale Botschaft dieses Rechnungshofberichts ist es, dass wir eine Art Kompetenzbündelung brauchen. Viel wichtiger aber ist noch dieses: Wir brauchen eine Waffengleichheit bei der **Lebensmittelüberwachung**, bei der **Lebensmittelaufsicht**. Es kann nicht sein, dass in der Lebensmittelaufsicht gewissermaßen Mitarbeiter einer Kreisverwaltung einem multinationalen Konzern entgegengestellt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Bernd Voß)

Gestatten Sie mir auch noch ein Wort zu den unendlich vielen Aktionsplänen von Frau Aigner, die wir jedes Mal wieder präsentiert bekommen, seit wir den Dioxinskandal vor zwei Jahren hatten. Da ist einmal die Forderung nach einer Positivliste aller Futtermittel. Das ist bis heute nicht umgesetzt worden. Das ist im Grunde eine alte Forderung, damit endlich klar ist, was wo rein darf.

Wenn ich an das Thema Nennung von Ross und Reiter im **Lebensmittel- und Futtermittelgesetz** denke, das zwischendurch mal herausgenommen und in der vorletzten Woche erweitert in das Gesetz hineingenommen wurde, dann möchte ich daran erinnern, dass sich Grüne und Rote im Bundestag insoweit der Stimme enthalten haben, denn so, wie das in das Gesetz hineingenommen wurde, öffnet das Tür und Tor für Denuntiationen. Das kann nicht sein. Vielmehr muss eine rechtsfeste Regelung gefunden werden. CDU/CSU und FDP haben die Veröffentlichung aus populistischen Gründen in das Gesetz aufgenommen.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Transparenz, na klar, aber handwerklich sauber!)

Ein weiterer Punkt, den ich noch kurz ansprechen möchte, betrifft die **Haftpflichtversicherung**. Denn die Haftpflichtversicherung ist nach wie vor nicht gesichert. Die letzten Fälle haben erneut deutlich gemacht, dass Landwirte und Verarbeiter bei den letzten Futtermittel- und Lebensmittelkandalen auf ihren Kosten sitzengeblieben sind, wie es bisher aussieht.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ihre Redezeit wäre jetzt abgelaufen, aber Sie haben noch die Möglichkeit, eine Frage zu beantworten oder sich eine Anmerkung anzuhören. - Bitte schön, Herr Abgeordneter Rickers.

Heiner Rickers [CDU]: Vielen Dank. Herr Voß, es ist Ihnen ja bekannt, dass nach Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch der § 40 - ich habe es angesprochen - heute möglich macht - es ist eine Muss-Vorschrift -, dass Verstöße im Bereich des Lebensmittel- und Futtermittelrechts auch als öffentliche Information irgendwo verfügbar sind. Es wird in Nordrhein-Westfalen und in Bayern in der Praxis so gehandhabt, anscheinend mit gutem Erfolg. Da wundere ich mich schon, dass Sie hier darüber berichten, dann aber uns in irgendeiner Form unterstellen, wir würden, weil es keine Rechtsklarheit gibt, das hier im Lande verhindern wollen. Es gibt

Vorschriften: 14 Tage Karenzzeit und die Möglichkeit für die Unternehmen, Stellung zu nehmen, auch schriftlich, sie müssen auch schriftlich darauf hingewiesen werden, dass Verstöße vorgelegen haben. Da jemanden zu denunzieren, ist gar nicht so ganz einfach. Insofern ist das genau der erste Schritt, den Sie immer gefordert haben. Warum würden Sie das nicht auch passend finden für Schleswig-Holstein?

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Natürlich soll das in Schleswig-Holstein umgesetzt werden, was Sie vor 14 Tagen im Bundestag als Änderung beim Lebensmittel- und Futtermittelgesetz einzubringen versucht haben. Das ist überhaupt gar kein Thema, aber rechtlich sauber. Es ist aber so noch nicht im Gesetz, es muss erst einmal durch den Bundesrat durch. Das haben Gesetze nun einmal so an sich. Da werden wir insbesondere nachsteuern, dass kein Denunzieren möglich ist, sondern dass eine verbindliche, klare Nennung von Ross und Reiter möglich ist und auch so erfolgt. Das, was in Nordrhein-Westfalen und Bayern umgesetzt wird, deckt nur einen Bruchteil der möglichen Fälle ab.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie noch eine weitere Frage?

Heiner Rickers [CDU]: Ich habe eine weitere Frage: Es liegen mir andere Informationen vor, nach denen am 1. Dezember 2012 diese Änderungen des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuchs auf Bundesebene in Kraft getreten sind. Nun weiß ich nicht, woher Sie Ihre Informationen haben. Vielleicht könnten Sie diese Frage noch einmal beantworten.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vorletzte Woche lag im Bundestag das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch in letzter Lesung vor.

(Zuruf Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist in diesem Punkt reformiert worden, aber nach unserer Meinung überhaupt nicht befriedigend und überhaupt nicht ausreichend reformiert worden. Die Änderung berücksichtigt überhaupt nicht die Situation der Unternehmen. Da nutzen wir nicht den po-

(Bernd Voß)

pulistischen Effekt, sondern haben auch die Situation der Unternehmen im Blick.

Wenn ich noch eins zu den Reformen im Bereich der Lebensmittel-, Futtermittel- und Arzneimittelgesetzgebung sagen darf, die auch vor 14 Tagen durch den Bundestag gegangen sind: Sie haben das Arzneimittelgesetz in vielen Punkten angepasst - Meldung der Arzneimittel und so weiter. Einen entscheidenden Punkt haben Sie aber vergessen, und das ist die Dosis, die verabreicht wird. Das ist einer der Bereiche zusätzlich zu dem Melde- und Auswertungsverfahren, der erheblich nachgebessert werden sollte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sehe keine weiteren Fragen, die Zeit ist rum. Dann können wir, glaube ich, auch abstimmen, oder geht es in den Ausschuss?

(Heiterkeit und Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter, für Ihre Vorschläge, aber wir gehen in der Tagesordnung zunächst weiter, da haben wir uns noch einiges anzuhören. Als Nächstes folgt ein Dreiminutenbeitrag vom Abgeordneten der Piratenfraktion, Herrn Abgeordneten Dr. Patrick Breyer.

(Hartmut Hamerich [CDU]: Dann stimmen wir ab! - Weitere Zurufe)

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Herr Kollege Voß, ich hoffe, Sie gestatten es auch anderen, noch zu reden, bevor wir dann zur Abstimmung kommen.

(Vereinzelter Beifall)

Wir diskutieren und fabulieren hier langatmig über Änderungen, die auf Bundesebene gemacht werden könnten oder die die Landesregierung in Angriff nehmen könnte, sprechen aber sehr wenig über das, was wir hier im Land selbst machen könnten. Es ist so - das ist schon angesprochen worden -, dass im Herbst vergangenen Jahres eine Regelung in Kraft getreten ist, dass **Lebensmittel- oder Futtermittelverstöße**, die bei Kontrollen festgestellt worden sind, wenn sie eine erhebliche Gefahr nach sich ziehen, auch veröffentlicht werden müssen.

Wie wird diese Regelung seit Herbst letzten Jahres tatsächlich angewandt? - In Bayern sind zum Bei-

spiel über 100 Verstöße, die festgestellt worden sind, veröffentlicht worden und im Internet nachlesbar. In Schleswig-Holstein ist erstens die Veröffentlichung auf die Seiten der einzelnen Kreise verstreut, sodass man sie überhaupt nicht auffinden kann, und zweitens ist bis heute kein einziger Verstoß bei uns veröffentlicht worden.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU)

Jetzt denke ich mir natürlich: Entweder die Kontrolleure schlampfen massiv, und es werden überhaupt keine wirksamen Kontrollen durchgeführt, oder die Veröffentlichung funktioniert nicht. Ich finde, an dem Punkt, für den wirklich schon eine Rechtsgrundlage vorhanden ist, müssen wir ansetzen und erstens eine ordentliche **Internetplattform** zur **Veröffentlichung** dieser Ergebnisse der **Kontrollen** organisieren, die landeseinheitlich ist, und zweitens dafür sorgen, dass auf der Informationsplattform auch etwas steht, damit die Verbraucherinnen und Verbraucher informiert werden, wenn wirklich gesundheitsgefährdende Lebensmittelverstöße festgestellt werden. - Danke.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann hat jetzt für die Landesregierung der Minister für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume, Herr Dr. Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank, Herr Präsident, dass ich noch kurz erläutern darf, wie die Landesregierung auf die Themen schaut, bevor Sie abstimmen. Zwei Prinzipien machen uns das Leben schwer - uns heißt: der Bevölkerung und Ihnen genauso wie mir -: Das Erste ist die Verflochtenheit des globalen Lebensmittelmarktes. Deswegen müssen wir immer wieder die Systeme nachjustieren. Herr Kumbartzky, Sie haben einerseits recht: Die Skandale, über die wir geredet haben, sind durch **Kontrollen** entdeckt worden. Andererseits heißt das nicht, dass wir keinen Handlungsbedarf sehen, denn sie sind sehr spät entdeckt worden. Das Pferd war in der Lasagne, die falsch deklarierten Eier sind nur entdeckt worden, weil die Lieferlisten nicht stimmten, also nicht durch Lebensmittelkontrolleure. Beim Aflatoxin war es besonders grenzwertig, weil nur die Milchprobe das Vorhandensein von Aflatoxin aufgedeckt hat, nicht die Futtermittelbeprobung. Wir haben also erst am Ende der Pipeline greifende Kontrollen

(Minister Dr. Robert Habeck)

gehabt. Deswegen muss man das System auch immer wieder kontrollieren. So wurde es auch nach Dioxin gemacht.

Man kann darüber streiten, ob der Aigner-Zehn-Punkte-Plan ein großer Wurf war und wie viel davon umgesetzt wurde. Aber etwas wurde umgesetzt: Zwei Stellen wurden im **Landeslabor** in Schleswig-Holstein zusätzlich geschaffen. Es gibt eine Pflicht zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung. Andere Punkte sind allerdings noch offen.

Nur werden wir es immer wieder mit dem Prinzip zu tun haben, dass wir durch Skandale getrieben werden, und immer wieder müssen wir die Kontrollsysteme nachschärfen, und ich befürchte, das wird nicht meine letzte Rede in dieser Legislaturperiode sein, die ich zu einem **Lebensmittelskandal** halte. Deswegen hat Frau von Kalben recht, dass das Prinzip der Produktion uns immer wieder zu diesen nachlaufenden Debatten treibt. Deswegen muss man das Grundprinzip, wie wir eigentlich Lebensmittel produzieren und konsumieren, auch in dieser Debatte mit besprechen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens leiden wir darunter, dass wir glauben, „billig“ habe keinen Preis. „Billig“ kann einen hohen Preis haben, und die Frage ist im Grunde nur, wie wir diese Kosten verteilen. Wir haben ein Prinzip, von dem ich nicht lassen will, das darin besteht, dass die Wirtschaft selbst in der Verantwortung steht, sichere und vor allem korrekt deklarierte Lebensmittel auszuliefern. Aus diesem Prinzip - das ist das Prinzip der Eigenkontrollen - will und kann ich die Wirtschaft nicht entlassen, weil wir sonst ein Räuber-und-Gendarm-Spiel aufziehen und wir immer die Letzten sein werden, die hinterherlaufen, während wir Freibriefe ausstellen. Das kann nicht sein. Insofern muss über das Prinzip der **Eigenkontrollen** und die Verschärfung der Eigenkontrollen nachgedacht werden. Gleichwohl aber - das sehen wir ja - sind die Eigenkontrollen nicht ausreichend. Das System ist anfällig für Betrug, das System ist anfällig für Schlamperei. Deswegen muss die amtliche **Lebensmittel- und Futtermittelkontrolle** nachziehen und schärfer und konkreter kontrollieren.

Wir sind dabei auf das Zusammenspiel mit den anderen Ländern angewiesen. Was macht man in diesem Fall? - Na klar, man gründet eine Arbeitsgruppe. Die ist auch sofort gegründet worden. Es gibt Vorschriften und verschiedene Überlegungen, wie man die Eigenkontrollen schärfer fasst. Dass wir es im Zeitalter von Smartphones und Web 2.0 teilwei-

se mit handgeschriebenen Lieferzetteln zu tun haben, ist schlicht nicht mehr zeitgemäß und auch nicht akzeptabel. Wenn wir eine schnelle und lückenlose Kontrolle der Lebensmittel- und Futtermittelketten haben wollen, dann ist es relativ trivial, das schnell zu ändern. Weitere wären zu nennen.

Drittens haben wir im Land - um ein paar konkrete Maßnahmen zu nennen - die Lehre aus diesem verflochtenen Markt gezogen und interdisziplinäre Kontrollteams geschaffen. Wir sind dabei relativ weit, unser Konzept liegt vor. Wir sind aber auch angewiesen auf die Kreise, und wir werden dieses Konzept jetzt mit den Kreisen beraten. Aber es läuft darauf hinaus, dass man die verschiedenen Bereiche der Wirtschaftlichkeit und des Wissens um Gesundheit und Lebensmittel zu Kontrollteams zusammenfasst. So werden wir auch in Zukunft agieren.

Viertens ist es zentral wichtig, dass die Lebensmittelbehörden adäquat ausgestattet werden. Das ist der Punkt, über den heute schon verschiedentlich gesprochen wurde. Im Moment haben wir nur Kontrollgebühren bei anlassbezogenen Kontrollen. Etwa ein Drittel der Kosten des Landeslabors wird über Gebühren eingesammelt. Wir sind der Meinung, dass wir erst die Voraussetzung für weitere Kontrollen schaffen müssen, das heißt, dass wir auch **Regelkontrollen gebührenpflichtig** machen.

In der Tat wären wir damit das erste Land, das das täte. Wir drehen den Spieß aber um und wollen nicht warten, bis die anderen Länder losziehen, sondern wir werden jetzt so agieren - das ist ein politischer Beschluss - und die Regelkontrollen gebührenpflichtig machen. Wir hoffen, dass sich andere Länder anschließen, gehen offensiv auf die Länder zu und schaffen damit die Voraussetzung dafür - ich erinnere an die Debatte heute Morgen über den Landshaushalt-, dass wir weitere und schärfere Kontrollen vornehmen können.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Viertens. Das fällt in die Rubrik: Wir lernen aus jedem Skandal neu. Wir werden uns den Allgemeinverfügungen anschließen, die andere Länder, Nordrhein-Westfalen und Hamburg, erlassen haben. Wir werden in dieser Woche Allgemeinverfügungen für die Häfen in Schleswig-Holstein erlassen, dass Mais, der angelandet wird, nicht einfach weiterverteilt werden kann, sondern eine Unbedenklichkeitsklärung braucht. Man muss dazu wissen, dass **Futtermittel** in schleswig-holsteinische Häfen im Moment im Grunde gar nicht angelandet werden. Aber es wäre natürlich absurd, dass bestimmte Län-

(Minister Dr. Robert Habeck)

der, Hamburg und Niedersachsen, jetzt Allgemeinverfügungen erlassen, wir ein Schlupfloch darstellen und dann Lieferungen, die vielleicht im Verdacht stehen, nicht sauber geprüft worden zu sein, alle nach Schleswig-Holstein kommen. Wir werden entsprechend handeln und dann - erfreulicherweise von der CDU angemahnt - durch Verschärfung des Ordnungsrechts dort keine Regellücken schaffen.

Abschließend: Jeder Skandal wird uns neue Hinweise geben, was wir verbessern müssen. Wir sind sozusagen immer in der Hinterhand. Um dies ein Stück weit zu ändern, um ein Stück weit in die Vorhand zu kommen, sind andere Maßnahmen zur nachhaltigeren Produktion von Lebensmitteln notwendig. - Vielen Dank.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Heiner Rickers?

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Selbstverständlich, Herr Rickers.

Heiner Rickers [CDU]: Herr Minister Habeck, nicht nur mir, sondern auch dem Abgeordneten Dr. Breyer sind Sie die Antwort schuldig geblieben, wie Sie mit § 40 des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches umgehen.

(Beifall PIRATEN)

- Ja, das ist richtig. Es ist so, dass die Veröffentlichung dieser Daten häufig Sache der Kommunen ist. Wir sind dabei, eine Landesplattform zu schaffen.

(Beifall PIRATEN)

Wir wollen das. Im Moment steht auf der Seite des Landeslabors - glaube ich - ein einziger Fall, der zur Anzeige gebracht ist, und der ist schwer zu finden. Da gebe ich allen recht.

Allerdings darf man nicht vergessen, was der Abgeordnete Voß gesagt hat, dass wir uns juristisch auf sehr dünnem Eis befinden, wenn wir schon den Verdacht zur Anzeige bringen. Nordrhein-Westfalen und Bayern, von einem roten und einem schwarzen Ministerpräsidenten regiert, reiten da jetzt voran. Allerdings gibt es auch Länder wie Baden-Württemberg, die aufgrund von einer Reihe von Klagen und Prozessen die frühe Veröffentlichung von Verdachtsfällen wieder zurückziehen.

Um - ich bleibe im Bild - nicht die nächste Sau durchs Dorf zu treiben, rate ich, juristisch sauber zu prüfen, wie weit man da gehen kann. Wir wollen die **Veröffentlichung** auf einer **Landesplattform**, wir stehen in Gesprächen mit den Kommunen, aber wir wollen sie rechtssicher, sodass wir nicht nach zwei Monaten wieder einstampfen müssen, was wir da aufgebaut haben. Das werden wir juristisch sauber prüfen, um uns nicht selber ins Knie zu schießen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/622 sowie den Änderungsantrag Drucksache 18/663 dem Umwelt- und Agrar Ausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 31:

Für einen starken und ausgewogenen EU-Haushalt

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/623

Solide Haushalte in Europa

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/668

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Zunächst erhält für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Abgeordneter Bernd Voß das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Europäische Parlament hat in der vergangenen Woche zum mehrjährigen Finanzrahmen Stellung bezogen und den Beschlüssen der Staats- und Regierungschefs von Anfang Februar eine ganz klare Absage erteilt. Der Vorschlag des Rates war eine Kampfansage an das Europäische Parlament und steht in weiten Teilen für eine völlig nach hinten gewandte Politik, wie auch Teile des FDP-Antrags.

(Bernd Voß)

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Christopher Vogt [FDP]: Bitte?)

Der Rat hat zum ersten Mal in der Geschichte der EU eine reale **Haushaltskürzung** bei gestiegenem Auftrags- und Aufgabenvolumen vorgeschlagen. Er hat dabei völlig unausgewogene Kürzungen vorgeschlagen. Nach den Vorstellungen des Rates soll ausgerechnet bei den Ausgaben für Forschung, Bildung und Wettbewerbsfähigkeit überproportional gekürzt werden. Wie passt das mit der Agenda 2020 zusammen? Wie passt das mit dem Vertrag von Lissabon zusammen, mit den gewachsenen Aufgaben? Wie mit den Herausforderungen der Wirtschafts- und Finanzkrise? - Ich denke, an dieser Stelle passt überhaupt nichts zusammen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Der größte Posten im EU-Haushalt sind die Agrar- und Regionalförderung beziehungsweise Strukturförderung. Die **Regionalförderung** hat zum Ziel, die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte zwischen den verschiedenen Regionen der EU abzumildern, wirtschaftlich und strukturell schwache Regionen zu unterstützen und sie damit wettbewerbsfähiger zu machen und sie sich nachhaltiger entwickeln zu lassen. Dazu gehört auch die Einhaltung von Umweltstandards, dazu gehört die Anpassung an den Klimawandel, dazu gehört auch die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

In diese Zukunftsbereiche muss investiert werden. Die Herausforderungen sind durch die Wirtschafts- und Finanzkrise nicht kleiner geworden, sie sind erheblich gewachsen. Die EU kann als Wirtschaftsraum nicht bestehen, wenn die wirtschaftlichen Ungleichgewichte und damit auch die sozialen Spannungen so groß bleiben, wie sie jetzt sind, und größer werden.

Auch **Schleswig-Holstein** profitiert von dieser Politik. In der letzten Förderperiode 2007 bis 2013 haben wir ungefähr 830 Millionen € aus den verschiedenen **EU-Fonds** bekommen. Was für Schleswig-Holstein als finanzschwaches Bundesland gilt, gilt in der europaweiten Sicht noch viel mehr für besonders strukturschwache Gebiete in den finanzschwachen Staaten. Aber auch für Deutschland kann es auf Dauer nicht gut sein, wenn ganze Regionen in Europa von wirtschaftlicher Entwicklung und vom Wohlstand abgekoppelt bleiben. Das ist unabhängig davon, dass wir als Exportnation natürlich erhebli-

ches Interesse daran haben, dass sich Europa weiterentwickelt. Spart Deutschland bei der EU und setzt falsche Prioritäten, hat dies für Schleswig-Holstein nicht nur direkte finanzielle Einschnitte zur Folge. Ich nenne ein Beispiel für falsche Prioritäten. Beim Kernfusionsreaktor ITER wird überhaupt nicht gespart; da darf so richtig lustig weitergebaut werden. Hingegen wird bei Connecting Europe, bei den Energienetzen, die für die Entwicklung unseres Landes entscheidend sind, gekürzt. Wir ahnen, welche Lobby dort wieder am Werk war.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die grüne Lobby!)

Wir brauchen einen starken, einen ausgewogenen **EU-Haushalt** auch für Schleswig-Holstein. Denn die Umsetzung der Beschlüsse des Europäischen Rates würde für Schleswig-Holstein erhebliche Einschnitte bedeuten. Für Schleswig-Holstein würde die Umsetzung der Beschlüsse nach den derzeitigen Schätzungen der Landesregierung Mindereinnahmen von ungefähr 150 Millionen € bis 180 Millionen € im Zeitraum bis 2020 nach sich ziehen. Damit wären viele Projekte und **Förderprogramme** im Land gefährdet, sie wären stark unterfinanziert. Das bedeutet konkret zum Beispiel weniger Geld für Umweltmaßnahmen zur Umsetzung von Wasserrahmenrichtlinie und Natura 2000, für integrierte Projekte im ländlichen Raum und für den Küstenschutz. Bei den Mitteln der ersten Säule der Agrarpolitik, den Direktzahlungen, soll dagegen kaum gekürzt werden.

Wenn ich mir den Stand der Verhandlungen zur Reform der **EU-Agrarpolitik** im Rat angucke, stelle ich fest, dass von den ursprünglich guten Vorschlägen der EU-Kommission sehr viele auf der Strecke geblieben sind, kaum noch etwas nach ist und wir im Grunde von einem „Greenwashing“ reden können, auch nach den Beschlüssen von letzter Nacht. Sie haben wieder dermaßen viele Auswege gelassen. Da ist die einzige Perspektive, dass Bund und Länder relativ viel in die eigene Umsetzungskompetenz bekommen haben und wir daher dort stark reingehen müssen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist ein krasses Missverhältnis, das ist falsche Prioritätensetzung. Damit kann niemand erwarten, dass die Bevölkerung draußen auch nur annähernd akzeptiert, was hier umgesetzt wird.

Es wird aber weiter verhandelt zwischen Parlament und Rat. Wir müssen dranbleiben. Letztlich ist noch

(Bernd Voß)

nichts endgültig entschieden. Hier noch einmal eine ganz klare Botschaft an die CDU: Ihr Kollege im Europäischem Parlament, Reimer Böge, wird da entscheidend mit verhandeln, dass die Interessen des Parlaments durchgesetzt werden. Hauptgegenspieler wird die schwarz-gelbe Bundesregierung sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion der CDU hat Herr Abgeordneter Rainer Wiegard das Wort.

Rainer Wiegard [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Die Weitsicht der Abgeordneten im Europäischen Parlament bewahre uns davor, dass sich die EU etwa ein Beispiel an der Investitionstätigkeit der neuen Landesregierung in Schleswig-Holstein nimmt.

(Beifall CDU und FDP)

Dort würde man sich über die Vorschläge, die von hier kommen, sehr wundern und würde die Frage zurückstellen: Warum fordert die neue Landesregierung und die links-dänische Mehrheit in diesem Landtag von Bund und EU immer wieder mehr Investitionen für die Infrastruktur Schleswig-Holsteins, während sie zugleich die eigenen Investitionen auf den Stand von 1974, also auf den Stand von vor 40 Jahren, als es die EU in dieser Form überhaupt noch nicht gegeben hat, zurückführt?

Das Europäische Parlament hat ein paar Kernforderungen aufgestellt, die erfüllt sein müssen, bevor man über den mehrjährigen Finanzrahmen, der vom Europäischen Rat vorgelegt worden ist, abstimmt. Zu diesen Kernforderungen gehört vor allen Dingen zunächst einmal eine Revisionsklausel, damit das nächste Parlament, das ja erst im kommenden Jahr gewählt wird, auch die Chance hat, gegebenenfalls Anpassungen des Finanzrahmens und der Umsetzung der Programmgestaltung vorzunehmen. Ansonsten würde sie ja für die gesamte Wahlperiode des neuen Parlaments keinerlei Einfluss auf die Haushaltsgestaltung haben.

Zu den Kernforderungen gehört vor allen Dingen auch eine deutlich erhöhte Flexibilität der Ausgaben zwischen den Ausgabekategorien, und zwar innerhalb des Niveaus des mehrjährigen Finanzrahmens, genauso wie eine deutlich höhere Flexibilität zwischen den Haushaltsjahren einschließlich des Verzichts auf die Rückerstattung von nicht ver-

brauchten Mitteln im Rahmen dieser jährlichen Haushaltsplanung.

Das sind neben ein paar anderen die Kernforderungen, um die es gehen wird. Transparenz will ich auch noch hinzufügen - Transparenz insbesondere auf der Einnahmeseite. Reimer Böge, der hier eben schon angesprochen wurde, hat ja in der vergangenen Woche schon sehr deutlich gemacht, dass die Einnahmeseite für diesen **mehrjährigen Finanzrahmen** noch nie so intransparent gestaltet wurde. Es gab noch nie so viele Rabatte und Ausnahmeregelungen, so viele Zugeständnisse, die das ganze Verfahren völlig intransparent machen. Deshalb ist es notwendig, auf der Einnahmeseite deutlich mehr Transparenz herzustellen.

(Beifall CDU und PIRATEN)

Das sind die Kernforderungen, mit denen das **Europäische Parlament** die Verhandlungen mit dem **Rat** und der **Kommission** führen wird. Wir haben volles Vertrauen in die Institutionen, dass sie auch ohne den Rat der links-dänischen Mehrheit dieses Hauses in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen.

(Vereinzelter Beifall CDU - Heiterkeit Lars Harms [SSW])

- Lars Harms, ich lasse Sie sich noch einen Augenblick amüsieren. - Die Kernforderung, die Sie in Ihrem Antrag hier vorgelegt haben, ist vor allem die, die Europäische Union solle sich in ihrem Ausgabeverhalten danach richten, wie Sie es in dieser neuen Regierung in Schleswig-Holstein hier auch einrichten, nämlich Geld ausgeben, das Sie gar nicht haben.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Sie verlangen doch tatsächlich, die 27 Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsnationen sollen sich, nachdem sie nun gerade eineinhalb Jahre darum gerungen haben, einen einstimmigen Beschluss herbeizuführen, was ihnen Anfang Februar gelungen ist, nun wieder zusammensetzen und mindestens - das haben Sie in Ihrem Antrag geschrieben - weitere 85 Milliarden € lockermachen. Wo leben Sie eigentlich?

(Beifall CDU und FDP - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: In Bullerbü!)

Niemand, der auf der europäischen Ebene ernst genommen werden will, hat auch nur im Ansatz die Vorstellung, das Niveau des Finanzrahmens zu verändern. Es geht um die Kernforderung, und es geht um die Programmausgestaltung, es geht um mehr

(Rainer Wiegard)

Flexibilität, und es geht um Transparenz. Das sind die Forderungen.

Noch einmal: Wir sind davon überzeugt, dass die drei europäischen Institutionen, die miteinander verhandeln, das auch ohne den Rat aus Schleswig-Holstein ganz gut hinkriegen. Sie warten nicht dringend und sehnsüchtig darauf, von uns endlich eine Wegweisung zu bekommen. Wir werden deshalb Ihren Antrag ablehnen. Es gibt einen weiteren Antrag von Herrn Ekkehard Klug von der FDP, der den Finanzrahmen etwas umfassender, nicht nur auf den mehrjährigen Finanzrahmen konzentriert, darstellt. Diesem Antrag werden wir zustimmen. Ihren Antrag kann man nur ablehnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, FDP und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der SPD erteile ich Frau Abgeordneter Regina Poersch das Wort.

Regina Poersch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Frau Bundeskanzlerin mag nach Abschluss des EU-Gipfels am 8. Februar erleichtert gewesen sein. Die Staats- und Regierungschefs können bestimmt auch gut mit ihrem Kompromiss leben. Ich frage mich aber, ob auch Europa gut damit leben kann. Denn allein dass es Kritik aus allen politischen Richtungen im Europäischen Parlament gegeben hat, lässt doch aufhorchen. Diese Kritik ist berechtigt. Es geht in dieser Debatte nicht nur darum, irgendeinen Haushalt aufzustellen, sondern es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Zukunft Europas. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat nicht nur einige Staaten Europas so hart getroffen, dass sie finanzielle Hilfe aus Europa in Anspruch nehmen müssen. Die Krise kann auch zu einer Krise der europäischen Institutionen und der europäischen Idee werden, wenn nämlich junge Menschen keine Perspektive mehr haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Deshalb ist es wichtig, dass Europa in Wachstum und Beschäftigung investiert und nicht kaputtgespart wird.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau! Sensationell!)

Die jungen Menschen, von denen ich eben sprach, sollen keine verlorene Generation für Europa sein.

Wer trägt den europäischen Gedanken, wenn nicht Europas Jugend?

(Zuruf Rainer Wiegard [CDU])

Wie sollen sie ihr Vertrauen in Europa aufrechterhalten, wenn sie für sich selbst keine Perspektive sehen? Die Antwort auf **Europas Krise** muss deshalb sein, Impulse für **Wachstum** und **Beschäftigung** zu geben. Die Antwort darf nicht sein, Europa die Luft zum Atmen zu nehmen.

(Beifall SPD und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Christopher Vogt [FDP]: Schulden!)

Die Kommission weiß das, der Ausschuss der Regionen weiß das, das Europäische Parlament weiß das, nur die Opposition in diesem Haus weiß das nicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Quatsch! - Christopher Vogt [FDP]: Wer hat Ihnen diesen Unsinn aufgeschrieben?)

Unser Antrag soll das Interesse Schleswig-Holsteins an einem ausgewogenen und tragfähigen EU-Haushalt beschreiben. Als eine der vielen Regionen Europas können wir selbstbewusst beschreiben, wo unsere Interessen liegen, und die können wir dann auch in Europa und in Brüssel formulieren.

Wir wollen gemeinsam mit unserer Landesregierung dafür kämpfen, dass der EU-Haushalt sowohl ausgewogen auf Wachstum, Innovation und Beschäftigung setzt als auch auf eine gerechte Kohäsionspolitik, auf nachhaltiges Wachstum und natürliche Ressourcen. An der Stelle wird es wichtig für uns.

Natürlich werden uns die geplanten Kürzungen treffen. Meine Fraktion hat in der Februar-Tagung betont, dass sich die **Kürzungen im EU-Haushalt** in Euro und Cent direkt auf Schleswig-Holstein auswirken werden. Die Rede ist von etwa einem Viertel weniger, je nach Les- und Rechenart 150 Millionen bis 200 Millionen € weniger für unsere ländlichen Räume, den Breitbandausbau, Innovationen, Arbeitsmarktprogramme und Maßnahmen, die junge Menschen in Lohn und Arbeit bringen.

Was aber passiert, wenn - heruntergebrochen auf Schleswig-Holstein - eben diese Säule der **Strukturfonds**, wenn zum Beispiel der Europäische Sozialfonds, eingedampft wird? Was dann passiert, lässt sich klar vorhersehen. **Jugendliche**, die heute noch von Produktionsschulen, Jugendaufbauwerken, vom Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt

(Regina Poersch)

aufgefangen werden, denen wir eine Perspektive gegen Mutlosigkeit und das ständige Gefühl des Versagens geben können, lassen wir fallen, wenn wir nicht die Kraft aufbringen, den ESF auskömmlich auszustatten. Das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Der ESF ist kein Selbstzweck. Er sorgt dafür, dass wir niemanden zurücklassen. Unter anderem ist das unsere Vorstellung eines sozialen Europas.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Schmidt von der Piratenfraktion?

Regina Poersch [SPD]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Schmidt, bitte schön.

Torge Schmidt [PIRATEN]: Vielen Dank. - Ist Ihnen eigentlich bewusst, dass Ihr Antrag zum Beispiel den Breitbandausbau außen vor lässt und sich nur auf den Ausbau der Energienetze bezieht?

Regina Poersch [SPD]:

Können Sie bitte den letzten Halbsatz noch einmal wiederholen?

Torge Schmidt [PIRATEN]: In Ihrem Antrag steht, dass sich die Rücknahme der Fazilität nur auf das Energienetz bezieht und nicht auf Breitbandausbau, der noch in diesem Programm steht.

Regina Poersch [SPD]:

In unserem Antrag steht es beispielhaft. „Connecting Europe“ steht dort beispielhaft. Wir wollen eine andere Struktur des EU-Haushalts. Ich habe eben anhand des ESF beschrieben, dass wir als Schleswig-Holstein an einer ausgewogenen und starken **Kohäsionspolitik** Interesse haben. Wir wollen nicht nur an das Volumen des Haushalts, sondern auch beschreiben, was für Schleswig-Holstein hinten dabei herauskommen soll. Die Netze, die in unserem Antrag genannt sind und die Sie ansprechen, sind beispielhaft.

Ich muss an dieser Stelle betonen: Wir müssen am Ball bleiben, was die Förderfähigkeit von Tourismus und Kultur als eigenständiges Förderziel angeht. Da ist der Zug möglicherweise abgefahren, was die Eigenständigkeit der Förderziele angeht. Aber wir müssen am Ball bleiben, dass wir gemeinsam mit unserer Landesregierung erreichen, dass touristische Infrastruktur weiter gefördert werden kann. Das ist doch kein Selbstzweck, sondern wir wollen Impulse geben für Investitionen, wir wollen die wirtschaftliche Entwicklung fördern.

(Beifall SSW)

Damit geht es eben nicht - noch einmal - um das Volumen. Herr Wiegard, es geht nicht darum, einfach ein „Oben drauf!“ zu fordern, sondern wir verlangen, dass innerhalb des EU-Haushalts anders strukturiert wird. Wir finden, Schleswig-Holstein sollte eine Meinung haben. Wir finden, das ist in unserem Antrag gut beschrieben. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Abgeordnete, auch der Kollege Dr. Garg hat dazu eine Meinung, die er vermutlich kundtun möchte, oder er möchte eine Frage stellen. Ich frage Sie jetzt, ob Sie dieses zulassen wollen.

Regina Poersch [SPD]:

Das lasse ich zu.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann hat der Kollege Dr. Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Frau Kollegin, da Sie in Ihrem Beitrag mehrfach auf das Volumen, das Schleswig-Holstein vermeintlich entgehen würde, abgezielt haben, die Frage: Können Sie das Volumen nennen, das Schleswig-Holstein an Kofinanzierungsmitteln aufbringen müsste, um die von Ihnen beklagten 150 Millionen bis 200 Millionen € abrufen zu können?

Regina Poersch [SPD]:

Das kann ich Ihnen aus dem Kopf nicht beantworten.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Nicht einmal das!)

Ich bin auch am Ende meiner Ausführungen. - Vielen Dank.

(Regina Poersch)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion der FDP erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Aktuell findet in Brüssel zwischen dem Europaparlament und dem Ministerrat ein kleines Tauziehen über den **EU-Haushalt** für die Jahre 2014 bis 2020 statt. Es versteht sich, dass die anstehenden Entscheidungen auch für die deutschen Bundesländer von erheblichem Interesse sind. Aus Sicht der FDP-Fraktion gibt es mit Blick auf die Ratsvorschläge von Anfang Februar einige Änderungswünsche. Wir hoffen, dass es noch zu entsprechenden Nachbesserungen kommen wird. Dabei geht es freilich nicht um die simple Forderung, Brüssel brauche mehr Geld. In Zeiten, in denen praktisch alle Mitgliedsländer der Europäischen Union mehr oder weniger sparen müssen, ist auch die **Europäische Union** zu Sparsamkeit und zu **Haushaltsdisziplin** verpflichtet.

(Beifall PIRATEN und Peter Lehnert [CDU])

Die EU braucht nicht mehr Geld, sondern eine effizientere Mittelverwendung.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Sie braucht zudem mehr Flexibilität in der Verwendung ihrer Mittel und eine stärkere Ausrichtung des Haushalts auf Wachstumsförderung, auf die Förderung von Innovationen und damit auf politische Zukunftssicherung.

Um zwei Beispiele zu nennen: Nach dem Ratsvorschlag soll der Anteil der Forschungsmittel am EU-Haushalt von 9 % auf 13 % steigen. Das ist die richtige Tendenz. Andererseits haben die Staats- und Regierungschefs für die Weiterentwicklung der Telekommunikation - Stichwort: **Breitbandausbau** - lediglich 1 Milliarde € gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag von 9,2 Milliarden € vorgesehen, also eine Kürzung von 8 Milliarden €. Das ist mit Blick auf die Herausforderungen, vor denen wir stehen, eindeutig ein Signal in die falsche Richtung.

(Beifall FDP, PIRATEN und vereinzelt CDU)

Es geht also um die Struktur des EU-Haushalts und zukunftsweisende Weichenstellungen und nicht um die Steigerung von Mitteln für alles Mögliche und Wünschenswerte.

Ein weiteres Stichwort zum Thema Flexibilität: Angesichts eines mittelfristigen Finanzrahmens von sieben Jahren braucht die Europäische Union erweiterte Möglichkeiten für eine flexiblere Haushaltsgestaltung. Ich nehme ein Beispiel. Vor gut einem Jahr hat die EU entschieden, dass aus laufenden EU-Programmmitteln Gelder für das neue politische Brennpunktthema „Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ umgeschichtet werden können. Eine richtige Entscheidung. Acht Mitgliedsländer, die von diesem Problem besonders betroffen sind, haben diese neuen Spielräume genutzt. Spanien hat es leider nicht getan, obwohl derzeit fast jeder zweite junge Spanier und jede junge zweite Spanierin arbeitslos ist. Das Beispiel macht aber deutlich, wie sinnvoll mehr **Flexibilität** der **EU-Haushaltspolitik** ist, denn im Verlauf von sieben Jahren können immer neue Herausforderungen und Probleme auftreten.

(Beifall FDP und CDU)

Wir sehen in der nicht nur von liberalen Abgeordneten, sondern auch von anderen Fraktionen, von Christdemokraten und von Sozialdemokraten, erhobenen Forderung im Europaparlament nach einer erweiterten Flexibilität in der EU-Haushaltspolitik ein ganz wesentliches Ziel.

Noch ein weiterer Punkt, in dem Nachbesserungsbedarf besteht: Nach den Ratsvorschlägen liegt die Lücke zwischen den Verpflichtungs- und den Zahlungsermächtigungen bei immerhin 52 Milliarden €. Dies hat das Europaparlament meines Erachtens zu Recht kritisiert. Wenn die Kolleginnen und Kollegen gegenüber den Ratsvorschlägen eine Verbesserung erreichen, dann ist das für eine solide Haushaltspolitik ebenfalls ein wichtiger Schritt. Wir sollten in den nächsten Jahren nicht wieder in solche Situationen hineingeraten, wie wir sie im Herbst letzten Jahres hatten, als plötzlich 9 Milliarden € für die Finanzierung des wichtigen ERASMUS-Bildungsprogramms zum Austausch von Schülern und Studenten in der Europäischen Union fehlten und es eine Weile gedauert hat, bis die Entscheidung getroffen wurde, dass nachgesteuert wurde, dass noch Geld dafür zur Verfügung gestellt worden ist, wo es wirklich richtig eingesetzt ist. - Danke schön.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion der PIRATEN erteile ich dem Herrn Abgeordneten Torge Schmidt das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zum Antrag wurde schon viel gesagt, auch zur Situation im Europaparlament. Diese Ausführungen brauche ich nicht zu wiederholen. Dennoch möchte ich einige Punkte in dem Antrag ansprechen.

Man muss ganz klar sagen: Die Intention der Koalition ist relativ klar. Bei der **Haushaltsslage**, die wir in **Schleswig-Holstein** haben, können wir es uns nicht leisten, auf Mittel der EU zu verzichten. Jeder Euro aus Brüssel ist für unser Land wichtig. Rein aus schleswig-holsteinischer Sicht - auch wenn das egoistisch gesehen ist - ist das ein wichtiger Punkt für unsere Haushaltsslage.

Frau Poersch, kommen wir noch einmal zu „Connecting Europe“. Ich kann hier nicht mitgehen. Das, was im Antrag steht, ist nicht beispielhaft. In dem Antrag steht konkret: „sowie bei der für den Infrastrukturausbau vorgesehenen Fazilität ‚Connecting Europe‘ für den Bereich der Energienetze zurückgenommen werden“. In „Connecting Europe“ steht auch der **Breitbandausbau**. Den haben Sie nicht explizit erwähnt. Es steht nur drin, dass es um die Energienetze geht.

(Zuruf Regina Poersch [SPD])

- Genau. - Für Schleswig-Holstein ist es gerade ziemlich schwierig. Ich darf daran erinnern, dass es in Schleswig-Holstein immerhin noch knapp vierzig Schulen gibt, die keine Breitbandversorgung haben. Deshalb frage ich mich, warum Sie es nicht mit reingeschrieben haben.

Man muss auch ganz ehrlich sagen: Gerade für Europa ist die digitale Vernetzung essenziell. Das Internet ist ein wichtiger Faktor dafür, dass die Menschen in Europa weiter zusammenwachsen. Wir alle wissen, dass Brüssel weit weg ist. Ohne das Internet ist Brüssel noch viel weiter entfernt.

Kommen wir zu dem Punkt der **Agrarsubventionen**. Es ist ein bisschen kurz gedacht. Langfristig müsste nach uns PIRATEN ein kompletter Abbau der Subventionen her.

(Beifall PIRATEN)

Stattdessen brauchen wir ein Finanzierungsmodell der ländlichen Räume, das an soziale und ökologische Kriterien gekoppelt wird.

Die **Kultur- und Tourismusförderung** soll weiter gefördert werden. Da sind wir uns einig. Diese Förderungen sollen an Innovationen geknüpft werden. Das finde ich persönlich sehr gut, weil es sonst nicht zu einer strukturellen Förderung eines Wirtschaftszweigs kommt, sondern dazu, dass ein Wirtschaftszweig einfach „künstlich“ am Leben erhalten wird. Ich glaube, Sie haben Herrn Minister Meyer nach Schleswig-Holstein geholt, weil Sie im Tourismusbereich Innovationen haben wollen. Dieser Bereich ist für Sie doch ein klarer Wirtschaftsfaktor.

Kurz zum Antrag der FDP: Der Änderungsantrag wirft einen Aspekt des Fiskalspakts auf. Wir stimmen Ihnen zu, dass nur ein starker und konsequenter Fiskalpakkt für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union sorgt.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Liebe FDP, wenn wir es aber schaffen, neben einer einheitlichen Geldpolitik auch eine einheitliche **Fiskalpolitik** in der **Europäischen Union** zu schaffen, dann frage ich Sie: Was spricht für Sie gegen Eurobonds oder einen europäischen Fonds für Altschulden? - Die bisherige Alternative ist, dass wir Staaten wie Griechenland horrenden Zinsen zahlen lassen und den Ausfall der Rückzahlungen über Rettungsschirme abdecken. Eine einheitliche Anleihe würde die Zinssätze für notleidende Staaten senken und damit das Gesamtgarantierisiko des Rettungsschirms für Deutschland. Wir sollten im Ausschuss vielleicht noch einmal darüber sprechen.

Kommen wir zu einem Fazit: Als Schleswig-Holsteiner kann ich definitiv verstehen, dass die Landesregierung möglichst viele Mittel für unser Bundesland bekommen will. Als Europäer muss ich jedoch sagen, dass der Antrag an den wahren Problemen vorbeigeht. Wir werden diese Probleme wahrscheinlich in diesem Parlament nicht lösen können. Europa muss endlich demokratischer werden. Die Haushaltskompetenzen braucht das EU-Parlament.

(Beifall PIRATEN)

Ich möchte die SPD-Politikerin Jutta Haug zitieren:

„27 nationale Egoisten schaffen keinen europäischen Mehrwert, Wachstumsimpulse und Wettbewerbsfähigkeit in Europa.“

Viele wichtige Vorschläge wurden im Europäischen Parlament im Rahmen der Haushaltsdebatte

(Torge Schmidt)

gemacht. Ich glaube, wir brauchen mehr Rechte für das Europäische Parlament. Dafür sollten wir uns alle einsetzen. - Ich danke Ihnen dafür.

(Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, habe ich Sie gerade richtig verstanden, dass Sie die Überweisung an den Ausschuss beantragt haben?

(Torge Schmidt [PIRATEN]: Vielleicht den einen Punkt! Wir müssen das nicht machen!)

- Sie müssen sich entscheiden, was Sie beantragen wollen. Die Kolleginnen und Kollegen können dann entscheiden, ob sie Ihrem Antrag folgen. Ich müsste vielleicht nicht jetzt sofort, aber im Laufe der nächsten zehn Minuten eine Ansage kriegen.

Bevor wir in der Debatte fortfahren, möchte ich Sie bitten, mit mir gemeinsam auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Heide-Ost und der Gemeinschaftsschule Husum Nord auf der Tribüne zu begrüßen. - Herzlich willkommen im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Für den SSW erteile ich Frau Kollegin Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die öffentlichen Haushalte stehen in dieser Zeit stark unter Druck, und zwar in allen europäischen Ländern. Nicht nur Schleswig-Holstein, sondern die gesamte Europäische Union steht Spar- sowie Konsolidierungsmaßnahmen gegenüber. Das Wort Schuldenbremse ist in aller Munde. Die EU-Regierungschefs haben erstmals in der Geschichte eine faktische Kürzung des Finanzrahmens beschlossen, und das trotz wachsender Mitglieder- und Aufgabenzahl. Konkret heißt das, dass der Finanzplan von 2014 bis 2020 tatsächliche Ausgaben der EU von maximal 908 Milliarden € erlaubt. Das hört sich zunächst nach einem gigantischen Budget an. Stellt man diesen Plan jedoch dem jetzigen Bundeshaushalt plus der Hochrechnung für die nächsten sieben Jahre gegenüber, so ergibt sich eine Summe von 2.100 Milliarden €, die im Vergleich zu den 908 Milliarden € des EU-Budgets für tatsächliche Ausgaben nicht mehr ganz so gigantisch aussieht.

Für uns vom SSW steht fest, dass es nicht per se auf die Höhe der bereitstehenden Summen ankommt, sondern darauf, wofür man diese Mittel einsetzen möchte. Hier geht es um Konsolidierungspolitik mit Augenmaß. Die Mittel für die Agrarförderung werden weiter sinken, jedoch nicht exorbitant, sondern in Form einer flachen Absenkung. Mehr Kapital ist vorgesehen für die Zukunftsbereiche Forschung und Bildung. Die Ausgaben für Infrastruktur und Verkehr werden erhöht, und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sollen 6 Milliarden € zur Verfügung gestellt werden.

Wir als Land zwischen Nord- und Ostsee sollten uns in Brüssel dafür starkmachen, dass die Bereiche **Tourismus** und **Kultur** auch nach 2014 förderfähig bleiben. Europa hat das größte Tourismusaufkommen weltweit. Europa hat die höchste Dichte und Vielfalt an Natur- und Kulturattraktionen. Daran sollten wir festhalten, denn der Tourismus macht auf direktem und indirektem Weg 10 % des EU-Wirtschaftsvolumens aus.

Ein zentrales Projekt der letzten Regionalfondszuschüsse möchte ich noch einmal erwähnen, nämlich das regionale Entwicklungskonzept für Deutschlands einzige Hochseeinsel, **Helgoland**. Mithilfe der EU-Mittel konnten hier insgesamt 75 Einzelprojekte für eine nachhaltige und wirtschaftliche Weiterentwicklung Helgolands auf die Beine gestellt werden. Diese Projekte galten insbesondere der Beibehaltung und Neuprofilierung der touristischen Infrastruktur. Unterschiedlichste Akteure haben gemeinsam für den Erhalt sowie die Verbesserung der Lebensqualität auf der Insel gearbeitet. Auf Helgoland wurde also einiges für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum getan, wie es in der Europa-2020-Strategie festgehalten ist. Auch in Zukunft brauchen wir eine solche Förderung, denn am Beispiel Helgoland wird deutlich, dass eben nicht alle Regionen in Europa ein Selbstläufer sind.

Wie wir bereits gehört haben, wurde der mehrjährige Finanzrahmen vor einigen Tagen vom Europäischen Parlament abgelehnt. Nun muss also neu verhandelt werden. Vertagungen, Unterbrechungen und Verhandlungsnachtschichten fangen nun also mehr oder weniger wieder von vorn an. Der Zeit- und Erwartungsdruck wächst, und zwar von allen Seiten.

Wir brauchen eine entscheidende und umfassende Reform des MFR. Dies gilt insbesondere für die **Strukturfonds**. Aus Sicht des SSW geht es hierbei nicht ausschließlich darum, mehr Geld anzuschaf-

(Jette Waldinger-Thiering)

fen, sondern darum, das vorhandene Geld entscheidend klüger auszugeben. Genügend Spielraum ist vorhanden. Nun kommt es auf die Verhandlungen an. Hier müssen die EU-Staats- und Regierungschefs sowie das Europäische Parlament Stärke beweisen, um gemeinsam einen stabilen und zukunftsorientierten Haushaltsplan zu erarbeiten.

Für den SSW beantrage ich die Überweisung der beiden Anträge von der FDP und den regierungstragenden Fraktionen an den Europaausschuss und den Finanzausschuss.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Rasmus Andresen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich während des Beitrags des Kollegen Wiegard zu Wort gemeldet. Ich beziehe mich zunächst auf den FDP-Antrag. Zu dem Wortbeitrag komme ich später. Ich finde, dass hier viele Sachen miteinander in einen Topf geworfen werden, die man so nicht in einen Topf werfen kann. Beispielsweise kann man die **mittelfristige Finanzplanung der Europäischen Union** weder technisch noch politisch mit den nationalen Haushalten vergleichen, wie wir sie im Landtag oder auch im Deutschen Bundestag haben. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist: Sie von der FDP-Fraktion gehen in Ihrem Antrag auf die innerdeutsche Umsetzung des Fiskalvertrags ein. Das ist nicht die Debatte, die wir hier im Kern führen. Das ist vor allem eine innerdeutsche Debatte. Sie hat damit zu tun, dass Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble sich nicht an die Absprachen gehalten hat, die er mit den Ländern in Bezug auf die Zustimmung zum Fiskalvertrag getroffen hat. Das ist der zentrale Punkt dafür, dass viele Länder diesen Fiskalvertrag im Bundesrat zu Recht abgelehnt haben.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Hängt das nicht mit dem Termin der Bundestagswahl zusammen?)

Ihre Ablehnung des Altschuldentilgungsfonds mischen Sie dann noch mit in den Antrag hinein. Aus Ihrer und aus meiner Sicht ist das konsequent, aber

es unterstreicht, dass Ihnen in dieser Frage die Probleme der Länder und auch der Kommunen in Bezug auf den Fiskalvertrag reichlich egal sind.

Wenn man sich die aktuelle Lage in der Europäischen Union ansieht, dann sieht man, dass es eine hohe **Jugendarbeitslosigkeit** gibt. Die Frau Kollegin Poersch ist gerade eben auch darauf eingegangen. In Spanien und Griechenland liegt die Quote bei über 50 %.

Glauben Sie denn im Ernst, dass man ausschließlich durch Sparserei und Kürzungen in den nationalen Haushalten das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in den Griff kriegen würde? Das glaube ich nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, sehr gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Dr. Garg, bitte schön.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Sehr geehrter Herr Kollege Andresen, ich glaube das auch nicht, aber könnten Sie mir freundlicherweise sagen, ob Sie eine Vorstellung davon haben, wie hoch das **Finanzvolumen** wäre, das das Land Schleswig-Holstein aufbringen müsste, um die Kofinanzierung für die vermeintlich entgangenen EU-Mittel oder die Mittel, die vermeintlich dem Land entgehen würden, sicherzustellen, und können Sie mir sagen, wo Sie diese Mittel im Haushalt jetzt schon eingepreist haben, da Sie ja der Auffassung sind, es müssten mehr kommen?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das ist gerade gar nicht das Thema, Herr Kollege.

(Widerspruch FDP)

- Nein. - Das Thema ist, dass es eine Vereinbarung zwischen Ländern und dem Bund, der Bundesregierung, gab, in der es darum ging, dass die Länder beispielsweise Mehrkosten im Sozialbereich, beim

(Rasmus Andresen)

Wohngeld und so weiter übernehmen, und dass Wolfgang Schäuble, der Bundesfinanzminister der schwarz-gelben Bundesregierung, diesen Vereinbarungen bisher nicht gerecht worden ist. Deshalb war es das gute Recht der Länder und politisch vernünftig, im Bundesrat diese falsche Politik von ihm abzulehnen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Andresen, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann hat bitte Herr Dr. Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Kollege Andresen, dann erlaube ich mir in der Tat die Bemerkung, Ihr letzter Satz war eine Frage, ob die Mitglieder des Parlaments in der Tat glauben, durch Sparen allein würde man Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland oder in Europa reduzieren. Darauf bezog sich meine Frage, und nicht auf den Fiskalpakt.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gut. Das war eine Bemerkung, die ich zur Kenntnis nehme.

Die Jugendarbeitslosigkeit, die wirklich eine dramatische nicht nur in den Ländern ist, die ich genannt habe - das sind sozusagen die, in denen die Jugendarbeitslosigkeit am höchsten ist; man könnte aber auch Italien oder Portugal mit um die 30 % nennen - ist der eine Grund, warum anders als die **nationalen Budgets** das **EU-Budget** wachsen muss und dies auch vernünftig ist. Dass Sie dann in Ihrem Antrag eine Steuerverhinderungsbremse einbauen und damit Ihren Widerstand - das steht da so deutlich nicht drin, weil Sie sich das nicht trauen - gegen die **Finanztransaktionssteuer** untermauern wollen, zeigt verschärft, dass Sie sich nicht einmal dafür einsetzen, dass die Krise, die wirklich viele Gründe hat, zumindest zum Teil solidarisch über eine Finanztransaktionssteuer finanziert wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Ich bin am Schluss. Ich möchte einen Satz zu Ihnen sagen, Herr Wiegard. Bei Ihrer Rede, die Sie als flammendes Plädoyer für den Antrag der Kollegen der FDP gehalten haben, hätte sich, wenn er sie gehört hätte, Ihr Landesvorsitzender, den Sie am Wochenende gewählt haben, wahrscheinlich geschämt; denn Reimer Böge hat mehrmals sowohl in Gesprächen mit dem Europaausschuss, aber auch durch Reden im Europäischen Parlament deutlich gemacht, dass er in der Haushaltspolitik für ein starkes EU-Budget kämpft, genau wie die Koalition. Wäre Reimer Böge hier Landtagsabgeordneter, würde er wahrscheinlich unserem Antrag zustimmen und nicht dem der FDP. - Schönen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Tobias Koch [CDU]: Der war gut!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung erteile ich der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Frau Anke Spoorendonk das Wort. Bitte schön.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das **Europäische Parlament** hat vor wenigen Tagen die beim Europäischen Rat erst Anfang Februar 2013 erzielte politische Einigung über den **EU-Finanzrahmen für 2014 bis 2020** abgelehnt. Formal hat die Entschliebung des Europäischen Parlaments noch keine bindende Wirkung. Deutlich geworden ist aber, dass das Europäische Parlament jetzt den Weg einer politischen Einflussnahme gehen will und dass das Europäische Parlament damit auch die Rechte in Anspruch nimmt, die dem Parlament laut Lissabon-Vertrag zustehen. Das ist die Situation, wie sie ist.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, natürlich setzt sich die Landesregierung für eine bestmögliche Wahrung der Landesinteressen ein und wird dies auch weiterhin tun. Umso wichtiger ist der Blick auf das, worüber wir nun reden. Wir reden über den **Mehrjährigen Finanzrahmen**. Dieser Mehrjährige Finanzrahmen legt die Obergrenzen sowohl für Verpflichtungs- wie auch Zahlungsermächtigungen fest. Die beim Europäischen Rat Anfang Februar erzielte Einigung bedeutet also tatsächlich eine reale Kürzung der EU-Finanzausstattung. Die 960 Milliarden € bei Verpflichtungsermächtigungen beziehungsweise die 908 Milliarden € für Zahlungsermächtigungen

(Ministerin Anke Spoorendonk)

bleiben sowohl hinter der Mittelausstattung der aktuellen Finanzperiode wie hinter dem ursprünglichen Kommissionsvorschlag zurück. Dies ist von allen deutschen Bundesländern deutlich kritisiert worden. Ich werde jetzt nicht weiter auf weitere technische Details eingehen. Aber diese plakativen Summen beruhen auf Preisen von 2011. Später im Haushaltsaufstellungsverfahren wird das dann auf der Grundlage aktueller Preise berechnet werden. Das ist technisch gesehen ganz wichtig, aber darauf können wir im Ausschuss noch einmal Bezug nehmen.

Das Parlament kritisiert primär die **Struktur** des Mehrjährigen Finanzrahmens, insbesondere die unzureichende Mittelausstattung für Innovation, Forschung, Infrastruktur, Bildung und Klimawandel, also das, was im Finanzrahmen unter der Rubrik 1 A aufzufinden ist, Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung. Gefordert werden vor allem eine rechtlich verbindliche Überprüfung des gesamten Finanzrahmens nach 2014, die vollständige Ausschöpfung der Obergrenzen in den jährlichen Haushaltsplänen, die automatische Übertragung nicht ausgeschöpfter Haushaltsmittel auf nachfolgende Jahreshaushalte anstatt der bislang üblichen oft milliarden schweren Rückflüsse an die Mitgliedstaaten und eine größtmögliche Flexibilität innerhalb und zwischen den Rubriken des Finanzrahmens. Das sind die Forderungen des Europäischen Parlaments.

Dagegen hat das EU-Parlament seine Forderung nach Aufstockung der Finanzmittel über die vom Europäischen Rat gesetzte Obergrenze von 960 Milliarden € hinaus jetzt nicht mehr aufrechterhalten. Kurz - ich sagte es bereits -: Das Europäische Parlament fordert vom Europäischen Rat eine möglichst weitgehende **Ermächtigung**, von **Festlegungen** im Finanzrahmen **abweichen zu dürfen** und die **realen Auszahlungen** aus dem EU-Haushalt zu steigern. Der Verzicht auf rein fiskalische Mehrforderungen ist die offene Einladung des Europäischen Parlaments zum Kompromiss. Das, meine Damen und Herren, wird auch die Richtung für die anstehenden Verhandlungen des EU-Parlaments mit der irischen Ratspräsidentschaft sein. Man will Gestaltung deutlich machen, man hat den Willen, zu gestalten, man will ernst genommen werden, und man will mitverhandeln.

Die vom EU-Parlament geforderte **höhere Mittelausstattung** für die Rubrik 1 A, also **Wettbewerbsfähigkeit**, erscheint aus gesamteuropäischer Sicht berechtigt. Aus schleswig-holsteinischer Sicht haben wir hier einen Interessenkonflikt; denn aus

unserer Sicht ist es wichtig, daran festzuhalten, dass wir die Förderung der EU-Strukturfonds stärken müssen. Zwar werden auf Schleswig-Holstein Einbußen im Vergleich zur aktuellen Finanzperiode zukommen - das sagte ich bereits -, das hat die Landesregierung deutlich kritisiert und mehrfach darauf hingewiesen. Vorläufige Schätzungen - auch das ist schon gesagt worden - gehen von 150 bis 185 Millionen € aus. Für verlässlichere Aussagen müssen die endgültigen Zahlen auf Basis aktueller Preise abgewartet werden. Umso wichtiger ist es, die parallel zur Finanzdiskussion stattfindenden Beratungen über die einschlägigen Programmverordnungen jetzt sorgsam zu begleiten und die Entwicklungsmöglichkeiten der Fachministerkonferenzen zu nutzen.

Mit Blick auf einige Punkte des vorliegenden Antrags möchte ich einige Hinweise aus den Häusern meiner Kollegen Meyer und Dr. Habeck ergänzen. In der Wirtschaftsministerkonferenz ist es gelungen, den für Schleswig-Holstein kalkulierten Rückgang der **EFRE-Mittel** akzeptabel zu gestalten.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine starke Mittelausstattung der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik ist von der Landesregierung und auch vom Landtag mehrfach gefordert worden. Der Europäische Rat hat jetzt eine höhere **Flexibilität** zwischen **beiden Säulen der GAP** beschlossen. Künftig sollen Mittelumschichtungen bis zu 15 % möglich sein. Das ist nicht das, was wir fordern; das ist aber besser als das, was bisher beschlossen war. Die **Förderung** von **Tourismus und Kultur** ist nach dem vorliegenden Entwurf der **ELER-Verordnung** grundsätzlich weiter möglich. Zum **Regionalfonds** hat der Wirtschaftsminister mehrfach Initiativen gegenüber Berlin und Brüssel gestartet. Dennoch sieht es derzeit so aus, dass Tourismus als Branche ab 2014 kein eigenständiges Förderziel mehr sein wird. Projektanträge aus dem Bereich Tourismus müssen sich dann an den aus der Europa-2020-Strategie abgeleiteten Förderzielen ausrichten. Aber, meine Damen und Herren, das ist möglich. Das ist eigentlich auch im Sinne schleswig-holsteinischer Interessen. Das wissen die Tourismusverbände. Daher kann ich sagen: Kultur und Tourismus werden auch in der neuen Programmperiode weiterhin förderfähig sein.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Stichworte wie diese sind in den Ausschussberatungen zu vertiefen. Ich rege an, die Diskussion zu fachspezifischen Themen der EU-Förderpolitik im-

(Ministerin Anke Spoorendonk)

mer auch in den zuständigen Fachausschüssen zu führen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die Ministerin hat durch ihre Rede allen Fraktionen die Möglichkeit gegeben, noch 2 Minuten und 25 Sekunden lange Wortbeiträge zu halten. - Ich nehme im Moment nicht wahr, dass davon Gebrauch gemacht werden soll. Deswegen schließe ich die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/623 sowie den Änderungsantrag Drucksache 18/668 dem Europaausschuss und mitberatend dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Es scheint noch Unstimmigkeiten und Absprachebedarf zu geben, insbesondere in der CDU-Fraktion. Möchten Sie geschlossen abstimmen, oder soll ich jetzt sofort weitermachen? - Dann frage ich noch einmal: Wer diese beiden Anträge dem Europaausschuss und mitberatend dem Finanzausschuss überweisen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der SPD, der CDU, des SSW, der PIRATEN, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP. Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen. Vielen Dank.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 9 auf:

Erste Lesung des Gesetzes zur Sicherung des Vertrauens in die Unabhängigkeit der Mitglieder des Landtags

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/608

Das Wort zur Begründung wird offenbar nicht gewünscht. Dann eröffne ich die Grundsatzberatung und erteile dem Abgeordneten Uli König von der Piratenfraktion das Wort.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es hat mittlerweile eine gewisse Tradition, dass in den **Parlamenten** über **Nebentätigkeiten** und deren **Veröffentlichung** beraten wird. Zufriedenstellend ist diese Situation aber bis jetzt nicht.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Transparenz ist kein Selbstzweck und sollte es niemals sein. Es geht uns hier nicht um die Befriedigung des bloßen Informationsinteresses. Es geht darum, dass der Bürger in die Lage versetzt werden muss, die Fähigkeit von Abgeordneten zu beurteilen, der ihnen obliegenden Verantwortung gerecht zu werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Da habe ich aber bei Ihnen erhebliche Zweifel!)

Wer das ganze Volk vertreten soll, aber einen Teil seines Geldes nur von wenigen erhält, bei dem liegt die Vermutung nicht ganz fern, dass seine Entscheidungen beeinflusst werden.

(Beifall PIRATEN)

Während wir von breiten Teilen der Bevölkerung immer stärker verlangen, dass sie kleinste Details ihres Lebens offenbaren, gibt es im Parlament allein gegen diese Vermutung immer größeren Widerstand.

Hier, meine Damen und Herren, geht es darum, dass 69 Menschen legislative Macht über 2,8 Millionen Menschen ausüben. Ich persönlich halte allein die **Gefahr** einer **Beeinflussung** für so gravierend, dass der Bürger sie kennen muss. Natürlich gehört auch der **Umfang** der **Arbeitszeit** zu der Frage, ob ein Abgeordneter seinem Mandat gerecht werden kann.

(Beifall PIRATEN - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Wer neben dem Mandat noch eine Vollzeittätigkeit ausüben will, dem ist das aufgrund des freien Mandats zu erlauben. Nur müssen es die Bürger wissen, um die Leistung dieses Abgeordneten wenigstens im Nachhinein beurteilen zu können.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Die **Bewertung** des zeitlichen **Umfangs** einer Nebentätigkeit oder die Bewertung der **Höhe** der **Nebeneinkünfte** ist natürlich Sache der Bürger. Aber dazu braucht er hinreichende Informationen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Es ist nicht an uns zu entscheiden, welche Nebentätigkeiten okay sind und welche nicht. Es ist an uns, die mögliche große Bandbreite der Informationen zur Verfügung zu stellen.

Das Problem ist, dass wir heute immer mehr Pflichtangaben auf einer Tiefkühl-Lasagne-Packung haben, aber nicht in unserem Abgeordnetenhandbuch.

(Uli König)

(Zuruf Lars Harms [SSW])

- Ich habe schon einmal eine gegessen; die war gar nicht schlecht.

Ist die Entscheidung über den Kauf einer Tiefkühl-lasagne wirklich wichtiger als die Entscheidung, welche Person mich im Parlament vertritt? Ich denke nicht. Hohe Ämter mit großer Macht erfordern auch die meiste **Information**. Das ist hier nicht gewährleistet. Freiwillige Informationen genügen dabei ebenso wenig wie offenbar freiwillige Angaben auf Lebensmittel. Bei diesen kann der Verbraucher übrigens entscheiden, ob er ein Produkt kauft oder ein anderes nimmt, auf dem diese Angaben enthalten sind. Bei den Parteilisten vermisste ich immer noch diese Angaben. Außer Nichtwählen bleibt derzeit keine Alternative.

(Unruhe)

Ich möchte noch einmal kurz zusammenfassen, was wir eigentlich von Ihnen wissen wollen. Das ist gar nicht so schlimm.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat der Abgeordnete Uli König von der Piratenfraktion. Ich bitte Sie um etwas mehr Aufmerksamkeit für den Redner am Rednerpult. Sie haben sicherlich ausreichend Gelegenheit, anschließend noch Ihre Bemerkungen zu machen.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Uli König [PIRATEN]:

Der Herr König redet jetzt noch 1 Minute und 20 Sekunden.

Was wollen wir eigentlich von Ihnen wissen? Was macht der Abgeordnete nebenbei? Führt er einen landwirtschaftlichen Familienbetrieb weiter, oder berät er Firmen, die sich für eine Glücksspiellizenz in Schleswig-Holstein bewerben wollen? Wie viel Zeit wendet der Abgeordnete für seinen Nebenjob auf? Sind es wenige Stunden im Monat, oder ist es ein Vollzeitjob? Gibt es da einen Interessenkonflikt bei Abstimmungen? Ist der Abgeordnete neutral und stimmt im Sinne des Bürgers ab, oder beeinflusst ihn einer seiner geschäftlichen Kontakte?

Es wird bei unserem Antrag sichergestellt, dass gesetzliche Zeugnisverweigerungsrechte und Verschwiegenheitspflichten nicht tangiert werden. Betroffene müssen aber Branchen nennen, in denen ihre Tätigkeitsschwerpunkte liegen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich würde mich sehr freuen, wenn Sie unserem Antrag zustimmten.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU-Fraktion erteile ich der Frau Kollegin Petra Nicolaisen das Wort.

Petra Nicolaisen [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Forderung nach einer **Offenlegung der Nebeneinkünfte** euro- und centgenau folgt einer wiederkehrenden Argumentationskette und impliziert einen unterschweligen Vorwurf. Der vom Volk gewählte Abgeordnete muss nachweisen, dass er sein Mandat nicht interessengesteuert oder fremdbestimmt, sondern frei ausübt. Der vom Volk gewählte Abgeordnete muss nachweisen, dass er seine Arbeitskraft auch wirklich dem Mandat widmet und diese nicht lediglich als zusätzliche Einnahmequelle nutzt.

(Beifall PIRATEN)

Der Abgeordnete muss also seine „Unschuld“ beweisen, eine in unserem Staat ungewöhnliche Verteilung der **Beweislast**,

(Beifall Lars Harms [SSW])

die - besonders dies empfinde ich an der Argumentation als bedenklich - dem Bürger suggeriert: Abgeordneten muss man misstrauen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Dies kann nicht zielführend sein.

Meine Damen und Herren, ich leugne nicht, dass Bürger ein **Informationsbedürfnis** im Hinblick auf ihre Volksvertreter haben. Natürlich ist es erforderlich, dass der Bürger die Möglichkeit hat, das politische Wirken von Abgeordneten nachzuvollziehen, um zu einer am Ende vielleicht wahlrelevanten Meinung zu kommen. Ob allerdings die im vorliegenden Antrag aufgestellte Forderung quasi nach absoluter Durchsichtigkeit diesem Bestreben nutzt, das wage ich zu bezweifeln.

Das Abgeordnetenmandat stellt aufgrund seiner Funktion ein besonders ausgestaltetes Konstrukt dar. Der Abgeordnete ist frei, auch in der Entscheidung, wie er sein Mandat ausübt. Ich gehe davon aus, dass alle hier anwesenden Kolleginnen und Kollegen mit dieser Freiheit verantwortungsvoll umgehen und sich bewusst sind, dass die ihnen

(Petra Nicolaisen)

übertragene Aufgabe einen besonderen Einsatz fordert.

Der **Umfang** der nach dem Entwurf zu veröffentlichen **Informationen** geht aus meiner Sicht deutlich über das hinaus, was aus Sicht des Bürgers zur Meinungsbildung erforderlich ist. Man mag im Einzelfall darüber streiten können, welche veröffentlichten Informationen der Transparenz dienen. Der komplett **gläserne Abgeordnete** darf jedoch nicht das Ziel sein.

(Beifall CDU)

Denn dies führt dazu, dass die Bewertungskriterien verschoben werden. Es besteht das große Risiko, dass nicht mehr die **politische Arbeit** des Abgeordneten zur Entscheidungsgrundlage wird, sondern die Bewertung **sonstiger Parameter**. Der Eindruck, den diese Debatte, wie sie teilweise geführt wird, vermittelt, ist der, dass ein Abgeordneter umso besser sei, je weniger er neben dem Mandat tue und je weniger er neben dem Mandat an Einkünften erziele. Dieser Eindruck verzerrt jedoch die Realität.

Nach den bestehenden Regeln werden in Form einer Vorlage solche Informationen veröffentlicht, aus denen sich dem Grunde nach eine Mandatsrelevanz ergeben könnte. Im Einzelfall mag man diskutieren, ob an der einen oder anderen Stelle nachjustiert werden könnte. Was jedoch hier gefordert wird, ist mit dem Informationsinteresse der Bevölkerung nicht mehr zu rechtfertigen.

So vermag ich beispielsweise nicht zu erkennen, welche Mandatsrelevanz die Höhe von Kapitaleinkünften haben soll.

(Zuruf: Beteiligungen!)

Meine Damen und Herren, die Herstellung von Transparenz ist ein richtiges Anliegen. Eine nahezu komplette Offenlegung der finanziellen Verhältnisse kann jedoch nicht geboten sein. **Abgewogenheit** muss auch in einer solchen Diskussion das Gebot sein. Ich betone es an dieser Stelle noch einmal. Die Veröffentlichung von Informationen ist kein Selbstzweck.

Ich warne ausdrücklich davor, durch die Art und Weise, wie diese Diskussion immer wieder geführt wird, den Eindruck zu erwecken, als müssten zunächst alle Abgeordneten unter einen **pauschalen Verdacht** gestellt werden; denn gerade das beschädigt das Vertrauen in die Unabhängigkeit von Abgeordneten. Dieses sensible Thema eignet sich nicht für den Wahlkampf. Daran sollten alle Abgeordneten des Parlaments Interesse haben.

Es bietet sich an, dass sich eine Arbeitsgruppe mit diesem sensiblen Thema beschäftigt und sich dann, wenn wir hoffentlich zu einem interfraktionellen Antrag gekommen sind, der Innen- und Rechtsausschuss weiter damit beschäftigt. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Peter Eichstädt das Wort.

Peter Eichstädt [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eingangs möchte ich die von Herrn König gestellte Frage beantworten. Sie fragten, ob wir Sie verstehen. Ich habe Sie nicht verstanden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Weder akustisch noch sonst!)

Der Antrag selbst und der damit verbundene Vorschlag ließen das aber schon erahnen.

Viele, die schon länger dabei sind, wissen, pünktlich im März, im Normalfall alle zwei Jahre, reden wir in diesem Hause über die Änderung des Abgeordnetengesetzes mit dem Ziel, **mehr Transparenz bei Nebentätigkeiten und Einkünften von Abgeordneten** zu schaffen. Das ist ein ernst zu nehmendes Thema. Bisher ist uns das kaum gelungen. Verschiedene Regierungskonstellationen haben verhindert, dass durchaus ähnliche Vorstellungen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW die Mehrheit erlangen konnten. Stets waren es bis dahin CDU und FDP, die als Bedenkensträger auftraten. So war das im Jahr 2008, ebenso am 18. März 2010, am 21. März 2012 und nun - man könnte fast denken, es hätte sich jemand einen Knoten ins Taschentuch gemacht - am 20. März 2013. Nicht nur wegen der neuen Mehrheit, sondern auch wegen gewachsener Einsicht in die Notwendigkeit wird es dieses Mal hoffentlich ein Ergebnis geben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dass dieses Ergebnis allerdings auf der Basis des Vorschlags der PIRATEN erzielt wird, halte ich für nahezu ausgeschlossen. Das ist doch wohl eher ein Operettenantrag: Großer Auftritt, bunte Kostüme, alles auf die Bühne, was geht - mit Ausnahme des Wohnorts und des Geburtsdatums des „Piratenführers“.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

(Peter Eichstädt)

Daran muss es aber nicht scheitern. Schließlich können wir auf gute Vorschläge aus den vergangenen Jahren zurückgreifen, basierend auf Anträgen von SPD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vom SSW. Wir Sozialdemokraten streben eine **Änderung des Abgeordnetengesetzes** an. Nebentätigkeiten und Einkünfte aus solchen müssen zukünftig anzeigepflichtig sein, und die Höhe der Einkünfte muss für die Bürgerinnen und Bürger erkennbar sein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, die CDU wollte immer so lange warten, bis der Bundestag dieses Thema auf der Basis neuer verfassungsrechtlicher Entscheidungen geregelt hat. Das war über all die Jahre hinweg der Freifahrtschein für Stillstand. Die FDP hat das sowieso nie ernst genommen und hält sich nicht einmal an die Bestimmungen des derzeit gültigen Abgeordnetengesetzes.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD] und PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der **Maßstab** für eine **Transparenzregelung** über die Nebentätigkeiten von Abgeordneten sollte nicht sein, alles offenzulegen, was möglich ist. Das ist die Philosophie der PIRATEN. Da fehlt dann nur noch die Verbindung mit der Payback-Karte der Tante zweiten Grades. Das ist nicht unser Ansatz. Der Maßstab sollte vielmehr sein, dass das offengelegt wird, was erforderlich ist, um mögliche Abhängigkeiten und Interessenüberschneidungen durch Lobbygruppen transparent zu machen.

Bei der CDU ist in den vergangenen Monaten möglicherweise ein Sinneswandel eingetreten. Nachdem sie den zukünftigen Bundeskanzler Peer Steinbrück wegen seiner Nebeneinkünfte heftig gerüffelt und brutalstmögliche Transparenz gefordert hat, wird sie sich jetzt kaum einer angemessenen Regelung verschließen können. Allen muss klar sein: Die **Sensibilität** innerhalb der **Bevölkerung** ist durch viele Ereignisse, nicht zuletzt durch die Debatte um den ehemaligen Bundespräsidenten Wulff, sehr groß.

Meine Damen und Herren, einige Fraktionen neigen dazu, das **Urteil** des **Bundesverfassungsgerichts** zur Frage der Transparenzregelung für Abgeordnete etwas zu verbiegen. Frau Nicolaisen, bei Ihrer Rede habe ich davon sehr viel verspürt. Das Gericht hat zum einen gesagt, dass der Wähler sehr wohl wissen müsse, wen er wählt. Es hat ergänzt, dass es dem Grundanliegen demokratischer Wil-

lensbildung entspreche, die Abgeordneten zu verpflichten, Angaben über Nebentätigkeiten neben dem Mandat zu machen, die auf Interessenverpflichtung und wirtschaftliche Abhängigkeit hindeuten könnten.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Das Interesse des Abgeordneten, Informationen aus dieser Sphäre vertraulich behandelt zu sehen, sei gegenüber dem öffentlichen Interesse an der Erkennbarkeit möglicher Interessenverknüpfungen grundsätzlich nachrangig.

(Vereinzelter Beifall SPD und PIRATEN)

Das Gericht sagt auch - das finde ich für unsere parlamentarische Arbeit sehr wichtig -, dass andere Abgeordnete ebenfalls ein legitimes Interesse haben zu wissen, welchen Interessenverbindungen ihre Kolleginnen und Kollegen unterliegen. Dies könne für die Einschätzung, welche Argumente einer besonders wachsam Prüfung bedürften, von Bedeutung sein, so das Gericht.

Nicht zuletzt wird man sich trotz aller Entschlossenheit, mehr Transparenz zu erreichen, in diesem Zusammenhang auch mit den schützenswerten Daten von Abgeordneten beschäftigen müssen. An dieser Stelle eine angemessene Regelung zu finden, ist vermutlich das Schwierigste. Ich bin sicher, wir werden uns im Ausschuss intensiv damit befassen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Kollegin Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen von den PIRATEN, wenn Sie mit dem vorliegenden Gesetzentwurf für mehr Transparenz sorgen wollen, dann geht das aus der Sicht meiner Fraktion grundsätzlich in die richtige Richtung. Dann sind wir an Ihrer Seite. Angesichts der Art und Weise aber, wie Sie das hier vorgetragen haben, müssen wir erheblichen Klärungsbedarf anmelden.

Die **Wahlbeteiligung** spricht leider eine klare Sprache. Viele Bürgerinnen und Bürger machen von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch. Das ist schade angesichts der Situation in anderen Ländern. Im „Ara-

(Dr. Marret Bohn)

bischen Frühling“ wurde hart für mehr demokratische Rechte gekämpft. Bei uns gibt es diese Rechte, und sie werden nicht von allen in Anspruch genommen. Daher begrüßen wir Grüne ganz ausdrücklich jede Initiative und jede Aktion, die zu mehr **Bürgerbeteiligung** und zu mehr **Bürgerinformation** führt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört auch mehr Transparenz, was die Tätigkeiten und Einkünfte der Abgeordneten angeht. Dem Vorurteil - Sie haben es eben schon ein bisschen beschrieben, Frau Kollegin Nicolaisen -, alle Politiker seien gleich und dächten nur an sich selbst, sollten wir alle gemeinsam entschlossen entgegenzutreten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dass dies unserem Ansehen schadet, ist eine Sache. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, es schadet auch dem Ansehen der vielen Kolleginnen und Kollegen; denn zu 95 % wird Politik ehrenamtlich von den Kolleginnen und Kollegen in den Kommunen und in den Kreistagen gemacht. Das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt CDU)

Daher ist Transparenz das Mittel der Wahl, um Licht ins Dunkel zu bringen. Da sind wir dann wieder an Ihrer Seite.

Wir Grüne haben für unsere Fraktion die Rubrik „Der gläserne Abgeordnete“ auf unserer Homepage mit Angabe von beruflicher Tätigkeit vor der Mitgliedschaft im Landtag, entgeltlicher Tätigkeiten neben dem Mandat, Funktion in Unternehmen und in Körperschaften, Funktion in Vereinen, Verbänden und Stiftungen, Vereinbarungen über künftige Tätigkeiten und Beteiligung an Kapital- oder Personengesellschaften. Darüber kann sich jede Bürgerin und jeder Bürger einen Überblick verschaffen.

Weiterhin haben wir - das hat der Kollege Eichstädt eben deutlich gemacht - in unserem **Koalitionsvertrag** vereinbart, dass wir, wenn die Regelungen aus dem Bundestag vorliegen, darüber hinausgehende weitere Regelung für Schleswig-Holstein wollen. Das bedeutet logischerweise, dass wir uns erst einmal anschauen, was da ist, um dann darauf in dieser Legislaturperiode aufzubauen.

Wenn Sie uns jetzt in Ihrer Pressemitteilung, liebe Kolleginnen und Kollegen von den PIRATEN, indirekt unterstellen, wir seien nicht tätig geworden,

dann weise ich dies aufs Schärfste zurück. Das ist nicht richtig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW - Zuruf Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Unser ehrlich und ernst gemeintes Angebot einer gemeinsamen fraktionsübergreifenden Initiative wünschen Sie mit einem Finger vom Tisch. Stattdessen wenden Sie sich mit billigen Populismus über die Medien an die Öffentlichkeit. Das scheint Ihr Verständnis von Kollegialität zu sein, und das finde ich höchst bedauerlich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Gerade bei einem Thema wie dem Vertrauen in die Mitglieder des Landtags würde es allen Fraktionen gut zu Gesicht stehen, an einem Strang zu ziehen und eine gemeinsame Initiative auf den Weg zu bringen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Hierbei müssen aus unserer Sicht besondere Gesichtspunkte wie zum Beispiel bei Berufsgeheimnisträgerinnen und -trägern berücksichtigt werden. Der Grundsatz muss jedoch sein, dass für die Bürgerinnen und Bürger transparent aufgezeigt wird, in welchen Zusammenhängen die Abgeordneten tätig sind und in welchen Zusammenhängen sie abstimmen.

Ich beantrage für meine Fraktion Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Frage der Transparenzregeln hat ja auch unmittelbar etwas mit der Frage zu tun, wie wir uns wünschen - vielleicht unterschiedlich -, wie Parlamente zusammengesetzt sind. Welche Berufsgruppen vertreten sind oder auch nicht, darauf komme ich später noch einmal zurück. Wir haben in Bezug auf die **Transparenzregeln** schon in der Vergangenheit heftige Debatten in diesem Hause geführt. Es wurden viele Argumente ausgetauscht, und ich muss

(Wolfgang Kubicki)

sagen, es gibt durchaus gute Argumente für beide Seiten. Dies sage ich ausdrücklich.

Nicht ohne Grund hat das **Bundesverfassungsgericht** in seinem Urteil von 2007 eine Patt-Entscheidung - eine Vier-zu-vier-Entscheidung - gefällt, weshalb, Herr Kollege Eichstädt, eigentlich wenig drin ist, aus diesem Urteil selbst eine Gerichtsentcheidung zu machen, durch die man seine eigene Argumentation unterstützen kann. Ich werde nachher einmal eine Passage von den Vieren zitieren, die anderer Auffassung waren als die Vier, die die **vollständige Transparenz** für sinnvoll erachtet haben.

Ich möchte jetzt gar nicht so sehr darauf eingehen, inwieweit ich speziell den von den PIRATEN vorgelegten Gesetzentwurf für sinnvoll halte. Ich habe allerdings bemerkt, dass sich die PIRATEN-Abgeordneten selbst nicht an die eigenen Transparenzregeln halten. So legen bisher sämtliche PIRATEN-Abgeordneten nicht offen, welche Einnahmen sie selbst in den vergangenen zwei Jahren vor ihrer Mitgliedschaft im Landtag hatten, also das, was sie in § 47 a Abs. 4 Abgeordnetengesetz ändern wollen. Niemand hindert Sie daran, Herr Kollege Dr. Breyer und die anderen, dies bereits jetzt auf freiwilliger Basis zu tun.

(Zuruf Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Ich will das aber gar nicht. Ich komme gleich noch einmal darauf zurück.

Ich finde es immer so faszinierend, dass Sie immer für die Bürgerinnen und Bürger sprechen wollen. Die FDP-Landtagsfraktion ist im Jahre 2009 mit 14,9 %, im letzten Jahr mit 8,2 % gewählt worden, obwohl sie die von Ihnen formulierten Bedingungen nicht erfüllt. Die Menschen haben uns also gerade unter diesem Aspekt ihre Stimme gegeben, wahrscheinlich aber auch, weil sie erstens darauf vertrauen, dass wir unsere Mandate ordnungsgemäß wahrnehmen, und zweitens darauf vertrauen, dass jemand, der beruflich unabhängig ist, vielleicht doch etwas anders agieren kann als jemand, der in Abhängigkeit zu seiner eigener Partei steht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einen anderen recht wichtigen Punkt konnte ich bei Ihren Transparenzforderungen nicht finden. Der Kollege Eichstädt hat darauf hingewiesen: Geburtsdatum, Wohnanschrift. Die Bürgerinnen und Bürger haben doch Anspruch darauf zu wissen, wo Sie wohnen, vielleicht auch darauf, wann Sie geboren sind, um einschätzen zu können, ob Ihre Erklärungen von Lebenserfahrungen geprägt sind oder nur von kindlicher Naivität. Und wie ist es mit Freundschaften,

Herr Kollege Dr. Breyer, die doch ungleich stärkeren Einfluss auf die Willensbildung eines Abgeordneten nehmen können als möglicherweise berufliche Ambitionen?

In meiner Lieblingszeitung „taz“ konnte ich am vergangenen Freitag lesen, die Piratenfraktion wolle ein „Anti-Kubicki-Gesetz“.

(Lachen FDP)

Am Ende des Artikels wurde Herr Dr. Breyer mit den Worten zitiert, er glaube, die anderen Fraktionen hiermit - Zitat - „treiben zu können, damit die Kungelei hinter den Kulissen nicht weitergeht“. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass die Kungelei hinter den Kulissen derzeit schon stattfindet. Das allerdings ist eine sehr interessante Wahrnehmung der derzeitigen parlamentarischen Abläufe hier im Landeshaus. Im Grunde sagen Sie hiermit, dass zumindest Teile der Abgeordneten die eigentliche **demokratische Willensbildung** im Parlament aus den Angeln heben.

Sie unterstellen damit aber nicht nur der FDP-Fraktion, sondern allen anderen Kollegen von CDU, SPD, Grünen und SSW, dass es ihnen bei ihrer parlamentarischen Arbeit nicht um die Sache geht, sondern dass sie **persönliche Interessen** verfolgen. Welche Interessen verfolgen eigentlich Sie als Freibeuter der sogenannten Schwarmintelligenz?

(Beifall FDP und SSW)

Wir haben in bestimmten Fragen durchaus unterschiedliche Auffassungen. Es ist ja auch Sinn einer parlamentarischen Demokratie, dass hier im Parlament unterschiedliche Auffassungen aufeinanderprallen. Wir haben nicht eine Meinung; denn sonst hätten wir auch nur eine Einheitspartei. Das wäre das Gegenteil von dem, was wir uns eigentlich vorstellen.

(Beifall FDP und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie sich einmal den Antrag der PIRATEN durchlesen, dann sollen diejenigen, die **Nebentätigkeiten** als Anwalt, als Handwerker, als Landwirt ausüben, auch noch erklären, wie viel Zeit sie dafür aufwenden. Herr Kollege Voß könnte vielleicht einmal erklären, wie viel Zeit es in Anspruch nimmt, die Kühe zu melken, und ich könnte dann bei jedem Mandat erklären, wie viel Zeit ich in Anspruch nehme, um das Mandat auszuüben. Das Interessante ist: Irre ich mich in der Zeit, werde ich mit einem Bußgeld belegt, denn das ist eine **Ordnungswidrigkeit**. Ich kann also mit einem Straf- oder Bußgeld belegt werden, das der Landtagspräsident festsetzt. Was

(Wolfgang Kubicki)

für eine Vorstellung von einem freien Parlament, von freien Abgeordneten bei der Mandatsausübung hier!

(Beifall FDP, SSW, vereinzelt CDU und SPD)

Herr König, ich sage Ihnen: Die Anwesenheit allein, also 40 Stunden im Parlament, oder die Anmeldung des Wohnsitzes hier rechtfertigen es noch nicht, dass die Menschen draußen glauben, dass Sie Ihre Arbeit sinnvoll erledigen.

(Beifall FDP)

Wenn ich mir überlege, was die Abgeordneten der PIRATEN in Berlin machen, wo sie den dortigen Senat mit Anfragen wie dieser traktieren wie: „Ist Berlin für den Fall einer Zombie-Katastrophe gerüstet?“,

(Heiterkeit FDP)

dann kann ich nur sagen: Die Anträge, die Sie hier gerade vorgelegt haben, entsprechen der Qualität dieser Anfragen. Deshalb werden wir uns intensiv im Innen- und Rechtsausschuss mit dieser Frage beschäftigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei aller Wertschätzung: Freiberufler, Handwerker, Selbstständige und Landwirte müssen im Prinzip das **Risiko ihres eigenen Gewerbes** tragen, wenn sie im Parlament sitzen. Die meisten von ihnen müssten jemand anderen beschäftigen, der ihre Arbeit erledigt, weil sie dann, wenn sie nach vier oder fünf Jahren aus dem Parlament ausscheiden müssen, nicht vor dem Nichts stehen dürfen.

Öffentlich Bedienstete stehen nicht vor dieser Situation. Vielleicht sollten wir einmal die Frage klären, ob diejenigen, die aus dem öffentlichen Dienst kommen, nicht ausscheiden müssen, wenn sie ins Parlament gehen, also das eigene **Berufsrisiko** übernehmen müssen wie alle anderen auch. Als hier jemand als Geschäftsführer aus seinem Unternehmen ausgeschieden ist, musste er für den gleichen Betrag, den er hier bekommen hat, jemand anderen in seinem Unternehmen beschäftigen. Das ist die Frage, die wir klären müssen: Wen wollen wir eigentlich mit welchen Risiken im Parlament haben? Dies sollten wir in Ruhe und in Sachlichkeit beraten und nicht mit solchen Anträgen, wie Sie sie vorgelegt haben.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich dem Herrn Kollegen Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Ich schwöre, meine Pflichten als Abgeordneter gewissenhaft zu erfüllen, Verfassung und Gesetze zu wahren und dem Lande unbestechlich und ohne Eigennutz zu dienen.“

Das ist die Eidesformel, nach der wir unser Mandat in diesem Parlament ausüben. Ich habe keinen Zweifel daran, dass alle Abgeordneten dieses Landtags ihr Mandat entsprechend dieser Eidesformel auch ausüben.

Der vorliegende Gesetzentwurf der PIRATEN strotzt allerdings nur so vor Misstrauen gegenüber den Abgeordneten, dem Parlamentarismus und letztendlich auch diesem Parlament. Schon der Titel des Gesetzes ist dabei verräterisch. Er lautet: „Gesetz zur Sicherung des Vertrauens in die Unabhängigkeit der Mitglieder des Landtags“.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Sichern muss man aber nur etwas, wenn es bedroht ist. Ich sage hier noch einmal ganz klar: Das Vertrauen in die Unabhängigkeit der Mitglieder des Landtags ist nicht bedroht, denn es gibt keinen konkreten Anlass, an der Unabhängigkeit jedes Einzelnen von uns hier zu zweifeln.

(Beifall SSW, Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Im Gegenteil: Nach unserer Auffassung muss erst einmal die **Unschuldsvermutung** gelten, bevor man hier schwere Geschütze auffährt und Abgeordnete zu gläsernen Menschen macht, zu gläsernen Menschen im Übrigen, deren Schaffung sonst mit Recht von den PIRATEN in allen anderen Zusammenhängen immer abgelehnt wird. Nach dem Gesetzentwurf der PIRATEN sollen alle **Einkünfte aus einmaligen und regelmäßigen Tätigkeiten** - auch unter Einbezug von selbstständigen gewerblichen Tätigkeiten - vollständig und einzeln zuordenbar durch Abgeordnete offengelegt werden. Das heißt erstens, dass jeder, der in den Landtag will, gegenüber möglichen wirtschaftlichen Konkurrenten seine vollständigen wirtschaftlichen Verhältnisse und auch die seines Unternehmens preisgeben muss - eine Regelung, die nicht nur während der

(Lars Harms)

Landtagszeit gilt, sondern auch nach der Landtagszeit die geschäftliche Grundlage des Einzelnen massiv beschädigen kann.

(Beifall FDP und Johannes Callsen [CDU])

Der Besitzer eines EDEKA-Ladens gibt sensible Geschäftsdaten - nichts anderes ist sein Gewinn - preis und muss nach seiner Landtagszeit dann unter erschwerten Bedingungen wieder sein Geld am Markt verdienen. Ich glaube nicht, dass das vernünftig ist.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Dr. Breyer, bitte.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege, wenn Sie hier anprangern, dass wir eine vollständige Offenlegung der Geschäftsdaten fordern: Würden Sie mir zugeben, dass zum Beispiel Geschäftspartner oder auch einzelne Transaktionen eines Selbstständigen nach unserem Gesetzentwurf nicht offengelegt werden müssen?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein, das würden wir nicht!)

Lars Harms [SSW]:

Nee, genau das würden wir nicht. Dann müssen Sie Ihren Gesetzentwurf einmal lesen, da steht etwas anderes drin. Das ist ja die Katastrophe.

(Beifall FDP und Astrid Damerow [CDU])

Aber wenn Sie Ihre Gesetzentwürfe schon nicht einmal mehr selbst lesen, dann zeigt das schon, wie Sie an die ganze Geschichte herangehen. Vorhin wurde schon gesagt: Am besten beschäftigen Sie sich wahrscheinlich wirklich einmal mit Zombi-Katastrophen oder Ähnlichem und lassen uns mit solchen Dingen in Ruhe,

(Beifall CDU und vereinzelt FDP - Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist ein guter Vorschlag!)

weil ich wirklich glaube, dass diese Vorstellung, dass Parlamentarier per se schlechte Menschen sind - kriminell und nur sich selbst gegenüber verpflichtet -, nicht die richtige Einstellung ist und auch nicht das richtige Bild, das wir als Parlament nach außen abgeben wollen. Und so sind wir auch nicht.

(Beifall SSW, FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Lars Harms [SSW]:

Nein, ich bin jetzt in Rage, ich möchte jetzt weiterreden. Vielen Dank.

(Martin Habersaat [SPD]: Dein Blutdruck!)

- Ja, mein Blutdruck, ich muss mich ein bisschen zurückhalten.

Ich glaube, dass man zumindest genau überlegen muss, ob wir wirklich diese Art der **Transparenz** haben wollen oder ob es uns nicht mehr interessiert, wo Menschen möglicherweise wirklich konkret bei Entscheidungen in Abhängigkeiten zu Unternehmen und Organisationen stehen. Niemand hat etwas dagegen, wenn man so etwas preisgeben und bei Entscheidungen angeben muss. Das ist in der Kommunalpolitik völlig normal. Ich glaube, kluge Abgeordnete machen das im Vorwege deutlich, wenn sie hier entsprechende Entscheidungen fällen sollen.

Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass wir eine **Transparenzregelung** schaffen wollen, die sich an der **Regelung im Bundestag** orientiert. Diese Regelung auf Bundesebene, durch die in Stufen die Nebeneinkünfte der Abgeordneten komplett aufgeführt sind, scheint ein guter Kompromiss zu sein. Aber auch hier wird natürlich nicht jede mögliche Abhängigkeit abgebildet. So kann man zum Beispiel zu Recht fragen, ob nicht auch Schuldner in einer gewissen Abhängigkeit stehen. Ist derjenige, der einen 250.000-€-Hauskredit bei einer Privatbank hat, möglicherweise abhängiger als derjenige, der bei der gleichen Bank Kapital in gleicher Höhe hat? - Wir werden wohl nie eine Antwort auf diese Frage erhalten,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

weil ich glaube, Abhängigkeit macht sich auch immer an der einzelnen Person fest und daran, ob man sich abhängig machen lässt oder nicht. Deshalb sind Ergebnisse solcher Transparenzregelungen

(Lars Harms)

auch immer nur sehr begrenzt aussagefähig. Auch das sollte man hier ganz klar sagen. Vor diesem Hintergrund bin ich wirklich sehr zurückhaltend - das ist noch nett formuliert -, was den Gesetzentwurf angeht.

Im Übrigen glaube ich auch, dass die Regelung, die die **zeitliche Beanspruchung** bei Tätigkeiten neben dem Mandat offenlegen soll, nun völlig weltfremd ist. Mit dieser Regelung wird unterstellt, dass Abgeordnete, die entgeltlichen oder unentgeltlichen Tätigkeiten nachgehen, ihren Abgeordnetenpflichten nicht ordentlich nachkommen. Meine Erfahrungen hier im Hohen Hause, aber auch gerade in der Kommunalpolitik, sind völlig andere. Ehrenamtlich Tätige und auch Menschen, die weiterhin ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen, sind nicht zwingend weniger gute Abgeordnete. Das Misstrauen, das aus dieser Bestimmung hervorgeht, ist genauso ungeRechtfertigt wie das Misstrauen der PIRATEN gegenüber Abgeordneten im Allgemeinen.

Bei allem, was wir an Transparenzregelungen hinsichtlich des Einkommens und der Tätigkeit von Abgeordneten schaffen wollen, müssen wir immer auch im Auge haben, dass die Abgeordneten auch nach ihrer Abgeordnetentätigkeit Menschen wie du und ich sind. Geht es aber nach den PIRATEN, haben wir dann in Bezug auf Abgeordnete und ehemalige Abgeordnete den gläsernsten Menschen, den man sich überhaupt denken kann, und das, während manch ein PIRAT nicht einmal seine Adresse nennen will - da könnte möglicherweise ein Wähler kommen und nachfragen, was er hier so treibt - und Auskünfte über so etwas Triviales wie sein Geburtsdatum gegenüber dem Bürger dann auch noch verweigert.

Wir sollten in dieser Frage genau auf die **Verhältnismäßigkeit** achten. Unser Bestreben als SSW ist es, wenn man neue Regelungen hierzu schafft, eine möglichst **breite Mehrheit** in diesem Hause zu schaffen. Deswegen finde ich auch das, was die Kollegin Bohn gerade gesagt hat, dass wir gemeinsam etwas auf den Weg bringen wollen, wirklich das Klügste.

(Beifall Johannes Callsen [CDU])

Dass wir einen schönen Kompromiss zwischen Regierung und Opposition finden, ist das Zielführendste, was wir in diesem Hohen Haus machen können.

Dieser Antrag von den PIRATEN ist es jedenfalls nicht. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Rainer Wiegand [CDU]: Mensch Lars, du kannst ja richtig gute Reden halten! Warum verschleierst du das sonst immer? - Hans-Jörn Arp [CDU]: Mit der Rede kannst du sogar bei uns Mitglied werden! - Heiterkeit - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer von der Piratenfraktion.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon sehr interessant, was sich hier für eine Große Koalition bildet, wenn es darum geht, Transparenz in eigener Sache zu verhindern.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Das sagt der Richtige!)

Auch dass die CDU, die gleichzeitig im Zusammenhang mit der Vorratsdatenspeicherung wissen möchte, mit wem wir tagtäglich telefonieren und E-Mails schreiben, hier gegen Generalverdacht antritt, finde ich hochinteressant. Frau Nicolaisen, leider ist es so, dass beileibe nicht alle Abgeordneten in Parlamenten verantwortungsvoll mit ihrem Mandat umgehen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das entscheiden Sie doch nicht! - Weitere Zurufe)

Wir haben eine Reihe von Missbräuchen im Zusammenhang mit **Interessenkonflikten** feststellen müssen.

Wir haben zum Beispiel Abgeordnete, die gleichzeitig Lobbyisten oder gar Geschäftsführer von Industrieverbänden während ihrer aktiven Tätigkeit sind.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wo denn? - Hans-Jörn Arp [CDU]: Wer ist das denn?)

Wir haben Abgeordnete im Bundestag, die bei Banken bezahlte Reden halten, während sie für eine Bankenregulierung öffentlichkeitswirksam eintreten. Wir haben Abgeordnete, die innenpolitisch tätig sind, selbst aber an Biometriefirmen beteiligt sind. So viel zu der Frage, was **Kapitaleinkünfte** damit zu tun haben.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege Kubicki, Sie sind jetzt nicht dran, sondern ich frage den Abgeordneten Dr. Breyer, ob er eine Zwischenbemerkung beziehungsweise -frage des Kollegen Harms gestattet.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Das mache ich.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann hat jetzt Herr Harms das Wort, und nur Herr Harms.

Lars Harms [SSW]: Herr Kollege Breyer, wären Sie so nett, mir mitzuteilen, welche Abgeordnete in diesem Hohen Hause in irgendwelchen Abhängigkeiten in Bezug auf Unternehmen oder Organisationen außerhalb stecken, die Einfluss nehmen auf die Entscheidungen, die diese Abgeordnete in diesem Hohen Haus treffen?

(Beifall SSW, CDU und FDP)

Sie dürfen die Namen gern einzeln nennen und sonst möglicherweise bis morgen schriftlich nachreichen. Das würde mir auch reichen.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Verehrter Herr Kollege Harms, wären Sie bitte bereit, mir mitzuteilen, wie ich Ihnen diese Angaben machen soll, wenn Sie sich gerade gegen deren Offenlegung wehren?

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Dann können Sie es doch nicht unterstellen! - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Breyer, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Harms?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Anders als der Kollege tue ich auch das.

Lars Harms [SSW]: Ich habe mich nur gemeldet, weil Sie mir eine Frage gestellt haben; die will ich Ihnen auch gern beantworten. Ich möchte das nämlich von Ihnen wissen, weil Sie uns allen pauschal unterstellt haben, dass wir hier abhängig sind und Ent-

scheidungen zugunsten von Unternehmen und nicht zugunsten des Landes treffen.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wenn Sie diese Behauptung aufstellen, sind Sie in der Pflicht, auch zu beweisen, dass ein Abgeordneter dieses wirklich getan hat. Ansonsten bitte ich Sie, diese Vorwürfe auch zurückzunehmen.

(Volker Dornquast [CDU]: Genau so!)

- Das, Kollege Harms, bitte ich Sie, den Bürgerinnen und Bürgern zu versuchen zu erklären. Laut Meinungsumfragen ist es nämlich so, dass 76 % der Bürgerinnen und Bürger eine genaue Angabe fordern, von wem Abgeordnete in welcher Höhe Nebeneinkünfte bekommen. Immerhin 20 % sind für eine stufenweise Regelung. Für die Regelung, die bei uns im Moment gilt, nämlich überhaupt keine Transparenz, liegt die Unterstützung bei 0 %. Deswegen ist es auch ein Armutszeugnis, dass Sie in Ihrem Koalitionsvertrag beziehungsweise im Anhang dazu fordern - ich trage das noch einmal sinn gemäß vor, weil das schon längst wieder vergessen wurde -, das Modell Bundestag zu übernehmen, ergänzt um die Pflicht zur genauen Ausweisung der Nebeneinkünfte.

Dass Sie das letztes Jahr in den Koalitionsvertrag geschrieben und bis heute nicht einmal einen Entwurf auf den Weg gebracht haben, ist ein komplettes Armutszeugnis.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie, Frau Breyer - -

(Heiterkeit)

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Mein Geschlecht habe ich angegeben.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich hatte den Eindruck, dass die Kollegin Dr. Bohn eine Bemerkung machen wollte, dann aber davon abließ und jetzt doch wieder der Meinung ist, sie möchte etwas sagen. Deshalb frage ich Sie, Herr Kollege Dr. Breyer, ob Sie die Bemerkung von Frau Dr. Bohn zulassen.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Ja.

(Dr. Patrick Breyer)

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lieber Kollege Breyer, haben Sie gehört und verstanden, dass verschiedene Rednerinnen und Redner von verschiedenen Fraktionen Ihnen gerade versucht haben zu erklären, dass genau das das Ziel ist, genauso wie es im Koalitionsvertrag drinsteht, dass es aber logischerweise Sinn macht, sich die Beratungen auf Bundesebene anzugucken und darauf aufbauend weitere Schritte einzuleiten, genauso wie es in unserem Koalitionsvertrag drinsteht? Können Sie das in irgendeiner Form nachvollziehen?

- Liebe Frau Kollegin, im Koalitionsvertrag steht kein Wort davon, dass Beratungen auf Bundesebene abgewartet werden sollen. Ich habe eben der Debatte umgekehrt entnehmen müssen, dass innerhalb Ihrer Koalition massiv gegen jegliche Veröffentlichungen argumentiert wird, was nichts mehr mit dem zu tun hat, was im Koalitionsvertrag oder im Anhang dazu angekündigt worden ist. Insofern kann ich das nicht bestätigen.

(Zurufe)

Was die Wohnanschrift oder gar der Geburtstag von Abgeordneten mit irgendeiner Transparenz von Interessenverflechtungen zu tun haben soll, bleibt Ihr Geheimnis.

(Zurufe)

Bei der Argumentation komplett neben der Sache liegt auch das Argument, dass Selbstständige nicht mehr ins Parlament einziehen würden. Fakt ist doch, dass noch nie so viele Selbstständige Mitglied des Bundestages waren wie heute, wo eine Offenlegungsregelung längst gilt.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Abgeordneten Kubicki?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte schön!

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Dr. Breyer, da Sie nicht wissen, was die **Wohnanschrift** möglicherweise mit Interessenkonflikten zu tun hat - es wäre vielleicht schon interessant zu wissen, bei welcher Wohnungsbaugesellschaft Sie Mieter sind,

um feststellen zu können, ob Sie in bestimmten Fragestellungen eine bestimmte Haltung einnehmen.

(Peter Eichstädt [SPD]: Oder ob Sie in Kiel oder Lübeck wohnen!)

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Verehrter Herr Kollege Kubicki, aus einer Wohnanschrift sehen Sie nicht, bei welcher Wohnungsbaugesellschaft jemand Mieter ist.

(Zurufe)

Wenn eine Kapitalbeteiligung vorliegt, wäre das nach unserem Gesetzentwurf zu veröffentlichen. Ich will Sie aber auch gar nicht daran hindern, in den Gesetzentwurf aufzunehmen, dass man auch seinen Vermieter veröffentlichen muss. Das können Sie gern beantragen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, es gibt die Anfrage einer weiteren Zwischenbemerkung des Kollegen Habersaat. Gestatten Sie diese?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Auch das, gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte, Herr Habersaat!

Martin Habersaat [SPD]: Herr Kollege, ich darf Ihnen mitteilen, dass meine Erfahrungen in der Hochschulpolitik dieses Landes ergeben haben, dass der Wohnort Kiel, Flensburg oder Lübeck sehr wohl eine Rolle spielen kann.

(Heiterkeit und Beifall)

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Kollege Habersaat, wenn Sie den Gesetzentwurf zur Veröffentlichung von Nebeneinkünften ergänzen möchten durch eine Angabe des Wohnorts, können Sie das gern beantragen. Ich bitte deswegen um konstruktive Begleitung unseres Gesetzentwurfs.

Was für uns nicht akzeptabel ist, ist eine **nicht öffentliche Arbeitsgruppe**, die seit Ewigkeiten zu keinem Ergebnis gekommen ist. Deswegen haben wir diesen Gesetzentwurf öffentlich ins Verfahren gebracht. Ich freue mich darauf, dass der Kollege

(Dr. Patrick Breyer)

Eichstädt eine Beratung im **Ausschuss** angekündigt hat. Wir wollen dazu eine öffentliche Anhörung machen und die Probleme öffentlich und transparent diskutieren, und nicht in einer nicht öffentlichen Arbeitsgruppe.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, der Kollege Eichstädt bittet um eine Zwischenbemerkung. Lassen Sie diese zu?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Gern.

Peter Eichstädt [SPD]: Damit Sie hier nicht ständig Behauptungen aufstellen, die unwidersprochen im Raum bleiben, möchte ich Ihnen Gelegenheit geben zu erläutern, welche geheime, nicht öffentlich tagende Arbeitsgruppe, die sich seit Jahren mit diesem Thema beschäftigt, gemeint ist. Sie muss so geheim sein, dass hier im Hause offensichtlich niemand etwas davon weiß, es sei denn, Sie tagen allein geheim.

(Beifall CDU und FDP - Dr. Heiner Garg [FDP]: Eine Zombiegruppe! - Unruhe)

- Herr Kollege Eichstädt, Ihre Kollegin Frau Bohn hat angekündigt, dass sie es für sinnvoll halten würde, die Fragen im Rahmen einer solchen Arbeitsgruppe zu diskutieren. Wenn es nicht einmal eine Arbeitsgruppe gibt, frage ich mich schon, worauf die Aussage gestützt ist, der Vorwurf sei falsch, dass Sie seitdem nichts getan hätten. Was haben Sie denn getan, wenn es nicht einmal eine Arbeitsgruppe gibt?

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist höchste Zeit, dass wir dieses wichtige Thema - da geht es um Vertrauen in Abgeordnete - endlich in einem transparenten Verfahren angehen. Ich lade Sie ein, an dem Gesetzentwurf mitzuarbeiten, und freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

(Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Stegner von der SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich die Debatte vor Augen führt, die wir hier gerade führen, kommen wir auf das zurück, was die Piratenfraktion hier ganz am Anfang gemacht hat in den ersten Tagungen, nämlich einerseits nur ganz kurz in diesem Hause zu sein, aber andererseits permanent Behauptungen aufzustellen über alle anderen, die man einfach zurückweisen muss, egal ob wir in dem einen oder anderen Punkt unterschiedlicher Meinung sind. Denn Sie werfen einen Blick auf dieses Parlament, der mit dem, was die Kollegen der anderen Fraktionen tun, wirklich nichts zu tun hat. Das muss ich ganz deutlich sagen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Der Gestus der Überheblichkeit steht einem Neuling wirklich schlecht, zumal wenn Sie das nicht einmal für sich selbst gelten lassen. Das wird auch durch die komplette Humorlosigkeit nicht überdeckt, wenn Sie auf das, was der Kollege Habersaat hier kommentiert hat, so antworten.

Wir haben im **Ältestenrat** gesagt, wir wollen uns zusammensetzen und eine **parteiübergreifende Regelung** finden. Das sollten wir bei Spielregeln für dieses Haus generell so halten, weil uns alles andere in der Öffentlichkeit schadet. Das muss man einmal klipp und klar sagen. Da muss man sich zusammenraufen. Wir sind an bestimmten Punkten unterschiedlicher Auffassung, Herr Kollege Kubicki. Die Zusammensetzung des Parlaments soll so sein, wie die Bürgerinnen und Bürger sie wählen, aber wir müssen am Ende Wege finden, die für alle akzeptabel sind.

Herr Kollege Breyer, unabhängig von Wahlprüfbeschwerden will ich deutlich sagen: Wir gehen davon aus, dass dieses Parlament fünf Jahre arbeitet, und bis dahin werden wir mit Sicherheit eine Regelung gefunden haben. Das muss nicht in den ersten sechs Monaten sein. Wir wollen aus guten Gründen abwarten, was der **Bundestag** tut, und gucken uns das an. Da müssen Sie uns überhaupt nicht antreiben.

Im Übrigen ist es kein besonders guter Beitrag zur Lösungsfindung, wenn man selbst einen so absurden Vorschlag vorlegt wie Sie, wo man schon beim Lesen sagen muss: Ein solches Orwell-Parlament möchte ich wirklich nicht haben, wie Sie das hier beschrieben haben.

(Vereinzelter Beifall)

(Dr. Ralf Stegner)

Das ist gruselig, das ist nicht repräsentative Demokratie, sondern das ist Demokratieverachtung, und es ist eine ganze Menge an Überheblichkeit dabei. Die Menschen haben einen Anspruch auf Transparenz, sie haben aber auch Anspruch darauf, dass wir den Kolleginnen und Kollegen unterstellen, dass Sie das einhalten, was Ihnen mit dem Eid vorgelesen worden ist. Wenn man Gründe hat, das zu bezweifeln, muss man die vortragen, aber die permanente Unterstellung schadet uns.

Ich habe schon bei verschiedenen Gelegenheiten, auch wenn Sie über die Geschäftsordnung geredet haben, gesagt: Wir sind nicht in der Situation, dass die repräsentative Demokratie so viel Popularität genießt, dass wir es uns leisten können, permanent dazu beizutragen, den Ruf dieses Hauses zu schädigen. Das will ich ausdrücklich sagen.

(Beifall Klaus Schlie [CDU] und Beate Raudies [SPD])

Den Ruf des Hauses schädigt überhaupt nicht die Debatte in der Sache und die Tatsache, dass man unterschiedlicher Meinung ist. Im Gegenteil, das ist im Parlament das, was wir tun sollten. Aber die Unterstellung, jetzt kämen die Neuen, die erst einmal für Transparenz sind, und alle anderen seien total dagegen, ist ein solcher Unfug, den ich zurückweisen muss. Das gilt übrigens für keine der Fraktionen hier im Hause außer der Piratenfraktion.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Bitte.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Dr. Breyer, bitte!

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Verehrter Herr Kollege Dr. Stegner, haben Sie sich einmal damit beschäftigt, welche **Regelungen** zur Offenlegung von Nebeneinkünften in **anderen Ländern** dieser Welt gelten? Ist Ihnen bekannt, dass in einer Vielzahl von Ländern, sei es in den USA, sei es Großbritannien, sei es sogar Russland, sei es Südafrika,

(Zurufe)

schon längst eine Pflicht zur betragsgenauen Veröffentlichung aller Nebeneinkünfte gilt? Wenn Sie dies bestätigen, würden Sie dann

Ihren Vorwurf aufrechterhalten, dass unsere Regelung ein orwellsches Parlament schaffen würde oder gar demokratieverachtend wäre? Werfen Sie den Ländern, die eine solche Transparenz vorsehen, vor, demokratieverachtende Regelungen erlassen zu haben?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr verehrter Herr Kollege Dr. Breyer, ich wünsche mir die meisten parlamentarischen Regelungen aus Russland und Südafrika hier nicht;

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

manches aus den Vereinigten Staaten von Amerika übrigens auch nicht, obwohl das eine alte Demokratie ist. Ich habe da drei Jahre gelebt. Da gibt es vieles, wo ich sagen muss: Der Parlamentarismus in der Bundesrepublik Deutschland ist mir durchaus lieber als das eine oder andere, zum Beispiel die Voraussetzungen, ins Parlament zu kommen. Die Kapitalvoraussetzungen sind in Deutschland glücklicherweise noch andere als in den USA, um ein Beispiel zu nennen.

Der Punkt kann doch nicht derjenige sein, dass Sie sagen, es gebe Regelungen in anderen Systemen, die näher an dem sein mögen, was Sie sagen. Das spricht im Übrigen nicht für Ihren Gesetzentwurf, sondern teilweise richtig dagegen - um es einmal deutlich zu sagen. Denn die Länder, die Sie genannt haben, haben, was den Weg zur Demokratie angeht, in Teilen noch ein bisschen etwas vor sich, so wie Sie noch ein bisschen etwas vor sich haben - glaube ich -, bis Sie verstanden haben, wie die Fraktionen hier im Hause arbeiten. Da gibt es auch noch ein bisschen etwas, was Sie darüber lernen könnten.

Worum es mir geht, ist, dass der Gestus, den anderen zu unterstellen, sie seien überhaupt gar nicht willens, über **Transparenz** zu reden, Ihnen überhaupt nicht zusteht. Sie haben ja nicht einmal die Erfahrung, das beurteilen zu können, weil Sie erst wenig inhaltlich zu dem beigetragen haben, was hier im Haus stattfindet, aber schon ganz viele **Geschäftsordnungsdebatten** angezettelt haben. Die Vorwürfe, die uns hier gemacht werden, haben mit der Realität nichts zu tun. Ich fürchte übrigens, Herr Kollege Dr. Breyer, dass die Transparenz dieses Hauses ausreicht - Sie werden es feststellen -, damit die PIRATEN nach der nächsten Wahl nicht mehr im Parlament vertreten sein werden. Es wird Ihre Leistung, die Sie hier bringen, beurteilt werden, und nicht so sehr die Anträge, die Sie stellen.

(Dr. Ralf Stegner)

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP] - Heiterkeit
CDU und Ministerpräsident Torsten Albig)

- Ich gebe zu, der FDP ist es manchmal noch gelungen, dass sie reingekommen ist, aber bei den PIRATEN sehe ich da eher schwarz.

Abschließend sage ich für meine Fraktion, wie auch die Kollegin Bohn und der Kollege Harms gesagt haben, dass wir willens sind - nachdem wir überprüft haben, was der Deutsche Bundestag gemacht hat -, mit allen Fraktionen hier im Haus darüber zu reden, ob wir zu mehr Transparenz kommen können. Das geht gänzlich ohne Unterstellung gegenüber Einzelnen. Dann können wir zu einer vernünftigen Lösung kommen, die das Parlament insgesamt stärkt. Es wäre schön, wenn die Piratenfraktion am Ende nicht die einzige ist, die außen vor ist. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abgeordneter Astrid Damerow das Wort.

Astrid Damerow [CDU]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Breyer, es ist jetzt schon mehrfach der Fall gewesen, dass Sie an diesem Platz hier Halbwahrheiten in den Raum stellen, die Sie nie korrigieren. Das ist unerträglich. Seit nahezu Anbeginn Ihrer Zeit hier im Parlament tun Sie das in schöner Regelmäßigkeit. Ich erinnere an die **Diätendebatte**, bei der Sie sich hier hingestellt haben und einfach behauptet haben, wir hätten die höchsten Diäten bundesweit. Damals haben wir noch angenommen, Sie hätten keine Ahnung. Nun sind Sie aber seit über einem Jahr hier, und da erwarten wir dann doch etwas mehr Kompetenz

(Lachen Lars Harms [SSW])

und zumindest auch etwas mehr das Bemühen, sich mit den Sachverhalten vertraut zu machen.

(Vereinzelter Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was Sie hier heute abgeliefert haben, ist allerdings der Gipfel der Perfidie. Sie erwecken hier den Eindruck - und Sie behaupten es sogar noch -, es gebe hier **Abgeordnete**, die gebunden seien und in ihrer **Entscheidungsfindung nicht mehr frei**. Sie haben aber nicht den Mumm in den Knochen, dann auch

Ross und Reiter zu nennen. Sie behaupten nur einfach wolkig etwas.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich kann wirklich allem, was Herr Kollege Dr. Stegner eben gesagt hat, voll und ganz zustimmen. Das passiert weiß Gott selten, aber heute hat er recht. Das Gleiche gilt für das, was der Kollege Lars Harms gesagt hat. Wir wissen alle, dass wir in unserer Bevölkerung durchaus ein **Akzeptanzproblem** gegenüber Politik haben. Diese Diskussionen, die Sie hier permanent anzetteln, erwecken auch ständig den Eindruck, dass Abgeordnete faul, dumm, schlecht

(Rainer Wiegard [CDU]: Geldgierig!)

- und geldgierig - sind, hohe kriminelle Energie haben und ansonsten nutzloses Gesindel sind. Ich kann nicht begreifen, warum Sie dies tun. Wo ist denn Ihr Beitrag, Ihr wirklich tatsächlicher Beitrag, um Politik draußen bei den Bürgern wieder akzeptabel zu machen?

(Beifall Heike Franzen [CDU])

Was Sie tun, ist unverantwortlich. Sie sollten sich einmal überlegen, ob Sie überhaupt zum Wohl Schleswig-Holsteins agieren. - Danke sehr.

(Anhaltender Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann die Aussagen des Kollegen Dr. Stegner nicht so stehen lassen.

(Heiterkeit - Lars Harms [SSW]: Du kannst
ihn auch mal loben!)

- Kommt gleich. Ich hoffe, das schadet seiner Karriere nicht.

Herr Dr. Stegner, wir sind uns in vielen politischen Fragen mit Sicherheit nicht einig, aber meine Erfahrung mit Ihnen - das will ich sagen, ohne dass ich jetzt antichambrieren will - in Parlamentsfragen, in den Fragen des **Selbstverständnisses dieses Parlaments**, seiner Regelungen, seiner Abgrenzung gegenüber der Exekutive, habe ich bisher nicht feststellen können, dass die Distanz zwischen

(Wolfgang Kubicki)

uns beiden unüberbrückbar ist. Ich bin auch sicher, dass die Distanz in der Frage von Transparenzregeln nicht unüberbrückbar sein wird. Ich möchte nur einmal darauf hinweisen, wie schnell man ein Kind mit dem Bade ausschütten kann, wenn man zu viel des Guten will.

Was ich noch sagen will - und da beteilige ich mich an dem, was alle anderen gesagt haben: Den Eindruck, den Sie, die PIRATEN, hier erwecken, ist der, dass dieses Parlament aus Abgeordneten besteht, die korruptiv veranlagt sind. Es geht nicht um die Frage, welche Interessen unter Umständen noch Geltung haben können.

Wir wissen, dass der Kollege Baasch bei der AWO ist und freuen uns darüber. Wir wissen, warum er sich so entscheidet, weil er damit auch einen Teil seiner Kompetenz und seiner Erfahrung einbringen kann. Wir wissen, dass der Kollege Eichstädt beim NDR unterwegs ist, und trotzdem würde bei uns niemand auf die Idee kommen und sagen, dass er beim nächsten Staatsvertrag nicht mitwirken dürfe. Wir wissen, dass Abgeordnete Landwirte sind -

(Beifall Hauke Götsch [CDU])

dankenswerterweise haben wir noch welche, die selbstständig, freiberuflich, handwerklich tätig sind, wenn es mittlerweile auch relativ wenige sind -, und wir würden nie auf die Idee kommen, sie dürften bei Landwirtschaftsfragen nicht mitwirken - weil sie im Zweifel über ihr eigenes Schicksal entscheiden.

Herr Dr. Breyer, der **Sinn der Demokratie** besteht darin, dass verschiedene Menschen mit verschiedenen Interessenlagen aus **verschiedenen Berufsgruppen** ins **Parlament** kommen und hier offen miteinander debattieren und Argumente austauschen. Ich bin sicher, dass zum Schluss **Argumente** zählen und nicht Abhängigkeiten, es sei denn, man hat Parteiabhängigkeiten, und das ist das, was die Menschen draußen am wenigsten wollen. Sie wollen Charaktere, die ihre Meinung sagen, die offen für ihre Meinung streiten, die man identifizieren kann, und sie wollen nachvollziehen können, wie eine Entscheidung aufgrund von Argumenten zustande kommt und nicht aufgrund vom dauernden unterschwelligen Infragestellen der parlamentarischen Arbeit, wie Sie es in der Vergangenheit seit einem Jahr in fast allen Ihren Beiträgen betreiben.

Fällt Ihnen gar nicht auf, dass Sie nach außen dauernd den Eindruck erwecken, es bedürfte der PIRATEN, um hier einen Hort der Kungelei aufzubrechen, der ansonsten nicht im Interesse des Landes gehandelt hätte, nicht im Interesse der Menschen

gehandelt hätte, sondern nur im eigenen Interesse? - Das ist wirklich ungehörig.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Selbstverständlich, obwohl ich nicht glaube, dass ihn das weiterbringen wird.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Dr. Breyer, bitte.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege Kubicki, erlauben Sie es mir doch, es zu versuchen, Sie weiterzubringen. Sie haben eben über den Sinn der Demokratie referiert. Sind Sie der Meinung, dass es der Sinn der Demokratie ist, dass es Abgeordneten möglich ist - wie es im EU-Parlament geschehen ist - gegen Bezahlung Änderungsanträge von interessierten Industrieverbänden unterzubringen und mit auf den Weg zu bringen,

(Zuruf SPD: Das war doch in Brüssel!)

ohne dass solche **Nebentätigkeiten** und **Nebeneinkünfte** offengelegt werden?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Dr. Breyer, ich halte es grundsätzlich für unzulässig und für unverschämt, wenn sich Abgeordnete ihr Abstimmungsverhalten - es ist übrigens verboten und auch strafbar - von anderen abkaufen lassen. Das muss auch verfolgt werden. Ich halte es genauso für unzulässig, dass Sie dauernd mit Beispielen aus Südafrika, Russland oder aus dem EU-Parlament kommen, um die Arbeit dieses Parlaments zu klassifizieren.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Dr. Breyer, ich weiß - und das sage ich jetzt noch einmal nachdrücklich -, dass ich deutlich älter bin als Sie. Da ich aber nicht weiß, wann Sie geboren sind,

(Lachen Hauke Götsch [CDU] und Christopher Vogt [FDP])

(Wolfgang Kubicki)

weiß ich nicht, ob es bei Ihnen noch Naivität ist oder mangelnde Kenntnisnahme der Wirklichkeit. Ich finde es nur sehr bedauerlich für dieses Parlament, weil es das Klima im Miteinander extrem un schön gestaltet. Sie sollten auch in Ihrem Eigeninteresse damit aufhören, nach außen den Eindruck zu erwecken, in diesem Parlament säßen Menschen, die nur an sich selbst denken würden, außer den PI-RATEN, die im Zweifel an alle anderen denken, nur nicht an sich selbst. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf, Drucksache 18/608 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist dieses einstimmig so beschlossen.

Bevor wir fortfahren, teile ich Ihnen mit, dass sich die Parlamentarischen Geschäftsführer darauf verständigt haben, den Tagesordnungspunkt 17, Asylrecht weiterentwickeln - Teilhabe und Chancen verbessern - Ressentiments bekämpfen, morgen in die Tagesordnung nach den gesetzten Tagesordnungspunkten 14 und 37 beziehungsweise 11 einzuordnen. Das würde dann bedeuten, dass dieser Tagesordnungspunkt 17 morgen Vormittag beraten wird.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP] - Lars Harms [SSW]: Das war eine geheime Runde!)

Ich rufe als letzten Tagesordnungspunkt für den heutigen Tag den Tagesordnungspunkt 15 auf:

Parteilpolitische Neutralität von Schulen wahren

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/583

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Frau Abgeordneter Anita Klahn von der FDP-Fraktion das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In den §§ 4 Abs. 10 sowie 29 Abs. 5 des Schulgesetzes ist unmissverständlich festgelegt,

wie sich **Parteien an Schulen** betätigen können. Ich betone an dieser Stelle, dass wir Liberale politische Diskussionsveranstaltungen als Unterrichtsveranstaltungen durchaus befürworten. Sie dienen letztendlich dazu, dass Schülerinnen und Schülern unsere Demokratie nähergebracht wird. Damit sind wir uns - denke ich - fraktionsübergreifend einig, dass das auch zukünftig noch möglich sein soll. Das Schulgesetz ist dabei in einem Punkt ganz klar: Schule darf Sachverhalte keinesfalls politisch einseitig behandeln und muss sich **parteilpolitisch neutral** verhalten.

Anlass zu unserem Antrag waren Berichterstattungen aus dem Dezember 2012, wonach auf Einladung der SPD-Europaabgeordneten Ulrike Rodust, des Segeberger SPD-Bundestagsabgeordneten Franz Thönnies sowie des SPD-Landes- und -Fraktionsvorsitzenden Dr. Ralf Stegner **Diskussionen zum Thema „Europa“** an mindestens drei Schulen stattfanden, ohne dass eine weitere Partei eingeladen war und daran auch nicht teilnahm.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Unerhört!)

Jetzt könnte man natürlich denken, der Aufhänger war **Europa**, dass schwebt über den Parteienwettbewerb und sei deshalb unproblematisch. Nein, ein Blick auf die Homepage der Abgeordneten Hiller-Ohm zeigt, dass es noch um ganz andere Fragen ging, wie zum Beispiel Mindestlohn, Atomausstieg, Reichensteuer oder das Steuerabkommen mit der Schweiz - hochpolitische Themen also, über die man gut streiten kann, wo eine parteilpolitische Neutralität angebracht gewesen wäre. Wer einen Beweis braucht, dass auch EU-Themen kontrovers diskutiert werden können, den erinnere ich an die gerade geführte Debatte zur Haushaltspolitik der EU.

Anders als das Ministerium mit der Antwort auf die **Kleine Anfrage** versuchte darzustellen, zeigt sich in der Sachlage, dass es sich um eine SPD-Veranstaltungsreihe in Schulen während der Schulzeit handelte, an der alle Schüler einer gewissen Jahrgangsstufe teilzunehmen hatten und in der einseitig SPD-Positionen vertreten wurden.

(Zurufe CDU)

In der Antwort auf eine diesbezügliche Kleine Anfrage vertritt die von der SPD ins Amt berufene Ministerin für Bildung und Wissenschaft die gewagte Auffassung, dass in dem Vorgang kein Verstoß gegen das **schulische Neutralitätsgebot** bestehe.

(Anita Klahn)

Der unabhängige **Wissenschaftliche Dienst** des Schleswig-Holsteinischen Landtages stellt dazu in einem Gutachten eindeutig fest, dass es im höchsten Maße zweifelhaft ist, ob ein politisches Gleichgewicht hergestellt werden kann, wenn das Podium nur einseitig von einer Partei besetzt wird. Die parteipolitische Neutralität von Schulen ist insbesondere dann nicht gegeben, wenn Schulen Veranstaltungen durchführen, die als Teil einer von einer Partei durchgeführten Kampagne zu sehen sind. Die Schule bietet somit einer Partei eine Bühne für schulrechtswidrige Parteiwerbung.

Besonders pikant ist auch, dass das Ministerium im gleichen Zeitraum, aber in einem anderen Zusammenhang, **Schulleitern** davon abrät, an einer abendlichen **CDU-Veranstaltung** teilzunehmen, weil dies dem Neutralitätsanspruch von Schule widerspreche.

Ich stelle fest: Das von der SPD geführte Bildungsministerium billigt entgegen den Vorgaben des Schulgesetzes mehrere schulische Veranstaltungen, an denen nur - oh Wunder - SPD-Vertreter teilgenommen haben. Während das Ministerium also SPD-Wahlveranstaltungen vor Schülern während der Schulzeit erlaubt, rät das Ministerium gleichzeitig Schulleitern, also Erwachsenen, nicht an abendlichen CDU-Veranstaltungen teilzunehmen. Nebenbei sei erwähnt, dass es die SPD ist, die das Wahlalter auf 16 Jahre absenken will.

(Zuruf Lars Winter [SPD])

Bei allem Respekt: Was läuft hier? Das hat doch alles, wie man so schön sagt, mehr als ein Geschmäckle.

(Beifall FDP)

Das ist die alte Olaf-Scholz-Denke der SPD, die die Lufthoheit über den Kinderbetten fordert.

(Lachen SPD)

Und was in den Kinderbetten beginnt, soll dann in den Klassenzimmern fortgesetzt werden.

Frau Ministerin Wende, wir haben von einem Missbilligungsantrag Ihnen gegenüber abgesehen, da Sie noch neu im Amt sind und vielleicht nicht mitbekommen, was alles hinter Ihrem Rücken vorgeht. Wir erwarten aber, dass Sie in Ihrem Haus aufräumen und dem Schulgesetz endlich Geltung verschaffen!

(Beifall FDP und CDU)

Es kann nicht sein, dass die Schülerinnen und Schüler dieses Landes parteipolitisch instrumentalisiert

und zu reinen Wahlkampfzwecken missbraucht werden.

Inzwischen habe ich vernommen, dass einige Fraktionen Beratungsbedarf im Ausschuss angemeldet haben. Daher versperre ich mich nicht einer Überweisung. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Heike Franzen.

Heike Franzen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Parteipolitische Entscheidungen haben einen erheblichen Einfluss auf unser Leben und unseren Alltag. Deswegen finde ich es richtig, dass über parteipolitische Entscheidungen auch in den Schulen diskutiert werden muss. Natürlich gehört auch dazu, dass wir mit Politikern vor Ort über Politik ins Gespräch kommen. Ich glaube, dass es auch unsere Aufgabe ist, den jungen Leuten klarzumachen, dass das, was wir an Politik betreiben, durchaus interessant und manchmal auch richtig cool sein kann.

Ein erster Schritt in die richtige Richtung kann sicherlich in den Schulen gegangen werden. Da ist es richtig, dass wir dort mit Landtagsabgeordneten, mit Kommunalpolitikern diskutieren, dass wir einmal den Bürgermeister fragen und mit ihm darüber reden, wie eigentlich Gemeindevertretung funktioniert. Aber es kann nicht sein, dass eine solche Veranstaltung zu einer **parteipolitischen Veranstaltung** wird. Wenn Abgeordnete, wenn Kommunalpolitiker, Bürgermeister in die Schulen gehen, kann es sich um Fragen drehen wie: Wie arbeitet eine Gemeindevertretung? Wie arbeitet ein Landtag? Wie funktioniert ein Gesetzgebungsverfahren? Wie funktioniert die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Parlamenten?

Was nicht sein kann, ist, dass einseitig an Schulen über parteipolitische Inhalte diskutiert wird.

(Beifall CDU, FDP und Anke Erdmann
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich will ein Beispiel herausnehmen, das sehr markant ist und zudem die FDP-Fraktion eine entsprechende Kleine Anfrage gestellt hat. Das ist die Situation der **Willy-Brandt-Schule** in Norderstedt.

(Heike Franzen)

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Die ist auch noch nach einem Sozialdemokraten benannt! Das ist ja schrecklich!)

- Damit habe ich überhaupt keine Probleme. Das war ein anständiger Sozialdemokrat. Das ist längst nicht bei allen der Fall, Herr Dr. Stegner.

Ich will hier deutlich machen, dass es durchaus Fragen gibt. Frau Ministerin, ich fordere Sie auf, in Ihrem Redebeitrag gleich darauf einzugehen und zu versuchen, diese Fragen zu klären. In der Antwort auf die Kleine Anfrage wird dargestellt, dass die Veranstaltung im Rahmen einer **Veranstaltungsreihe** stattfindet, die sich mit **europapolitischen Fragen** auseinandersetzt, die in Fachgremien vorbereitet worden ist. Angeblich sollen weitere Politiker eingeladen werden. So führen Sie es in der Antwort auf die Kleine Anfrage aus. Ich frage mich allerdings schon, ob die **parteipolitische Neutralität** gewahrt ist. Es war ein 13. Jahrgang daran beteiligt, der jetzt gerade in den Abiturprüfungen ist. Das heißt, es wird knapp, diesen 13. Jahrgang entsprechend zu beteiligen. Die gehen nämlich jetzt raus und werden mit Sicherheit parteipolitisch nicht mehr neutral behandelt werden.

Ich will auf das eingehen, was die Schule selber auf ihrer Internetseite zu dieser Veranstaltung veröffentlicht:

„Am 03.12.2012 fand im Zuge der Europawoche der SPD in der Aula der Willy-Brandt-Schule eine Dialog-Veranstaltung statt.“

Hinweise auf eine weitere Veranstaltung oder gar auf eine **Veranstaltungsreihe** finde ich nicht. Ich will deutlich sagen: Die Schule hat wirklich eine top Internetseite. Da kann sich jede andere Schule eine Scheibe von abschneiden, was die alles an Initiativen auf die Beine stellen. Das ist richtig klasse. Aber weitere Veranstaltungen sind hier nicht aufgezeigt.

Da frage ich mich in der Tat: War das eine Veranstaltung der SPD, Frau Ministerin, oder eine der Schule? Hat sich die Schule an die parteipolitische Neutralität gehalten, ja oder nein?

Ich will der Schule gar keinen Vorwurf machen. Auch eine Schule kann sich in der Abwägung ein bisschen schwer tun. Aber Sie, Frau Ministerin, sind das oberste Aufsichtsgremium. Ich fordere Sie heute auf, diese Antworten zu geben.

(Beifall CDU und FDP)

Ich frage Sie: Wie kommen diese unterschiedlichen Aussagen zustande? Wieso findet sich in dem Artikel kein Verweis darauf, dass es eine Veranstaltungsreihe ist? Wenn es eine solche Reihe ist, wird sie sicherlich in Schulgremien beschlossen worden sein. Ich fordere Sie auf zu sagen, wann und wo und in welchen Gremien diese Veranstaltungsreihe beschlossen worden ist.

Ich will aber auch sagen, dass mir der Antrag der FDP, dass es nicht möglich sein soll, dass einzelne **Abgeordnete einzelner Parteien** an einer **Schule** auftreten, zu weit geht. Ich habe es vorhin gesagt: Man kann auch einmal über die Arbeit des Landtages oder der Gemeindevertretung diskutieren. Ich glaube, dass es wichtig ist, mit Schulen abzusprechen, was Inhalt einer solchen Veranstaltung ist. Sicher und klar muss sein, dass es keine parteipolitische Werbung für eine einzelne Partei ist. Insofern möchte ich, dass wir darauf achten, dass wir unsere Schulen in dem Bereich nicht verschrecken. Wir haben viel zu wenig Veranstaltungen über politische Inhalte in unseren Schulen. Ich möchte, dass wir achtsam damit umgehen. Wir brauchen Diskussionen an den Schulen. Deswegen ist es umso wichtiger, die Sachlage hier zu klären.

Ich wünsche mir, dass wir spätestens im Ausschuss zu einer Klärung kommen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Martin Habersaat das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was die pauschale Verdächtigung von Kolleginnen und Kollegen angeht, so fügt sich dieser Tagesordnungspunkt nach meiner Wahrnehmung gut an den letzten.

(Beifall SPD)

Das können also unterschiedliche Fraktionen. - Der Legende nach retteten heilige Gänse im Jahr 387 vor Christus Rom vor dem Untergang, weil sie einen Angriff der Gallier bemerkten und durch ihr Geschnatter alle aufweckten. Heute diskutieren wir, weil die Liberalen einen Angriff der Sozialdemokratie auf die parteipolitische Neutralität von Schulen fürchten und Alarm schlagen. Der Vergleich hinkt natürlich an mehreren Stellen: Erstens sind wir nicht in Rom, zweitens unterstelle ich nie-

(Martin Habersaat)

mandem, eine Gans zu sein, und drittens besteht überhaupt keine Gefahr.

Was ist passiert? - Drei Sozialdemokraten waren in einer Schule zu Gast, um aus der Perspektive dreier unterschiedlicher Parlamente über Europa zu diskutieren. - Super. Schülerinnen und Schüler entwickelten Fragen zu Europa und stellen diese nacheinander Vertretern unterschiedlicher Parteien. Auch super. Frau Klahn, ich finde, es ist schwierig zu sagen: Wenn die nur über Europa gesprochen hätten, dann wäre das nicht so schlimm, aber dort wurde ja über konkrete Themen gesprochen. Europa besteht aus konkreten Themen, und es ist wichtig, das darzustellen.

(Beifall SPD)

Mit dieser **Veranstaltungsreihe** kommt die Schule einer Vereinbarung zwischen der Bundeskanzlerin und den Regierungschefs der Länder nach, die Europa für Schülerinnen und Schüler greifbarer machen wollen. Das ist immer noch super, aber man wittert einen Skandal und schlägt Alarm; zunächst per Kleine Anfrage, dann über eine Befassung des Wissenschaftlichen Dienstes, und nun debattiert das Plenum.

Was ist die Forderung der Liberalen? - **Parteilpolitische Neutralität von Schule**. Selbstverständlich. Nun wollen Sie aber, ganz liberal, **Veranstaltungen mit Vertretern lediglich einer Partei** untersagen. Wohin soll das führen? - Abgeordnete werden unter Generalverdacht gestellt und dürfen nicht mehr allein Einladungen von Schulen annehmen.

(Beifall Bernd Heinemann [SPD])

Ein Vier-Augen-Prinzip wird eingeführt. Frau Klahn, dürfte ich Frau Erdmann mitnehmen oder müsste es eine Vertreterin der Opposition sein? - Oder würden Sie die PIRATEN gelten lassen, denn die stimmen ja manchmal mit der Regierung? - Oder sollen Politiker nur noch mit Schülerinnen und Schülern in Kontakt treten dürfen, wenn alle im Parlament vertretenden Parteien dabei sind? - Das kann doch nicht das Ziel sein.

Wenn dies das Ziel wäre, dann würde ich Sie bitten, nachträglich die Kollegen Hildebrand, Lehnert, Ostmeier, Schröder, Strehlau, Tenor-Alschausky, von Abercron und von Boetticher zu rügen. Die hatten es nämlich in der letzten Legislatur gewagt, den Schulen anzubieten, allein oder zu mehreren in den Unterricht zu kommen und über Politik zu berichten. Herr Lehnert, das geht nicht, wenn Sie dort allein hinwollen. Was fällt Ihnen ein!

(Zuruf - Heiterkeit)

Ich glaube, niemand hier im Saal stellt Agitation und Propaganda in den Mittelpunkt seiner Besuche. Es wurde nicht „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ gesungen. Frau Franzen ist darauf eingegangen: Als Abgeordnete haben wir geradezu die Aufgabe, **für Demokratie und Parlamentarismus zu werben**. Jeder Lehrer, der versucht, Schülerinnen und Schüler für politische Fragestellungen zu interessieren und mit Politikern in regen Austausch zu bringen, gehört belobigt und ebenfalls nicht unter Generalverdacht gestellt. Es darf doch nicht sein, dass Sie lieber Lehrerinnen und Lehrer hätten, die sich nicht für Politik interessieren. Es darf auch nicht sein, dass das einzige Mittel der Wahl, wenn es um Politik und Schule geht, **Podiumsdiskussionen** sind, bei denen Hunderte von Schülerinnen und Schülern in einen Saal getrieben werden und darauf warten, dass es vorbeigeht und dass fünf Menschen vorn auf dem Podium irgendwann damit fertig sind, sich gegenseitig zu korrigieren und zu belehren.

Die geltenden Bestimmungen sind gut. Ganz am Rand: Als Politiklehrer habe ich immer sehr gern Frau Canel in meinen Unterricht eingeladen, und zwar als einzige Abgeordnete. Das waren durchaus Stunden, die Schülerinnen und Schüler für Politik interessiert haben. Die geltenden Bestimmungen sind gut. Der Auftrag von Schule ist unter anderem, junge Menschen zu politischem und sozialem Handeln zu befähigen. Besuche von Politikern sind erlaubt. Sechs Wochen vor einer Wahl gilt für die Politik im Zusammenhang mit solchen Besuchen Zurückhaltung, was die Pressearbeit angeht. Das finde ich sehr vernünftig. Dass Sie die Webseiten der SPD auch außerhalb dieses Zeitraums von sechs Wochen kritisieren, ist Ihr gutes Recht.

Ich finde, wir sollen an die Schulen gehen. Wir sollen diskutieren. Vor allem sollen wir nicht den Eindruck vermitteln, Politik sei irgendwie schmutzig und müsse sich zurückhalten, wenn es um junge Menschen geht, Frau Klahn. Überlassen wir es den Lehrerinnen und Lehrern, diese Diskussion einzuordnen und parteipolitische Neutralität herzustellen.

Ich hoffe, Sie können mir zustimmen. Falls nicht, möchte ich Sie auf eine weitere skandalöse Fährte setzen: Auf der Webseite der Bundesregierung heißt es: Die Bundeskanzlerin und Mitglieder der Bundesregierung werden am 6. Mai Schulen besuchen und dort mit den Jugendlichen über Europa diskutieren, denn an diesem Datum findet der EU-Projekttag 2013 statt. - Gefahr ist in Verzug, Rösler allein in einer Schule, man stelle sich das vor! Falls Sie also einen gesetzlichen Änderungsbedarf sehen, dann handeln Sie schnell und vor dem 6. Mai. Er-

(Martin Habersaat)

klären Sie uns im Bildungsausschuss, wie wir das verhindern können. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Abgeordneter Anke Erdmann das Wort.

(Zurufe Dr. Ralf Stegner [SPD] und Wolfgang Kubicki [FDP])

- Das Wort hat die Kollegin Erdmann und nicht der Kollege Stegner oder Kubicki. Ich darf bitten, ihr zuzuhören.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren leider nicht über eine Frage, die die Schulen aktuell sehr interessiert, nämlich die **Peilsender an Schulen**, denn dieses Thema läuft ohne Aussprache bei diesem Tagesordnungspunkt, der für die Schulen in der großen Breite überhaupt kein Problem darstellt, wirft sich die FDP ins Zeug, ich muss sagen, das ist total schräg und geht an dem, was die Schulen momentan eigentlich beschäftigt, deutlich vorbei.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Wir haben eine vernünftige **Schulgesetzregelung**: Wir haben im Land 800 Schulen, an denen das im Prinzip reibungslos klappt, in einem Einzelfall gibt es - ich würde sagen - die Heilung eines nicht ganz glücklichen Falls. Wir sehen jedenfalls keinen Regelungsbedarf und dass insbesondere die Liberalen, die sich sonst über jeden Erlass aufregen, der Meinung sind, dass man wegen eines Einzelfalls eine neue Verordnung oder einen neuen Erlass braucht, finde ich völlig schräg und skurril und passt überhaupt nicht in die liberale Linie. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Anita Klahn [FDP]: Wo habe ich das beantragt?)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN erteile ich Herrn Abgeordneten Sven Krumbeck das Wort.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die FDP fordert in dem vorliegenden Antrag die Neutralität von Schulen. Neutralität bedeutet Parteilosigkeit, Sachlichkeit, Unbefangenheit, Unparteilichkeit und Vorurteilsfreiheit. Ich glaube nicht, dass all dies besser formuliert oder klarer festgestellt werden kann, als unser **Schulgesetz** in § 29 dies schon tut. Dort heißt es:

„In den öffentlichen Schulen ist während der Unterrichtszeit die Tätigkeit politischer Parteien unzulässig. Dies gilt nicht im Rahmen der Auseinandersetzung mit deren Meinungsvielfalt nach Maßgabe des Absatzes 4.“

Daran gibt es nichts zu rütteln, das ist das Maß und die Vorgabe aller Dinge. Es ist genau die Norm, auf die sich die FDP im ersten Reflex nicht bezieht, wenn wir nach dem Ursprung des Antrags suchen, denn die FDP nahm einen Vorgang für diese Initiative zum Anlass, der vielmehr Bezug zum Absatz 4 hat. Dieser Absatz sieht vor, dass Veranstaltungen von nicht zur Schule gehörende Personen in oder außerhalb der Schule der Genehmigung der Schulleiterin oder des Schulleiters bedürfen und dass diese nur dann genehmigt werden können, wenn sie von Bedeutung für Unterricht und Erziehung in der Schule sind.

Die Kollegin Klahn hat dies sehr genau in ihrer Kleinen Anfrage, Drucksache 18/416, nachgefragt, und ihr wurde eben dies bestätigt, nämlich dass hier eine Schule nach Absatz 4 gehandelt hat und mit Bezug auf den Europatag, der eine durchaus sichtbare Bedeutung für den Unterricht und die Erziehung hat, eine **Veranstaltung** in Gang gesetzt hat, im Rahmen derer verschiedener Parteien, die in verschiedenen Parlamenten vertreten sind, zu Wort kommen sollen. Begonnen wurde mit drei Parlamentariern einer Partei, die hier zu den Mehrheitsfraktionen zählt.

Nun hat auch der Kollege Dr. Garg in dieser Frage nachgehakt und den **Wissenschaftlichen Dienst** um eine Beurteilung der Vorgänge an der relevanten Schule gebeten. Diese liegt uns als Umdruck 18/965 vor. Die Stellungnahme ist - wie fast immer - interpretationsfähig. Feststellen können wir, dass diese Veranstaltung in der Planung und Organisation nicht eindeutig im Sinne des Schulgesetzes verlaufen ist, denn in der Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes wächst der Eindruck, dass die SPD selbst Veranstalter war. Das ist ein eindeutiger Verstoß gegen das geltende Recht. Was kann das nun zur Folge haben?

(Sven Krumbeck)

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Eine Landtagsbefassung oder eher eine disziplinarische Ermahnung? Ich denke - bei allem Ärger in der Sache -, eher das Letztere. Dass sich immer mal wieder eine Ausnahme von der Regel - die Regel sind schulgesetzkonforme Veranstaltungen - ereignet, ist wirklich ärgerlich. Aber das sollte man rügen.

Eine Befassung im Bildungsausschuss halte ich auch für gut. Wir PIRATEN wollen ein **Mehr an politischer Bildung** und möchten gemeinsam mit Ihnen erörtern, wie das gehen kann. Ich möchte an dieser Stelle ganz ausdrücklich allen Schulen danken, die sich für politische Bildung stark machen, die Konzepte entwickeln, Schülerinnen und Schüler auf politische Teilhabe und Mitbestimmung vorzubereiten. Das ist etwas, was wir PIRATEN noch viel mehr wollen. Wir trauen unseren Schulen da sehr viel zu und haben Vertrauen in ihr verantwortungsvollen Handeln, hier den Grundsätzen des Schulgesetzes auch selber zu folgen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Wir wollen mehr politische Bildung in den Schulen und unterstützen die Schulleitungen darin, hier bereits angelegte Wege zu gehen. Ich frage mich, wenn wir mit dem hier vorliegenden Antrag verpflichten wollen oder können. Die **Schulen** fallen schon einmal heraus, die stehen schon in der Pflicht, und wo sie im Verdacht stehen, sich nicht an diese Verpflichtung zu halten, wird es irgendeiner Fraktion in diesem Haus mit Sicherheit auffallen. Die stehen dann schneller am Pranger, als sie alle gucken können. Die sind mit dem **Schulgesetz** und den Vorgaben im Schulrecht hinsichtlich der parteipolitischen Betätigung an öffentlichen Schulen bestens versorgt.

Worum geht es dann also? Der **Landtag** soll erneut das Signal aussenden, dass im Falle von verpflichtenden Schulveranstaltungen Neutralität geboten ist. Ich bin mir nicht ganz sicher, was damit gemeint sein soll. Soll das bedeuten, dass Abgeordnete des Schleswig-Holsteinischen Landtags oder kommunale Mandatsträger nur dann eine Schule besuchen dürfen, wenn auch andere Fraktionen Vertreter entsenden? Wohl kaum, denn niemand von uns will sich des Rechts berauben, von sich aus unsere Schulen zu besuchen.

Es geht hier eher um den Fall, dass Veranstaltungen in der Schule, die von der Schule ausgehen, die **politische Meinungsvielfalt** besonders berücksichtigen sollen. Unter politischer Bildung verstehe ich, dass man Schülerinnen und Schüler umfassend in-

formiert. Aber was genau dient dieser Kernmenge, was sichert die politische Vielfalt? Können wir davon ausgehen, dass diese gesichert ist, wenn die Parteien eingeladen werden, die im Landtag vertreten sind? Was macht die FDP dann mit demokratischen Parteien, die diesen Einzug knapp verfehlt haben? Wir PIRATEN haben diese einschränkende Wirkung im letzten Landtagswahlkampf durchaus zu spüren bekommen, und, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP - sind wir ehrlich -, gemeinsam mit Ihnen sehen wir, was das angeht, in so manchem Bundesland heute alt aus.

(Beifall PIRATEN)

Denn nach manchen Umfragen würden auch die Liberalen nicht mehr unter den Begriff der politischen Meinungsvielfalt fallen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die FDP das meint.

Also könnte die politische Vielfalt all die einschließen, die in den Landtagswahlbilanzen unter dem Begriff „Sonstige“ fallen, oder alle die, die zur Wahl zugelassen wurden? Dann haben wir aber das Problem, dass Veranstaltungen in den Schulen kaum mehr zu handhaben sind, ganz abgesehen davon, dass wir dann auch „ganz Rechte“ in den Schulen sitzen hätten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das gemeint ist.

Was gemeint ist, bleibt an dieser Stelle ungenau, und damit ist diesem Antrag schwerlich zuzustimmen. Geradezu überflüssig ist der Hinweis im letzten Absatz, dass nämlich bei der Einladung zu relevanten Veranstaltungen nur je ein Vertreter einer Partei zulässig sein soll. Wenn eine Partei aber sowohl Bundes- als auch Europaabgeordnete stellt und deren Arbeit für die jeweilige Veranstaltung relevant ist, sehe ich keinen Grund, dass wir hier die Meinungsvielfalt einschränken sollten.

(Beifall PIRATEN)

Liebe FDP, ich gebe es unverhohlen zu, auch ich wäre gern in der Situation, immer als erste Wahl in die Schulen eingeladen zu werden. Das ist bei uns PIRATEN aber nicht anders als bei der FDP. Ich stimme auch zu, dass es unredlich ist, wenn die SPD eine Schule zur Selbstdarstellung genutzt hat. Ich betone noch einmal: Eine Schule, die das mitgemacht hat, muss auf ihr Fehlverhalten hingewiesen werden.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU)

Für die Schülerinnen und Schüler kann diese Veranstaltung aber auch nützlich gewesen sein. Wichtiger als alles andere ist mir aber, dass die Schulen ihre Möglichkeiten für politische Bildung nutzen

(Sven Krumbeck)

und dass sie noch viel mehr machen, als das bereits der Fall ist.

Wichtig ist mir auch, dass von uns ein Signal ausgeht, dass wir unseren **Schulleitern** hier **vertrauen**, dass wir auf Ihre Kompetenzen vor Ort bauen, die sich auch in dem Maße spiegelt, wie sie ihre Schüler fitmachen, sich politisch zu engagieren, sich aber auch zu orientieren und fitzumachen für das politische Engagement.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, vom Präsidium geht das Signal aus, dass Sie langsam zum Schluss kommen müssen, weil Sie Ihre Redezeit deutlich überschreiten. Deshalb bitte ich Sie, langsam Ihren letzten Satz zu formulieren.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Ich denke, wir sollten diesen Antrag in den Ausschuss überweisen und über die offenen Fragen noch einmal gründlich diskutieren. - Danke schön.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für den SSW erteile ich der Frau Abgeordneten Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Um ehrlich zu sein, fällt es mir schwer, das **Ziel** des vorliegenden **Antrages** zu erkennen. Der Landtag soll feststellen, dass die parteipolitische Neutralität an Schulen gewahrt bleiben muss. Außerdem soll der Landtag feststellen, dass das Einladen mehrerer Vertreter von nur einer Partei im Sinne des Schulgesetzes unzulässig ist. Ich bin zwar noch nicht so lange Mitglied des Landtags. Aber ich bin mir sicher, dass die **Schulen** in Schleswig-Holstein schon aus **Eigeninteresse** sehr darauf bedacht sind, ihre **parteipolitische Neutralität** zu wahren. Auch im Rahmen meiner langjährigen Tätigkeit als Lehrerin ist mir kein Fall bekannt, in dem eine Schule gegen die Vorgaben des Schulgesetzes zur parteipolitischen Neutralität verstoßen hätte.

Wenn ich also nicht völlig falsch liege, dann zielt dieser Antrag der Kollegin Klahn einzig und allein auf den Auftakt einer **Veranstaltungsreihe** an der **Willy-Brandt-Schule** in Norderstedt. Da es sich

hier ausdrücklich um eine Veranstaltungsreihe - mit Betonung auf „Reihe“ - handelt, kann es nicht besonders verwundern, wenn hier erst einmal auch die FDP nicht eingeladen war. Wenn es hierzu nicht schon eine ausführliche Stellungnahme des Bildungsministeriums gäbe, könnte ich die Motivation für diesen Antrag ja vielleicht noch verstehen. Weil aber eine Kleine Anfrage von Frau Klahn ausführlich und unmissverständlich beantwortet wurde, kann ich die Gründe und die Zielsetzung dieser Initiative beim besten Willen nicht nachvollziehen.

Es wurde doch nicht erst hier und heute klargestellt: Auch Vertreter der FDP sind sicherlich irgendwann herzlich eingeladen. Weil sie aber trotz dieser Information am Antrag festhält, stellt die FDP die Schulen im Land ganz offensichtlich unter **Generalverdacht**. Man tut geradezu so, als würde alle naselang gegen dieses Prinzip verstoßen werden. Weder Schulen noch Schulaufsicht, Presse oder Elternschaft sind nach Einschätzung der Liberalen in der Lage, die Wahrung der parteipolitischen Neutralität durchzusetzen. Hier muss ich entschieden widersprechen. Denn es gibt nun einmal nichts, was diesen Verdacht rechtfertigt. Aus Sicht des SSW ist dieses Verhalten nicht nur unverständlich, sondern schlicht inakzeptabel.

Wenn es um die parteipolitische Neutralität von Schulen geht, dann steht für diese Koalition **Vertrauen** und sicher nicht Misstrauen im Vordergrund. Egal ob Schulaufsicht, Ministerium oder die Schulen selbst, alle sind sich hier bewusst, dass die parteipolitische Neutralität unbedingt gewahrt werden muss. Denn wir alle wissen: Gerade junge Menschen sind leicht beeinflussbar, und es muss verhindert werden, dass Schule für Parteipolitik instrumentalisiert wird. Hier herrscht Einigkeit, und nennenswerte Verstöße gegen dieses Grundprinzip sind zumindest mir nicht bekannt.

Schule hat unter anderem den verantwortungsvollen Auftrag, junge Menschen politisch zu bilden und zur Demokratie zu erziehen. Sie sollen sich in unserer Gesellschaft einbringen, sich Meinungen bilden und diese auch vertreten können. Um dies zu erreichen, ist es absolut sinnvoll und unterstützenswert, wenn Lehrerinnen und Lehrer Veranstaltungen organisieren und damit den direkten Austausch zwischen Schüler und Politiker möglich machen. Der SSW begrüßt das Engagement der Lehrkräfte in dieser Sache ausdrücklich. Wir sehen keinen Grund dafür, diesen Einsatz für unsere politische Kultur in irgendeiner Form zu erschweren oder zu bremsen. Ob es nun umeinander oder gemeinsam passiert, klar ist, dass bei solchen Veranstaltungen selbstver-

(Jette Waldinger-Thiering)

ständig das gesamte politische Spektrum vertreten sein muss, und dies ist meines Wissens eindeutig gewährleistet.

Wenn die FDP mit ihrem Antrag doch ein tiefer liegendes Ziel verfolgt, wenn sie etwa **strengere** oder sogar **neue Regelungen** für diesen Bereich durchsetzen will, dann kann ich nur eins dazu sagen: Für den SSW ist diese Initiative ein absolut unangemessener Versuch, den gesunden Menschenverstand vor Ort durch unnötige Regelungen zu ersetzen.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einen solchen Vorstoß brauchen wir genauso wenig wie weitere Vorschriften selbst.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Ich erteile das Wort für einen Dreiminutenbeitrag dem Abgeordneten Dr. Stegner von der FDP-Fraktion - Entschuldigung, natürlich von der SPD-Fraktion.

(Heiterkeit)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Ich erfülle Ihnen ja viele Gefallen, aber diesen nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin nun der einzige Augen- und Ohrenzeuge der Veranstaltung, über die wir hier reden. Deswegen will ich Sie über diesen „Skandal“ vollständig aufklären.

Was ist da passiert? Habe ich mich gemeinsam mit zwei finsternen Gesellen Rodust und Tönnies, verheimlichend, dass ich in der SPD bin, dort eingeschlichen und habe gesagt: „Lasst uns eine parteipolitische Veranstaltung machen“? - Das habe ich natürlich nicht. Das war eine große Veranstaltung an der **Willy-Brandt-Schule** zum **Thema Europa**. Da wollten die von der europäischen Ebene, von der Bundestageebene, von der Landesebene wissen, wie wir mit Europa umgehen. Der Schulleiter hat gleich zu Beginn in seiner Begrüßung gesagt, dass das natürlich keine parteipolitische Veranstaltung sei, sondern dass es eine Serie von Veranstaltungen sei, zu denen man auch andere einlädt. Dann hat man selbstverständlich mit den Schülern diskutiert.

Wer glaubt, jemand könne so dämlich sein, in eine Schule zu gehen und dort platte parteipolitische Propaganda zu machen, der unterschätzt sowohl die

Intelligenz der Politiker wie die der Schülerinnen und Schüler und der Lehrer. Das will ich hier ganz deutlich sagen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was ist das für eine Rede einer liberalen Abgeordneten, hier so etwas zu unterstellen? Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Ich besuche viele Schulen - ich lasse mir dieses Recht übrigens auch nicht nehmen - in Schleswig-Holstein und anderswo. Da lernt man übrigens etwas dabei, wenn man mit Schülerinnen und Schülern diskutiert. Ich war vor Kurzem in einer deutsch-türkischen Gemeinschaftsschule in Kreuzberg. Da konnte man wirklich etwas lernen über Engagement und über ein paar Dinge, über die wir hier diskutieren.

Ich sage Ihnen: Wir gehen nicht zu viel in Schulen, sondern wir gehen viel zu wenig in Schulen. Das muss man ganz klar sagen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es gibt inzwischen die **Tendenz** vor lauter **Korrektheit**, dass ja auch jeder halbe Millimeter abgebildet wird, dass es in vielen Schulen schon die Entscheidung gibt, in öffentlichen Gebäuden **keine Veranstaltungen** mehr vor Kommunalwahlen zu machen. Das ist skandalös. Das Gegenteil ist richtig zur Stärkung einer repräsentativen Demokratie.

(Vereinzelt Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe überhaupt nichts dagegen, wenn CDU-Abgeordnete allein in Schulen gehen, wenn FDP-Abgeordnete allein in Schulen gehen. Wenn sie werben für Politik und für repräsentative Demokratie, dann ist das gut für uns alle, wenn demokratische Parteien dies tun.

(Beifall SSW)

Also unterstellen Sie doch bitte nicht, dass man das nötig hätte und dass das der richtige Ort wäre, in Schulen zu gehen, um dort billige Parteipropaganda zu machen oder gar Wahlkampf. Die Europawahl ist übrigens Mitte 2014. Diese Veranstaltung, in der es um Europa ging, war im Dezember 2012.

Die Wahlbeteiligung bei der Europawahl ist übrigens schrecklich schlecht, gerade bei jungen Leuten. Dafür zu werben, ist doch vernünftig.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Und diese Albernheiten mit Kleinen Anfragen und Ausforschung! Bitte lieber über Inhalte streiten,

(Dr. Ralf Stegner)

Frau Kollegin Klahn. Das machen wir gern. Aber mit so kleiner Münze hier aufzutreten nach dem, was wir gerade eben hier hatten, sollten Sie sich wirklich überlegen.

Eigentlich muss man über einen solchen Antrag in der Sache abstimmen und die Beratung nicht auch noch im Ausschuss verlängern. Wir machen das trotzdem, wenn Sie es unbedingt wollen. Aber es ist wirklich albern.

Unterschätzen Sie bitte nicht die Intelligenz der Lehrerinnen und Lehrer, die Intelligenz der Schülerinnen und Schüler. Lassen Sie uns alle häufiger in Schulen gehen. Das sage ich meinen Kollegen in der Fraktion auch. Da kann man a) etwas über Politik vermitteln und b) etwas lernen, wenn man mit Schülerinnen und Schülern diskutiert. Es ist gut zu wissen, was in den Schulen los ist.

Der Kollege Henning Höppner könnte Ihnen sicherlich nicht nur darstellen - wenn er hier wäre -, an wie vielen Schulen er schon war - das werde ich in meiner Lebenszeit nie mehr erreichen -, sondern wahrscheinlich auch die Angaben zu den einzelnen Schulen. Selbst das ab und zu zu erfahren, ist für das Parlament nützlich.

Also kein Skandal. Leider wieder nichts geworden, Frau Klahn, mit dem Skandal. Ich verstehe das. Sie sind in der Opposition, aber suchen Sie sich andere Bereiche, wenn Sie Skandale haben wollen. Das ist keiner.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat der Kollege Dr. Heiner Garg von der FDP-Fraktion. - Sie haben drei Minuten Zeit, Herr Kollege.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Dr. Stegner, weder möchten wir Ihnen verbieten, sich in Schulen schlauer zu machen, noch möchte ich mir oder irgendeiner Kollegin das Recht nehmen lassen, Schulen besuchen zu dürfen.

Wenn Sie sich den Antrag der FDP-Fraktion anschauen, dann, liebe Kollegin Erdmann, werden Sie feststellen, dass dort auch nirgends die Rede davon ist, ein neues Gesetz, einen neuen Erlass oder eine neue Verordnung zu schaffen, sondern es geht schlicht und ergreifend um die Frage - ich glaube schon, dass diese einer parlamentarischen Befas-

sung würdig ist -, ob das geltende **Schulgesetz**, das übrigens auch unserer Auffassung nach völlig ausreichend und eindeutig in dieser Frage ist, von der **zuständigen Aufsicht**, repräsentiert durch die Bildungsministerin, auch immer gleich angewandt und durchgesetzt wird. Um diese zentrale Frage, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kollegen, geht es.

(Beifall FDP und CDU)

Es geht im Kern, Herr Dr. Stegner, überhaupt nicht um die Schule, sondern es geht um die Frage - das kann ich Ihnen im Zweifel leider auch nicht abnehmen -: War es eine **Veranstaltung der Schule**, oder war es eine **Veranstaltung der SPD**, wie die Kollegin Hiller-Ohm ja auf ihrer Homepage diese Veranstaltung charakterisiert? Es war eine Veranstaltung im Rahmen der Europawoche der SPD, und ich glaube schon, dass man das Recht hat, hier nachzufragen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie auch der Abgeordneten Erdmann das Recht, nachzufragen, oder wollen Sie den Gedanken zu Ende bringen?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Gern später. Ich möchte den Gedanken gern erst zu Ende bringen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Okay.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Auf die Fragen „Wurden Abgeordnete anderer Parteien aus dem Landtag, dem Bundestag oder dem Europaparlament zu der in der Vorbemerkung beschriebenen Veranstaltung eingeladen? Wenn ja, welche?“ gibt die Bildungsministerin die Antwort:

„Die Veranstaltung markiert den Beginn einer Veranstaltungsreihe im Umfang von voraussichtlich einer Veranstaltung pro Halbjahr; Abgeordnete anderer Parteien werden noch eingeladen.“

Ich glaube, es lohnt sich sehr wohl, nachdem Menschen an der Veranstaltung teilgenommen haben wie Ihre sozialdemokratische Europaabgeordnete, unsere frühere Kollegin Ulrike Rodust, im Ausschuss zu fragen, wie diese **Veranstaltungsreihe** denn ausgesehen hat und welchen Abgeordneten

(Dr. Heiner Garg)

anderer Parteien die Möglichkeit gegeben wurde, ihre europapolitischen Gedanken auszuführen.

Also es ist mitnichten so, dass hier in Zukunft Abgeordneten erschwert werden soll, an Schulen zu gehen. Es geht schlicht und ergreifend darum, ob gleiches Recht für alle gilt, für die Opposition genauso wie für die regierungstragenden Fraktionen. Da zitiere ich Sie immer sehr gern, Herr Dr. Stegner: Das kann sich ja immer relativ schnell ändern.

Jetzt, liebe Kollegin Erdmann, lasse ich selbstverständlich gern Ihre Zwischenfrage zu.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege Garg. - Ich habe nicht davon gesprochen, dass Sie schulgesetzliche Änderungen machen wollen. Aber wenn Sie hier eine Klarstellung zum Schulgesetzparagrafen wollen - das steht ja drin -, dann ist die Frage, wie das in der Schule ankommen soll. Die Schülerinnen und Schüler werden jetzt nicht alle ParlaTV schauen und dieser Debatte lauschen - hoffe ich jedenfalls.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das heißt aber, Sie müssen das logischerweise auf dem Erlasswege klären. Die Schreiben an die Schulen müssen das klarstellen. Das sind Erlasse, über die Sie sonst immer klagen. Das wollte ich nur kurz sagen. Es passt für mich nicht zu einer liberalen Partei, Bürokratie auszuweiten.

- Frau Kollegin Erdmann,

(Christopher Vogt [FDP]: Sie müssen stehen bleiben, Frau Kollegin! - Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich mache nur Dr. Stegner Platz! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Dr. Stegner drängt sich schon wieder vor! Das ist ja unglaublich!)

ich würde Ihrer Auffassung, dass hoffentlich nicht alle ParlaTV schauen, heftigst widersprechen.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In den Schulen, hoffe ich jedenfalls!)

- Ich gestatte auch eine Zwischenfrage des Kollegen Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist sehr freundlich, Herr Kollege Dr. Garg. - Ich glaube, der vermeintliche Widerspruch lässt sich leicht aufklären. Es hat in der Tat eine Europawoche der SPD gegeben. In diesem Rahmen

und auf Initiative der Bundespartei SPD haben wir vielerlei Veranstaltungen und Diskussionen mit Bürgern geführt. Da ging es um das Thema: Wer interessiert sich für Europa? Insofern passte in diese Zeit die Anfrage aus Norderstedt, über Europa miteinander zu sprechen.

Was ich nur nicht verstanden habe, ist, was Sie eigentlich erwarten? Erwarten Sie jetzt, dass im nächsten Halbjahr die FDP eingeladen wird? Wie gehen Sie damit um, wenn zuerst die CDU eingeladen wird, Sie womöglich erst, wenn die schon Abitur gemacht haben, wie Frau Klahn gesagt hat? Das wäre ja richtig bitter. Ist es nicht doch ein bisschen „Pickelhaubenliberalismus“, wenn Sie permanent die Schulbehörde damit beschäftigen wollen, das zu überprüfen? Oder könnten Sie vielleicht auch einfach sagen, Sie sind mit dem Antrag ein bisschen übers Ziel hinausgeschossen, und wir versuchen alle, in Schulen zu gehen, und die Schulen werden das schon selbst beurteilen können? Wenn Sie so viel Angst davor haben, dass da nun drei Sozis auf einem Haufen in Norderstedt gewesen sind, dann will ich gern dazu beitragen, bei der Willy-Brandt-Schule dafür zu werben, dass sie erst einmal drei Liberale einladen, bevor sie die CDU einladen, bevor die Schüler das Abitur gemacht haben. Dann wird es richtig nach oben mit Ihnen gehen.

- Herr Kollege Dr. Stegner, Sie müssten mich eigentlich besser kennen. Ich habe weder vor drei noch vor 10 noch vor 23 Sozis Angst, sondern ich empfinde es immer ausgesprochen als Bereicherung.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Bei Frau Redmann muss ich mir noch überlegen, ob ich vor ihr in Zukunft Angst haben muss. Aber Sie wissen doch, dass ich das stets als Bereicherung empfinde.

Es geht aus meiner Sicht ganz im Ernst um die Frage, ob das Schulgesetz tatsächlich vom **Bildungsministerium** in jedem Punkt parteipolitisch neutral ausgelegt und angewandt wird. Ich finde, über diese Frage kann man anhand der vorgelegten Papiere, die Sie ja haben, diskutieren. Sie kennen die Stellungnahmen des Wissenschaftlichen Dienstes. Sie wissen, dass der Wissenschaftliche Dienst dort im Hinblick auf die parteipolitische Neutralität sehr wohl Zweifel angemeldet hat. Insofern finde ich es in Ordnung, dass man das nach einer parlamentari-

(Dr. Heiner Garg)

schen Befassung im Ausschuss noch einmal in aller Ruhe und unaufgeregt miteinander bespricht.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Stegner hat noch eine Nachfrage.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir haben noch Termine!)

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wenn ich darf und dabei das Copyright der Kollegin Erdmann nicht verletze, darf ich das, was sie in ihrem Beitrag gesagt hat, in eine Frage an Sie kleiden. Herr Kollege Dr. Garg, glauben Sie, dass unsere momentane **Hauptsorge** hinsichtlich der **Bildungspolitik** ist, sowohl den Wissenschaftlichen Dienst als auch das Ministerium mit der Frage zu befassen, ob die Vorgabe der **parteilpolitischen Neutralität** überall eingehalten wird, oder glauben Sie nicht vielleicht auch, dass die Schulen ganz andere Sorgen haben als die Verletzung der Vorgabe der parteipolitischen Neutralität, dass sich die Schulen vielmehr wünschen, dass häufiger Abgeordnete aus diesem Parlament kommen, um mit ihnen über Politik zu reden, und dass auch wir davon lernen könnten? Könnte es nicht auch so sein, Herr Kollege Dr. Garg?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ich freue mich sehr darauf, weiterhin Schulen besuchen zu dürfen und mit ihnen über die brennenden Probleme dieses Landes zu diskutieren, Herr Dr. Stegner.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Über die Lehrerbesehung beispielsweise!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Abgeordneten Detlef Matthiessen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin entsetzt über die FDP, die einen solchen Antrag gestellt hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Bist du gerade aufgewacht?)

Das zielt ab auf den Generalverdacht, den die PIRATEN hinsichtlich Bestechlichkeit, Interessenver-

flechtungen und so weiter haben. Der Wahn besteht darin, jeder Abgeordnete, der auf die Schüler losgelassen wird, ohne einen Abgeordneten anderer Couleur an seiner Seite zu haben, würde die **Schüler** ewig **indoktrinieren**. Ich wollte nur einmal darauf hinweisen, meine Damen und Herren.

Ich bin schon lange in diesem Parlament. Ich habe schon zahlreiche Besuchergruppen gemeinsam mit anderen Abgeordneten begleitet. Ich sage denen nicht immer, aber sehr häufig: Sie können uns auch in die Schulen einladen, einzeln oder gemeinsam. - Ich stelle fest, alle Kollegen nicken.

Nun dazu, warum ich mich eigentlich zu einem Dreiminutenbeitrag gemeldet habe. Ich habe mir die Frage gestellt, was die FDP mit diesem Antrag will. Herr Dr. Garg hat das so ein bisschen aufgeklärt. Sie sehen in einem **Einzelfall** einen möglichen **Verstoß gegen** die Regeln des **Schulgesetzes**. Dabei sei die vorgeschriebene Neutralität nicht gewahrt worden. Wenn dem so ist, dann geben Sie doch bitte der entsprechenden Behörde einen Hinweis, damit sie dort tätig werden kann. Belästigen Sie aber bitte nicht das Hohe Haus mit einem solchen Antrag. Wo leben wir denn?

(Zurufe CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich war schon oft in Schulen, zum Beispiel vor Wahlen, wenn sämtliche Kandidaten dort auftreten. Sehr häufig habe ich aber auch alleine zum Thema Energiewoche an der dänischen Schule in Flensburg oder zum Atomausstieg beim Domgymnasium Schleswig gesprochen. Wenn Herr Rickers eingeladen wird zum Thema „Der Bauernhof zwischen Romantik und Unternehmertum“; dann soll er doch dort hingehen. Darüber freue ich mich sogar. Er wird dann natürlich nicht „grün pur“ vortragen.

Das Problem ist doch ein anderes. Wir haben Probleme, bei Kommunalwahlen unsere Listen zu füllen.

(Unruhe)

- Warum ist das eigentlich so unruhig? Ist es so lustig, was ich hier erzähle?

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Schau doch auf die Uhr! Der hat schon längst überzogen!)

Wir leiden doch nicht, wie die PIRATEN meinen, unter einem **Transparenzmangel**, sondern wir leiden unter einem **Mitmachmangel**, unter einem **Aktivitätsmangel**. Sie stellen einen Antrag, der nur darin münden kann, dass die Lehrer hoch verunsichert sind, ob sie überhaupt noch Abgeordnete ein-

(Detlef Matthiessen)

laden können, weil dadurch möglicherweise irgendeine Neutralität verletzt wird.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das ist doch „hirni“, liebe FDP. Kassieren Sie Ihren Antrag ein! Der ist es wirklich nicht wert, dass wir darüber noch ein Wort verlieren. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ein weiteres Wort darüber verlieren möchte der Kollege Tobias von Pein. Ich erteile ihm das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit und Fairness gegenüber den Kolleginnen und Kollegen, die sich zu Wort gemeldet haben. Außerdem weise ich darauf hin, dass es mit Sicherheit schneller geht, wenn Sie jetzt alle Ihre privaten oder auch anderen aufgeregten Gespräche einstellen und Herrn von Pein ein Ohr leihen.

Tobias von Pein [SPD]:

Ich habe einmal gehört, man soll so lange stehenbleiben, bis es ruhig ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe das Gefühl, das ist so ein bisschen eine Angstdebatte. Wir haben bisher nur darüber gesprochen, was passiert, wenn Parteien an Schulen gehen, und wie das beeinflusst werden kann. Ich denke, das geht an den tatsächlichen Umständen vorbei. Als junger Mensch, der für die Landtagswahl kandidiert hat, durfte ich an vielen Schulen im ganzen Land mit dabei sein. Ich habe immer das Gefühl gehabt, dass jede Schule darauf geachtet hat, die Neutralität zu wahren, auch wenn manche Parteien nicht teilnehmen konnten, weil terminliche Gründe dagegen gesprochen haben.

Ich saß zum Beispiel gemeinsam mit Herrn Koch auf einem Podium. Dort waren aber nur drei Parteien vertreten. Ist das dann noch ausgewogen?

Daher frage ich mich wirklich, was eigentlich bei den Schülerinnen und Schülern passiert. Trauen wir ihnen das nicht zu? Es wurde davon gesprochen, dass Kinder leicht zu beeinflussen seien. Ich finde, wenn man **politische Diskussionen zur Landtagswahl** in einer **Schule** führt, dann betrifft das meistens die 16- bis 17-Jährigen und Ältere. Man kann

nicht davon ausgehen, dass diese Schülerinnen und Schüler, die zuvor auch einen Wirtschaftspolitikunterricht besucht haben, einseitig zu beeinflussen sind.

Ich glaube, dass wir diesen Schülerinnen und Schülern zu wenig **zutrauen**. Sie können das durchaus unabhängig beurteilen, auch wenn nur eine Partei dort sitzt. Deshalb frage ich mich wirklich, was wir unseren Schülerinnen und Schülern zutrauen, wenn wir ihnen misstrauen und denken, sie könnten einseitig beeinflusst werden. Ich glaube, dass der Politikunterricht auch in Schleswig-Holstein so gut ist, dass jede Schülerin und jeder Schüler damit klar kommt, auch wenn da nur eine Partei sitzt.

Deswegen finde ich es wichtig, dass man Politiker in die Schule einlädt, um das einmal nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis zu sehen. Dafür sollten sich Abgeordnete auch einmal Zeit nehmen. Vielleicht ist es manchmal auch gar nicht schlecht, wenn da nur einer sitzt. Dann verfällt man nämlich viel weniger in Wahlkampfretorik und hat mehr Zeit, um vielleicht auch über den Alltag eines Abgeordneten oder den Alltag eines Vorsitzenden eines politischen Jugendverbandes zu sprechen.

Trauen wir den Schulen also mehr zu. Trauen wir ihnen zu, dass sie Politik gut lehren. Trauen wir auch den Schülerinnen und Schülern zu, dass sie Politik kritisch lernen. Ängste und Vorurteile sind dabei fehl am Platz. Das wollte ich hier einmal gesagt haben.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Simone Lange.

Simone Lange [SPD]:

Meine Damen und Herren! Jetzt will ich auch noch etwas sagen. Ich will einmal einen anderen Aspekt einwerfen. Als jemand, der in der DDR aufgewachsen ist und elf Jahre lang parteipolitisch nicht unabhängig beschult wurde, muss ich sagen, dass diese Debatte - bitte entschuldigen Sie meinen Jargon - eine Kindertagendebatte ist.

Frau Klahn, ich weiß nicht, warum Sie das vorhin so aufgeblasen haben. Sie tun geradezu so, als wäre Demokratie etwas Feindliches für eine Schule. Es geht aber überhaupt nicht um **Parteipolitik**, sondern es geht um **Demokratie**. Diese Diskussion ha-

(Simone Lange)

ben wir in der vergangenen Landtagssitzung schon einmal geführt, und zwar am Beispiel der Kindergärten. Heute kommen Sie wieder mit diesem Thema. Das müssen Sie jetzt auch aushalten.

Ich wünsche mir, dass wir aufhören mit dem Begriff der Neutralität an Schulen. Die **Schule an sich** muss **neutral** sein. Deswegen kann aber doch ein Gast kommen. Ob der Gast nun politisch oder ein wissenschaftlicher Referent ist, ist doch vollkommen egal. Damit wird nicht das Gebot der Neutralität verletzt.

(Anita Klahn [FDP]: Darum geht es doch gar nicht!)

- Doch! Darum geht es. Sie haben uns genau das vorgeworfen. Ich bitte Sie, nun auch uns zuzuhören. Wir mussten Ihnen auch zuhören.

Nehmen Sie es sportlich; denn das ist Demokratie. Gehen Sie auch an die Schulen. Dabei kann ich Herrn Stegner nur unterstützen. Ich bin dafür, heute in der Sache darüber abzustimmen. Meine Bitte ist, diese Diskussion nicht immer wieder zu führen, weil sie uns nicht nach vorn bringt. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall SPD - Anita Klahn [FDP]: - Wie bewerten Sie denn das Verhalten der Ministerin?)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung erteile ich nun der Ministerin für Bildung und Wissenschaft, Wara Wende, das Wort.

(Anita Klahn [FDP]: Sie wird das jetzt aufklären! - Unruhe)

- Meine Damen und Herren, das Wort hat die Ministerin. Über Ihr Abstimmungsverhalten können Sie sich gern danach oder auch während des Beitrags der Ministerin Gedanken machen. Wenn wir dann abstimmen, haben Sie sich vielleicht entschieden. Jetzt bitte ich Sie aber um Aufmerksamkeit für Frau Ministerin Wende.

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Schule soll Jugendliche zu selbstständigem und reflektiertem Denken anhalten. Sie soll Jugendliche ermuten, sich eine eigene Meinung zu bilden und diese auch zu vertreten. Ich glaube, das habe ich der eben vorausgegangenen Diskussion richtig entnommen. Darin sind wir uns einig.

Es ist eine wesentliche **Aufgabe** von uns Erwachsenen, die **junge Generation** dafür zu gewinnen, sich am gesellschaftlichen, am politischen Leben zu beteiligen und unsere **demokratische Kultur** zu **erhalten**. Dabei wird es in einer Mediengesellschaft wie der unseren immer wichtiger, aber auch immer schwieriger, die entscheidenden richtigen Informationen aus der Flut der Nachrichten zu filtern. Das gilt auch für politische Prozesse und politische Diskurse.

Deshalb ist es grundsätzlich zu begrüßen, wenn sich unsere Schulen des Themas annehmen, wenn sich Lehrkräfte engagieren, Veranstaltungen organisieren und den Jugendlichen so die Möglichkeit bieten, direkt mit Politikerinnen und Politikern zu reden und zu diskutieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dabei ist es nicht von Bedeutung, ob bei einer solchen Veranstaltung alle Parteien auf einmal auftreten oder ob es sich um eine Veranstaltungsreihe mit jeweils einer Partei handelt. Wichtig ist, dass sich die Schülerinnen und Schüler nicht nur über die Standpunkte einer Partei informieren.

Zu Ihrer Information: Die **Veranstaltungsreihe** der **Willy-Brandt-Schule** in Norderstedt, die ganz offensichtlich der Hintergrund für den Antrag der FDP war, wird fortgesetzt. Die Einladung an Vertreter der FDP und der Grünen ist bereits erfolgt. Das müssen Sie wissen. So ist jedenfalls die Information der Schule. Die Einladung ist von den Vertretern der CDU jedoch nicht positiv angenommen worden. Von ihr hat die Schule eine Absage erhalten.

(Zurufe SPD: Oh!)

Allerdings räume ich ein, es wäre sicherlich im Vorfeld klüger gewesen, wenn die Schule den **Projekttag „Themenfeld Europa“** nicht ausschließlich mit den Vertretern einer Partei organisiert oder wenn sie die Taktung des Formats enger gestrickt hätte.

(Beifall PIRATEN)

Dann wäre die Pluralität der Meinungen sicherlich zielführender organisiert gewesen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Ministerin, entschuldigen Sie bitte!

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Vielleicht noch einen Satz.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ja, gern.

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Hätte uns die Schule vorher um Rat gefragt - was sie nicht getan hat -, hätten wir hier eindeutig Stellung bezogen.

Darüber hinaus möchte ich betonen, dass als Entschuldigung für das sicherlich aus meiner Perspektive suboptimale Verhalten der Schule auch als Hintergrund zu beachten ist, dass zu dem Zeitpunkt der Veranstaltung die Schulleiterposition vakant war. Der Schulleiter war damals schwer erkrankt und ist mittlerweile verstorben. Diesen Einzelfall, in dem die Schule suboptimal agiert hat, jetzt zu einem Präzedenzfall für eine nicht vorhandene parteipolitische Neutralität unserer Schulen zu machen, finde ich etwas gewagt.

Jetzt gern die Zwischenfrage.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin Franzen, Sie haben das Wort.

Heike Franzen [CDU]: Frau Ministerin, können Sie mir dann erklären, wenn es eine Veranstaltungsreihe ist, warum die Schule ein solches Geheimnis daraus macht?

Ich will es gern noch einmal zitieren. In ihrem Artikel auf der Internetseite dieser Schule finden Sie die Aussage:

„Am 03.12.2012 fand im Zuge der Europa-woche der SPD in der Aula der Willy-Brandt-Schule eine Dialog-Veranstaltung statt.“

Alles weitere, Gäste und dergleichen mehr, will ich jetzt gar nicht zitieren. Aber warum macht die Schule dann aus ihrer Veranstaltungsreihe, die ja sehr gut ist, wenn man so etwas macht - ich will das durchaus positiv begleiten, gar keine Frage -, ein solches Geheimnis und stellt so die entsprechende Partei, die offensichtlich eingeladen hatte, in den Vordergrund?

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Ich habe jetzt keinen Detektiv vor Ort gehabt. Ich habe nur die Antwort der Schule. Wir haben die Schule befragt. Diese spricht davon, dass das eine Veranstaltungsreihe ist. Ich habe das Vertrauen in die Akteure vor Ort, dass sie die Ministerin nicht beschwindeln, wenn ich um eine Antwort auf die Frage bitte.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, selbstverständlich - auch das ist wiederholt schon von Ihnen betont worden, und auch ich wiederhole das - gilt für **Schulen**, dass die Schule im Rahmen der Bildungs- und Erziehungsziele zu **parteipolitischer Neutralität** verpflichtet ist. Selbstverständlich achten die Schulen, achtet die Schulaufsicht und achtet das Ministerium darauf, dass diese Neutralität auch eingehalten wird.

Ich denke, wir sind uns alle einig: Schule darf nicht für parteipolitische Zwecke instrumentalisiert werden. Ich bin auch ganz sicher, dass dies auf dieser Veranstaltung nicht der Fall war. Strengere Regeln braucht es nicht. Weitere Vorschriften sind nicht nötig.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin.

Dem Präsidium ist signalisiert worden, dass jetzt doch in der Sache abgestimmt werden soll. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann machen wir das so.

Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe)

- Gut, dann beginnen wir noch einmal von vorn.

Es geht um den Antrag der Kolleginnen und Kollegen der FDP, und es soll in der Sache abgestimmt werden. Wer dem Antrag der FDP in der Drucksache 18/583 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der FDP. Wer diesen Antrag ablehnen möchte, den bitte ich nun um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

SSW. Wer möchte sich der Stimme enthalten? -
Niemand. Damit ist dieser Antrag mit großer Mehr-
heit abgelehnt.

Ich schließe die Beratungen für heute und wünsche
Ihnen allen einen guten Abend. Ich freue mich, Sie
morgen früh um 9 Uhr hier wiederzusehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:37 Uhr